Politische Skizzen

über die Lage Europas

vom Wiener Congress bis zur Gegenwart.

Politische Skizzen

über die Lage Europas

vom Wiener Congreß bis zur Gegenwart.

(1815—1867.)

Nebst den Depeschen des Grafen Ernst Friedrich Herbert zu Münster
über den Wiener Congreß.

Von

Georg Herbert Graf zu Münster,
Erblandmarschall.

Leipzig:
F. A. Brockhaus.

1867.

Vorwort.

Die Depeschen des Grafen Ernst Friedrich Herbert Münster, des Vaters des Verfassers, die derselbe, durch die Ereignisse der Neuzeit dazu angeregt, wieder durchblätterte, gaben demselben den Wunsch, einen Theil derselben der Oeffentlichkeit zu übergeben. Alles, was auf den Wiener Congreß Bezug hat, gewinnt jetzt, da das, was damals gestiftet wurde, zum größten Theil untergegangen ist, doppelt an Interesse, und es findet sich in diesen vertraulichen Depeschen manches, was, solange die beim Wiener Congresse thätigen Personen lebten, nicht wohl veröffentlicht werden konnte.

Der kurze Abriß unserer Geschichte, die Betrachtungen, welche die Begebenheiten hervorrufen, werden, so hoffen wir, von den Lesern nachsichtig beurtheilt werden, wenn dieselben sie für das nehmen, was sie sein sollen, und sie nicht als eine historische wissenschaftliche Abhandlung ansehen.

Wenn sich die Erzählung mancher Thatsachen findet, die jedem bekannt sind, so hat sich das des nothwendigen Zusammenhanges wegen nicht ganz vermeiden lassen.

Der Verfasser hat versucht, frei von Parteirücksichten, seine Ansichten über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in der Kürze in flüchtiger Skizze frei und offen darzustellen, und hofft, daß, mag auch manche Aeußerung nicht jedem gefallen, er ebenso unparteiisch beurtheilt werden möge, als er gewünscht hat, unparteiisch zu schreiben.

Derneburg im September 1867.

G. Graf Münster.

Inhalt.

I.

Der Wiener Congreß.

Die durchgreifenden Veränderungen, welche das Jahr 1866 in Deutschland hervorbrachte, führen den Blick auf die Zeit zurück, welcher der jetzt aufgelöste Deutsche Bund seine Entstehung verdankte.

Der Wiener Congreß war die Fortsetzung der zu Paris gepflogenen Verhandlungen; Europa, welches seit dem Beginn der Französischen Revolution, seit 1789 fortwährend, wenn nicht im Kriege, doch im Kriegszustande war, bedurfte dringend der Ruhe.

Am 30. Mai 1814 wurde der erste Pariser Frieden unterzeichnet und am 1. Oct. 1814 sollten sich die Fürsten der meisten europäischen Staaten in Wien versammeln.

Die Fürsten Europas in ihrer Vereinigung genossen einen hohen Grad von Popularität, als sie sich in Wien versammelten, um die Verhältnisse der europäischen Staaten untereinander zu regeln. Sie wollten über die neuzube-

gründende Ordnung berathen, über die Zukunft und das Schicksal Europas entscheiden.

Europa glaubte den Fürsten Dank schuldig zu sein, daß sie das verhaßte Joch des gefürchteten Fremdherrschers zertrümmerten. Die Völker hatten treu, mit seltener Aufopferung, zu ihren Fürsten gestanden, sie hatten das Vertrauen zu ihnen, daß ihre Rechte, ihre Zukunft in guten Händen sei.

Die Fürsten waren fast alle in der Schule des Unglücks gebildet, man erblickte darin eine Garantie für die Zukunft.

Unter dem 8. Oct. erklärten die Unterzeichner des Pariser Friedens, daß eine allgemeine Zusammenberufung nicht eher stattfinden könne, bis die vom Congreß zu entscheidenden Fragen den Grad der Reife gewonnen haben würden, ohne welche ein mit den Grundsätzen des Völkerrechts, den Stipulationen des Pariser Friedens und den gerechten Erwartungen der Zeitgenossen möglichst übereinstimmendes Resultat nicht zu erreichen sein würde.

Es zeigte diese Erklärung, daß die Grundlagen, die durch den Pariser Frieden erreicht sein sollten, nicht genügten, und der Congreß befand sich bald unter der Gewalt der Umstände, statt Herr derselben zu sein.

Der Kaiser von Rußland zeigte zuerst Entschlossenheit, sie gab ihm ein nicht zu bestreitendes Uebergewicht in den Verhandlungen des Congresses. Die Frage, die auf des Kaisers Veranlassung zuerst in den Vordergrund trat, war die Zukunft Polens.

Der Kaiser Alexander hatte gleich nachdem die französische Armee Polen hatte räumen müssen, den Polen die Zusicherung gegeben, daß er einen besondern mit Rußland verbundenen Staat bilden würde.

Oesterreich und Preußen hatten die Provinzen, die sie durch die letzte Theilung Polens gewonnen, in den Kriegen mit Frankreich verloren, und suchten sie jetzt wieder zu erlangen.

Rußland bestand aber so bestimmt auf seinen Forderungen, daß Oesterreich und Preußen nachgegeben zu haben schienen.

Preußen suchte sich für den Verlust in Polen durch das Königreich Sachsen zu entschädigen, und anfänglich hatte Rußland seine Einwilligung dazu gegeben.

Oesterreich, Frankreich und England wollten die Vernichtung Sachsens nicht zugeben.

Polen und Sachsen wurden die Hauptgegenstände, um die sich derzeit die Thätigkeit des Congresses drehte.

Die deutschen Angelegenheiten, d. h. die innere Gestaltung Deutschlands, die Stiftung des Bundes, war einstweilen zurückgesetzt, wie denn überhaupt während der ersten Monate mehr die Zeit zu allgemeinen Besprechungen, zu geselligen Vergnügungen, als zu ernstlichen Verhandlungen benutzt wurde.

Die Idee, ein Polen unter russischer Oberherrschaft zu gründen, brachte den Kaiser von Rußland und seine Diplomatie dazu, daß sie auf die Zukunft Italiens und Deutschlands nicht die Aufmerksamkeit verwendeten, welche beide Länder im Interesse des wirklichen, natürlichen Gleichgewichts Europas verdienten.

Rußland scheint für Italien nur verlangt zu haben, daß der König von Sardinien mit einiger Vergrößerung seines Besitzes wiedereingesetzt werde, überließ es sonst vollkommen dem österreichischen Einflusse, und war auch anfänglich nicht abgeneigt, die Wiederherstellung der Kaiserkrone Deutschlands für Oesterreich zu genehmigen.

Oesterreich schien die erste Macht auf dem Continent werden zu sollen, es wollte die Herrschaft in Italien und Deutschland wieder erlangen.

Oesterreich erlangte in Beziehung auf beide Länder scheinbar viel, die wirklichen Erfolge sind aber gering gewesen, Metternich's Ideen waren an sich nicht richtig, er rechnete, ohne auf die Völker selbst, ohne auf den Geist, ohne auf das Nationalgefühl der Völker Rücksicht zu nehmen.

Metternich verhinderte alles nationale Leben, alle geistige Regung, er war trotz aller Klugheit der Minister des Statusquo, der Vertreter des Stillstandes. Er misbrauchte in der Folge die einzelnen Nationalitäten, um sie gegenseitig in Schach zu halten, und versäumte es, den Keim zu einem österreichischen Nationalgefühle, das sich hätte entwickeln können, zu legen.

Wie viel besser hat das Preußen verstanden! Dem preußischen Patriotismus verdankt Preußen zum großen Theile den Sieg bei Königgrätz. Auf Italien erlangte Oesterreich einen Einfluß, der Oesterreich keinen Nutzen, Italien aber funfzigjährigen Unfrieden und Unglück gebracht hat.

Hätte Oesterreich in Italien sich mit der Abtretung der lombardischen Provinzen begnügt, hätte es diese als ein italienisches Land und nicht als eine österreichische Provinz regiert (die Versuche dazu wurden, als es zu spät war, gemacht), hätte es nicht die übrigen italienischen Staaten in ihrer Entwickelung gehindert und bevormunden wollen, es hätte aus den italienischen Besitzungen Nutzen ziehen können, statt die besten Kräfte Oesterreichs dort zu vergeuden und drei Kriege zu führen, die endlich mit der gänzlichen Unabhängigkeit Italiens geendet haben.

In Deutschland hat Oesterreich bis in die neueste Zeit

auf Umwegen den Einfluß erlangen wollen, den es factisch schon seit dem Westfälischen Frieden und namentlich durch den Siebenjährigen Krieg verloren hatte. Den österreichischen Staatsmännern schwebte stets die Idee eines deutschen Kaiserstaates, unter dem Kaiser von Oesterreich, vor. Am Wiener Congreß und auch später fand Oesterreich den gefährlichsten Nebenbuhler an Preußen; gegen Oesterreich trug es freilich eine große Rücksicht zur Schau, suchte aber doch sich eng an Rußland anzuschließen und das Verhältniß zwischen Rußland und Oesterreich zu trüben. Dies gelang bald, und das Wiener Cabinet versuchte, als es das merkte, eine coalisirte Opposition gegen Rußland zu Stande zu bringen. Frankreich wollte sich irgendwo anlehnen. Oesterreich bot ihm dazu die Hand.

Talleyrand billigte Oesterreichs Politik, England neigte sich ihr auch zu, die drei Mächte widerstanden gemeinschaftlich der Wiederherstellung Polens und der Vernichtung Sachsens.

Preußen hatte viel für die Befreiung vom französischen Joche gethan und glaubte, unbestrittenes Recht auf vollen Ersatz seiner ehemaligen Verluste zu haben. Verträge sicherten Preußen den Besitzstand von 1806, es forderte ganz Sachsen als erobertes Land und hoffte auf Rußlands Hülfe; außerdem wollte es aber die ehemals preußisch-polnischen Provinzen wiedererlangen; dem widerstand Rußland.

Das preußische Cabinet wollte die öffentliche Meinung für sich gewinnen und trug deshalb liberale Gesinnungen zur Schau, von gerechten Ansprüchen der deutschen Nation, von einer nationalen Verbrüderung, von den Rechten, die jeder Deutsche als solcher genießen müsse, selbst von der Preßfreiheit war die Rede.

Das Haschen nach Popularität gehörte damals zur preußischen Politik, eigentlich war dieselbe wie immer auf eigene Vergrößerung gerichtet. Die Männer jedoch, die Preußen vertraten, waren nicht ganz ihrer schwierigen Aufgabe gewachsen, und weder der Diplomatie noch der öffentlichen Meinung gegenüber erreichte Preußen die Erfolge, die Preußens Volk und Preußens Heer erwartet hatten.

Frankreich war zur Ohnmacht herabgedrückt, und es war eine schwierige Aufgabe, die der schlaue Talleyrand zu lösen hatte. Es lag im Interesse Frankreichs, daß Europa, welches eben in einer Coalition gegen Frankreich verbunden war, sich in dieser Coalition nicht consolidirte.

Wir wollen uns auf diese allgemeinen Bemerkungen über den Wiener Congreß beschränken, fügen unserer Schrift aber (als besondere Abtheilung am Schlusse) die Berichte des Grafen Münster an den Prinz-Regenten von England über den Congreß bei. Sie geben ein gutes Bild der Verhandlungen, und da sie bisjetzt noch nicht veröffentlicht sind, dürften sie in diesem Augenblicke von besonderm Interesse sein.

Jene Depeschen zeigen, daß anfänglich die ganze Thätigkeit des Congresses eine sehr beschränkte war, daß mit Ernst an die Lösung der vielen wichtigen Fragen erst gedacht wurde, als Europa durch Napoleon's Auftreten in Frankreich ernstlich bedroht und daß nachher alles überstürzt wurde.

Mitte März gelangte die Nachricht nach Wien, daß Napoleon, am 1. März bei Cannes gelandet, überall mit Enthusiasmus empfangen werde.

Der Kurier, der die Nachricht brachte, war wie die Möve, die den Sturm anzeigt, und das Barometer der

Diplomatie fiel plötzlich vom schönsten Wetter wie zur Regenzeit herab.

Gleich nach Empfang dieser Nachrichten versammelten sich die Minister der vier Großmächte, und es wurde der Krieg gegen Napoleon beschlossen, der nur mit dessen gänzlichem Sturze enden sollte.

Es ist vielfach von Schriftstellern und Diplomaten als etwas Unerhörtes geschildert, daß Napoleon von den europäischen Mächten in die Acht erklärt wurde.

Dabei wird aber vergessen, welche Leidenszeit über die meisten europäischen Länder durch Napoleon's Kriege gekommen war, wie er durch seinen Uebermuth Europa herausgefordert und gezwungen hatte, sich gegen ihn zu verbünden.

Die Fremdherrschaft in Deutschland, die fortwährenden Kriege, Napoleon'sche Brüder als Könige von Westfalen, Holland und Spanien, Murat König von Neapel, die Invasion in Rußland, der Continentalblocus gegen England, waren Gründe genug zur Coalition. Diese Gründe ließen die Coalition alles thun, um die Wiederkehr solcher Zustände auf jede Weise zu verhindern.

Die deutschen Angelegenheiten waren zurückgesetzt, und am 17. Nov. (bis dahin hatten nur sehr allgemeine Besprechungen stattgefunden), waren die regelmäßigen Conferenzen bis Ende Mai ausgesetzt. Die vorbereitenden Verhandlungen und Besprechungen wurden in der Zwischenzeit durch den Staatskanzler Grafen Hardenberg, Fürsten Metternich und den Grafen Münster geführt.

Der Leser wird gestatten, eine kurze Notiz über den Grafen Münster hier einzuschalten.

Graf Münster war geboren 1767 zu Ledenburg in Westfalen, wurde in Dessau und auf der Ritterakademie

zu Lüneburg gebildet, besuchte die Universität in Göttingen, trat in den hannoverischen Staatsdienst, und 1793 erhielt er ganz unerwarteterweise vom König Georg III. den Auftrag, den Herzog von Sussex in Italien zu begleiten.

Er lebte fünf Jahre in Italien, widmete sich dort der Kunst, für die er große Vorliebe besaß, und that dort viel zur Ausbildung seines Geistes. Im Jahre 1801 wurde er als Gesandter nach Petersburg gesandt, wo er bis 1804 verweilte und ein sehr beliebtes Mitglied des diplomatischen Corps wurde, auch mit vielen bedeutenden Männern jener Zeit die freundschaftlichsten Beziehungen anknüpfte. Im Jahre 1804 ernannte der König den Grafen Münster zu seinem Staats- und Cabinetsminister für Hannover.

Er lebte fast fortwährend am Hofe und genoß das unbegrenzte Vertrauen Georg's III. wie das des spätern Regenten und Königs Georg IV. Mit den englischen Staatsmännern jener Zeit stand er auf vertrautem Fuße und wol selten haben diese einem Fremden mehr Vertrauen und Achtung gezeigt. Während der Zeit der preußischen und französischen Occupation Hannovers war er fortwährend in England und von dort aus unablässig beschäftigt, an Deutschlands Befreiung vom fremden Joche zu arbeiten.

Trotzdem daß Preußen 1806 sich schwer gegen Hannover versündigt hatte, erkannte Münster stets an, daß Preußen eine hervorragende Rolle zur Befreiung Deutschlands spielen müsse, und war er es besonders, der die englischen Subsidien veranlaßte; er ist seitdem fortwährend mit allen hervorragenden preußischen Staatsmännern und Patrioten im lebhaftesten Verkehre gewesen.

Zur Zeit der Befreiungskriege war er der Mittelpunkt,

um den sich alle, welche Deutschland vom fremden Joche befreien wollten, scharten.

Im Jahre 1814 war Münster in Paris und ging im September nach Wien, um den Prinz-Regenten für Hannover zu vertreten.

Aus den obigen kurzen Andeutungen wird sich erkennen lassen, wie und warum er eine größere Rolle auf dem Congreß spielte, als sie dem Vertreter Hannovers als solchem zukam. Obgleich er in England für einen high tory galt, war er wie alle echten Aristokraten in Wahrheit freisinnig. Er, der damals die politische Frische der englischen Luft zehn Jahre lang eingeathmet hatte, konnte sich an die kleinliche Herrschlust der eben befreiten Rheinbundsfürsten, konnte sich an die engherzigen Ansichten der kleinen deutschen Diplomaten und Büreaukraten nicht gewöhnen; er war einer der wenigen, die frei und unumwunden die Rechte der deutschen Nation in Wien vertraten.

Wenn die Verfassung des Deutschen Bundes auch theilweise sein Werk war, so erkannte er damals und auch später stets an, daß damit durchaus nicht das erreicht sei, wozu das deutsche Volk nach den Freiheitskriegen berechtigt erschien, er wollte es nur als eine Abschlagszahlung ansehen, freute sich, daß irgendeine Basis zur deutschen Einigung gewonnen war und hoffte, daß die Regierungen Einsicht und Ehrlichkeit genug besitzen würden, um die Bundeseinrichtungen und das Bundesrecht weiter auszubilden.

Wir lassen hier zwei Erklärungen folgen, die Münster während der Verhandlungen über die Bildung des Deutschen Bundes im Namen seiner Regierung abgab; sie lauteten:

I. „Seine Königliche Hoheit, der Prinz-Regent von Großbritannien und Hannover, können den Satz nicht an-

erkennen, daß (selbst nach den Veränderungen, die in Deutschland vorgegangen sind), den Fürsten ganz unbedingte oder rein despotische Rechte über ihre Unterthanen zustehen.

„Der Grundsatz, daß der Verfall der deutschen Reichsverfassung auch den Umsturz der Territorialverfassung deutscher Staaten (insofern diese nicht Punkte betraf, die ausschließlich ihr Verhältniß mit dem Reiche bezweckten), im rechtlichen Sinne nach sich ziehe, läßt sich keineswegs zugeben.

„Ein Repräsentativsystem ist in Deutschland von den ältesten Zeiten her Rechtens gewesen.

„In vielen Staaten beruhten dessen nähere Bestimmungen auf förmlichen Verträgen zwischen den Landesherren und ihren Unterthanen, und selbst in den Landen, wo keine ständischen Verfassungen erhalten waren, hatten die Unterthanen gewisse und wichtige Rechte, welche die Reichsgesetze nicht allein bestimmt darlegten, sondern auch schützten.

„Kann man nicht zugeben, daß der Verfall der Reichsverfassung die Territorialverhältnisse unter den Fürsten und ihren Unterthanen (insofern diese auf Reichsverfassung keinen Bezug hatten), nothwendig aufhob, so läßt sich auch nicht behaupten, daß die zwischen den Fürsten und Bonaparte geschlossenen Verträge den Rechten ihrer Unterthanen de jure etwas vergeben konnten; sie durften kein Gegenstand der Transactionen sein! — Kein Fürst würde wünschen, in dem Lichte sich darzustellen, als hätte er mit einem fremden Fürsten einen Vertrag gegen seine eigenen Unterthanen eingehen wollen, und selbst die Rheinbund-Acte, weit entfernt, den Fürsten despotische Rechte einzuräumen, beschränkt dieselben in wesentlichen Stücken.

Ohnehin blieb die Beendigung der Bundesgesetze aus besondern Ursachen stets ausgesetzt.

„Ebenso wenig läßt es sich behaupten, daß die späterhin mit den alliirten Mächten geschlossenen Verträge, in denen diese die Souveränetätsrechte der dem Bunde beitretenden Fürsten erkennen, diese vorhin nicht legaliter besessenen Rechte über ihre Unterthanen ihnen hätten beilegen wollen oder können! — Jene Rechte machten einmal keinen Gegenstand der Transaction aus, anderntheils liegt in dem Begriffe der Souveränetätsrechte keine Idee der Despotie.

„Der König von Großbritannien ist unleugbar ebenso souverän als jeder andere Fürst in Europa, und die Freiheiten seines Volks befestigen seinen Thron, anstatt ihn zu untergraben.

„Unter Voraussetzung dieser Grundsätze müssen Unterzeichnete darauf bestehen, daß künftig in Deutschland:

1) „die Rechte bestimmt werden mögen, die den deutschen Unterthanen von alters her mit Recht zugestanden haben;

2) „daß es ausgesprochen werden möge, daß die auf Gesetzen oder Verträgen beruhende Territorialverfassung unter Vorbehalt der nöthig werdenden Modificationen bestehen solle;

3) „daß da, wo keine ständische Verfassung gewesen, auch auf den Fall, daß Oesterreich, Preußen, Baiern und Würtemberg entweder wegen ihrer besondern Verhältnisse oder, auf die angeführten Tractate gestützt, sich davon ausschließen sollten, für die Länder, die sich zur Unterwerfung unter alle für Deutschlands Wohl nöthigen Maßregeln verstanden haben, für die Folge als Gesetz erklärt werde, daß die Einwilligung der Stände:

a) „zu den aufzulegenden Steuern (wohlverstanden,

daß sie zu den Bedürfnissen des Staats beizutragen schuldig sind), erforderlich sei;

b) „daß sie ein Stimmrecht bei neuzuverfassenden Gesetzen;

c) „die Mitaufsicht über die Verwendung der zu bewilligenden Steuern haben sollen;

d) „daß sie berechtigt sind, im Falle der Malversation die Bestrafung schuldiger Staatsdiener zu begehren.

„Schließlich ist es zwar nicht der Wunsch Hannovers, daß Civilsachen künftig durch Appellationen an das Bundesgericht in gewöhnlichen Fällen gebracht werden sollen, oder zu verhindern, daß die Landesherren nicht vor ihren eigenen Gerichten Recht geben oder nehmen sollen. Nur muß man es hannoverischerseits für nöthig halten, daß in solchen Fällen die Richter von ihren Pflichten von dem Herrn entbunden und lediglich nach den Gesetzen, mit Hintansetzung aller etwaigen Cabinetsrescripte, zu sprechen angewiesen seien.

„In solchen Fällen aber, wo Stände gegen den Misbrauch der Souveränetätsrechte der Fürsten klagen wollen, muß nothwendig der Recurs an den Bund ihnen offen stehen.

„Nur durch solche liberale Grundsätze können wir, beim jetzigen Zeitgeiste und bei den billigen Forderungen der deutschen Nation, Ruhe und Zufriedenheit herzustellen hoffen."

II. „Indem die königlich hannoverische Gesandtschaft sich bereit erklärt, eine Bundesacte zu unterzeichnen, welche ihres Dafürhaltens die Erwartung der deutschen Nation nur zum Theil erfüllen kann und welche mehrere wichtige Punkte unerschöpft läßt, auf deren Annahme früher han-

noverischerseits angetragen worden, hält sie sich verpflichtet, zur Vermeidung der Misdeutung, als ob ihr Hof seine in der deutschen Angelegenheit stets bewährten Grundsätze aufgegeben hätte, zu erklären, daß, seitdem die Erreichung des Wunsches Sr. Königl. Hoheit des Prinz-Regenten von Großbritannien und Hannover, die alte Reichsverfassung unter nöthigen Modificationen hergestellt zu sehen, durch bekannte politische Verhältnisse unausführbar geworden, der Wunsch Hannovers dahin gegangen sei, zu Errichtung eines Bundes in Deutschland mitzuwirken, der nicht blos ein politisches Band unter den verschiedenen Staaten, sondern zugleich, im Begriff älterer Verfassungen, eine Vereinigung des gesammten deutschen Volkes in sich faßte.

„In jeder Hinsicht hatte sich die königlich hannoverische Congreßgesandtschaft bei frühern Verhandlungen, namentlich über die Befugnisse der Landstände in den deutschen Ländern, über deren Sicherstellung unter die Garantie des Bundes und über die Errichtung und Gewalt eines Bundesgerichts erklärt.

„Wenn sie heute eine Acte unterzeichnet, welche diese Punkte noch unerledigt läßt, so geschieht es in der Ueberzeugung, daß jene besser scheinenden Bestimmungen jetzt nicht zu erreichen sind und daß es daher wünschenswerth sei, einen unvollkommenen deutschen Bund, als gar keinen einzugehen. Der Bund, wie er beliebt ist, schließt keine Verbesserung ganz aus. Um diese im obenerwähnten Sinne wird der königlich hannoverische Hof sich stets bemühen. Er hofft auch den Beitritt der Höfe, die sich bisher nicht mit den übrigen vereinigt haben, muß sich aber ausdrücklich vorbehalten, daß, wenn deren Beitritt künftig wider Verhoffen versagt werden sollte, alsdann über die Modificationen der Bundesacte, beim Zusammentreten der

Bundesversammlung in Frankfurt, über diese ganz besonders berathschlagt werde, welche die veränderte Lage der Sache in jener Beziehung erfordern dürfte."

Die Idee eines Deutschen Reichs und einer allgemeinen ständischen Reichsverfassung hat Münster nur ungern aufgegeben, er kam aber auch zu der Ueberzeugung, daß Preußen sich nicht von dem übrigen Deutschland trennen lasse und zu mächtig sei, um sich einem deutschen Kaiser unterzuordnen.

Der Idee, Deutschland in Kreise zu theilen, an deren Spitze stets ein Mittelstaat stehen und die dann unter Oesterreichs Botmäßigkeit gebracht werden sollten, widerstand er aus demselben Grunde.

Wir geben hier den Auszug aus der Rede, mit der Münster zu Hannover die versammelten Landstände am 16. Oct. 1815 eröffnete:

„Die Verhandlungen des Wiener Congresses haben das deutsche Volk in einen Bund wieder vereinigt, der, wenn er gleich bisher nicht allen Erwartungen in Beziehung auf die Sicherstellung der bürgerlichen Rechte der Deutschen, als Glieder eines großen Nationalvereins, entspricht, dennoch die Sicherheit aller Bundesstaaten gegen auswärtige Angriffe bezweckt, und durch welchen alle sich feierlich verpflichtet haben, ihre künftigen Streitigkeiten untereinander nicht durch Gewalt der Waffen, sondern durch die Entscheidung des Rechts zu schlichten.

„Kein deutscher Bundesstaat kann ruhiger als der unserige dabei sein, wenn die Sicherstellung der Rechte seiner Bürger ihm selbst überlassen bleibt. Gewissenhafte Beobachtung der Regentenpflichten, Anhänglichkeit an das uralte Erbtheil des regierenden Hauses, Heilighaltung der

Rechte der Unterthanen, ist im Stamme der Guelfen eine erbliche Tugend geworden, die sich während der ganzen väterlichen Regierung unsers Königs aufs glänzendste bewährt hat und die jetzt der Regent in gleichem Maße ausübt. Könnte diese Denkungsart für uns Beweise bedürfen, so würden wir sie in den Verhandlungen über die Schließung des Deutschen Bundes selbst finden, bei welcher die Bevollmächtigten unsers Hofes stets ihre Stimme laut für die Sache der bürgerlichen Freiheit der deutschen Nation erhoben haben.

„Die wiener Verhandlungen, indem sie frühere Tractate zur Ausführung befördert haben, sind auch für dieses Königreich insbesondere von wichtigen Folgen gewesen.

„Jene frühern Verabredungen der großen europäischen Mächte, welche größtentheils die Wiederergänzung der österreichischen und preußischen Monarchien bezweckten, hatten zugleich die Abrundung ihrer künftigen Staaten und ihr Verhältniß zu dem übrigen Deutschland zum Gegenstand. Viele der kleinern Reichsstände hatten ihre Unmittelbarkeit während des Revolutionskrieges verloren und ihre Besitzungen hatten die Staaten ihrer ehemaligen Mitstände vergrößert. Ihre Wiederherstellung schien dem Wiener Congresse in Rücksicht auf bestehende Verbindungen zum Theil nicht thunlich, theils nicht räthlich zu sein.

„Durch alle diese Umstände war die Veränderung des ehemaligen Verhältnisses der Ausdehnung und des Einflusses der bleibenden deutschen Länder der zweiten und dritten Größe vorauszusehen. Besonders würde Hannover gegen diese gesunken sein, wenn es in seinen frühern Grenzen zurückgeblieben wäre. Unsere geographische Lage würde uns unvermeidlichen Streitigkeiten mit unsern Nach-

barn ausgesetzt und unsern Handel und Gewerbe gestört haben.

„Dies zu vermeiden und um unser altes, für Deutschland selbst sehr wichtiges Verhältniß zu erhalten, wurde uns im Reichenbacher Tractat ein erweitertes und besser abgerundetes Gebiet zugesichert.

„Die nähere Bestimmung dieser Zusicherung ist durch einen mit Preußen am 28. Mai d. J. geschlossenen und in der Generalcongreßacte von den europäischen Mächten garantirten Tractat, über dessen Ausführung neuerlich in Paris nähere Bestimmungen durch freundschaftliche Uebereinkunft mit Sr. preußischen Majestät verabredet worden sind, festgesetzt worden.

„Durch diese Tractate sind bereits und werden noch beträchtliche Provinzen und Gebiete mit dem Königreiche Hannover vereinigt.

„So wie aber fast alle europäischen und deutschen Staaten eine Veränderung in ihrem Besitzstande erlitten haben, so hat auch unser gnädiger Regent in einige Abtretungen willigen müssen, die, wenn sie gleich verhältnißmäßig nicht von großem Umfange sind, uns allen schmerzhaft sein werden."

Münster hat alles gethan, um Hannover zu einem kräftigen Mittelstaate zu machen und hat als treuer Diener seines Königs große Erfolge erzielt, hat manches von Preußen erlangt; er wußte aber sehr gut, daß die Interessen beider Länder in vielen Beziehungen dieselben waren, er rieth zum Zusammengehen mit Preußen, und solange er an der Spitze der hannoverischen Regierung stand, ist das Verhältniß unter den beiden Ländern stets das beste gewesen.

Kehren wir zu dem Wiener Congresse zurück.

Am 23. Mai wurde der deutsche Congreß eröffnet. Oesterreich und Preußen legten den Entwurf zu dem Grundvertrage des Deutschen Bundes zur gemeinsamen Besprechung und Beschlußfassung vor.

In der zweiten Sitzung wurden Bemerkungen über diesen Entwurf zu Protokoll gegeben, namentlich die obenmitgetheilten Erklärungen des Grafen Münster, die dann mit dem Entwurfe selbst in den Sitzungen bis zum 3. Juni sorgfältig erörtert wurden.

Würtemberg und Baden waren die einzigen deutschen Staaten, die erst keinen Theil daran nahmen.

Am 8. Juni wurde der Grundvertrag unterzeichnet und damit der Deutsche Bund geschaffen, den wir schon einmal im Jahre 1848 haben untergehen sehen, dem, nachdem er durch die Verhandlungen in Olmütz und Dresden 1851 wiederhergestellt worden, nach der Zeit kein neues Leben wieder eingehaucht werden konnte und der am 14. Juni 1866 auf immer unterging.

Der 1850 wiederhergestellte Bundestag kam uns vor wie eine einbalsamirte Leiche, die man für lebendig ausgibt und für deren Leben sich die Erben noch eine Leibrente auszahlen lassen, weil sie nicht wissen, wie sie die Erbschaft theilen können.

Die Stifter des Deutschen Bundes sollten eine Aufgabe lösen, die unserer Meinung nach nicht zu lösen war, und wenn sie scheinbar zu einem guten Resultat führte, wenn der Bund auch bis zu dem Jahre 1848 unangefochten bestand, wenn Deutschland während dieser Periode des Friedens genoß und sich materiell entwickelte, so geschah das nicht durch den Bund, sondern trotz des Bundes. Die Heilige Allianz, welche Oesterreich und Preußen zusammen-

hielt, hat mehr zur Erhaltung des Friedens beigetragen als der Bund.

Nichtsdestoweniger gebührt den Männern, die den Bund stifteten, die unter den schwierigsten Verhältnissen für Deutschland eine Einigung erreichten, die einen Ausgangspunkt fanden, von dem aus alle Wünsche der deutschen Nation erreichbar schienen, unsterbliches Verdienst.

Daß durch den Bund nicht das erreicht wurde, was sie erreichen wollten, hat besonders darin seinen Grund gehabt, daß die Regierungen den Verpflichtungen, die sie in dem Vertrage übernahmen, nicht nachkamen. Artikel 13 des Vertrages bestimmte, daß in allen Bundesstaaten eine ständische Verfassung stattfinden solle; wie haben manche Staaten diese Bedingung erfüllt?

Ein solches Bündniß unter Staaten von so ganz verschiedener Größe und Bedeutung ist mit dem monarchischen System nicht leicht vereinbar, namentlich dann nicht, wenn die Souveränetät unbedingt festgehalten werden soll.

Der Fehler, der begangen wurde, war der, daß den kleinen Staaten souveräne Rechte gegeben wurden, die sie als deutsche Staaten niemals besessen hatten. Daß der Fürst von Liechtenstein, Fürst Reuß und andere ebenso kleine Fürsten rücksichtlich ihrer souveränen Rechte mit dem Kaiser von Oesterreich und dem Könige von Preußen gleichgestellt werden sollten, war ebenso unrichtig, als es das allgemeine Wahlrecht an sich ist, es wurde wie bei diesem ein übermäßiges Gewicht in die Hand der Kleinern gelegt.

Streng genommen war der Bundestag eine Republik von Fürsten, und was noch schlimmer war, eine Republik mit zwei Präsidenten. Sie verfielen in dieselben Fehler, in die Republikaner leicht verfallen: keiner wollte dem andern

sich unterordnen, jeder strebte je nach Umständen nach Vergrößerung seines Einflusses, seiner Macht.

Wäre die Idee der modernen Liberalen, eine Volksvertretung am Bunde, zu Stande gekommen, so war factisch die Republik fertig, der Bundestag als Executive dem Parlament gegenüber war unmöglich, ein Fürst konnte sie nicht haben, denn sonst wäre er der Kaiser geworden, ein Directorium von mehrern Fürsten widersprach wieder dem monarchischen Princip. Es hätte, wie 1848 gleich geschah, das Parlament sich über die Regierungen gestellt, und was dann von Monarchie übrigblieb, kann sich jeder selbst sagen. Der Reichsverweser stand doch eigentlich noch unter dem Präsidenten einer Republik.

Den meisten Staatsmännern von 1815 schwebte die Idee des Wiederauflebens des Kaiserstaats vor, die Ausführung war unmöglich, weil Preußen zu mächtig und Oesterreich in Deutschland zu machtlos geworden war, Preußen konnte und wollte dem Kaiser sich nicht unterordnen, hatte außerdem in Deutschland zu fest Wurzel gefaßt, als daß, wie Metternich wollte, es hätte aus Deutschland verstoßen, neben Deutschland gestellt werden können.

Diese Schwierigkeit hat zum großen Theil dahin geführt, daß die Idee des Staatenbundes an die Stelle des Kaiserstaats gesetzt wurde. Oesterreich sah, daß es sich seines Nebenbuhlers in Deutschland nicht entledigen konnte, daher suchten die österreichischen Staatsmänner alles zu thun, um durch die geographische Gestaltung, die sie Preußen gaben, es so viel als möglich zu schwächen.

Die Stellung, die Preußen erhielt, war auf die Länge unhaltbar, und der wunde Punkt in Deutschland war die Nothwendigkeit für Preußen, größer zu werden.

Wäre Preußen damals besser arrondirt gewesen, es hätte die Suprematie in Norddeutschland die unmittelbare Folge sein müssen. Das Uebergewicht Oesterreichs über Süddeutschland war nicht so unbedingt erforderlich. Oesterreich fühlte das, wollte aber auch Einfluß so weit als möglich über ganz Deutschland behalten. Aus dem Präsidialrechte hoffte Oesterreich Kapital zu schlagen.

Daß der Kampf um die Suprematie in Deutschland eines Tages ausgekämpft werden müsse, war klugen Männern jener Zeit schon klar, und sie haben nicht geglaubt, daß der Kampf bis 1866 verschoben werden würde.

Die Entscheidung ist erfolgt. Oesterreich ist aus Deutschland ausgeschieden und Preußens Aufgabe ist es jetzt, dem Streben der deutschen Nation nach Einigkeit und Macht gerecht zu werden.

Monarchische Staaten haben wir untereinander Bündnisse schließen sehen, die dann so lange hielten, als die gleichartigen Interessen, welche sie bedingten, bestanden, so lange, als die Gefahr, gegen die sie gerichtet waren, sich als drohend zeigte.

Eine staatliche Formation wie die des Deutschen Bundes hat uns die Geschichte nicht gelehrt.

Republikanische Bundesstaaten hat es in ältester Zeit gegeben und gibt es auch jetzt; die Schweiz und die nordamerikanischen Vereinigten Staaten sind Beispiele. Amerika hat uns aber bewiesen, daß selbst dort das Band zerrissen wurde, sowie die Interessen der einzelnen Bundesglieder ernsthaft divergirten. Bundesstaat und Staatenbund sind Erfindungen deutscher Gelehrten, die bei monarchischen Staaten, soviel wir wissen, niemals die Probe der Lebensfähigkeit bestanden haben.

Will man mehrere unabhängige Staaten in monarchi-

scher Form vereinigen, so ist ein Kaiser- oder Königreich mit Vasallen die einzige Form. Das Deutsche Reich war ein solches, es hat allerdings die Probe schließlich nicht gut bestanden. Ein solcher Kaiserstaat muß nothwendigerweise dazu führen, daß entweder die Kaiser die Vasallen vollkommen unterjochen, oder daß die Vasallen zu mächtig werden und das Reich in viele Theile zerfällt. Letzteres ist das Schicksal Deutschlands gewesen.

Wie die Verhältnisse in Deutschland liegen, wird ein solcher Staat stets nur ein Uebergang bleiben, wird aber der plötzlichen Bildung eines Einheitsstaats, der ohne die gänzliche Nichtachtung aller historischen und rechtlichen Verhältnisse sich nicht ins Werk setzen läßt, vorzuziehen sein.

Politische Zustände, wie die unserigen waren, sind bei keiner andern als der deutschen Nation möglich; es ist sehr merkwürdig, wie der Deutsche bei allen politischen Fragen Idealist bleibt; für das tägliche Leben, für seinen Besitz ist er Materialist genug. Gefühlspolitik ist ein deutsches Wort, welches sich deshalb nicht übersetzen läßt, weil kein anderes Volk sich damit beschäftigt.

Der Deutsche geht bei seiner politischen Anschauung nicht immer von reellen Prämissen aus, er geht von dem aus, was er sich denkt, was er wünscht, nicht von dem, was ist.

Im Jahre 1848 sahen wir überall deutsche Farben, jeder trug sie, jedes Haus war schwarz-roth-gold beflaggt und doch war Deutschland nur ein geographischer Begriff. Preußen hatte einen Admiral, als es nur ein kleines Kriegsschiff, die Amazone, hatte. Ebenso hatten wir einen Reichsverweser, hatten ein Reichsparlament, aber kein Deutsches Reich. Jetzt wird das anders, wir sind aus

unsern Träumen, aus unsern Idealen durch den Kanonendonner von 1866 gerissen, hüten wir uns, daß wir nicht wieder in idealistische Träumereien verfallen!

Kehren wir zu dem Jahre 1815 zurück. Die drei Kaiser verließen Wien Ende Mai, nach dem 8. Juni reisten die meisten Bevollmächtigten ab, der Congreß war zu Ende.

Am 18. Juni 1815 wurde die Schlacht bei Waterloo geschlagen, am 6. Juli zogen die alliirten Truppen zum zweiten mal in Paris ein, am 2. Aug. unterzeichneten Preußen, Rußland und Oesterreich ein Uebereinkommen, nach dem Napoleon zum Gefangenen erklärt und England zur Bewachung übergeben wurde.

Damit schloß eine der blutigsten Kriegszeiten, die Europa erlebte, und es sollte nun eine Aera des Friedens beginnen.

Am 26. Sept. 1815 wurde eine sogenannte Heilige Allianz zwischen Rußland, Oesterreich und Preußen unterzeichnet.

Am 20. Nov. 1815 wurden die Verträge von Chaumont und Wien anerkannt und die Grenzen Frankreichs fixirt.

Diese Heilige Allianz hatte, trotz des religiösen Kleides, welches ihr der Kaiser Alexander gab, eine große politische Bedeutung und hat auf die Entwickelung der europäischen Verhältnisse einen großen Einfluß gehabt.

In zwei Beziehungen war dieses Bündniß schon damals bedeutungsvoll: es hörte damit factisch die Quadrupelallianz, zu der auch England gehörte, auf, und der Abschluß dieses Vertrages sowie auch die Unterzeichnung des zweiten Pariser Friedens zeigten, daß Oesterreich und Preußen, unbekümmert um die Verpflichtungen, die sie

ihren deutschen Bundesgenossen gegenüber durch den Bundesvertrag übernommen hatten, in den europäischen Angelegenheiten ihren eigenen Weg gehen wollten. Solange die beiden deutschen Großmächte denselben Weg gingen, war für das übrige Deutschland weniger Gefahr vorhanden, und es hat dadurch, daß die Heilige Allianz die beiden deutschen Großmächte zusammenhielt, diese weit mehr zur Erhaltung des Friedens beigetragen als der Bund selbst, der der Natur der Sache nach nur so lange halten konnte, als die Wege Oesterreichs und Preußens sich nicht trennten.

Frankreich wurde ganz isolirt, und wenn auch England mit den drei Mächten im guten Einvernehmen blieb, so ging schon damals die öffentliche Meinung in England dahin, daß England eine möglichst selbständige Politik in Europa befolgen und sich vorzüglich um die maritimen Interessen und Colonien bekümmern müsse. Dieses Gefühl wurde immer stärker und ist jetzt die allgemeine politische Meinung in England.

Napoleon hatte die Herrschaft Europas allein gewollt, Englands Uebergewicht zur See war ihm ein Dorn im Auge, daher die unauslöschliche Feindschaft. Auf der See konnte er nicht und wird auch noch auf lange Zeit niemand England besiegen, und so wollte er in England landen, machte umfassende Vorbereitungen in Boulogne, gab das auf und versuchte durch den Continentalblocus den englischen Handel zu ruiniren.

Der Nationalhaß zwischen England und Frankreich war daher so groß, daß an eine Allianz dieser beiden Mächte und die Möglichkeit derselben nicht gedacht wurde, denn es hätte sonst schon damals der Gedanke auftauchen müssen, daß eine intime Allianz der Continentalstaaten die beiden

maritimen Mächte, die man später die Westmächte nannte, zusammenführen würde.

Wir wollen in der Kürze die Lage Europas bis auf unsere Zeit betrachten, und glauben, daß es hier am Platze sein wird, eine kurze Beurtheilung der russischen Verhältnisse hier einzuschalten.

II.

Rußland.

Rußland, das jüngste und größte Kind der europäischen Staatenfamilie, war durch die Kriege, durch die wichtige Rolle, die Kaiser Alexander I., mit seiner Armee im Kriege, mit seiner Diplomatie bei den Verhandlungen in Wien und Paris, gespielt hatte, Europa bedeutend näher gerückt. Da wir mehrere Jahre an Ort und Stelle in der Lage waren, Menschen und Verhältnisse dort kennen zu lernen, werden einige Betrachtungen, bei denen wir gezwungen sind, auch historische Begebenheiten zu berühren, die vielleicht schon zu allgemein bekannt sind, einiges Interesse haben.

Es liegt nicht in unserer Absicht, eine Geschichte Rußlands zu schreiben, es darf vorausgesetzt werden, daß die Entstehungsgeschichte Rußlands und namentlich die Geschichte Peter's des Großen bekannt ist.

Rußland ist ein ganz merkwürdiges Land. Kein Land ist wol schwieriger richtig zu beurtheilen, der europäische

Maßstab paßt weder zu den geographischen Verhältnissen noch zur Beurtheilung der Menschen, der Russe ist das jüngste Kind der Civilisation, ist wie sein Land der Uebergang vom Europäer zum Asiaten.

Petersburg ist wie durch Zauberei mitten in die ödeste Wildniß gebaut. Wer die ungeheure Stadt sieht, die fast zwei deutsche Meilen im Durchmesser haben mag, wer die Masse von Palästen und öffentlichen Gebäuden sieht (Petersburg hat an Flächeninhalt so viele öffentliche Gebäude wie London, Paris, Wien und Berlin zusammen), wer die Bauten an der Newa, die Riesenmauern, die sie einfassen, sieht, wird nicht glauben, daß im Jahre 1700 an derselben Stelle nichts anderes gehört wurde als die einsame Liebesweise des Auerhahns, des Birkhahns; daß Enten da schwammen, Becassinen da nisteten, wo jetzt die schönsten Paläste stehen.

Sieht man im Sommer den wunderschönen reinen Strom der Newa, bedenkt man, daß durch diesen Strom, den Ausfluß des Ladogasees, ganz Rußland bis nach Astrachan zu Wasser verbunden ist, daß die Ostsee und das Kaspische Meer verbunden sind, so begreift man, daß der Beherrscher dieses unermeßlichen Reiches auf den Gedanken kommen konnte, eine Stadt zu gründen, die zugleich die erste Handelsstadt und die Residenz sein sollte. Daß Peter der Große die Residenz auch nach Petersburg verlegte, hatte darin seinen Grund, daß der Kaiser und sein Hof damals für dieses wilde Land die Sonne war, ohne die nichts gedeihen konnte, und er auf diese Weise den Handel zu heben dachte.

Sieht man dagegen Petersburg im Winter, sieht man, wie die Schiffe ein halbes Jahr traurig unthätig im Eise liegen, wie sie im Frühjahr Gefahr laufen, durch die

Eisschollen zerschellt zu werden, fühlt man die eisige Kälte, erfrorene Glieder, sieht man, wie wir es gesehen haben, daß der Kutscher einer Dame, die in der Oper die Freuden des italienischen Gesanges genossen, deshalb nicht weiter fahren konnte, weil er auf dem Bocke erfroren war; hört man im Herbste und Frühjahre zuweilen die Alarmkanone der Festung, die den Einwohnern die Kunde gibt, daß das Wasser der Newa in bedenklicher Weise steigt, so fragt man sich, ob Peter der Große recht hatte, ein so riesenhaftes Werk dort zu beginnen.

Was menschliche Erfindungsgabe, menschlicher Luxus thun kann, um das Leben angenehm zu machen, um die Schattenseiten des Klimas zu verdecken, ist geschehen, und was großartiges, geselliges Leben, was die Annehmlichkeit des geselligen Lebens betrifft, so gibt es keine Stadt, die sich mit Petersburg vergleichen läßt. Petersburg ist die Stadt der Contraste. Eine Stunde von der Stadt, so nahe, daß wir die Fenster im Sonnenschein konnten schimmern sehen, haben wir Wölfe und Auerhähne geschossen, eine Stunde von der Stadt fangen Wälder und Moräste an, die sich bis zum Weißen Meere erstrecken. Ein paar Meilen von der Stadt ist der Bauer in Beziehung auf Ackerbau eben so weit zurück als 1000 Meilen weiter im Innern. Die Civilisation von Petersburg ist eine künstliche, deshalb hat sich ihr belebender Hauch nicht auf die nächste Umgebung erstreckt.

Es ist dabei nicht zu verkennen, daß Ackerbau sich bei dem Klima und Boden kaum lohnt und bei der Leibeigenschaft und namentlich bei der Einrichtung der russischen Gemeinde war ein Fortschritt kaum möglich. Die russische Gemeinde ist der praktische Communismus. Wir haben, nachdem wir diese Einrichtung und ihre Folgen an Ort

und Stelle haben kennen lernen, niemals begreifen können, wie ein so kluger Mann wie August v. Haxthausen in seinem bekannten Buche über Rußland der russischen Gemeinde (Myrr) das Wort reden konnte.

Es wurde nämlich, und geschieht zum Theil noch, das Land, welches der Gemeinde selbständig gehört, oder früher von dem Herrn der Gemeinde überlassen wurde, in drei Theile, und jeder Theil wieder so oft getheilt, als männliche Einwohner im Orte waren. Daß, da dies doch oft, meistens alle neun Jahre geschieht, alles Interesse für Verbesserung des Bodens und alle Freude am Eigenthum unmöglich ist, liegt auf der Hand. Uns ist immer aufgefallen, wie der Russe nicht die Achtung vor dem Eigenthume hat, nicht den Werth darauf legt wie andere Völker; er muß daher auch anders beurtheilt werden, er wird sich nicht soviel Gewissen daraus machen, das Eigenthum eines andern zu nehmen, gibt aber auch leichter das Seinige her.

Ein russischer Beamter, der seinen Gehalt durch Nebeneinkünfte, die ihm gesetzlich nicht ganz zukommen, verbessert, kann in anderer Beziehung ein ganz guter Mensch sein, seine Begriffe sind von den unserigen in mancher Beziehung ganz verschieden, er wird gern denen helfen, die in Noth sind, oft sehr mildthätig und freigebig sein. Der deutsche Beamte aber, der dasselbe thut, muß ein schon vollständig moralisch verdorbenes Subject sein. Daß in der Bestechlichkeit der Beamten ein großer Krebsschaden Rußlands liegt, daß es unmöglich sein wird, wirkliche Ordnung in die Finanzen und in die Verwaltung zu bringen, solange dieses Uebel besteht, ist sicher; es ist in dieser Richtung unendlich viel unter dem jetzigen Kaiser geschehen, und in mancher Beziehung wird der russische

Beamtenstand von Fremden härter beurtheilt, als er es verdient. Die öffentlichen Gerichtsverhandlungen und die größere Freiheit der Presse haben schon sehr segensreich in dieser Hinsicht gewirkt.

In unsern europäischen Ländern, wo jeder Beamte seinen Revisor fast vor der Thür hat, wo tägliche Postverbindung, täglicher Verkehr alle Beamten mit ihren Vorgesetzten in Verbindung erhält, ist die Controle leicht, da können Misbräuche sich gar nicht so einschleichen und festsetzen, wie das bei den ungeheuern Entfernungen in Rußland möglich ist. Wir wollen z. B. eine Geschichte erzählen, die vor einigen Jahren sich zutrug.

Ein deutscher Mechaniker arbeitete in einer Fabrik in Perm. Er wollte zurück und trat die Reise über Nishnij-Nowgorod zu Fuß an. Unglücklicherweise begegnete ihm ein Transport von Gefangenen, die nach Sibirien gingen. Dem Unteroffizier, der den Zug führte, war ein Gefangener (eine Nummer fehlte ihm) entsprungen, er nahm daher ruhig den vorbeigehenden Mechaniker gefangen, rasirte ihm die Haare ab, gab ihm die fehlende Nummer und führte ihn nach Sibirien mit.

Der arme Mann wurde so neun Monate lang weiter geführt, bis ihm zufälliger- und glücklicherweise ein deutscher Arzt, der auf einer wissenschaftlichen Reise in Sibirien war, begegnete, dem er die Leidensgeschichte mittheilte. Der Arzt schrieb an den betreffenden Gesandten, dieser wandte sich an die obersten Behörden und es geschah alles, um den Mann wiederzufinden. Es dauerte sehr lange, wol anderthalb Jahre, bis der Mann aufgefunden und nach Petersburg gebracht und dort sehr reichlich entschädigt wurde.

Solche Begebenheiten sind nur bei den Entfernungen,

den Einöden möglich, und es muß anerkannt werden, daß, kommen solche Fälle zur Sprache, alles geschieht, um das Uebel wieder so weit es geht ungeschehen zu machen.

Wir wollen jetzt zurückgreifen und eine kurze Schilderung des Kaisers Alexander I., des Kaisers Nikolaus und des Kaisers Alexander II. geben.

Selten hat ein Reich, besonders ein absolutes Reich, das Glück gehabt, drei so ausgezeichnete Männer hintereinander als Herrscher zu besitzen wie Alexander I., Nikolaus und Alexander II.

Kaiser Alexander I., geb. 1777 am 13. Dec., folgte am 26. März 1801 seinem Vater Paul, der bekanntlich infolge einer Palastverschwörung ermordet wurde.

Es ist die traurige Seite des Absolutismus, daß wenige Charaktere stark genug sind, um nicht durch das Gefühl der unbedingten Macht über die Mitmenschen berauscht zu werden; wenn alles sich den Launen beugt, ist es schwer für den sterblichen, schwachen Menschen, nicht selbst der Sklave seiner Launen zu werden.

Absolute Herrscher werden daher leicht kleinliche Tyrannen, wie es der Kaiser Paul in den letzten Jahren seines Lebens wurde; die Tyrannei führt dann leicht zum schrecklichen Mittel des Mordes. Jedes Land hat seine eigene Verfassung, sagte eines Tages ein kluger Russe, die unserige ist der durch Kaisermord gemäßigte Absolutismus.

Die Art und Weise, wie Paul seine Aristokratie behandelte, klingt fast unglaublich. Uns ist oft von alten Damen in Petersburg erzählt worden, daß sie als junge Mädchen, wenn sie mit ihrer Mutter fuhren und dem Kaiser begegneten, halten, aussteigen und mitten im Schnee sich bis zur Erde verbeugen mußten; geschah es nicht, so trafen den Vater oder Gatten die härtesten Strafen.

Es ist eine bekannte Geschichte, daß Kaiser Paul eines Tages das Regiment der Garde zu Pferd, in dem damals wie jetzt die Söhne der höchsten Aristokratie dienten, direct vom Paradeplatze in Gatshina nach Sibirien schickte und mehrere Wochen bis hinter Tichwin marschiren ließ, ehe er den vielen Bitten der Angehörigen nachgab und es zurückrief.

Es war ein fremder Fürst in Petersburg, dem der Kaiser sein Regiment im Frontmarsche vorführen wollte. Er setzte sich vor die Front, gab ein falsches Commando, ritt vor und kam allein an. Hierüber außer sich vor Wuth, ritt er zurück und erließ ohne weiteres den Marschbefehl nach Sibirien. Anekdoten der Art gibt es unzählige.

Daß unter der Aristokratie eine entsetzliche Erbitterung herrschte, daß das System der Denunciation und Spionage den höchsten Grad erreichte, kann man erklärlich finden, es rechtfertigt aber den schrecklichen Mord nicht.

Ob Alexander um die Verschwörung wußte, steht dahin; daß er, wie von vielen behauptet worden ist, seine Einwilligung dazu gegeben, glauben wir seinem ganzen Charakter nach nicht annehmen zu können.

Der schwermüthige Zug, der durch sein ganzes Wesen ging, mag mit der Art und Weise, wie er auf den Thron kam, mit der Katastrophe, die ihm unmittelbar dazu verhalf, zusammenhängen.

Alexander war klug, edel und in jeder Hinsicht sehr begabt, seine Erziehung, seine Bildung war vorzüglich zu nennen, er hatte sehr philanthropische Ideen und huldigte einem Liberalismus, der überall, nur nicht nach Rußland paßte.

Im Anfange seiner Regierung suchte er manches im

Innern zu verbessern. Er sah die Mängel, scheint aber schließlich durch die Größe der Schwierigkeiten überwältigt und ermattet zu sein. Er wollte anfänglich gegen die unzähligen Misbräuche, gegen die Bestechlichkeit, den Krebsschaden Rußlands, ankämpfen, er fand sich aber allein und gab den Kampf auf. Er verfiel in den Fehler, in den leicht die russischen Herrscher verfallen: er bekümmerte sich mehr um die allgemeine europäische Politik als um die innern Zustände Rußlands.

Nach der Rückkehr aus Wien und Paris 1815 nahm sein Geist eine mystische religiöse Richtung an und der Wunsch abzudanken, dem er schon früher Ausdruck gegeben hatte, tauchte öfters wieder auf.

Schon wenige Jahre nach seiner Thronbesteigung schrieb er seinem ausgezeichneten Lehrer Laharpe:

„Wenn die Vorsehung mich Rußland auf die Stufe der von mir gewünschten Größe führen läßt, so wird meine erste Angelegenheit sein, die Last der Regierung niederzulegen und mich in einen schönen stillen Winkel Europas zurückzuziehen.“

Wir könnten hier noch mehrere Briefe der Art hinzufügen.

Der Kaiser war durch den Brand von Moskau außerordentlich ergriffen und sein tiefer Sinn für Religion erwachte dadurch auf das lebhafteste.

Die Form, die er dem Bündnisse zwischen Rußland, Oesterreich und Preußen gab, das er die Heilige Allianz nannte, ist als Ausfluß dieser religiösen Stimmung anzusehen und die Geschichtschreiber schrieben dem Einflusse der zu der Zeit sehr bekannten Baronin Krüdener, die dem Kaiser nach Paris folgte und ihn sehr in seinem

religiösen Mysticismus bestärkte, die Idee dieser Heiligen Allianz zu.

Wie wir oben schon sagten, hatte der Kaiser sehr liberale Ideen und er glaubte, daß durch seine Offiziere, die aus dem Kriege in Deutschland und Frankreich zurückkehrten, manche nützliche Anregung nach Rußland verpflanzt werden würde. Er bedachte dabei nicht, daß der Boden in Rußland zu solcher Saat nicht vorbereitet war, daß unter dem Samen, den er auf diese Weise säete, viel Unkraut sein müsse, daß der gute Samen in dem Boden verdorren und nur das Unkraut hervorwuchern würde.

Der Kaiser beging dabei die Unvorsichtigkeit, geheime Gesellschaften zu gestatten und die Freimaurerei wesentlich zu unterstützen. Mit der Freimaurerei haben wir schon manche Fürsten ein recht gefährliches Spiel treiben sehen.

Es zeigte sich bald, daß gerade in den Offiziercorps die gefährlichsten Grundsätze gepredigt wurden, und als im Jahre 1822 durch ein Decret des Ministers des Innern, Graf Victor Kotschonbei, die Freimaurerlogen geschlossen, die geheimen Gesellschaften verboten und allen Staatsdienern aufgegeben wurde, daß sie an Eidesstatt versichern mußten, weder im In- oder Auslande zu einer geheimen Gesellschaft zu gehören, war der Schaden geschehen und der Grund zur Revolution und Verschwörung gelegt.

Durch den Wiener Congreß war Polen factisch in fünf Theile getheilt, hatte fünf verschiedene Verfassungen:

1) das neue Königreich Polen (das alte Herzogthum Warschau);
2) die russisch-polnischen Provinzen;
3) die österreichisch-polnischen Provinzen;
4) die preußisch-polnischen Provinzen;

5) die Freie Stadt Krakau mit ihrem Weichbilde, die unter den Schutz der Großmächte gestellt wurde.

Der Bruder des Kaisers, Großfürst Konstantin, war Vicekönig in Polen, wenn auch ohne den Titel. Er war der Thronerbe für Rußland, hatte aber keine Neigung, den Thron zu besteigen.

Der Großfürst hatte sich von seiner Gemahlin, geborene Herzogin von Sachsen-Koburg, scheiden und in morganatischer Ehe mit einer reizenden, liebenswürdigen Polin, die den Titel Fürstin Lowietz erhielt, verheirathet. Er fühlte sich mit dieser ausgezeichneten Frau, die den unbeugsamen heftigen Mann sehr zu besänftigen wußte, so glücklich, daß er, da seine Frau nicht Kaiserin werden konnte, deshalb der Krone entsagte.

Am 26. Febr. 1822 schrieb der Großfürst Konstantin an den Kaiser einen Brief, in dem er zu Gunsten seines Bruders Nikolaus dem Throne entsagte. Zwei Wochen später antwortete der Kaiser, daß er seinen Brief der Kaiserin-Mutter vorgelegt habe und sie sowol wie er seine Gefühle ehrten und ihm volle Freiheit gäben, seinem Entschlusse zu folgen.

Im Sommer 1823 wurde dem Erzbischof Philaret von Moskau der Brief des Großfürsten vorgelegt und er beauftragt, ein Manifest über die Ernennung des Großfürsten Nikolaus zum Thronfolger zu verfassen.

Dieses Manifest wurde vom Kaiser unterzeichnet und am 6. Sept. desselben Jahres, als der Kaiser in Moskau war, in einem versiegelten Couvert mit der eigenhändigen Aufschrift des Kaisers: „In der Himmelfahrtskathedrale mit den Staatsacten aufzubewahren und im Falle meines Todes in der Himmelfahrtskathedrale von dem Erzbischof und dem Generalgouverneur vor allen andern zu öffnen“,

dem Erzbischofe zugesandt. Abschriften des Manifestes waren im Reichsrath und im Senat niedergelegt.

Dies alles wurde geheim gehalten, selbst der zukünftige Thronerbe wußte nichts davon.

Im Herbst 1825 ging Kaiser Alexander mit der Kaiserin nach dem Süden von Rußland, er wählte für den Aufenthalt der Kaiserin Taganrog, weil in der Krim Fieber herrschten, ging aber selbst in die Krim, kehrte am 17. Nov. zurück, wurde unterwegs schon unwohl und sagte bei seiner Rückkehr der Kaiserin: „Ich habe mir in der Krim ein kleines Fieber geholt", legte sich und starb in den Armen der Kaiserin am 1./13. Dec. 1826.

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich diese Nachricht durch Rußland und da wie in ganz Europa glaubte man an Vergiftung. Der Kaiser hinterließ drei Brüder: Konstantin, geboren 1779, Nikolaus, geboren 1796, und Michael, geboren 1798.

Wir haben schon oben mitgetheilt, wie Konstantin dem Throne entsagte und wie der Kaiser Alexander die Succession geregelt hatte, wie aber dieses für den Großfürsten Nikolaus und das Volk ein Geheimniß war.

Es wurden sofort Kuriere nach Warschau und Petersburg geschickt.

Der Großfürst Konstantin erhielt die Nachricht am 7., sandte sofort seinen Bruder, den Großfürsten Michael, mit einem Briefe an seinen Bruder Nikolaus, indem er ihn als Kaiser anerkannte und ihm Treue gelobte.

Am 9. langte der Kurier, der die Todesnachricht von Taganrog aus brachte, in Petersburg in dem Augenblicke an, wo in der Kirche des Winterpalastes Dankgebete für die Genesung des Kaisers abgehalten wurden; es war am

Tage zuvor die Nachricht gekommen, daß Besserung eingetreten sei.

Der Großfürst Nikolaus huldigte sofort seinem Bruder und ließ die Wache des Winterpalastes vom Regiment Preobrajenski den Eid dem Kaiser Konstantin leisten.

Als Nikolaus darauf zur Kaiserin-Mutter kam, die er auf die traurige Nachricht vorbereitet hatte und ihr sagte, daß er den Eid der Treue schon dem Kaiser Konstantin geleistet und von der Wache habe leisten lassen, rief sie aus: „Aber Nikolaus, was hast du gethan, du bist ja der Kaiser!“

Der Präsident des Staatsraths schickte zum Großfürsten und ließ ihn bitten, einer feierlichen Sitzung des Staatsraths beiwohnen zu wollen. Als er es ablehnte, indem er sagte, daß er nicht Mitglied des Reichsraths sei, öffnete der Präsident die deponirten und bekannten Actenstücke und begab sich mit den Mitgliedern des Reichsraths zum Kaiser, um ihm zu huldigen.

Der Kaiser empfing den Reichsrath, antwortete aber: „Ich bin nicht Kaiser und will nicht meinem ältern Bruder seine Rechte nehmen, beharrt er jetzt noch und entsagt, so kann ich freilich nicht anders.“

Der Reichsrath beschwor den Kaiser, kein Interregnum, welches große Gefahr mit sich bringen könne, eintreten zu lassen; der Kaiser blieb fest und zwang sogar den Reichsrath, dem Großfürsten Konstantin zu huldigen, der in Petersburg als Kaiser proclamirt wurde.

Am 13. langte der Großfürst Michael mit dem Briefe des Großfürsten Konstantin an. Trotzdem ließ der Kaiser dieses Document nicht veröffentlichen und bat seinen Bruder, sofort nach Warschau zurückzukehren und den Großfürsten Konstantin davon zu benachrichtigen, daß die Eidesleistung

stattgefunden habe. Der Großfürst Michael begegnete auf halbem Wege dem Vertrauten des Großfürsten Konstantin, der wieder eine in ganz bestimmten Ausdrücken verfaßte Thronentsagung brachte, kehrte um und kam noch früh genug, um an der Unterdrückung der ausgebrochenen Revolte in Petersburg thätigen Antheil zu nehmen. Das Interregnum dauerte drei Wochen. Am 24. Dec. erhielt Nikolaus die sichere Kunde von der Abdankung seines Bruders, er ergriff die Zügel der Regierung und erließ das Manifest seines Regierungsantritts.

Die Folgen der geheimen Gesellschaften fingen an zu wirken, die Saat des bösen Geistes, aus Frankreich und Deutschland importirt, fing an aufzugehen, unter der Asche glimmte (Alexander wußte das, als er nach dem Süden Rußlands reiste), das Feuer der Revolution, welches durch Alexander's Tod und die Unsicherheit, welche das oben beschriebene Interregnum mit sich brachte, zur Flamme anfachen sollte.

Im Süden von Rußland, in Kleinrußland, überall war unter den Offizieren eine weitverbreitete Verschwörung, und fast in allen Regimentern der Garde zu Petersburg waren Verschwörer.

Man wußte am Hofe, daß es im Reiche gefährlich aussah, daß aber die Gefahr unmittelbar an das Thor des Winterpalastes dringen und so bald dringen würde, wußte man nicht.

Die Verschwörer, an deren Spitze Fürst Troubetzkoi, Fürst Ololenski und Konrad Ryleiew standen, hatten beschlossen, daß sie den Tag, an dem die Behörden und Regimenter in Petersburg dem Kaiser Nikolaus huldigen sollten, zum Ausbruche der Verschwörung benutzen wollten.

Am 24. erließ Nikolaus sein Manifest und am 26. morgens sollte die Eidesleistung stattfinden.

Die Verschwörer waren tags zuvor und die ganze Nacht bei Ryleiew versammelt gewesen und schickten Offiziere, die zu der Verschwörung gehörten, in alle Kasernen, um den Soldaten zu sagen, sie würden irregeleitet, Konstantin sei ihr wahrer Kaiser und verlange nicht, dem Kaiser Nikolaus zu schwören; das sei eine Intrigue, um sie und Rußland zu verderben.

In einigen Regimentern, namentlich in den Regimentern Moskau, der Marine und Artillerie, der Garde, fanden die Verräther Gehör. Die Soldaten wußten so wenig, wie sie misbraucht wurden, daß, als ihre Offiziere riefen, es lebe die Constitution, sie glaubten, es sei die Frau von Konstantin.

Einige Compagnien des Regiments Moskau, ein Theil des Garde-Marinebataillons und Abtheilungen vieler Regimenter versammelten sich auf dem großen Platze der Admiralität bei dem Senate; es gesellten sich viele Moujiksbauern, die in der Stadt dienten, und viele Civilpersonen dazu, es wurde dem Kaiser gemeldet, daß diese Massen eine sehr drohende Haltung annähmen.

Der greise Generalgouverneur von Petersburg, Graf Milorailowitsch, eilte zum Kaiser, setzte ihn von der Größe der Gefahr, die er bis dahin unbegreiflicherweise nicht geahnt hatte, in Kenntniß und schilderte die Lage so gefährlich als möglich.

Der Kaiser ging zur Kaiserin, ließ seine Kinder vom Anitschcowschen Palaste holen, verrichtete ein kurzes Gebet in der Kirche, dann nahm er seinen achtjährigen Sohn, den jetzigen Kaiser, an die Hand.

Im Hofe des Winterpalastes hatte eine Compagnie

des finnischen Gardejägerbataillons die Wache, dieser übergab er mit einer kräftigen rührenden Ansprache seinen Sohn, und an den Thränen, die er in den Augen der alten gebräunten Krieger funkeln sah, konnte er wissen, daß, solange einer dieser Braven lebte, der Thronfolger Rußlands gut aufgehoben sei. Er begab sich darauf auf den Platz vor das Winterpalais, wo eben das erste Bataillon vom Garderegiment Preobrajenski aufmarschirte, dem gleich das Regiment Garde zu Pferd unter Orlow folgte.

Der Kaiser redete diese Truppen an, sagte ihnen, daß er ihr rechtmäßiger Kaiser sei und ihre Treue gleich erproben müsse. Das Pflichtgefühl, welches sich in allen Gesichtern zeigte, gab ihm, wie er oft selbst sagte, die Sicherheit, daß er auf diese Truppen rechnen könne.

General v. Dörnberg, bekannt aus den Freiheitskriegen, war als hannoverischer Gesandter in Petersburg und sehr beliebt am Hofe. Als er hörte, daß die Revolution ausbrach, ritt er sofort zum Winterpalais und blieb den ganzen Tag über beim Kaiser. Diese Schilderung ist meistens seinen Briefen und Depeschen entnommen.

Graf Milorailowitsch kam zum Kaiser mit der Meldung: „Es geht sehr schlecht, ich werde versuchen, mit den Aufrührern zu sprechen.“ Der Kaiser machte ihm keine Vorwürfe und sagte ihm sehr freundlich, er möge es versuchen. Der greise Soldat eilte mit großer Entschlossenheit allein auf die sehr drohenden Aufrührer zu, redete sie an, wurde aber von einem der Verschwörer, der sich an ihn heranschlich, erschossen.

Der Kaiser wollte so lange als möglich Blutvergießen verhindern und entschloß sich auch da noch nicht zum Angriff. Der greise Erzbischof von Petersburg versuchte die

Empörer anzureden, wurde aber vom rohen Haufen seiner weißen Haare wegen verlacht und kehrte unverrichteter Sache zum Kaiser zurück. Es fielen einzelne Schüsse und der Kampf mußte beginnen. Einer Abtheilung aufrühre-rischer Soldaten aus verschiedenen Regimentern ritt der Kaiser entgegen und als er sie begrüßte, wurde er mit dem Rufe: „Es lebe Konstantin!“ empfangen.

Er antwortete ihnen, als sie das wiederholten, ganz ruhig: „Dann geht zu den Verräthern!“ und ließ sie ab-marschiren.

Er gab dem Regiment Garde zu Pferd den Befehl, die Massen zu zerstreuen, wollte aber noch, daß geschont werde. Dieser Angriff mislang, bald mußte energischer eingeschritten werden und der Theil der Artillerie, der treu geblieben war, mußte feuern.

Der Kampf wurde ziemlich erbittert. Großfürst Michael kehrte aus Warschau zurück, begab sich gleich auf die Kaserne des aufrührerischen Regiments Moskau und brachte den Theil desselben, der die Kaserne noch nicht verlassen hatte, dazu, ihm zu folgen. Er hat durch seine Energie viel zum glücklichen Erfolge beigetragen. Kaiser Nikolaus rettete durch sein musterhaftes Benehmen an diesem Tage Rußland und seine Dynastie. Am Abend um 6 Uhr war alles beendigt, er kehrte um die Zeit zur Kaiserin zurück, die den ganzen Tag im Gebete zugebracht hatte.

So begann die Regierung des Kaisers Nikolaus. Die Eindrücke, die er an diesem Tage empfing, die Art und Weise, wie ihm die Folgen der liberalen Richtung des Kai-sers Alexander vor Augen geführt wurden, haben wesent-lichen Einfluß auf sein Regierungssystem gehabt. Er wurde strenger, als es in seinem Charakter lag, und die Furcht, die er vor jeder geistigen Regung, vor Aufklärung, vor

Bildung hatte, kam daher, daß er sah, wie die Verbreitung gefährlicher Ideen, wie die Anwendung eines falsch verstandenen Liberalismus die Köpfe verdreht hatte, wie dadurch sein Thron und sein Rußland an den Rand des Verderbens gebracht wurden. Die Russen waren allerdings noch nicht so reif zur Civilisation, als Kaiser Alexander glaubte und ein Franzose jener Zeit sagte:

La civilisation française est pour les Russes comme l'humidité sans soleil pour les fruits, cela les pourrit avant du les mûrir. (Die französische Civilisation ist für die Russen wie Feuchtigkeit ohne Sonne für die Früchte, sie werden faul vor der Reife.)

Während der Aufruhr in Petersburg tobte, wurde die längst vorbereitete Aufregung auch im Innern fühlbarer.

Die Führer der Verschworenen, Pestel und Apostel, hatten unter den Truppen im Innern und Süden Rußlands die allergefährlichsten Vorbereitungen zu einer allgemeinen Militärrevolte getroffen. Pestel wurde noch zur Lebenszeit Alexander's in Taganrog verrathen und es wurde gleich nach der Unterdrückung des petersburger Aufstandes zu energischen Maßregeln gegriffen. Bald war das ganze Netz der Verschwörung entdeckt, alle Theilnehmer ergriffen, der Strafe übergeben und der Samen des Uebels ausgerottet. Am 13./25. Juli hielt der Kaiser auf dem Senatsplatze ein feierliches Tedeum ab.

Der Kaiser Nikolaus war durch und durch ein Gentleman, wenige Fürsten hatten wie er den aufrichtigen Willen, treu als Herrscher ihre Pflicht zu thun; er arbeitete mit unermüdlichem Fleiße und wollte das Beste. Seine Erfolge sind nicht so gewesen, wie er sie wünschte und wie er sie erreicht zu haben hoffte. Er hat Rußland

auf eine scheinbar größere Stufe der Macht gebracht, als es jemals besessen, er selbst genoß unter Fürsten und Völkern eine Achtung, wie sie selten ein Fürst besaß.

Er hat das Schicksal seines Reiches vor und nach Sewastopol getheilt, er wurde vorher überschätzt, nachher unterschätzt und viel zu hart beurtheilt.

Wir wollen ganz in der Kürze auf seine Regierung zurückblicken. Er führte 1828 und 1829 einen glücklichen Krieg mit der Türkei, bei dem er sich der Türkei gegenüber sehr großmüthig zeigte und der 1829 mit dem Frieden von Adrianopel endete. Er unterdrückte die polnische Revolution 1830, führte jahrelang Krieg im Kaukasus und dehnte die Herrschaft Rußlands nach jener Seite hin bedeutend aus. Im Jahre 1848 war Nikolaus der Schrecken aller Revolutionäre, alle Fürsten blickten auf ihn als auf den Fels im überall stürmischen Meere, und ohne unmittelbar sich einzumischen, war er die größte Stütze der deutschen Monarchien und hat einen sehr bedeutenden Einfluß auf Deutschland ausgeübt. Er unterdrückte die Revolution in Ungarn, erzeigte Oesterreich einen Dienst, und Europa erstaunte, wie das Fürst Schwarzenberg voraussagte, einige Jahre später über Oesterreichs Undank.

Der Krieg an der Donau, der Krieg in der Krim, die Belagerung von Sewastopol, die heldenmüthige Vertheidigung dieser Festung sind noch frisch in der Erinnerung.

Im Innern Rußlands suchte der Kaiser mit Ernst und Eifer Ordnung in die Administration zu bringen. Er erkannte den Mangel einer geregelten Gesetzgebung, ernannte eine eigene Commission, um den Swod (die Gesetzsammlung) zu ordnen. Er that, was er konnte, um die Mißbräuche abzuschaffen, und verhängte als abschreckendes Beispiel einigemal harte Strafen an hochstehenden Per-

sönlichkeiten. Trotzdem wurde aber das Uebel unter seiner Regierung fast schlimmer.

An die Aufhebung der Leibeigenschaft dachte der Kaiser, glaubte auch, dadurch einen vorbereitenden Schritt dazu zu thun, daß er die Verhältnisse der sog. Kronbauern regelte und zu dem Zwecke ein eigenes Ministerium unter dem Grafen Kisselew, der für einen sehr aufgeklärten Mann galt, gründete.

Die Lage dieser Bauern wurde aber dadurch nicht gebessert, sie geriethen ganz unter die Botmäßigkeit schlechter Beamten und verarmten so, daß wir als Fremder im Stande waren, auf unsern Jagdreisen an der Aermlichkeit der Dörfer die Kronsdörfer von denen den Gutsbesitzern gehörenden Leibeigenen zu unterscheiden.

Für die Communicationsmittel beabsichtigte Kaiser Nikolaus viel zu thun. Er baute die Eisenbahn von Petersburg nach Moskau. Für Kunststraßen wurden ungeheure Summen verausgabt; daß die Straßen zum Theil bezahlt und nicht gebaut wurden, kam, wie mancher andere Misbrauch, durch den Krimkrieg zu Tage. Kaiser Nikolaus hat, was die diplomatischen Beziehungen Rußlands betrifft, treu zur Heiligen Allianz gehalten und alles gethan, um das Zusammengehen Oesterreichs und Preußens zu fördern. Er hielt das aufrichtige Bündniß dieser beiden Mächte für das einzige Mittel, den Bund und die 1815 geschaffene Gestaltung Deutschlands zu halten, er hielt diese Einigkeit für das beste und sicherste Mittel, den Frieden in Europa, den er ernstlich wollte, zu bewahren.

Die liebste Allianz für Rußland wäre dem Kaiser Nikolaus die mit England gewesen, und wer weiß, ob England nicht richtiger gehandelt hätte, wenn es mit Ruß-

land über die Türkei sich verständigt hätte, statt mit Frankreich und der Türkei Rußland zu bekämpfen.

Es gibt englische Staatsmänner, die mit uns übereinstimmen und die russische Allianz für England für die richtigste halten.

In dem Gespräche, welches der Kaiser (wenn wir nicht irren im Jahre 1852) mit Sir Hamilton Seymour im Vertrauen hielt, äußerte sich der Kaiser mit einer Zuversicht, die er nur dem Vertreter einer sehr befreundeten Macht gegenüber haben konnte.

Wir glauben, daß das englische Cabinet im Interesse Englands gehandelt hätte, wenn es auf die Vorschläge des Kaisers Nikolaus eingegangen wäre, sich nicht mit Frankreich gegen Rußland verbunden und nicht die Indiscretion begangen hätte, dieses vertrauliche Gespräch zu veröffentlichen.

Daß England einen Fehler durch den Krimkrieg beging, als es zum Nutzen Frankreichs das Blut seiner besten Söhne vergoß, wird in England jetzt ziemlich allgemein anerkannt.

Napoleon I. sagte: „Il faut, que la Méditerranée devienne un lac français", und sein Neffe vergißt nicht, was sein Onkel gesprochen; der Krimkrieg sollte den Anfang dazu machen.

Der Grund zum Krimkriege lag in der unter vielen englischen Staatsmännern sehr verbreiteten Idee, daß Rußland die englische Herrschaft in Indien ernstlich bedrohen könnte. Napoleon soll bei seinem Zuge nach Rußland dieselben abenteuerlichen Gedanken gehabt haben, er kam aber nicht weiter als nach Moskau, und von Moskau nach Indien ist noch ein weiter, schwieriger, öder Weg. Wir haben niemals begreifen können, wie solche Befürchtun-

gen ernstlich gehegt werden konnten. Rußlands Schwäche liegt eben im Uebermaße des asiatischen Elements, Rußlands Schwäche liegt im Mangel an Communicationsmitteln, im Mangel an Bevölkerung, in den ungeheuern Entfernungen.

Daß die Furcht vor Rußlands Weltherrschaft zur Zeit des Kaisers Nikolaus existirte, daß man allgemein glaubte, Rußland werde sich der Türkei und namentlich Konstantinopels bemächtigen, wissen wir sehr wohl, wir sind aber immer sehr zweifelhaft gewesen, ob Rußlands Macht dadurch wirklich wachsen, ob es nicht dadurch in sich zerfallen würde.

Was Rußland hemmt, ist, daß im slawischen Stamme, im Volkscharakter, nicht die geistige Energie, nicht die Ordnungsliebe, nicht der schaffende Geist liegt, den wir bei den germanischen, anglosächsischen, selbst auch bei romanischen Völkern finden. Durch den Besitz der Türkei würde dieses Uebel noch bedeutend vermehrt. Die Reize der Lage Konstantinopels, des Klimas würden den Hof und alle Großen des Reiches dort hinziehen, und die Reminiscenzen der orientalischen Sitten, von denen sich ohnehin schon zu viele Spuren finden, würden verderblich wirken.

Kein Freund Rußlands kann wünschen, Konstantinopel in den Händen seines Kaisers zu sehen.

Asien ist noch groß genug, um England und Rußland die Möglichkeit zu geben, noch vielleicht mehrere Jahrhunderte hindurch dort ihre Macht befestigen und ausdehnen zu können, ohne sich zu stören. Rußlands Aufgabe liegt darin, das civilisatorische Zwischenglied zwischen Europa und Asien von der Landseite zu sein, und es kann diese Aufgabe erst dann mit Erfolg erfüllen, wenn es den europäischen Theil des ungeheuern Reiches auf die ersten Stufen wirklicher Cultur gebracht hat.

Bekannt ist, mit welcher Schlauheit Louis Napoleon den Krimkrieg hervorrief, wie er die Allianz mit England ganz im geheimen abschloß; er wollte die Heilige Allianz, die Verträge von Wien zerreißen, die ihm als Bonaparte verhaßt sein müssen. Es ist ihm gelungen. Kaiser Nikolaus wurde von seiner sonst so guten Diplomatie nicht so bedient, wie er es erwartet hatte, und kurze Zeit, ehe die bekannte entente cordiale zwischen England und Frankreich zu Stande kam, wurde berichtet, daß die beiden Mächte sich nicht einigen würden. Die russische Armee überschritt die Donau, es entspann sich der Krieg, der mit der Landung in der Krim und der Belagerung und Einnahme von Sewastopol endete. Alles schien sich gegen Rußland zu verschwören und auch Oesterreich benutzte diese Gelegenheit zu dem vom Fürsten Schwarzenberg prophezeiten Undanke gegen Rußland und war unvorsichtig genug, die Heilige Allianz zu zerreißen, ohne andere Allianzen zu schließen. Der Kaiser Nikolaus, der ein weit empfänglicheres, weicheres Gemüth hatte, als man seiner ganzen Erscheinung und seinem Handeln nach hätte glauben können, hatte persönliche Freundschaft für den jungen Kaiser von Oesterreich, liebte ihn fast wie einen Sohn, und dessen Benehmen gegen ihn hatte ihn daher wirklich tief gekränkt. Dazu kam, daß Misbräuche, von denen der Kaiser keine Ahnung hatte, durch den Krieg aufgedeckt wurden. Als die erste Nachricht von der Schlacht an der Alma durch den Adjutanten des Admirals Mentschikow, Oberst Grey, dem Kaiser überbracht wurde und dieser ihm die Wahrheit über die Ausrüstung und den Zustand der dort verwendeten Regimenter sagte, gerieth er außer sich vor Zorn.

Schlag auf Schlag machte der Kaiser die bittersten Erfahrungen, wenn auch der Heldenmuth, mit dem seine

Truppen die Festung und die Flotte seine Lieblings-schöpfungen vertheidigten, von ihm anerkannt wurde, so nagte der Schmerz über manche Enttäuschungen an seinem Leben. Die Vertheidigung von Petersburg, welches zur See durch die Flotte von Sir Charles Napier ernstlicher bedroht war, als es die Westmächte, die den damaligen Zustand der Befestigungen, der Schiffe und namentlich der Bewaffnung nicht kannten, selbst glaubten, leitete der Kaiser selbst und sein schon ermüdeter angegriffener Körper konnte den schmerzlichen Eindrücken des Geistes auf die Länge nicht widerstehen.

Kaiser Nikolaus starb am 2. März 1855. Wie ein Blitzschlag zündete diese Nachricht, die mit Blitzesschnelle in ganz Europa verbreitet wurde, und alles hoffte auf Frieden.

Selten ist ein Mann bei seinem Leben mehr vergöttert, selten aber auch nach seinem Tode schärfer und ungerechter beurtheilt und geschmäht worden als der Kaiser Nikolaus. Wir kamen einige Zeit nach des Kaisers Tode nach Petersburg und werden niemals den unangenehmen Eindruck vergessen, den wir empfanden, als wir sahen, wie diejenigen, welche Ehren, Stellung und Vermögen dem eben verblichenen Herrscher verdankten, gleich nach seinem Tode ihn schmähten; wie Männer, die vor ihm krochen, ihn anbeteten, nun alles Unglück, welches über Rußland gekommen und an dem ihre eigene Gewissenlosigkeit die meiste Schuld trug, dem Kaiser allein Schuld gaben, ihn als den kurzsichtigsten, eigensinnigsten Tyrannen verschrien und sich und Europa zu seinem Tode Glück wünschten. Dieser Undank, diese Ungerechtigkeit zeigte deutlich, wie bei aller äußern Bildung mancher vornehme Russe noch nicht den Grad der wahren Civilisation, der wahren Bil-

dung erreicht hat, den man seiner äußern Bildung nach erwarten dürfte.

Dieses und auch manche andere Beobachtung und Erfahrung hat uns gezeigt, wie die Aufhebung der Leibeigenschaft viel nothwendiger für die höhern Klassen war als für die Leibeigenen selbst. Wer Sklaven besitzt, sie als solche behandelt, wer nicht in jedem Menschen seines gleichen sieht, wer nicht Achtung vor dem Menschen als solchem hat, kann nicht das fühlen, was ein wahrer Christ fühlen soll; das wahre Christenthum, die Civilisation, die es mit sich bringt, kann nicht mit der Sklaverei bestehen. Die russische Leibeigenschaft war nichts als reine Sklaverei; wir haben den russischen Leibeigenen schlechter behandeln sehen, als der Türke seine Sklaven behandelt, und haben Gelegenheit gehabt zu sehen, daß das, was man oft über die Schrecken der Leibeigenschaft berichtete, nicht übertrieben war. Kaiser Alexander hatte dieses erkannt, und dafür genügt der Dank seines Volkes nicht, der Dank eines jeden wahren Christen, der Dank der Nachwelt gebührt ihm.

Kaiser Alexander II., geboren am 17. April 1818, folgte am 2. März 1855 seinem Vater Nikolaus, der seinem Sohne eine schwere Aufgabe hinterließ. Rußland im Kampfe mit England, Frankreich, der Türkei und Italien, dabei Oesterreich in feindlicher Haltung, das Land finanziell und an Menschen so erschöpft, daß bei der Aushebung der Rekruten zuletzt bis auf das 48. Jahr zurückgegriffen wurde. Die ganze Administration des Landes discreditirt, überall Unzufriedenheit und Trauer, dazu die schwierige Frage der Leibeigenschaft; das war eine Aufgabe, die schwer zu lösen war.

Wir haben die Ehre, den Kaiser Alexander persönlich

zu kennen, haben Gelegenheit gehabt, Se. Majestät während der ganzen Zeit der Leibeigenen-Emancipation zu beobachten, deshalb gehören wir zu seinen aufrichtigsten, wärmsten Verehrern und sind überzeugt, daß die Geschichte ihn noch mit mehr Gerechtigkeit beurtheilen wird als seine Zeitgenossen. Wenn Rußland die Stellung einnehmen wird, die in der europäischen Staatenfamilie von der Vorsehung für dieses große Reich bestimmt zu sein scheint, wenn Rußland ein wirklich civilisirtes Land, wenn es fähig wird, seine civilisatorische Aufgabe Asien gegenüber zu erfüllen, so gebührt das Verdienst dafür ganz allein dem Kaiser Alexander II. Er allein hat Rußland den Weg dazu gebahnt, er allein hat den Leibeigenen die Freiheit gegeben, er allein hat seine Russen in dem Sinne des Christenthums zu gleichberechtigten Menschen, zu Brüdern gemacht.

Unter der Regierung des Kaisers Nikolaus, namentlich bei Ausbruch des Krieges, haben wir oft gehört, daß Rußland mit einem Kolosse auf thönernen Füßen verglichen wurde. Das Resultat des Krieges schien erst diesem Vergleiche recht geben zu wollen; ganz von Thon sind die Füße aber doch nicht gewesen, umgeworfen wurde der Koloß nicht; der jetzige Kaiser flößte ihm neues Leben ein und gibt ihm durch das Eisenbahnnetz, welches ganz Rußland bald durchzieht, eiserne Füße, die dem Kolosse auch eiserne Kraft geben werden.

Gleich nach seinem Regierungsantritte wollte der Kaiser keinen Frieden schließen, er durfte es Rußland gegenüber nicht, den Westmächten gegenüber war es unmöglich, weil diese nach dem Tode des Kaisers Nikolaus ihre Forderungen zu hoch stellten.

Die Belagerung von Sewastopol dauerte fort bis zum 8. Sept., wo die Russen sich nach der Nordseite zurückzogen; der Winter verging darauf in einer Art Waffenruhe und am 10. März 1856 wurde der Frieden von Paris wirklich geschlossen.

Durch diesen Frieden wurde das Leben der Pforte wieder gefristet, eigentlich aber für die Westmächte nichts gewonnen, als daß die Herrschaft Rußlands auf dem Schwarzen Meere durch den Verlust seiner Flotte beseitigt wurde. Ob es weise war, namentlich von England weise war, die sog. Neutralität des Schwarzen Meeres zu verlangen, und Rußland zu versagen, auf dem Meere, welches seine wichtigsten und reichsten Küsten bespült, eine selbst geringe Kriegsflotte zu halten, möchten wir sehr bezweifeln, eine solche Bedingung kann und wird eine Macht wie Rußland sich nicht auf die Länge gefallen lassen.

Wir wollen nun die diplomatischen Beziehungen Rußlands berühren.

Der Minister des Auswärtigen des Kaisers Alexander, jetzt Vicekanzler Fürst Gortschakow, ist ohne Zweifel ein sehr bedeutender Mann, trotzdem, daß er bei oberflächlicher Bekanntschaft etwas eitel erscheinen mag. Er ist ein Mann von sehr klarem Verstande, hat eine sehr gründliche wissenschaftliche Bildung genossen, hat eine durch und durch praktische, logische Auffassung, kennt Rußland und die Russen ganz genau und ist ein treuer Diener seines Kaisers, ein treuer Freund seiner Freunde. Fürst Gortschakow hat unter den schwierigsten Verhältnissen sein Amt übernommen, er hat ganz bedeutende diplomatische Erfolge, namentlich bei der polnischen Frage, erlangt, und dem Kaiser treu geholfen, die innern schwierigen, großartigen Reformen durchzuführen. Er war einer der wenigen

Großen im Reiche, welche die Befreiung der Leibeigenen wirklich und ernstlich wollten.

Nach dem Frieden erklärte Fürst Gortschakow, daß Rußland sich jeder directen Einmischung in die europäische Politik enthalten und der Kaiser sich dem großen Werke innerer Reformen widmen würde. Er hat mit seltenem Geschick die auswärtige Politik Rußlands geleitet, und erreicht, daß, wenn auch Rußland keine bestimmt formulirte Allianz mit irgendeiner Macht schloß, die diplomatischen Beziehungen mit allen Staaten die allerbesten sind und Rußlands Stellung eine solche ist, wie sie ein so großes unabhängiges Reich haben muß; es steht den übrigen Mächten gegenüber ganz frei von Verpflichtungen auf gutem Fuße, hat vollständig freie Action nach allen Seiten und wird ebendadurch, wenn es sein muß, ein großes Gewicht haben. Für Rußland ist diese Stellung der durch Allianzen gebundenen bedeutend vorzuziehen.

Anfänglich schien Fürst Gortschakow sehr zur französischen Allianz geneigt, durch die polnische Revolution ist aber unleugbar das Verhältniß zwischen beiden Staaten bedeutend abgekühlt. Die größte Schwierigkeit für Rußland bleibt immer die orientalische Frage.

Durch die Gleichheit der Religion betrachtet sich Rußland als Protector der unglücklichen Christen im Orient, und wird von diesen als solcher angesehen.

Die katholischen Christen suchen die Protection von Frankreich, vielleicht suchte Frankreich sie mehr zu beschützen, als sie selbst wollten, und es entstand ebendaraus der Anlaß zum Krimkriege.

Die russische Herrschaft an den nördlichen Ufern des Schwarzen Meeres im Kaukasus ist sehr erweitert, hat sich befestigt, die meisten der Stämme sind besiegt, es wird,

wenn das russische Eisenbahnnetz beendet sein wird, das Schwarze Meer immer wichtiger werden, und damit wird die Frage der Dardanellen wieder wichtiger.

Die Türkei wird, solange sie in Europa geduldet wird,— es sollten die Nachkommen der Kreuzritter sich schämen, daß sie noch existirt —, immer der Stein des Anstoßes, der Zankapfel Europas bleiben. Ein Stück nach dem andern wurde dem Sultan entrissen, erst Griechenland, dann Algier, Aegypten und jetzt vielleicht bald Candia.

In Konstantinopel, einem der wichtigsten Vorposten des europäischen Handels und der Civilisation, weht noch die rothe Fahne, steht noch der Halbmond über dem Kreuze zur Schmach der christlichen Staaten.

Wir haben schon früher gesagt, daß wir nicht glauben, daß es im Interesse Rußlands liegen würde, Konstantinopel zu besitzen, glauben auch ernstlich nicht, daß die russischen Staatsmänner diese Absicht haben. Der Gedanke, der dort wol herrscht, ist eine Conföderation von christlichen Staaten, auch ist von Konstantinopel als freier Handelsstadt unter europäischem Schutze die Rede gewesen.

Als der griechische Staat gegründet wurde, war die Idee, daß dieser junge Staat durch europäische Hülfe, europäische Civilisation so fortschreiten könne, um dereinst eine bedeutende Rolle im Orient zu spielen. Bisjetzt sind diese Plane noch sehr unsicher, und bis der Islam ganz aus Europa vertrieben wird, werden die Staatsmänner noch Zeit haben, diese Plane näher zu präcisiren. Daß die Existenz unter den Schutzmächten nicht eben sehr beneidenswerth ist, hat Griechenland erfahren und erfährt der junge König wol noch täglich.

Hätte Oesterreich im Jahre 1854 nicht eine so falsche Politik verfolgt, hätte es sich mit Rußland über die Donau-

mündung, über die divergirenden Interessen an den Ufern dieses mächtigen Stromes verständigt, hätte es sich nicht aus Rußland einen unversöhnlichen Feind gemacht, es würde vielleicht die Frage leichter gelöst werden können. Der Nationalhaß, der seit dem Krimkriege in Rußland gegen Oesterreich herrscht, ist wirklich eine Schwierigkeit für Rußlands Staatsmänner, denn sie richten sich mehr nach der öffentlichen Meinung, als im allgemeinen geglaubt wird.

Rußland und Oesterreich müssen sich über die Zukunft der Donaufürstenthümer und über die Zukunft der Türkei verständigen, sonst wird diese Frage über kurz oder lang auch unter ihnen durch das Schwert entschieden werden.

Ob und wie weit Rumänien unter dem Prinzen von Hohenzollern lebensfähig und ob es ein Factor werden wird, mit dem ernstlich gerechnet werden muß, wird die Folge lehren.

Rußland hat seine Grenzen nach Bokhara, Khiwa und nach China vielleicht zu sehr ausgedehnt und am Amur eine Wasserstraße geschaffen, die Sibirien mit dem Meere verbinden soll. Ein Plan, der großartig scheint, aber keine sehr große Bedeutung hat, weder commerziell noch strategisch.

Zwei große Schwierigkeiten, die diesem großartigen Unternehmen entgegenstehen, sind die fast gänzliche Entvölkerung der Ufer des Amur — in einzelnen Gegenden kommt auf zwölf deutsche Quadratmeilen ein Einwohner —, und zweitens, daß der Hafen am Ausflusse Nikolajewks sechs Monate im Jahre zugefroren ist.

Das Verhältniß Rußlands zu Preußen ist das beste, es liegt auch unbedingt im wohlverstandenen Interesse beider Staaten. Da weder der Krieg mit Dänemark, weder die polnische Revolution, noch die Annectionen des

vorigen Jahres ernstliche Complicationen hervorgebracht haben, existirt auch keine Ursache, die es trüben könnte.

Sieht Rußland ein, daß es keinen andern Einfluß in Europa zu suchen braucht als den, welcher die große Macht, die es repräsentirt, von selbst gibt, so kann es mit Ruhe ein mächtiges Nachbarland entstehen sehen. Größe, Nationalität und die geographischen Verhältnisse sichern Rußland vor jedem Angriffe des Auslandes.

Das Verhältniß zu England kann und wird sich bessern, die mercantilischen Beziehungen beider Länder müssen sie zusammenführen.

Das Verhältniß zu Skandinavien drohte vor einigen Jahren schlecht zu werden, aber auch diese Gefahr einer Complication ist geschwunden.

Finland sehnt sich nicht nach Schweden zurück.

Rußland hat es verstanden, den neuerworbenen und fremden Provinzen ihre Eigenthümlichkeiten zu belassen und daraus Vortheil für das Ganze zu ziehen. Ohne die Ostseeprovinzen, ohne die vorzüglichen deutschen Kräfte, die diese deutschen Provinzen dem Staatsdienste und dem Heere zuführten, wäre Rußland nicht, was es jetzt ist, und ein Fehler wird jetzt dadurch in Rußland begangen, daß aus diesem Elemente nicht derselbe Nutzen gezogen wird als früher.

Rußland schreitet ruhig und sicher auf der Bahn des wirklichen Fortschrittes der innern Entwickelung fort, die Besorgniß, die anfänglich gehegt wurden, daß manches zu rasch gehe, die Bewegung zu plötzlich komme, fängt allmählich an zu schwinden.

Die schwierigste Frage, die der Leibeigenschaft, ist gelöst, gelöst mit geringern Opfern, mit geringern Stö=

rungen, als sie selbst manche Freunde dieser Maßregel voraussahen.

Wir würden gern noch näher auf die innern Reformen des Kaisers Alexander II. eingehen, es würde aber zu weit führen, wir müßten denn ein eigenes Buch über Rußland schreiben, wozu die Frage der Leibeigenen-Emancipation allein den Stoff geben würde.

Um dem Leser davon einen Begriff zu geben, was alles geschehen ist in den letzten zehn Jahren, wie ernstlich das Werk der Reformen vorschreitet, was Alexander II. für sein Reich gethan, geben wir eine kurze Uebersicht derselben.

Reformen in Rußland unter der Regierung Sr. Maj. Alexander's II.

Data der kais. Ukase.

1856.

Mai 6. Aufhebung des Instituts der Soldaten, welche den Landbau zu betreiben verpflichtet waren, sowie der Militärcolonie.

(Diese Leute waren weder als Soldaten noch als Landbauer brauchbar und wurden unter Ertheilung von Grundbesitz als Bauern dem Domänenressort zugewiesen.)

Nov. 20. Gründung der Emeritalkassen, zunächst für das Marineressort und hierauf für die übrigen Zweige der Armee, durch welche die Existenzmittel für verdiente Militärs in ihrem Alter gesichert werden.

1857.

Mai 18. Aufhebung der Steuer von 500 Rubeln für Pässe ins Ausland.

(Anerkennung des Grundsatzes, daß die Un-

terthanen des Reichs durch Verbindung mit dem Westen Bildung und Civilisation erwerben können.)

1858.

Mai 1. Aufhebung der besondern Censur für militärische Schriften.

(Erste Anerkennung des Princips, daß das Militärwesen keine besondere, nach exclusiven Gesetzen zu behandelnde, Staatsinstitution sei, sondern denselben Gesetzen unterliege wie alle übrigen Zweige des Staatswesens.)

Juli 9. Aufhebung der Bestimmungen über Soldatenkinder.

(Sie bilden nicht mehr einen besondern erblichen Stand, für welchen besondere Schulen unter dem Namen der Cantonistenschulen bestehen, unterliegen auch nicht mehr einer besondern militärischen Jurisdiction, sondern genießen alle Rechte der übrigen Staatsbürger.

Juni 4. Gehaltserhöhung für alle Beamten des Justizwesens.

(Maßregel zur Beseitigung der Bestechlichkeit in diesem Ressort.)

1860.

März 9. Maßregeln zur Oekonomie in den Staatsausgaben.

März 31. Aufforderung an die Offiziere aller Waffengattungen zum Besuche der Militärakademien, wobei ihnen Erleichterungen im Dienste und Geldunterstützungen zum Zwecke ihrer Ausbildung bewilligt werden.

1861.

Febr. 19. Aufhebung der Leibeigenschaft; 22 Millionen freier, besitzender Staatsbürger.

März 2. Ernennung von Friedensrichtern zur Schlichtung von Streitsachen zwischen den bäuerlichen Besitzern und ihren frühern Gutsherren.

Juli 4. Einführung der Getränkesteuer statt des zeitherigen Branntweinpachtes, welcher bei systematischer Verbreitung der Trunksucht unter dem Volk nur zum Zwecke zu haben schien, kolossale Reichthümer in den Händen einzelner Pächter zu concentriren.

1862.

Dec. 3. Ernennung von gesetzkundigen Untersuchungsrichtern zur Bewerkstelligung aller Voruntersuchungen in Criminalsachen und Trennung dieses Zweiges des Justizwesens von der Polizeiadministration.

1863.

April 17. Neuer Strafcodex. Aufhebung der körperlichen Strafen.

Juni 21. Bestimmung, daß die Altgläubigen für die Abweichung ihrer Dogmen von denen der griechischen Kirche nicht verfolgt werden dürfen, sondern durch Belehrung und Ueberzeugung zur Erkenntniß ihrer Irrthümer zu bringen sind.

1864.

Nov. 14. Reform des Justizwesens. Oeffentlichkeit, Advocatur, Richter können nur Juristen sein. Ernennung von Friedensrichtern als erster Instanz

in allen Rechtssachen in den Städten und in Landgemeinden.

Nov. 19. Erwählung von Landständen in allen Gouvernements, welche die Repartition der Abgaben und die Förderung aller gemeinnützigen Institutionen in ihren Gouvernements zu vertreten haben.

1865.

Febr. 19. Verbesserung der bäuerlichen Verhältnisse in den Ostseeprovinzen, zunächst in Esthland, wo die Bauernordnung von 1819 unverändert in Wirksamkeit geblieben war.

(Dies veranlaßte im Jahre 1866 die Ritterschaft der übrigen Provinzen, den Bauern den Erwerb von Grundbesitz zu concediren und die Erwerbung des Güterbesitzes nicht mehr von dem Besitze der Adelsmatrikel in diesen Provinzen abhängig zu machen.

April 17. Aufhebung der Präventivcensur und Verweisung der Preßvergehen zur Bestrafung an die Gerichtshöfe.

Außerdem vielfache Ukase wegen Errichtung von Schulen, Verbreitung des Volksunterrichts, sowie über Maßregeln, um der griechischen Geistlichkeit eine gründlichere und umfassendere Bildung ertheilen zu lassen.

Aus dieser Uebersicht ist ersichtlich, was alles geschehen ist, wie ruhig, mit welchem Vorbedachte der Kaiser auf dem Wege, den er sich vorgezeichnet, fortschreitet.

Eine unglückliche Zeit der Regierung des Kaisers Alexander II. ist die der polnischen Revolution gewesen, sie ist eine traurige schmerzliche Episode unserer Zeit, die

Greuel, die von den Polen begangen wurden, die Morde vieler unschuldigen Russen, dabei aber auch die Art der Unterdrückung erinnern an die Zeiten schlimmster Barbarei.

Der Kaiser hatte die allerbeste Absicht, er wollte den Polen geben, was sie irgend erwarten konnten, sie spannten aber ihre Forderungen immer höher, und als nach vielen misglückten Versuchen, einen bessern Zustand in Polen herzustellen, der Großfürst Konstantin, der Bruder des Kaisers, als Statthalter nach Warschau ging, wurde ein Mordversuch auf ihn gemacht und er verwundet. Aehnliches widerfuhr dem Grafen Wielopolski. Jede milde Maßregel wurde verhöhnt oder misbraucht.

In den russisch-polnischen Provinzen griff der Aufstand auf bedrohliche Weise um sich, und da entschloß sich der Kaiser, einen Mann, den er selbst nicht liebte, einen Mann, der in Rußland als rücksichtslos und grausam galt, aber einen Mann von eiserner Energie, den General Murawiew, nach Wilna zu schicken und ihm ganz unbeschränkte Vollmacht zu geben. Der Schrei der Entrüstung aller Zeitungen über seine Maßregeln ist noch in der Erinnerung. Manches darin war übertrieben, das System, welches der General Murawiew befolgte und geradezu als nothwendig bezeichnete: die gänzliche Beseitigung, Unterdrückung des polnischen Elements, ist etwas Schreckliches und mußte zu furchtbaren Härten führen. Es kam, das muß anerkannt werden, durch die Haltung und Strenge des Generals ein Halt in die Revolution.

In Warschau wurden die Verhältnisse immer schwieriger, die Milde des Großfürsten wurde misbraucht, es mußte strenger eingeschritten werden. Der Großfürst verließ Warschau. General Graf Berg übernahm die schwierige Aufgabe, sein Nachfolger zu sein.

Wir haben den Grafen Berg immer für einen ausgezeichneten Mann gehalten, er hat sich in jeder Beziehung als solcher bewährt. Der General ist ein gerechter, durchaus nicht grausamer Mann, mußte aber streng durchgreifen, und bald war Polen beruhigt. Tausende von Polen mußten nach Sibirien verbannt, weniger Gravirte in das Innere geschickt werden. Die Feuersbrünste von Simbirsk, Saratow und vieler andern Orte waren die schrecklichen Folgen dieser Verbannung.

Wäre Graf Berg gleich nach dem Tode des Fürsten Paskiewitsch nach Warschau gekommen, das Unglück der polnischen Revolution wäre vielleicht vermieden worden.

Rußland beherrscht Polen und behandelt es wie ein erobertes Land, als russische Provinz. Die polnische Nationalität geht unter und wenn auch der polnische Adel sein Schicksal verschuldete, so kann und darf man diesem in mancher Hinsicht ritterlichen Volk tiefes Mitgefühl und Mitleid nicht versagen. Das Ausland, namentlich Frankreich und England, haben in guter Absicht den Polen viel geschadet; es wurde zum Widerstand ermuntert, es wurde den Polen überall Sympathie gezeigt, geholfen konnte nicht werden, dazu hätte ein europäischer Krieg gehört, und wenn es einen Augenblick schien, als wollte Frankreich sich mit Oesterreich verbinden (Oesterreich trug plötzlich ganz gegen die Gewohnheit Sympathie für die Polen zur Schau), so fühlte Frankreich, wie schwer es ist, einen Aggressivkrieg gegen Rußland zu führen. Die öffentliche Meinung in Frankreich war sehr erregt, es blieb aber bei der Gereiztheit, es wurden ziemlich scharfe Noten gewechselt. Die Noten des Fürsten Gortschakow können in Beziehung auf Form, Logik, Festigkeit und Schärfe als Muster dienen. Das Verhältniß zwischen Rußland und

Frankreich wurde kälter; das arme Polen war und bleibt aber als Polen verloren.

Es sind manche andere, auch finanzielle Schwierigkeiten fühlbar geworden, namentlich leidet Rußland an der Entwerthung seines Papiergeldes. Das liegt in falschen Maßregeln, die zum Theil noch aus der Zeit des Krimkriegs stammen, und glauben wir, daß der Mangel an baarem Gelde bei den unendlichen Hülfsquellen, die Rußland besitzt, mehr an dem Mangel von tüchtigen Finanzmännern, als am Mangel wirklicher Mittel liegt.

Eine wirklich finanzielle Capacität, einen Finanzminister, wünschen wir dem Kaiser.

Die Entwickelung dieses ungeheuern Reiches, die Beweglichkeit, die durch die Eisenbahnen in diese Hülfsquellen, in die Volksmassen kommt, treibt zum Nachdenken. Wenn wir auch keine dringende Besorgniß für unsere Zukunft daraus herleiten, wenn wir auch nicht an eine Völkerwanderung von Osten nach Westen auf der Eisenbahn denken wollen, so ermahnt doch der Blick nach Osten zur Einigkeit, zur Gründung und Kräftigung einer wirklich widerstandsfähigen germanischen Macht.

Wir schließen diese Betrachtungen über Rußland mit dem aufrichtigen Wunsche, daß Gott den Kaiser zum Nutzen seines Kaiserreichs, zum Nutzen der Civilisation recht lange erhalten und ihm vergönnen möge, sich an dem Erfolge seines großen Werkes zu erfreuen.

III.

Deutschland.

Wir haben in kurzen Umrissen die Entstehung des Bundes berührt und haben schon gesagt, wie seine Fortentwickelung, seine Thätigkeit gleich vom Beginn an nicht den Erwartungen entsprach, welche die bessern der Stifter selbst hegten.

Die ersten Jahre nach dem Frieden hatten alle Regierungen durch die finanziellen Verlegenheiten, durch gänzlichen Miswachs (das Jahr 1817 war ein vollständiges Hungerjahr), viel im Innern zu thun; dazu kam, daß in den kleinen Staaten die alten ständischen Verfassungen umgearbeitet und in mehr oder weniger constitutionelle Formen gebracht wurden.

Die mittlern und untern Klassen gingen dem täglichen Leben nach, suchten ihre materielle Lage zu verbessern; es trat für politische Dinge eine Zeit der allgemeinen Erschlaffung ein.

Auf den deutschen Universitäten zeigten sich noch die Nachwehen der Freiheitskämpfe, dort wurde von vielen, die mit in den Freiheitskämpfen durch Wort und Schrift thätig waren, die mit Vorwissen und Unterstützung der Regierungen das nationale Gefühl erweckt hatten, in dem Sinne weiter gewirkt.

In mehrern kleinen Staaten, namentlich dem Großherzogthum Weimar, wurden freisinnige Verfassungen gegeben, die auch die Freiheit der Presse garantirten. Die Presse äußerte sich schon unumwunden über die Regierungen, namentlich über den Bundestag, und wenn man manche Schriften jener Zeit liest, so sollte man glauben, daß die Aufregung und das Misvergnügen einen bedenklichen Grad erreicht hätten. Oesterreich und Preußen ließen ruhig den Paragraphen über die ständische Verfassung in der Bundesacte als todten Buchstaben stehen.

Die Thätigkeit der Bundesversammlung blieb bedeutend unter den bescheidensten Erwartungen zurück und zeigte nach innen und außen gänzliche Unfähigkeit und Ohnmacht. Der Congreß zu Aachen, die Karlsbader Conferenzen, der zweite Congreß zu Wien zeigten, daß, sowie eine ernstliche Schwierigkeit fühlbar wurde, die deutschen Großmächte sich wenig um die Bestimmungen des Bundesvertrages, noch weniger um die Bundesversammlung bekümmerten.

Selbst die wichtigen gemeinschaftlichen materiellen Interessen konnten auf dem Bundestage keine Regelung erfahren. An ein einiges Zoll-, Münz- und Maßsystem wurde wol gedacht, es geschah aber nichts.

Preußen sah, daß auf diesem Wege keine Zolleinigung zu erreichen sein würde, mochte auch von vornherein die Absicht haben, durch die Leitung auf diesem Gebiete über-

haupt einen größern Einfluß auf die andern deutschen Staaten zu erlangen.

Im Jahre 1829 schloß Preußen mit Baiern, Würtemberg und Darmstadt den ersten Zollvereinsvertrag ab, der nach und nach sich über den größten Theil Deutschlands ausbreitete, bald 20 und später bis 30 Millionen Einwohner umfaßte.

Der Zollverein gab den handgreiflichen Beweis, daß der Bund zur Ausbildung und Entwickelung der materiellen Interessen nicht zu brauchen und Preußen mit Umgehung des Bundes seine Interessen mit denen des übrigen Deutschlands zu identificiren bestrebt sein würde. Der Zollverein war eine Mediatisirung auf dem Handelsgebiete. Der größte Fehler, der dabei begangen wurde, war der, daß nicht vor allem versucht wurde, die freien Hansestädte mit in den Zollverein zu ziehen.

Die Hansestädte selbst hätten, wenn sie nicht durch Localinteressen, durch falsch verstandene republikanische Selbständigkeitsideen geleitet gewesen, einsehen müssen, daß sie nur wachsen und blühen, nur das werden können, was die Seeplätze von Deutschland werden müssen, wenn sie sich eng mit dem Hinterlande verbinden, wenn die Zollschranken zwischen ihnen und ihrem Hinterlande fallen, wenn die Lächerlichkeit eines eigenen Münzfußes und manche andere Lächerlichkeiten aufhören.

Es wird da manches anders werden müssen, wie denn überhaupt das Bestehen dieser kleinen Republiken eine ganz merkwürdige Anomalie ist.

Durch die Aufnahme der Hansestädte in den Norddeutschen Bund, durch die Debatten in den künftigen Reichstagen wird eine ganz andere Auffassung in dieser Beziehung in Deutschland sowie in den Hansestädten selbst platz-

greifen, und wird das verderbliche System der Freihäfen sich auf die Länge nicht halten können.

Die griechische Revolution, die Revolution in Polen, sowie auch die französische Julirevolution fanden in Deutschland ihren Widerhall, und in allen deutschen Staaten entstand in den Jahren 1830 und 1831 eine mehr oder weniger ernstliche Bewegung, das constitutionelle Wesen stand bald darauf in den kleinen Staaten in vollster Blüte.

Wir sind durchaus kein Freund des Absolutismus, halten für Staaten, die auf der Stufe der Bildung deutscher Staaten stehen, eine Repräsentativverfassung für durchaus nothwendig und in Deutschland für historisch begründet, können aber dabei nicht verkennen, daß der deutsche Constitutionalismus oft ein gefährlicher Auswuchs der Kleinstaaterei geworden ist.

Die alten deutschen ständischen Verfassungen hatten zum Theil ihren Boden verloren. Es fehlte in den kleinen Ländern die dazu erforderliche Aristokratie, die in Deutschland meistens an den Fürsten ihre gefährlichsten Gegner gehabt hat.

Die deutschen Fürsten haben stets versucht, den Adel an die Höfe zu ziehen, ihn dort zu benutzen; einen unabhängigen, grundbesitzenden Adel mit politischer Bildung, mit unabhängiger Gesinnung, den Adel, von dem man mit Recht sagen kann: Noblesse oblige, einen Adel, der sich fühlt, haben die Fürsten meistens nicht geduldet. Der Mangel daran ist um so empfindlicher, um so schädlicher, als ein eigentlich reicher, unabhängiger, gebildeter Mittelstand jetzt zwar nach und nach an einigen Stellen heranwächst, durchgängig aber als ältere Klasse im Staate

fehlt. In einigen Staaten macht ein fast erblicher Beamtenstand eine Ausnahme.

Wo die Bildung nicht erblich ist, wo nicht Erziehung, Gewohnheiten, Anschauungen mehrere Generationen hindurch gepflegt und vererbt sind, fehlt immer etwas.

Wir wollen durchaus nicht leugnen, daß auch aus den untersten Klassen ausgezeichnete Leute zu hohen Aemtern gelangt sind, Nutzen geschafft haben; der Takt, das zarte Gefühl, die Zähigkeit und manche andere Eigenschaften fehlen aber gewöhnlich in solchen Fällen.

Damit soll gar nicht behauptet werden, daß solche Eigenschaften sich nur bei dem Adel und der Aristokratie finden, sondern daß eine gewisse Bildung und Erziehung und gerade eine solche, wie sie für Männer nothwendig ist, die zu dem schwierigsten aller Aemter, der Vertretung in öffentlichen Versammlungen, berufen sind, sich nicht in einer, kaum in zwei Generationen erreichen läßt, sie muß sowol angeboren als anerzogen sein. Das kann ebenso gut im Mittelstande wie beim Adel der Fall sein, setzt aber ältere gebildete Familien, die beim Adel sich leichter finden, voraus.

Theoretiker, Professoren und Kammerredner wollten England und später den französischen Parlamentarismus copiren, ohne namentlich England zu kennen und ohne das Material zu haben, welches unbedingt nothwendig ist, um ein Parlament nicht zu einer schlechten Komödie oder zu einer geradezu schädlichen Institution zu machen.

Da die passenden Vertreter in den kleinen Ländern fehlen, bestehen dieselben oft auch infolge schlechter Wahlordnungen aus Advocaten, Beamten und Bauern, und mit sehr wenigen Ausnahmen sind diese drei Klassen kein gutes Material für solche Versammlungen. Advocaten haben

selten die sociale Stellung und pecuniäre Unabhängigkeit, die wünschenswerth ist, sie werden natürlicherweise meist Stellenjäger und benutzen ihre rednerische Gewandtheit dazu; den Bauern fehlt es im allgemeinen an der durchaus nothwendigen Bildung. Am allerschädlichsten sind die Beamten; entweder werden sie blinde Werkzeuge der Regierung oder sie machen blinde Opposition und beides ist für sie selbst und die Regierung, welcher sie dienen, gleich schädlich. Je kleiner das Land, desto schwieriger sind auch die Staatsdiener für eine constitutionelle Regierung zu finden, namentlich nach dem Jahre 1848, wo die Ministerwechsel so häufig geworden sind, daß fast jeder höhere Staatsdiener, fast jeder recht tüchtige Advocat schon mindestens einmal Minister gewesen ist.

Von 1831—48 verlief alles in Deutschland äußerlich ziemlich ruhig, die materielle Entwickelung machte ungeheuere Fortschritte; dabei ist aber nicht zu verkennen, daß mit den politischen Verhältnissen Unzufriedenheit zu herrschen anfing, daß das Verlangen nach Einheit überall wuchs.

In Preußen knüpften sich an die Thronbesteigung des Königs Friedrich Wilhelm IV. und an die Rede, die Se. Majestät in Berlin und Königsberg hielt, die schönsten Hoffnungen.

Durch die Verwickelungen im Orient im Jahre 1840, durch den Krieg in Aegypten, die Spannung, die dies zwischen England und Frankreich hervorbrachte, durch die Rüstungen in Frankreich und das Auftreten des damaligen Ministers Thiers wurde plötzlich Deutschland aufgeschreckt, man glaubte einen Angriff am Rhein erwarten zu müssen.

Die Stimmung, die in ganz Deutschland erwachte, war bedeutungsvoller, als sie damals schien, durch sie kam die

nationale Bewegung wieder in die Massen. Dazu kam, daß Eisenbahningenieure mit ihren Schienen, die wirksamsten Verbreiter allgemeinen politischen Lebens, ihre Arbeit ernstlich begannen.

Verhältnißmäßig war Deutschland hinsichtlich der Communicationsmittel sehr zurück.

Im ganzen führte die Bevölkerung, namentlich in den kleinen Residenzen, bis dahin eine stille, unbewegliche Existenz. Wer nicht Kaufmann war, blieb ruhig zu Hause, Zeitungen kamen so oft nicht, Telegraphen gab es noch nicht, außerdem lebte die Bevölkerung viel weniger in öffentlichen Localen: Bierhäuser waren in Norddeutschland fast ganz unbekannt. Dieses Unglück, und für ein solches halten wir sie, ist erst nach den vierziger Jahren aus Süddeutschland importirt worden.

Es herrschte namentlich in den kleinen Residenzen viel Sinn für Kunst und literarische Bildung, um Politik bekümmerte sich die eigentliche Bevölkerung sehr wenig.

Wer in den Jahren von 1840—47 etwas die allgemeinen Verhältnisse beobachtete, mußte begreifen, wie in das deutsche Volk ein anderer Geist gefahren war; fraglich ist es indeß, ob es in jeder Hinsicht ein guter Geist gewesen.

Durch die Eisenbahnen war der Verkehr in ganz unerwarteter Weise gestiegen; dies war deshalb von politischer Bedeutung, weil manche Anschauung, manche Gewohnheit sich dadurch änderte und alles größere Proportionen annahm.

Durch die Eisenbahn trat die Kleinheit vieler deutschen Staaten recht grell vor die Augen. Länder, durch die der Reisende auf ziemlich schlechten Wegen einen Tag fuhr, über deren Wohlstand, deren Eigenthümlichkeiten er sich

freute, werden jetzt so durchflogen, daß er oft in einem Lande die Cigarre kaum anstecken und ausrauchen kann.

Die guten Eindrücke, die das patriarchalische Wesen, die Liebe der Unterthanen zu den Fürsten dem Reisenden hinterließen, verwandeln sich auf der Eisenbahn in ein Lächeln über die Geschwindigkeit, mit der ein ganzes Land durchfahren wird; es wird dabei vergessen, welchen Nutzen für Kunst, Wissenschaft und allgemeine Cultur die vielen Residenzen als Centralpunkte geschaffen haben.

Wichtiger als dies ist der Umstand, daß durch die Communicationsmittel sich die Machtverhältnisse im großen auch gänzlich geändert haben.

Mit welcher Schnelligkeit sich Armeen zusammenbringen lassen, haben wir im Kriege von 1866 gesehen.

Früher konnten die germanischen Stämme untereinander streiten, ohne daß der Nachbar es merkte. Jetzt ist das anders; jetzt ist das germanische Element mitten zwischen slawischen und romanischen Staaten, deren Macht durch die Möglichkeit der raschern Bewegung fast in noch größerm Maße gewachsen ist, eingeklemmt.

Unsere Nachbarn sind uns durch Verkehr und Telegraphen geistig so viel näher gerückt, kennen unsere Schwächen und können ihre Kräfte rascher an unsere Grenzen bringen.

Durch die materielle Entwickelung wurde die Schwäche, welche dem Auslande gegenüber durch die künstliche Trennung in so vielen Staatsgebieten erzeugt war, recht fühlbar.

Das alles sagte sich jeder Deutsche oft unbewußt, der Drang nach Einheit, das Gefühl der Nothwendigkeit einer wirksamen Vereinigung war daher ganz natürlich, und wer den deutschen Nationalcharakter nicht genau kennt, muß sich wundern, daß dieses Gefühl sich nicht weit stärker

zeigte, wundern, daß dieser geistige Funken nicht zur verheerenden Flamme wurde.

Zwei Gründe wollen wir noch anführen, die zu der Katastrophe von 1848 wesentlich beigetragen haben.

Die Literatur, die im Anfang des Jahrhunderts geblüht hatte und einen edeln, oft schwärmerischen Charakter zeigte, war durch den Materialismus sehr gesunken; die Destructionstendenzen der französischen Literatur drangen leider bei uns auf bedrohliche Weise ein.

Dann zeigte sich ein Fehler, der eigentlich nicht in unserm Volkscharakter liegt: der Mangel an Achtung, an Respect vor allem Höhern. Der Rationalist, der Freigeist setzt sich über Gottes Wort, der Lieutenant, namentlich in der kleinen Armee, denkt sich unendlich viel klüger als sein General; der Attaché schilt seinen Gesandten einen Dummkopf; der Advocat glaubt, daß der Richter, selbst wenn er Mitglied des höchsten Gerichts ist, vom Rechte die Anfangsbegriffe vergessen habe. Achtung vor dem Gesetze existirt fast gar nicht; keiner denkt, wie er sich danach richten, nein, jeder denkt, wie er es am besten umgehen kann; daß jeder Deputirte jeden Minister mindestens für einen unfähigen Pedanten hält, versteht sich ganz von selbst. Der Jüngling achtet die weißen Haare des Greises nicht mehr.

Dieses Leiden unserer Zeit, welches im Jahre 1848 in voller Blüte stand, ist leider noch nicht geheilt. Dazu kommt der häufige Mangel an richtigem religiösen Gefühl.

Wir glauben allerdings, daß in den letzten Jahren darin eine große Besserung eingetreten ist, doch sind die Gegensätze noch immer sehr schroff.

Die Art und Weise, wie oft, namentlich in Berlin, Religion im Zusammenhange mit Politik gebraucht und

misbraucht wird, kann zwar nicht dazu beitragen, wahren christlichen Sinn zu verbreiten; von der andern Seite, die alle staatliche Ordnung untergräbt, die zur Misachtung gegen jede von Gott eingesetzte Autorität aufreizt, geschieht aber der größte Schaden.

Wie in Frankreich am 24. Febr. 1848 die Revolution ausbrach, ist bekannt. In Deutschland war der Widerhall allgemeiner, plötzlicher, stärker, als irgendjemand erwartet hätte. Wenn dieser allgemeine Ausbruch aller politischen Leidenschaften die Regierungen vollständig überraschte, so kam er auch für diejenigen, die schon lange auf Revolution speculirt hatten, zu früh. Deutschland hat niemals tiefer gestanden als im Jahre 1848. Gänzliche Kopflosigkeit aller Regierungen, Schwäche nach allen Seiten und ganz besonders von der Seite, von der Unordnung und Revolution ausging, war das Charakteristische jener Zeit. Als die Regierungen ermattet zu Boden lagen, war keiner im Stande, die Zügel zu ergreifen.

Es war, als ob Schiffspassagiere aus dem Innern des Landes die Mannschaft ihres Schiffes überwältigen, den Kapitän absetzen und nun selbst das Schiff steuern wollen, ohne die Segel, ohne die Bussole, ohne die Anfangsgründe der Schiffahrt zu kennen. Das Schiff wird umhergetrieben, droht unterzugehen: da holen die Meuterer selbst einen Seemann nach dem andern wieder hervor. Der Sturm hat aber die besten Segel zerrissen, das Schiff hat die Widerstandsfähigkeit, die Fahrt verloren. Die alten Matrosen retten zwar das liebe Schiff, aber das rasche gute Fahrzeug wird es nicht wieder.

So ging es mit wenigen Ausnahmen im Jahre 1848 allen deutschen Staaten, so ging es unserm größern wie engern Vaterlande.

Wir haben angeführt, wie der Zündstoff aus den verschiedenartigsten Gründen in Deutschland angehäuft war, wie die Idee eines großen deutschen Nationalstaates in vielen Köpfen existirte. Es bestand namentlich in Süddeutschland eine republikanische Partei, die, wenn auch numerisch klein, doch compact und dadurch stark war, daß sie wußte, was sie wollte. Mancher Schwärmer, der nur etwas Neues wollte, ohne sich von den Consequenzen Rechenschaft zu geben, ließ sich mitziehen. Das Beispiel Frankreichs, die Ohnmacht des Bundes, der Fehler, den manche Regierung dadurch begangen, daß sie Rechte durch ihre Verfassungen gaben, die in Wirklichkeit nicht ausgeführt wurden, der Zustand der Presse, des Gerichtswesens gaben zu begründeten Beschwerden Anlaß, kurz, Gründe zur Unzufriedenheit waren wol vorhanden, und die Republikaner benutzten dieselben, ohne zu bedenken, daß in Deutschland ein tiefer monarchischer Sinn lag, ohne zu bedenken, daß die Fürsten mit ihren Völkern enger verwachsen waren, als es schien, ohne zu bedenken, daß der deutsche Soldat ein Pflichtgefühl hat wie kein anderer.

Wie in Frankfurt sich ein Vorparlament versammelte, wie sich die kleine Republik Frankfurt, wie sich der Bundestag benahm, der nichts anderes zu thun wußte, als daß er die schwarz=roth=goldene Fahne auf dem Palais der Bundesversammlung aufzog, wie am 18. März das Parlament in der Paulskirche sich versammelte, wie der deutsche Professor, wie der deutsche Theoretiker seine staatsmännische Unfähigkeit documentirte, wie der Reichsverweser regierte, wie er Gesandte absandte, wie er von allen Regierungen nicht beachtet wurde, wie das Parlament eine Reichsverfassung, wie es die Grundrechte des deutschen Volkes, die niemals Recht wurden, beschloß, wie es dem Könige von

Preußen die Kaiserwürde durch eine Deputation anbot, dieser sie ausschlug, wie das Ganze durch einen Mord gestört, durch Revolution beendet wurde, ist noch jedem, der sich überhaupt mit der neuern deutschen Geschichte beschäftigt, in Erinnerung.

In Preußen hatte der König schon gleich bei seiner Thronbesteigung das politische Leben angeregt, er berief, als die Provinzialstände von Preußen und den Rheinlanden ziemlich stürmisch die Einberufung der 1815 verheißenen Reichsstände forderten und manche Städte Petitionen im gleichen Sinne eingesandt hatten, 1847 den Vereinigten Landtag nach Berlin.

Im März 1848 genügte das nicht, es wurden Deputationen nach Berlin geschickt, um mehr zu verlangen, und diese Gelegenheit wurde zum Ausbruche einer Revolution benutzt.

Der Aufstand in Berlin, der am 18. März ausbrach, nahm einen sehr ernsten Charakter an. Polnische Emissäre, viele Republikaner hatten sich dort versammelt und unter den Augen der noch nicht erwachten Polizei einen Aufstand organisirt. Die Truppen unterdrückten denselben vollständig.

Unter alle die, welche während des Aufstandes zum Könige eilten, meistens unbefugte und unberufene Rathgeber, war ein panischer Schrecken gefahren, es waren vielleicht auch Verräther darunter. Der König hörte leider auf sie und befahl den siegreichen Truppen, Berlin zu verlassen. Er stellte sich unter den Schutz der aufrührerischen Bürger. Die Truppen gehorchten, die Disciplin wurde vollständig erhalten. Die Geschichte der preußischen Armee, die voll von schönen Erinnerungen, voll von Siegen ist, sollte den Ausmarsch aus Berlin in

goldenen Lettern schreiben; eine Armee, die eine solche Probe bestehen konnte, gab darin die sichere Bürgschaft, daß das Land, daß die Monarchie nicht untergehen konnte, solange sie bestand. Die preußische Armee ganz allein hat die Monarchie in Deutschland gerettet. Später, als die Nothwendigkeit erkannt, wurde ernstlich an Wiederherstellung der Ordnung gedacht und 50 Landwehrbataillone aufgerufen. Daß diese, unter denen gewiß mancher war, der sich in Civil an der Unordnung, dem Auflaufe betheiligt hatte, ihre Pflicht thaten, bewies, wie die Achtung vor dem Höhern, die Achtung vor der Autorität, der Gehorsam, überall sonst gelockert, in der preußischen Armee in einem Maße bestand, wie das kaum erwartet werden konnte.

In Wien war die Revolution noch nicht so rasch organisirt, dort dauerte es bis Mai. Fürst Metternich wurde aber schon am 14. März entlassen, gänzliche Kopflosigkeit herrschte auch da.

In allen kleinen deutschen Staaten gab es mehr oder weniger unruhige Auftritte, in München und Hessen-Darmstadt trat sogar ein Wechsel der Regenten ein. Alle Regenten machten förmlich ein Rennen darum, wer am rascheſten seine alten Minister durch liberale ersetzen könne, wer am rascheſten den aufgeregten Unterthanen freie Presse, freies Versammlungsrecht, öffentliches und mündliches Verfahren, Aufhebung des Jagdrechts und andere Forderungen der Art, für die man ein eigenes Wort „Errungenschaften“ erfand, geben würde.

Diese gänzliche Kopf- und Haltlosigkeit der Regierungen mußte einen Grund haben, es konnten die Zustände vorher nicht gesund gewesen sein, denn der Sturm reißt den Baum nur um, wenn er zu flache Wurzeln hat oder

die Wurzeln faul sind. So ging es auch manchen Regierungen.

Eifersucht zwischen den einzelnen Regierungen, Unbrauchbarkeit des Bundes, in den kleinern Staaten Scheinconstitutionalismus, Furcht vor Reformen zur rechten Zeit, Streit über einzelne Verfassungsfragen, Uebergriffe des Bureaukratismus in den größern Staaten, das Nichthalten des 1815 gegebenen Versprechens ständischer Verfassungen sind alles Gründe, die der Revolution die Arbeit erleichterten. Die Unfähigkeit der Minister und Beamten in höherer Stellung zeigte sich auf merkwürdige Weise.

Ein großer Vortheil des Repräsentativsystems, mag es ständisch oder constitutionell sein, liegt darin, daß der Minister, der höhere Staatsbeamte bei jeder herannahenden Session fühlt, daß sein Handeln geprüft, seine Unterlassungssünden gerügt werden. Das treibt zur Thätigkeit, das macht manchen Misbrauch, der sonst einschleichen würde, unmöglich. Außerdem hört durch die Verhandlungen das schriftliche Regieren auf. Dasselbe ist, auf die Justiz angewandt, der unberechenbare Vorzug des öffentlichen Verfahrens.

In Preußen existirte bis 1847 Repräsentativverfassung nicht, und der preußische Bureaukratismus, die preußische Specialität des berliner Geheimen Rathes, hätte niemals so zur Blüte kommen dürfen, wenn diese bestanden hätte; es hätten unfähige Männer nicht Minister werden, die höchsten Stellen bekleiden können, es hätten sich Kräfte heranbilden lassen, die nun gänzlich fehlten.

In Oesterreich war das in viel stärkerm Grade der Fall, dort hatte neben der Unfähigkeit auch die Corruption den Beamtenstand vollständig moralisch untergraben.

Dazu kam, und das lähmte besonders die Regierungen

in den Mittel- und Kleinstaaten, daß sie die Unhaltbarkeit der Bundeseinrichtungen fühlten, daß das ganze deutsche Staatsrecht zusammenzufallen drohte und daß viele Dynastien die Republik, die Beseitigung von unten, andere ein deutsches Kaiserreich, die Mediatisirung von oben fürchteten.

Wenn wir noch oft an jene Zeit zurückdenken, wenn wir uns daran erinnern, wie wir so manchen, der nachher den stolzen Aristokraten, den conservativen Reactionär gespielt hat, mit dem Bürgergewehr im Arm, mit einer großen schwarz-roth-goldenen Cocarde haben herumlaufen und mit dem niedrigsten Gesindel auf der Straße schön thun sehen, so sagen wir uns, daß es ein Glück für manchen ist, daß die öffentliche Meinung oft ein kürzeres Gedächtniß hat als der einzelne.

Wie Deutschland diese Calamität überwand, wie es sich ermannte, bleibt immer merkwürdig. Es war trotz der Aufregung im eigentlichen Volke mehr gesunder Sinn, als man nach dem, was geschah, annehmen konnte. Die materiellen und socialen Verhältnisse waren in sich gesund und wenn auch manch schlechter morscher Baum durch den Sturm von 1848 umgeworfen wurde, so sind noch frische Stämme von echt deutschem Wuchs stehen geblieben.

Die Folge der berliner Revolution war, daß der Pöbel die 1846 verurtheilten Polen, darunter Mieroslawski, aus dem Gefängnisse befreite und die Polen aus Dankbarkeit dafür einen Aufstand in Polen in Scene setzten und alle dortigen Deutschen zu morden versuchten.

Die gänzliche Kopflosigkeit in Berlin wirkte nicht allein lähmend, entmuthigend auf die kleinen Regierungen, die auf Preußens Kraft hofften, sie ist für Preußen selbst noch lange fühlbar gewesen, hat auf die ganze Politik Preußens einen lähmenden Einfluß gehabt.

Hätte Preußen in jener wichtigen Zeit Selbstgefühl (im guten Sinne) gewonnen, hätte Preußen dem Sturme widerstanden, hätte es sich nicht selbst aufgegeben, ganz Deutschland wäre in seiner Macht gewesen, das Kaiserthum, welches nachher von unten errichtet werden sollte, konnte von oben begründet werden, kam von selbst.

Wir haben, als wir den Verlauf damals beobachteten, und noch später, gedacht, daß Preußen doch von der Vorsehung nicht bestimmt sein müsse, der leitende Staat in Deutschland zu werden, weil wir nicht glauben konnten, daß ein Staat, der solche Gelegenheit vorübergehen ließ, sie wiederfinden und die Kräfte in sich finden würde, sie zu benutzen. Das Jahr 1866 hat uns aber belehrt, daß dem nicht so war, daß Deutschlands Schicksal jetzt durch den letzten Krieg mit dem Preußens gleichbedeutend ist, daß Preußen die erste deutsche Macht, daß Preußen Deutschland werden muß, man mag es nennen, man mag es in staatliche Formen kleiden wie man will. Auf alle einzelnen Veränderungen in den deutschen Mittel- und Kleinstaaten einzugehen, würde uns zu weit führen. Es wurden die allertollsten Dinge getrieben, es wurden Gesetze, es wurden Verfassungen erfunden, die den Keim der Lächerlichkeit und Unhaltbarkeit in sich trugen.

Wir wollen kurz auf einzelne Begebenheiten der Jahre 1848 und 1849 zurückblicken. Die Republikaner hofften rascher zum Ziele zu kommen, wenn sie erst in einem kleinen Staate eine Republik ganz fertig machten, und sie fielen unter Hecker und Struve am 11. April in Baden ein. Sie wurden durch würtemberger, badenser und hessen-darmstädter Truppen unter General v. Gagern, der selbst fiel, zerstreut; die Führer entkamen.

In Frankfurt wurde im Parlament die Parteistellung

sehr schroff. Es wurden zwei preußische Abgeordnete, Fürst Lichnowski und General v. Auerswald, durch einen Pöbelhaufen getödtet, es brach ein Aufstand in Frankfurt aus, der jedoch unterdrückt wurde. Gleichzeitig wurde eine zweite republikanische Schilderhebung unter Struve in Baden versucht. Die Reichstruppen schlugen die Republikaner und Struve wurde gefangen.

In Berlin wuchs die Unordnung immer mehr, es wurde durch Kämpfe zwischen Bürgergarde und Arbeitern Blut vergossen. Die Nationalversammlung zeigte sich immer unfähiger, immer feindlicher. Der König sah, daß der Weg der Nachgiebigkeit zum Untergang führen müsse, entschloß sich, dem Unsinn ein Ende zu machen, und ernannte zu dem Zwecke ein festeres Ministerium unter dem Grafen Brandenburg und Hrn. v. Manteuffel. Die Nationalversammlung verlor nun gänzlich den Kopf, wurde vertagt, sollte am 27. Nov. in Brandenburg zusammentreten, kam trotzdem in Berlin noch zusammen und decretirte Steuerverweigerung, die aber weiter keine ernstlichen Folgen hatte. Am 5. Dec. wurde die Versammlung aufgelöst und eine neue Verfassung verkündigt, die am 25. Febr. einer neugewählten Ständeversammlung vorgelegt werden sollte.

Die holsteinische Angelegenheit, den Krieg in Holstein von 1848 und 1849 wollen wir hier nur mit einigen Worten berühren. Die ganze Angelegenheit ist so bekannt, dabei so verwickelt, daß jeder sie in der Erinnerung haben wird. Ob die Erbansprüche, ob das Unzertheiltsein der Herzogthümer, die Verhältnisse zu Deutschland von vielen verstanden, inwieweit sie überhaupt verständlich sind, ist freilich eine andere Frage.

Wir wollen in der Kürze die geschichtlichen Momente zusammenstellen.

Im Jahre 1448 war Christian I. Graf von Oldenburg König von Dänemark geworden, er erbte die Herzogthümer Schleswig und Holstein und vereinigte sie mit Dänemark.

Er gab ihnen in einer Urkunde, über deren Existenz freilich oft Zweifel laut geworden sind, die auch nicht mehr existiren soll, das Versprechen, daß sie auf ewig ungetheilt zusammenbleiben sollten. (Nichtsdestoweniger wurde Holstein 1815 in den Deutschen Bund aufgenommen, Schleswig aber nicht.)

Das regierende Haus Holstein-Gottorp, ein Nebenzweig des Hauses Holstein-Oldenburg, gelangte im Jahre 1751 auf den schwedischen, 1762 auf den russischen Thron.

Aus Schweden wurde durch eine Revolution das Haus Holstein 1809 vertrieben.

In Rußland herrscht das Haus Holstein-Gottorp noch heute, und 1772 ist durch einen Vertrag mit der dänischen Königsfamilie das Großherzogthum Oldenburg auf einen Nebenzweig der russischen Familie übergegangen.

Von der Familie Holstein-Oldenburg existiren zwei Nebenlinien, Holstein-Sonderburg-Augustenburg und Holstein-Sonderburg-Glücksburg.

Nach altem Lehnrechte war in Dänemark die weibliche Thronfolge gültig, d. h. daß bei Erlöschen des Mannsstammes die nächste Prinzessin des königlichen Hauses erbberechtigt war.

Die Herzogthümer waren aber Manneslehn und fiel mit Erlöschen des Mannsstammes das Lehn an das Reich zurück. Da das Reich nicht mehr existirt, kann man die augustenburger Linie für erbberechtigt halten.

Es gab besondere Theile, in denen besondere Erbver-

träge den Ansprüchen dieser Linie entgegenstanden. Der Wiener Congreß trennte Norwegen von Dänemark und vereinigte es mit Schweden durch Personalunion. Holstein wurde in den Deutschen Bund aufgenommen, Schleswig blieb Dänemark überlassen.

In Dänemark folgte im Jahre 1839 Christian VIII. seinem Onkel Friedrich VI., der nur einen Sohn hatte, von dem er keine Nachkommen erwartete.

Die Wahrscheinlichkeit des Aussterbens lag sehr nahe und der muthmaßliche Erbe, Prinz Friedrich von Hessen, auch zugleich Erbe des Kurfürstenthums, vermählte sich 1844 mit der Großfürstin Alexandra von Rußland, die ein Jahr nach der Vermählung starb.

Im Jahre 1846 erließ Christian VIII. den sogenannten Offenen Brief, in dem er ganz willkürlich die weibliche Thronfolge auch für Schleswig-Holstein proclamirte. Wäre dieser Offene Brief verschlossen geblieben, es wäre 1848 zum Kriege in Holstein nicht gekommen.

Christian VIII. starb im Januar 1848 und sein Sohn gerieth ganz in die Hände der dänisch-demokratischen Partei und gab eine Gesammtverfassung, die den Ausbruch der Revolution in Holstein mit veranlaßte.

Die Herzogthümer erhoben sich und errichteten eine provisorische Regierung. Der Herzog von Augustenburg wendete sich an den in den letzten Zügen liegenden Bundestag, der ohne weiteres (die einzige rasche Handlung, die er beging) Schleswig-Holstein ganz gegen die Wiener Verträge in den Deutschen Bund aufnahm.

Der König von Preußen wünschte für seine Truppen eine Thätigkeit, die ihnen nach den Vorfällen in Berlin, nach dem, was sie so heldenmüthig ertragen, zu gönnen war. Preußische, hannoverische, oldenburgische, hansea-

tische und mecklenburgische Truppen kamen den Holsteinern zu Hülfe.

Der Mangel einer Kriegsflotte machte sich fühlbar, ganz Deutschland wollte in einigen Tagen das erreichen, wozu mindestens Jahrzehnte gehören; es wurde für eine deutsche Flotte gesammelt und diese in der Eile nothdürftig zusammengebracht. Zwei Jahre später hatte sie ein so trauriges Ende durch den Hammer des Auctionators.

Im Auftrage der Centralgewalt, der sich Preußen in diesem Falle unterordnete, schloß Preußen den Waffenstillstand zu Malmö am 27. Aug.

Im März kündigte Dänemark diesen Waffenstillstand, die Feindseligkeiten begannen sofort, am 5. April wurde ein Linienschiff, Christian VIII., durch die Strandbatterien von Eckernförde in die Luft gesprengt und die Fregatte Gefion ergab sich.

Die deutschen Truppen drangen wieder vor, nahmen die düppeler Schanzen, fielen in Jütland ein und belagerten Fridericia.

Am 10. Juli wurde aus Furcht vor europäischen Complicationen ein Waffenstillstand bis zum 1. Jan. 1850 abgeschlossen, zu dessen Zustandekommen Kaiser Nikolaus wesentlich beitrug. Als neutrale Truppen besetzten 4000 Schweden den nördlichen Theil von Schleswig.

Die deutschgesinnten Bewohner dieses Herzogthums unterwarfen sich mit dem äußersten Widerstreben der dänischen Landesregierung, sie hielten die schleswig-holsteinische Statthalterschaft, die ihren Sitz in Schleswig hatte und sich als noch im Kriegszustande gegen Dänemark stehend ansah, für ihre Obrigkeit, und es entstanden fortwährend Reibungen.

Im übrigen Deutschland war das Jahr 1849 ein Jahr

der Sorge und innerer Unruhe; die Regierungen ermannten sich jedoch nach und nach. In Preußen, und infolge dessen auch in den übrigen Staaten, fing die völlig herabgesunkene Autorität der Regierungsgewalt wieder an, ihre Kraft zu fühlen. Die Regierungen merkten endlich, welche Erfolge Energie erzielt.

Wird die Brennessel furchtsam berührt, so brennt sie, man zerdrücke nur das Blatt beherzt in der Hand, und sie brennt nicht; so ging es auch damals.

Die deutsche Bundesversammlung hatte die Grundrechte beschlossen, hatte einen theoretischen Bundesstaat auf dem Papier geschaffen und wollte demselben eine Spitze geben.

In Oesterreich wollte die Mehrzahl der deutschen Bundesversammlung diese nicht suchen, die fremdartigen Elemente des österreichischen Staates wollte sie nicht mit in Deutschland aufnehmen, sie wollte ohne Oesterreich ein Deutschland gründen und dann einen Vertrag mit Oesterreich schließen. Es wurde durch die sogenannte klein-deutsche Partei der König von Preußen als Kaiser vorgeschlagen und mit nicht bedeutender Majorität (die sogenannten Großdeutschen, Oesterreich und Baiern, stimmten dagegen), wurde der König von Preußen zum erblichen Kaiser der Deutschen am 28. März gewählt, und am 2. April überbrachte eine Deputation die Botschaft an den König. Dieser antwortete, daß er ohne das freie Einverständniß der deutschen Fürsten die Würde nicht annehmen könne.

Oesterreich, Baiern, Sachsen, Würtemberg und Hannover verweigerten die Anerkennung der Reichsverfassung: das Werk war gescheitert.

Oesterreich rief die österreichischen Abgeordneten zurück, andere Regierungen folgten, es blieb nicht mehr die beschlußfähige Anzahl von 200 Deputirten, die 150 übrig-

gebliebenen gingen nach Stuttgart, stifteten dort das sogenannte Rumpfparlament, bis die würtemberger Regierung es sprengte.

Es entstanden nun über die Anerkennung der Reichsverfassung an mehrern Orten Conflicte, namentlich wurde am 3. Mai die Anerkennung vom Könige von Sachsen verlangt, und als sie verweigert wurde, empörte sich Dresden. Mit Hülfe preußischer Truppen wurde die Empörung, die sehr ernsthaft zu werden drohte, unterdrückt.

In der Pfalz und Baden, wo der Großherzog die Reichsverfassung doch anerkannt hatte, wurde wieder ein bedeutender Aufstand organisirt; die badischen Truppen gaben leider das traurige Schauspiel einer Militärrevolte. Der Großherzog mußte vor seinen eigenen Truppen, auf einer Kanone reitend, fliehen. Preußische Truppen setzten sich unter dem Prinzen von Preußen in Bewegung. Karlsruhe wurde am 25. Juni wieder besetzt, Rastadt, welches in die Hände der Rebellen gefallen war, wurde cernirt und übergab sich. Die Aufrührer zerstreuten sich; die meisten, namentlich die Führer, gingen nach Amerika, wo sie später einen nicht unwesentlichen Theil an den amerikanischen Wirren und am Kriege nahmen.

In Preußen befestigten sich die Verhältnisse einigermaßen. Die erste am 26. Febr. zusammengetretene Ständeversammlung wurde zwar am 28. April wieder aufgelöst, mit der nach dem neuen Wahlgesetze vom 7. Aug. wieder zusammengetretenen kam die Regierung zu einer Verständigung; eine Verfassung kam zu Stande, die der König am 6. Febr. 1850 beschwor.

Am 26. Mai 1849 schloß der König von Preußen mit dem Könige von Hannover und Sachsen das sogenannte Dreikönigsbündniß, dem sich Kurhessen, Hessen-Darmstadt

und mehrere kleine Staaten anschlossen. Es war ein todtgeborenes Kind. Ein Verwaltungsrath in Berlin, ein Schiedsgericht in Erfurt wurde zwar niedergesetzt, als aber Preußen zum Erfurter Parlament wählen ließ, erklärten Hannover und Sachsen, sie würden nicht wählen lassen. Preußen ließ sich das gefallen. Fürst Schwarzenberg freute sich darüber und er versuchte den Einfluß in Deutschland auf alle Weise wieder zu gewinnen.

Die Stellung des Reichsverwesers wurde unhaltbar, Preußen kam mit Oesterreich zu einer Verständigung, es wurde in Frankfurt eine gemeinschaftliche Behörde, die Bundescentralcommission, geschaffen, diese sollte bis zum 1. Mai 1850 die Centralgewalt (konnte eigentlich überhaupt von einer solchen die Rede sein?) fortführen. Die übrigen Regierungen traten bei und der Erzherzog Johann ging wieder nach Tirol, schoß wieder Gemsen wie früher, und that wohl daran.

Das Jahr 1850 ist für uns stets als das traurigste der neuern deutschen Geschichte erschienen. Uneinigkeit zeigte sich überall, der Nationalrausch war für den Augenblick verdampft. In Preußen zeigte sich ein gänzlicher Mangel an wirklichen Staatsmännern. General v. Radowitz war zwar ein bedeutender Kopf, aber kein Mann der Action.

Daß Preußen in Deutschland später eine so schlechte Stellung bei den übrigen Regierungen einnahm, daß im Jahre 1866 den kleinen deutschen Staatsmännern alles Urtheil über Preußens Leistungsfähigkeit und Macht fehlte, daß sie glaubten, so ohne weiteres Preußen widerreden und niederschlagen zu können, lag an den Niederlagen, welche Preußen überall erlitt, wo sich seine Staatsmänner und Diplomaten damals und auch später zeigten.

Preußen wollte die Führung in Deutschland übernehmen, hatte factisch beinahe überall Ordnung hergestellt, die preußischen Truppen hatten stets gesiegt, hatten trotz aller Verführungen in schwierigsten Verhältnissen die Disciplin erhalten, wo es aber darauf ankam, Nutzen daraus zu ziehen, geschah nichts. Daß Preußen Deutschland führen wollte und es nicht that, daß es Oesterreich gegenüber selbst da nachgab, wo es in seinem Interesse nicht hätte nachgeben dürfen, daß es sich zu keiner selbständigen Politik erheben konnte, brachte Preußen in eine Stellung, die es auf die Länge nicht ertragen konnte. Der damalige Prinz von Preußen, der jetzige König, sah, daß Preußen eine Stellung nur durch das Schwert werde wieder erlangen können, daher war sein ganzes Augenmerk consequent auf die Ausbildung und Verstärkung der Armee gerichtet.

Oesterreich hatte sich auch erholt, die Revolution in Ungarn war durch russische Hülfe unterdrückt. Durch die Verfassung, die der Kaiser bei der Auflösung des Reichstags zu Kremsier aus eigener Machtvollkommenheit gab, war für Oesterreich ein Einheitsstaat gegründet. Diesen in Deutschland mit aufzunehmen, wollte Preußen nicht, den Einfluß in Deutschland wollte Oesterreich, wo die Idee eines großen Deutschlands unter Oesterreich wieder stärker hervortrat, um jeden Preis behalten; daraus entstand nothwendigerweise ein Conflict unter den beiden Regierungen, und es erklärt sich, wie sie in und außer Deutschland sich auf diplomatischem Felde bekriegten.

Fürst Schwarzenberg, der Leiter der österreichischen Politik, war der unversöhnlichste Feind Preußens und legte den größten Werth auf Einfluß in Deutschland; er hielt es für möglich, Preußen beiseitezuschieben. Fürst

Schwarzenberg soll gesagt haben: „Il faut avilir la Prusse avant de pouvoir l'anéantir."

Preußen hatte, wie wir schon erwähnten, mit Hannover und Sachsen das Dreikönigsbündniß geschlossen; als aber Hannover und Sachsen sahen, daß die übrigen Regierungen an einem Bunde ohne Oesterreich sich nicht betheiligen wollten, zogen sie sich zurück und trotz des Erfurter Parlaments war Preußens Plan einer Union gescheitert.

Oesterreich richtete seinen Blick wieder nach Frankfurt und eröffnete mit den Regierungen, die sich anschlossen, wieder den alten Deutschen Bundestag, um auf Grundlage der Bundesverfassung von 1815 die allgemeinen Angelegenheiten zu besorgen und etwaige Aenderungen zu berathen.

An diesen Aenderungen hat der Bundestag fruchtlos bis zu seinem Ende 1866, also sechzehn Jahre, berathen!

Der Waffenstillstand mit Dänemark war am 1. Jan. 1850 abgelaufen. Dänemark hatte die Großmächte, namentlich Rußland, welches die Herzogthümer nicht von Dänemark getrennt sehen wollte, auf seiner Seite. Oesterreich spielte eine zweideutige Rolle. Preußen schloß unter Englands Vermittelung am 2. Juli einen Frieden ab, wobei die Rechte der Herzogthümer und die Rechte des Bundes auf Holstein vorbehalten wurden.

Die Statthalterschaft von Holstein wollte Schleswig von Holstein nicht trennen lassen und beschloß, selbst mit den Waffen in der Hand, Schleswig zu vertheidigen. General Willisen commandirte die holsteinische Armee und schlug die Schlacht bei Idstedt am 25. Juli; die Dänen hatten eine bedeutende Uebermacht. Die holsteinische Armee zog sich in Ordnung zurück und räumte Schleswig. Hol-

stein griffen die Dänen nicht an, weil es zum Bunde gehörte.

Von der Entwickelung der deutschen Verhältnisse hing das Schicksal der Herzogthümer ab.

In Hessen war ein Conflict zwischen dem Kurfürsten (der bis zur Steuerverweigerung ging) und den Ständen des Landes ausgebrochen. Der Kurfürst wandte sich an den Bund um Hülfe. Oesterreich und Baiern versprachen sie, Preußen wollte solches Eingreifen nicht dulden, besetzte Kassel und Fulda: ein Conflict schien unvermeidlich.

Der Kaiser Nikolaus sah die Gefahr eines drohenden Krieges in Deutschland. Er war gewohnt, sich als Schiedsrichter in Deutschland zu betrachten und hatte deshalb den Fürsten Schwarzenberg und den Grafen Brandenburg nach Warschau zu sich beschieden.

Der Kaiser wollte die Sprengung der Heiligen Allianz um jeden Preis vermeiden und gab zu verstehen, daß er auf Oesterreichs Seite treten werde, falls Preußen den Kampf beginne.

Die Stellung, in die Preußen gerathen, war sehr bedenklich. In einem Kriege konnten Oesterreich, Rußland, die vier Königreiche und möglicherweise Dänemark gegen Preußen stehen, und was Frankreich dann that, konnte noch niemand wissen.

Mit diesen Nachrichten kam Graf Brandenburg (selbst krank, er starb kurze Zeit darauf) von Warschau zurück. Der preußische Kriegsminister erklärte, die Armee sei nicht im Stande, einen solchen Krieg aufzunehmen. Die Armee war zwar mobil, die Landwehren aber nicht in dem Zustande, in dem man sie damals gut geschulten alten Truppen gern gegenübergestellt hätte. Die Wirkung des Zündnadelgewehrs wurde damals noch unterschätzt.

In Böhmen war in der Stille eine sehr gute Armee concentrirt und ziemlich schlagfertig aufgestellt. Der greise Feldmarschall Radetzky sollte sie führen. Dieser soll allerdings erklärt haben, er halte das Vordringen bis Berlin und die Einnahme von Berlin für möglich, es sei aber schwierig, sich dort zu halten. Radetzky war entschieden gegen einen Krieg mit Preußen.

Der König von Preußen hatte eine Vorliebe für den Kaiser und für Oesterreich und so entschloß er sich, alles zu thun, um den Frieden zu erhalten. Hr. v. Manteuffel beantragte eine persönliche Zusammenkunft mit dem Fürsten Schwarzenberg. Sie fand zu Olmütz am 28. und 29. Nov. statt. Diplomatisch besiegte Fürst Schwarzenberg Hrn. v. Manteuffel vollständig. Es wurde beschlossen, daß Oesterreich und Preußen die endliche definitive Regelung der kurhessischen und holsteinischen Angelegenheit durch die gemeinschaftliche Entscheidung aller deutschen Regierungen herbeiführen wollten. Es sollte von den in Frankfurt vertretenen Regierungen und auch von Preußen und dessen Verbündeten je ein Vertreter ernannt werden, um gemeinschaftliche Maßregeln zu berathen.

In Kurhessen verpflichtete sich Preußen, den vom Kurfürsten herbeigerufenen Truppen kein Hinderniß entgegenzusetzen.

Nach Holstein sollten Oesterreich und Preußen gemeinschaftliche Commissare schicken, welche im Namen des Bundes von der Statthalterschaft Einstellung der Feindseligkeiten, Zurückziehung der Truppen hinter die Eider und Reduction der Armee auf ein Drittel unter Androhung der gemeinschaftlichen Execution fordern sollten.

Es sollten unumgänglich Ministerialconferenzen in Dresden stattfinden. Das waren die Bedingungen der

Olmützer Conferenzen, die von vielen Preußen als ein Unglück angesehen worden sind.

Manche Bedingungen, namentlich die in Beziehung auf Holstein, für welches Preußen das Schwert freiwillig gezogen hatte, waren schwere Opfer. Die Folgen von Olmütz waren die Wiederherstellung des Bundestags und später der Krieg von 1866.

Die preußischen Truppen in Hessen erhielten den Befehl, jeden Conflict zu vermeiden. Bei Bronzell wäre es doch fast dazu gekommen, aber auch hier siegte die Mannszucht über das Gefühl der Soldaten, die von beiden Seiten sehr gegeneinander erregt waren.

Oesterreichische Truppen rückten nach Holstein, um die schleswig-holsteinische Armee aufzulösen, und drei Commissare, ein österreichischer, preußischer und dänischer, übernahmen die Verwaltung des Landes. Schleswig wurde sofort an Dänemark zurückgegeben, 1852 auch die Verwaltung an Dänemark überliefert.

Eine Anzahl von Offizieren, Beamten, Predigern, Professoren und Lehrern mußte in Deutschland ein Unterkommen suchen, es gelang ihnen durch die Fürsorge der Regierungen, der Städte und mancher Privatpersonen.

Der schleswig-holsteinische Krieg ist von Anfang bis zu Ende eine traurige Episode. Die deutsche Vaterlandsliebe in den Herzogthümern muß sehr stark gewesen und die dänische Regierung beispiellos unvorsichtig und rücksichtslos gehandelt haben, sonst war für die Holsteiner Grund genug vorhanden, die Liebe zu Deutschland auf ewig zu verlieren und am Vaterlande zu verzweifeln.

Oesterreich, Rußland, England und Frankreich hatten 1850 sich schon in einem Protokoll verständigt, um die Integrität Dänemarks zu garantiren.

Zu London kam 1852 der Vertrag zu Stande, der die Erbfolge in Dänemark regelte, ein Vertrag, der unter dem Namen des Londoner Protokolls sehr bekannt wurde.

Der Herzog von Augustenburg, den Dänemark als einen Rebellen ansah, trat seine Besitzungen ab; er bekam als Entschädigung dafür 2 Millionen Thaler. Er entsagte für sich und seine Nachkommen allen Ansprüchen auf die Nachfolge in den Herzogthümern, seine beiden Söhne schienen damit einverstanden und schwiegen dazu.

Prinz Christian von Holstein-Glücksburg wurde als Erbe der ganzen dänischen Monarchie anerkannt und vom Könige von Dänemark sofort adoptirt.

Preußen unterzeichnete den Vertrag; dem Bunde dagegen, welcher damals für zu unbedeutend galt, wurde er zum Unterzeichnen gar nicht vorgelegt. Dänemark übernahm, den deutschen Mächten gegenüber, die Verpflichtung, die Stände von Schleswig und Holstein anzuerkennen und die deutsche Sprache gelten zu lassen.

Daß Dänemark mit unendlichem Unverstande diesen Verpflichtungen nicht nachkam, daß die demokratisch-dänische Partei überhaupt die Herzogthümer, namentlich Schleswig, schlecht behandelte, ist nicht zu leugnen, und daß ein neuer Krieg entstehen würde, war vorauszusehen.

Im Jahre 1851 schloß Hannover den Vertrag mit Preußen ab, wodurch Hannover die Verpflichtung übernahm, mit dem Jahre 1854 in den Zollverein einzutreten.

Es war die letzte Regierungshandlung des Königs Ernst August, er starb am 18. Nov. 1851. Georg V. folgte, er war blind, als er auf den Thron kam, und unter ihm ging Hannover als selbständiges Königreich 15 Jahre später unter.

Die Frage, ob ein blinder Fürst successionsfähig sei,

wurde damals viel in und außerhalb Hannover besprochen, und ist nicht ganz ohne Grund von vielen Seiten angenommen, daß ein gewisser Zusammenhang zwischen dieser Frage und dem Abschlusse des Zollvereins stattgefunden habe.

Die Conferenzen in Dresden führten zur Wiederherstellung des Bundes, Preußen gab alle Plane der Union auf. Oesterreich hob die Verfassung ohne weiters mit einem Federstriche auf.

Die französische Republik nahte sich ihrem Ende; am 2. Dec. 1852 nahm Kaiser Louis Napoleon die Kaiserkrone factisch in Besitz. Es trat eine Zeit der Ruhe für Europa ein.

In Deutschland suchten die verschiedenen Regierungen sich von den Schrecken des Jahres 1848 zu erholen, und manches, was in der Uebereilung geschehen war, wieder ungeschehen zu machen. An allen deutschen Höfen entspann sich von neuem, aber im stillen, der Kampf zwischen der preußischen und österreichischen Diplomatie.

Die Idee, die bei Gründung des Bundes, bei Stiftung der Heiligen Allianz und noch fortwährend von allen conservativen Diplomaten bis auf die neueste Zeit als das einzige Mittel angesehen worden ist, das Gleichgewicht in Europa, das Aufblühen Deutschlands zu ermöglichen, das aufrichtige Zusammengehen Oesterreichs und Preußens, ist immer nur ein frommer Wunsch, eine Illusion gewesen und mußte es auch bleiben. Geschichte, Traditionen, Interesse, Religion, Erziehung, alles führt die beiden Länder auseinander, sie haben nichts gemeinschaftlich als theilweise die Sprache, und selbst da zeigt sich die Verschiedenheit.

Bis zum Jahre 1848 drang die Eifersucht zwischen Oesterreich und Preußen nicht so in die Massen, es war

nur ein Kampf unter den Diplomaten, an den Höfen und am Bundestage. Im Jahre 1848 zeigte es sich in Frankfurt im Parlamente, daß eine preußische wie österreichische Partei auch im deutschen Volke existirte.

Als nach den fruchtlosen Anstrengungen in einheitlicher Richtung der Jahre 1848—52 das Werk der Einigung gescheitert war, wurde dieser Kampf in jeder Ständekammer wie in der Presse überall wieder aufgenommen. Die Revolution, und noch mehr als diese, die Schwäche der Regierungen, hatte alles, was noch von conservativen Einrichtungen bestand, alle Vorrechte des Adels und auch vielfach der Municipalitäten und Corporationen zerrissen und unterdrückt; die Revolution machte halt vor den Thronen.

Die Sicherheit der Regierungen war erschüttert. Jeder, in höchsten wie in den Volkskreisen fühlte, daß der Bund unhaltbar war, daß der Kampf zwischen Oesterreich und Preußen eines Tages ausgekämpft werden müsse.

Die conservativen Elemente, die regierenden Häuser selbst neigten sich Oesterreich zu, weil sie namentlich im Norden glaubten, daß der Kaiser von Oesterreich der natürliche Beschützer der kleinen Dynastien sein und Preußens Plane durchkreuzen werde.

Preußen wurde stets als der Aggressivstaat angesehen, weil jeder fühlte, daß Preußen größer werden müsse, wenn es nicht ganz untergehen sollte. Diese Gedanken nahmen den meisten deutschen Regierungen jeden Halt, der Mangel daran hat viel zur Katastrophe von 1866 beigetragen.

Der Imperialismus in Frankreich übte auch seinen nachtheiligen Einfluß auf Deutschland aus. Mancher deutsche Bureaukrat sah sich schon in Gedanken in der

Stellung eines deutschen Präfecten nach französischem Muster, mancher deutsche Polizeidirector betrachtete die willkürliche französische Polizeiwirthschaft als ein Ideal. Mancher deutsche Minister, der fühlte, daß die Ordnung befestigt werden mußte, sah sich nach dem Muster des Imperialismus um und erfand unter dem Vorwande des monarchischen Princips ein Regierungssystem, welches eben so unklug als undeutsch war.

Der König von Preußen, der immer von den Ideen der Heiligen Allianz nicht lassen konnte, der ein Zusammengehen Preußens mit Oesterreich für nothwendig hielt, hatte im Jahre 1853 Zusammenkünfte mit dem Kaiser von Oesterreich. Im Jahre 1854 kam die Erweiterung des Zollvereins zu Stande.

Die orientalischen Verwickelungen wurden ernstlich, die Gewitterwolken, die in den letzten zwanzig Jahren im Osten sich angehäuft hatten, drohten sich zu entladen.

Napoleon wollte sich, seiner Dynastie und seinem Lande eine andere Stellung verschaffen; diejenige, welche Frankreich durch die Verträge von 1815 erhalten hatte, sowie jede Erinnerung an den Wiener Congreß, der seinen Onkel in die Acht erklärt hatte, konnte ihm nicht gefallen, seine ganze politische Tendenz ging daher ganz natürlicherweise dahin, wo er es konnte, die Wiener Verträge zu zerreißen. Vor allem galt es, die Heilige Allianz, die schon bedeutend gelockert war, gründlich zu beseitigen.

Ein Krieg um die Rheingrenze, der, da es sich vor allem um Beseitigung der Wiener Verträge handelte, am nächsten lag, auch in Frankreich populärer gewesen wäre als ein Krieg im Orient, mußte gefährlich scheinen. Ein Krieg mitten in Europa, ohne Grund muthwillig hervorgerufen, hätte eine Coalition hervorbringen, hätte die Er-

klärung der Napoleoniden in die Acht leicht in Erinnerung bringen können. Es kam vor allem darauf an, sich mit England zu verbinden, die Hülfsquellen beider Länder waren bedeutend gewachsen, zusammen hatten sie unbedingt das Uebergewicht zur See, und die französischen Politiker glaubten, daß, wenn sie mit Hülfe Englands große Erfolge erzielten, diese vor allem Frankreich zugute kommen würden. Anfänglich war das auch der Fall und nach dem Krimkriege hatte Napoleon eine bedeutende Stellung in Europa, die durch Krieg in Italien, die Expedition in Mexico und den Krieg, der ohne Frankreichs Zuthun in Deutschland geführt wurde, sehr an Bedeutung verloren hat.

Daß die Eifersucht zwischen Oesterreich und Preußen schon zu weit gediehen war, um auch selbst bei einem Kriege, der nicht direct ein Angriffskrieg gegen den Deutschen Bund war, dieselbe Politik zu verfolgen, daß an irgendeine politische Action des Deutschen Bundes nicht zu denken war, wußte Napoleon sehr wohl.

Hätten Oesterreich und Preußen in- und außerhalb des Deutschen Bundes sich verständigen können, wäre nicht wegen des Mangels an aufrichtigem Zusammengehen, wegen der Zerrissenheit in Deutschland Deutschlands Macht und politischer Einfluß in den größern europäischen Fragen so unbedeutend gewesen, es wäre schwerlich zum Kriege gekommen.

Die französische Diplomatie wußte auf geschickte Weise die Unzufriedenheit der christlichen katholischen Bevölkerungen im Orient zu benutzen und hatte den Krieg auf jede Weise vorbereitet.

In England war die Abneigung, die russische Herrschaft über den Orient sich verbreiten zu sehen, eine alte

diplomatische Tradition und trotz aller Abneigung, die in England gegen eine Allianz mit Frankreich bestand, kam sie zu Stande.

Als England und Frankreich sich gegen Rußland verbanden, und versuchten, Oesterreich und Preußen zu einer Coalition gegen Rußland zu bringen, hielt Preußen an der noch bestehenden Allianz insofern fest, als es eine für Rußland so freundschaftliche Neutralität bewahrte.

Oesterreich that das nicht, war unvorsichtig genug, sich, wie das Volk in solchen Fällen sagt, zwischen zwei Stühle zu setzen.

Die österreichischen Staatsmänner verstanden nicht, daß die Herrschaft in Italien, überwiegender Einfluß an der Donau und gleichzeitig in Deutschland für die Kräfte Oesterreichs zu viel war. Die kurzsichtige Politik, die es damals befolgte, legte den Grund zu allem Unglück, welches das arme Kaiserreich in den nächsten zwölf Jahren zu erdulden hatte. Daß Oesterreichs Interessen mit denen Rußlands an der Donau collidirten, daß die Frage der Fürstenthümer für Oesterreich schwierig war, läßt sich nicht leugnen.

Oesterreichs traditionelle Politik im Orient ist der englischen sehr ähnlich: Erhaltung der türkischen Herrschaft um jeden Preis, sie ist für beide Länder gewiß nicht die richtige, für Oesterreich aber noch weniger als für England, da Oesterreichs materielle und commerzielle Interessen in viel stärkerm Maße dadurch berührt werden als die Englands.

Als die Verwickelungen den Frieden ernstlich bedrohten, mußten sich Oesterreichs Staatsmänner die Frage vorlegen, ob sie, treu der Heiligen Allianz, auf Rußlands Seite treten, ob sie sich mit Rußland über die orientalische und

Donaufrage verständigen, oder ob sie eine Allianz mit den Westmächten eingehen, und sich dann als Preis für die Betheiligung am Kampfe an der Donau entschädigen und die italienischen Provinzen garantiren lassen sollten.

Hätte Oesterreich eine dieser beiden Richtungen consequent verfolgt, so hätte es, der Krieg mochte ausfallen wie er wollte, ein ganz anderes Gewicht bei den Friedensverhandlungen erlangt.

Oesterreich wollte sich nicht mit den Westmächten direct verbinden und beobachtete eine gegen Rußland feindliche Neutralität.

Ein Heer von 150000 Mann wurde an den Grenzen Rußlands zusammengezogen, griff aber in die Ereignisse nicht thätig ein. Preußen blieb russenfreundlich, aber neutral und misbilligte Oesterreichs Politik.

Der deutsche Handel blühte während und nach dem Krimkriege, die deutsche Industrie erwachte namentlich in den Ländern, in denen die Wirkung des Zollvereins fühlbar wurde. Es wurde vieles zu rasch begründet, es war ein wahres Bankbegründungs- und Eisenfabrikationsfieber, welches manches Gute und Nützliche anregte, aber nachher eine schlimme Geldkrise hervorbrachte, es entstand auf politischem Gebiete eine bisher in Deutschland nicht bekannte Beweglichkeit und Unruhe.

Eine Demüthigung hatte Preußen noch zu ertragen, nämlich den Abfall von Neuenburg (Neufchâtel). Neuenburg war ein alter Besitz der Hohenzollern, Friedrich I. hatte es 1707 geerbt. Hundert Jahre später, 1807, wurde es an Frankreich abgetreten, 1814 zurückgefordert. Es wurde in einer Art Zwitterstellung den schweizer Cantonen als 22. Canton zugelegt. Es behielt aber die alte

Verwaltung, die im Namen des Königs von Preußen fortgeführt wurde.

Im Jahre 1848 waren in der Schweiz die Wogen der Revolution fühlbar geworden, und es wurde auch da eine Republik nach andern Principien hergestellt, die einzelnen Cantone einer Centralregierung in Bern untergeordnet. Die preußische Regierung wurde beseitigt, Preußen protestirte bei mehrern Gelegenheiten, aber ohne viel Erfolg.

Bei den Pariser Conferenzen im Jahre 1856 erkannten die Bevollmächtigten der Großmächte die Hoheitsrechte Preußens in Bezug auf Neufchâtel an.

Als die Schweiz keine Notiz davon nahm, wollten die Anhänger des Königs von Preußen in Neuenburg ihre Rechte selbst geltend machen.

In der Nacht vom 2. Sept. 1856 steckten Graf Pourtalès und Oberst Meuran die schwarz-weiße Fahne auf und organisirten einen Aufstand.

Einige Bataillone schweizer Truppen, die in der Nähe Herbstübungen hielten, wurden herbeigerufen, unterdrückten den Aufstand und nahmen die Rädelsführer gefangen, sie sollten als Hochverräther vor Gericht gestellt werden.

Der König von Preußen mußte da einschreiten, es sollte ein preußisches Corps nach der Schweiz geschickt werden.

Der Bund ließ sich, und das ist das größte Armuthszeugniß, welches er sich wol gegeben, durch Oesterreich bestimmen, Preußen den Durchmarsch zu verweigern.

Der König nahm des Kaisers Napoleon Vermittelung an. Die Gefangenen in Neufchâtel wurden sofort freigelassen, der Canton blieb der Schweiz. Die Tagsatzung bot 1 Mill. Thlr., die der König nicht annahm.

Diese traurige Angelegenheit, über die jeder Deutsche

erröthen muß, soll den König Friedrich Wilhelm IV. tief gekränkt haben. Daß nach solchen Vorfällen jemand noch in und außer Deutschland daran zweifeln konnte, daß der Kampf zwischen Oesterreich und Preußen ausgekämpft werden müsse, haben wir niemals begriffen. Daß Preußen drei Jahre später, als Oesterreich in Italien gegen Italien und Frankreich kämpfte, nicht am Kampfe theilnahm, war gewiß zum großen Theil Folge der falschen Politik, der innern schleichenden Feindschaft und Eifersucht, die Oesterreich gegen Preußen überall zeigte.

Der König von Preußen wurde von einer Gehirnaffection ergriffen. Der Prinz von Preußen übernahm die Regentschaft, es knüpften sich große Hoffnungen an seine Regierung. Ein liberales Ministerium begann ein neues System, die neue Aera genannt, welches daran scheiterte, daß die Majorität der Landesvertretung sich in Theorien verrannte, daß sie von der Nothwendigkeit der neuen Armeeorganisation sich nicht überzeugen wollte, und daß die Regierung theils zu weit durch die Theorien sich fortreißen ließ und anderntheils der Prinz-Regent und nachherige König fest an dem hielt, was er für die Reorganisation des Heeres für unerlaßlich hielt. Das Ministerium der neuen Aera erweckte in Deutschland große Hoffnungen, überall regte sich unter den verschiedensten Vorwänden, in verschiedenster Gestalt, das deutsche Einheits- und Nationalgefühl.

In Hannover hatte ein kurzsichtiges Ministerium, welches aus falsch verstandenem Eifer für das monarchische Princip manchen Schaden anrichtete, die oppositionellen Elemente zusammengeführt, diese stifteten den sogenannten Nationalverein, der in ganz Norddeutschland sich verbreitete. Der Nationalverein sprach es bestimmt aus, daß der Bund

nicht genüge, daß unter Preußens Leitung ein constitutioneller Bundesstaat gegründet werden müsse.

Es war eine Fortsetzung der sogenannten Gothaer Partei, mit etwas mehr demokratischer Färbung.

Der Nationalverein wollte erst in Eisenach eine größere Versammlung halten, ging, als das nicht gelang, nach Frankfurt, tagte auch in Koburg, wurde dort vom Herzoge von Sachsen-Koburg-Gotha anfänglich sehr unterstützt, und hätte sehr bedeutungsvoll werden können, wenn die Reorganisation von Deutschland nicht durch den Krieg, sondern durch Revolution vollzogen worden wäre.

Es wurde später von einigen kurzsichtigen wohlwollenden conservativen Männern der Großdeutsche Verein gegründet, der streng am Bundesrechte halten und den österreichischen Einfluß in Deutschland kräftigen wollte.

Dieser Verein hat deshalb viel geschadet, weil er manche ganz ruhige Elemente mit in die politische Agitation hineinzog und namentlich in Hannover viel zur politischen Verwirrung und zur Verkennung wirklich richtiger politischer Anschauungen und der geographischen Verhältnisse beitrug.

Als später ein Ministerium der Action unter Hrn. v. Bismarck-Schönhausen den Krieg in Holstein führte, als der Kampf mit dem Abgeordnetenhause, namentlich aber der Kampf um die augustenburger Erbrechte entbrannte, geriethen beide Vereine in mancherlei Widersprüche, namentlich war letzteres mit dem Großdeutschen Vereine der Fall.

Wer Deutschland während der letzten zwölf Jahre aufmerksam beobachtete, mußte sich sagen, daß die Verhältnisse ganz unhaltbar waren; wäre nicht soviel materieller Wohlstand, soviel vernünftiger Sinn namentlich in den untern Klassen vorhanden, wären nicht die socialen Ver-

hältnisse im ganzen gesund gewesen, es hätte zur Revolution kommen müssen.

Am 1. Jan. 1859 redete der Kaiser Louis Napoleon den österreichischen Gesandten auf eine Weise an, die feindliche Absichten verrieth. Ganz Europa gerieth in Aufregung darüber, Oesterreich rüstete, Italien machte große Anstrengungen, auch in Frankreich wurde eine Armee zusammengezogen, die Italien zu Hülfe eilen sollte.

England und Preußen suchten eifrig zu vermitteln, Rußland selbst schloß sich diesen Bemühungen an, und es schien fast, als ob auf einem Congresse der Streit geschlichtet werden könne.

Preußen hatte Oesterreich unter gewissen Voraussetzungen den Beistand versprochen. Der Erzherzog Albrecht kam nach Berlin und unterhandelte, versprach dabei in bester Ueberzeugung, daß kein Angriff auf Italien beabsichtigt wrdee, und trotzdem griff Oesterreich an.

In Deutschland entstand eine große Aufregung; namentlich in Süddeutschland, und in allen Mittelstaaten wurde der Krieg gegen Frankreich als Pflicht angesehen.

Es ist Preußen vielfach der Vorwurf gemacht, daß es Verrath am deutschen Vaterlande dadurch begangen habe, daß es nicht sofort sich am Kriege betheiligte.

Wir haben das damals für ganz natürlich gehalten. Oesterreich verweigerte in arger Verblendung hartnäckig die begründete preußische Forderung des Oberbefehls über die Truppen der deutschen Staaten bis zum Main. Preußen mußte bei dem Mistrauen, welches zwischen Wien und Berlin existirte, sicher sein, daß es sich nicht einen Krieg in das eigene Land zog, und dann möglicherweise erlebte, daß Oesterreich mit Frankreich Frieden schloß.

Als der Krieg in Italien das deutsche Bundesgebiet

zu erfassen drohte, wurden in Preußen und den übrigen deutschen Staaten ernstliche Vorbereitungen zum Kriege gemacht. Sechs preußische Armeecorps waren mobil, als ganz plötzlich und unerwarteterweise der Frieden von Villafranca dem Kriege ein Ende machte.

Die Kriegführung auf österreichischer Seite ist schon durch die militärischen Schriftsteller hinreichend charakterisirt, die politische war noch trauriger. Der Frieden von Villafranca wäre nur dann zu rechtfertigen gewesen, wenn eine offensive und defensive Allianz zwischen Oesterreich und Frankreich gefolgt wäre. Daß der Zustand, der durch diesen Frieden und den darauf folgenden Frieden in Zürich geschaffen wurde, für Italien unhaltbar sein müsse, konnte jeder leicht erkennen, unbegreiflich sind die Illusionen, in denen Oesterreichs Staatsmänner stets in Beziehung auf Italien gelebt haben.

Oesterreich und seine Freunde machten Preußen für die Niederlagen und diesen traurigen Frieden verantwortlich.

Die Stimmung gegen Preußen namentlich in der österreichischen Armee war sehr feindlich. Nach dem Kriege fingen die einheitlichen Demonstrationen in Deutschland in verstärktem Maße wieder an, Vereine von Turnern, Sängern, Naturforschern, Juristen, alles mußte solchen Bestrebungen dienen, selbst die Schiller-Feier war im Grunde nichts anderes. Die Idee des Nationalvereins war ein constitutioneller Bundesstaat mit preußischer Spitze, mit Ausschluß von Oesterreich, die des Großdeutschen Vereins ist weniger bestimmt zu formuliren; es war Erhaltung des Bundes, Ausbildung desselben, dabei schwebte ein unklarer und allgemeiner Begriff von österreichischem Einflusse und deutschem Kaiserthum unter dem Kaiser von

Oesterreich vor; einheitliche Grundgedanken lagen diesen beiden Vereinen ebenso zu Grunde als der dritten Richtung, der der Republikaner, deren es in Deutschland mehr gibt, als man im allgemeinen glaubt, namentlich in Süddeutschland und in den Gegenden, die mit Amerika im regen Verkehr stehen. Daß in den Freien Städten diese Richtung vielfache Vertretung findet, liegt auf der Hand.

Oesterreich schien nach dem Kriege in Italien sich erholt zu haben, es wurde wenigstens dieser Schein von Oesterreich aus sorgfältig verbreitet.

Am 20. Oct. 1860 hatte der Kaiser wieder eine Gesammtverfassung dem Kaiserstaate gegeben und man glaubte, daß unter einem liberalen Ministerium das Reich sich entwickeln würde. Der Credit wurde für den Augenblick gehoben und das Vertrauen zu Oesterreichs Festigkeit und Zukunft stieg auf merkwürdige Weise in ganz Deutschland.

Preußen war durch den innern Conflict mit dem Abgeordnetenhause, durch die dadurch hervorgerufenen Ministerwechsel, durch die Spaltung im Innern scheinbar sehr geschwächt. Ein Ministerium unter Hrn. v. Bismarck-Schönhausen folgte dem des Grafen Schwerin; der Conflict mit dem Abgeordnetenhause wurde noch feindlicher, sodaß im Mai 1863 der Landtag geschlossen werden mußte. Dazu kam, daß Preußen mit Frankreich ohne die Zustimmung der übrigen Zollvereinsstaaten einen Handelsvertrag mit Frankreich abschloß und somit den Zollverein, der 1865 erneuert werden mußte, in Frage zu stellen schien. Bei Regierungen und dem Volk herrschte große Misstimmung gegen Preußen.

Oesterreich versuchte auf alle Weise die Klein- und Mittelstaaten für sich zu gewinnen. Die Mittelstaaten hatten zum Theil Theoretiker, wie v. d. Pfordten, zum

Theil kluge Leute wie Beust, der aber gänzlich den Maßstab seiner und Sachsens Macht verloren hatte, zum Theil ganz unfähige Staatsmänner an der Spitze. Hr. v. d. Pfordten erfand oder gebrauchte die Idee der Trias, d. h. die theoretische Spaltung in drei Theile, die Preußen nachher praktisch in ganz anderer Weise ausgeführt hat.

Diese Triasidee, die den reellen Machtverhältnissen widersprach, war eine solche, mit der ein langweiliger Professor seine Studenten wol in Schlaf reden kann, an die aber ein weiser praktischer Staatsmann deshalb gar nicht denken durfte, weil es auf der Hand lag, daß so viele deutsche Regierungen niemals wirklich zusammenhalten würden, und wenn sie zusammenhielten, niemals die Kraft haben konnten, Preußen oder Oesterreich zu widerstehen. Hr. v. d. Pfordten glaubte, daß, wenn Deutschland in drei Machtgruppen getheilt sei, Baiern den größten Einfluß auf die Gruppe der Klein- und Mittelstaaten ausüben würde, und diese Gruppe sich, wie es gerade passe, Oesterreich oder Preußen zuneigen und dadurch in Deutschland großen Einfluß gewinnen könne.

Die Minister der Mittelstaaten hielten zu Bamberg und Würzburg Conferenzen, bei denen Baron Beust eine hervorragende Rolle spielte.

Hannover schloß sich dieser Politik nur zuweilen an, erlangte dadurch aber, daß es nirgends einen wirklichen Bundesgenossen und Freund hatte. Was bei den Verhandlungen in Bamberg und Würzburg alles besprochen und verhandelt wurde, weiß man nicht, für den Ruf deutscher Staatskunst, deutscher Diplomatie ist das vielleicht ein Glück.

Am 12. Aug. 1862 war das sogenannte Delegirtenproject beim Bunde als Antrag eingebracht. Es sollten

versuchsweise Delegirte aus den verschiedenen Ständeversammlungen zur Berathung zweier Gesetzentwürfe über Civilproceß und Obligationenrechte, ohne alle beschließende Kraft, berufen werden. Dieses Project wurde vertreten durch Oesterreich, Baiern, Sachsen, Hannover, Würtemberg, Kurhessen, Hessen-Darmstadt und Nassau.

Hr. v. Bismarck ließ dagegen ein Minoritätsvotum in der Sitzung vom 18. Dec. 1862 abgeben, sowie in einem Votum des preußischen Bundesgesandten am 22. Jan. 1863 erklären, daß die gegebene Bundesverfassung weder den berechtigten Wünschen der Nation noch den reellen Machtverhältnissen Preußens entspreche. Das Delegirtenproject sei bloßer Schein und als solcher nichts werth, sei es das nicht, so sei die Gefahr vorhanden, daß eine große Majorität an Volkszahl und staatlicher Kraft einer Combination von Stimmen unterliege, welche thatsächlich eine Minorität an Macht und Zahl vertreten. Nicht die Vergrößerung, sondern die Beseitigung der Gebrechen sei zu erstreben. Was die Vertretung betreffe, so könne nur eine solche, welche nach Maßgabe der Bevölkerung jedes Bundesstaates aus unmittelbarer Wahl hervorgehe, von der deutschen Nation als das berechtigte Organ zur Einwirkung auf die allgemeinen Angelegenheiten angesehen werden.

Gegen das eingeschlagene Verfahren Oesterreichs und der Coalition, die projectirte Maßregel kraft eines Majoritätsvotums durchzusetzen, legte Preußen offenen Protest ein, indem es behauptete, daß zu solchem Beschlusse Einstimmigkeit erforderlich sei. Bismarck hatte für den Fall den Beschluß gefaßt, den Bundestagsgesandten abzuberufen, um den Bund zu sprengen.

Hannover und Kurhessen fielen von der Coalition ab,

Oesterreich sann auf Rache für diese Niederlage und die Berufung des Fürstencongresses war der nächste Schachzug.

Niemals haben sich Oesterreichs Staatsmänner unfähiger gezeigt als im Jahre 1863, als sie dem Kaiser riethen, einen Fürstencongreß in Frankfurt auf den 18. Aug. zusammenzurufen, ohne mit Preußen sich verständigt zu haben, ohne versichert zu sein, daß der König von Preußen erscheinen würde; die Absicht, Preußen zu verstoßen oder zu isoliren, konnte ohne Krieg auf diese Weise doch nicht erreicht werden.

Die österreichischen Staatsmänner überschätzten Oesterreichs politische Macht auf dem friedlichen Gebiete Preußen gegenüber ebenso sehr, als Oesterreichs Generale drei Jahre später es auf dem Schlachtfelde thaten.

Daß der Kaiser von Oesterreich in Frankfurt den deutschen Kaiser spielte, ohne es zu sein, daß die deutschen Fürsten eine Reform des Deutschen Bundes beriethen und beschlossen, ohne sie durchzuführen, war ein harter Schlag für Oesterreichs Stellung in Deutschland, ein harter Schlag für Deutschlands Souveräne. Der König von Preußen schlug die allerdings sehr spät an ihn gelangte Einladung des Kaisers ab, folgte auch nicht der Einladung sämmtlicher Fürsten, die durch den König von Sachsen ihm nach Baden gebracht wurde. Der Beschluß der Versammlung wurde nachträglich dem König von Preußen mitgetheilt und derselbe aufgefordert, beizutreten; diese Aufforderung wurde aber, wie es auch nicht anders zu erwarten war, abgelehnt.

Wer nach diesem so kläglich gescheiterten Versuche der Fürsten, selbst den Bund zu reformiren und etwas Besseres an die Stelle zu setzen, glauben konnte, es werde auf friedlichem Wege, ohne Revolution, ohne Krieg geschehen,

mußte ein politisches Kind, ein Schwärmer, ein Idealist oder ein deutscher Gelehrter sein.

Auf das österreichische Project der Delegirten antwortete Preußen mit dem Plane eines auf Urwahlen basirten Parlaments, wie überhaupt damals Hr. v. Bismarck mit den Planen hervortrat, die er nachher zur Ausführung brachte.

Ein diplomatisches Meisterstück machte Hr. v. Bismarck bald nach diesem Fürstencongresse, indem er sich Oesterreich näherte und es für seine Plane gegen Dänemark benutzte. Die Blindheit, mit der Oesterreich in diese Falle ging, ist unerklärlich.

Dänemark hatte auf alle Weise sich in den Herzogthümern unbeliebt gemacht. Die demokratische Partei in Kopenhagen hatte die Gewalt in der Hand, sie wollte Schleswig ganz einverleiben und die Eider zur Grenze eines dänischen Einheitsstaates nehmen.

Die von Dänemark übernommenen Verpflichtungen wurden nicht gehalten.

In Deutschland nahm die öffentliche Meinung sich der unterdrückten Herzogthümer an, und die unpopulären Regierungen der Mittelstaaten hofften sich damit beliebt zu machen, daß sie die Rechte der Herzogthümer mit einer gewissen Affectation, aber ohne viel Erfolg, vertraten.

Der Bund unterhielt sich zehn Jahre mit dieser Frage, und ermannte sich erst, als am 30. März 1863 Holstein von der Gesammtverfassung des dänischen Reiches getrennt, und Schleswig factisch in Besitz genommen wurde.

Am 1. Oct. beschloß der Bundestag die schon lange angedrohte Execution gegen Dänemark durch Besetzung Holsteins durch Bundestruppen.

Sachsen und Hannover stellten 12000 Mann, Oesterreich und Preußen 25000 Mann als Reserve.

Ganz unerwarteterweise starb am 16. Nov. 1863 der König Friedrich VII. von Dänemark.

Der Herzog Christian von Glücksburg bestieg, durch das sogenannte Londoner Protokoll vom 20. Mai 1852 durch die fünf Großmächte zum Thronfolger bestimmt, den dänischen Thron.

Ein Volksauflauf in Kopenhagen zwang den König am zweiten Tage seiner Regierung, am 18. Nov., die Reichsverfassung anzuerkennen.

Die hannoverischen und sächsischen Truppen rückten unter Befehl des sächsischen Generals v. Hake in Holstein ein, welches als zum Bunde gehörig von den Dänen geräumt wurde.

Zu der Frage wegen Erfüllung der Verträge von 1851 und 1852 gesellte sich die Frage der Erbfolge. Nach deutschem Staatsrechte kann eine weibliche Linie in keinem deutschen Staate zur Regierung kommen, also auch nicht in dem deutschen Bundeslande Holstein.

Hr. v. Bismarck, ein Mann von außerordentlicher staatsmännischer Begabung, dabei rücksichtslos entschlossen, um jeden Preis Preußen in eine andere Machtstellung zu bringen, begriff, daß ein Krieg um die Herzogthümer das beste Mittel sei, um zu diesem Ziele zu gelangen.

Der Hafen von Kiel, die Leichtigkeit, mit der durch den Eiderkanal Ost- und Nordsee verbunden werden können, waren allein Grund genug, um den Besitz, mindestens von Holstein, um jeden Preis zu erlangen, und wir haben niemals begriffen, wie Oesterreich kurzsichtig genug war, um sich mit in diesen Krieg hineinziehen zu lassen. Oesterreich that es mit der Idee, Preußen das Spiel nicht allein

spielen zu lassen, und es, wenn es gewonnen, zu verderben.

Der Erbprinz von Augustenburg trat trotzdem, daß der Herzog von Augustenburg, sein Vater, seinen Rechten entsagt hatte, als Prätendent auf, ging unter einem falschen Namen mit Hülfe hamburger Kaufleute nach Kiel, etablirte sich dort, umgab sich mit einem liberalen Ministerium, erkannte die Verfassung von 1848 an.

Durch den Bund wurden zwei Bundescommissare, ein sächsischer und ein hannoverischer Staatsbeamter, ernannt, die im Namen des Bundes die Verwaltung des Bundes provisorisch übernehmen sollten.

In Holstein wurde der Erbprinz als Herzog Friedrich VIII. von der Bevölkerung überall sehr gefeiert und Deputationen strömten von allen Seiten ihm zu. Der Adel allein, dem er theils nicht vornehm genug schien, dem er sich anderntheils dadurch entfremdete, daß er die Verfassung von 1848 anerkannte und sich mit Männern umgab, die dem Adel verhaßt waren, machte ihm Opposition, zog erst eine Personalunion mit Dänemark vor, erklärte sich aber später für Preußen. Oesterreich und Preußen hatten als Unterzeichner des Londoner Protokolls den König Christian anerkannt, die Mittelstaaten steckten sich aber hinter das Bundesrecht, nahmen meistens aus sehr verschiedenen Gründen Partei für die augustenburger Erbrechte, die ganze liberale und demokratische Presse bemächtigte sich dieser Angelegenheit mit Leidenschaftlichkeit, alle Volks- und Kammerredner hatten ein willkommenes Thema.

Wenn es wahr wäre, daß die Kunst der Diplomatie darin bestände, möglichst die wahren Absichten zu verhüllen, so kann diese holsteinische Frage, der Krieg, die

Bundesverhandlungen, die Verhandlungen in London, der Frieden, kurz alles, was sich auf diesen dänischen Krieg bezieht, als diplomatisches Meisterstück gelten.

Dänemark gab sich mit einem Leichtsinne dem Kriege gegen eine so bedeutende Uebermacht hin, der unbegreiflich und völlig unverständlich wäre, wenn es nicht gehofft hätte, durch die Großmächte, namentlich aber durch England unterstützt zu werden.

In England herrschte besonders deshalb, weil die Tochter des Königs Christian von Dänemark den Thronerben, den Prinzen von Wales, geheirathet hatte, große Sympathie für Dänemark, und nach der Art und dem Tone, wie Lord John Russell und die englische Diplomatie anfänglich die Sache behandelten, mußte man allerdings annehmen, daß es Englands Absicht sei, Dänemark wirklich in Schutz zu nehmen.

Preußen und Oesterreich beschlossen, ganz unbekümmert um den Deutschen Bund, als deutsche Vormächte sich in den Besitz von Schleswig zu setzen, um ein Unterpfand zu haben, durch welches sie Dänemark zwingen konnten, die Bedingungen, die es gegen Deutschland übernommen hatte, zu erfüllen.

Dänemark konnte den verbündeten Truppen nicht widerstehen. Der Krieg hatte am 1. Febr. begonnen; das mit so großen Kosten ausgerüstete Danewerk mußte geräumt werden. Die preußischen und österreichischen Truppen thaten überall ihre Schuldigkeit und die Dänen fochten mit viel Bravour und Ausdauer unter den ungünstigsten Verhältnissen. Die dänische Marine erreichte weniger, als man erwartete.

Nach der Erstürmung der Düppelschanzen durch die Preußen wurde ein Waffenstillstand geschlossen und es

kamen die Conferenzen zu London zu Stande, bei denen Baron Beust den Bund repräsentirte.

Dänemark hätte auf den Londoner Conferenzen die nördliche Hälfte Schleswigs sehr leicht sich retten und unter viel vortheilhaftern Bedingungen Frieden schließen können, als es nachher gethan. Der König von Dänemark konnte sich aber noch nicht hinreichend von dem Einflusse der kopenhagener Demokratie emancipiren. Die Unterhandlungen zerschlugen sich an dem Eigensinn Dänemarks.

Der Waffenstillstand war am 20. Juni abgelaufen, am 25. Juni erstürmte General Herwarth v. Bittenfeld die Insel Alsen, welche man in Dänemark ohne Flotte für uneinnehmbar hielt.

Die Preußen wären auch nach Fühnen übergesetzt; aber Oesterreich, welches schon mit großem Widerwillen bis nach Jütland gefolgt war, verweigerte die Mitwirkung. Man konnte dort und in der österreichischen und mittelstaatlichen Presse sehen, wie sehr man die Erfolge Preußen misgönnte.

In Holstein waren die Bundestruppen von Sachsen und Hannover in der allertraurigsten Lage. Sie mußten zusehen, wie österreichische und preußische Truppen an ihnen vorbei zum Siege geführt wurden; es entstanden auch hier und da, namentlich in Rendsburg, die allerunangenehmsten Conflicte.

Hätte Hannover schon damals eine andere Politik befolgt, hätte es sich damals aus reiner Klugheit Preußen angeschlossen, es hätte seinen Truppen die Scenen in Rendsburg, es hätte seiner braven Armee später die traurigste Episode neuerer Geschichte, die Schlacht von Langensalza, erspart.

Statt dessen wurde mit Oesterreich und Preußen abwechselnd geliebäugelt, gegen die Erbrechte des Erbprinzen von Augustenburg intriguirt und alles gethan, um eine recht unhaltbare politische Stellung zu gewinnen.

Die beiden Herzogthümer Schleswig, Holstein und auch das kleine Lauenburg wurden in dem Wiener Frieden vom 30. Oct. von Dänemark an Oesterreich und Preußen als gleichberechtigte Besitzer abgetreten.

Es war dieses allerdings ein eigenthümliches Verhältniß. Für Preußen war der Besitz der Herzogthümer von unberechenbarem Werthe, für Oesterreich nicht, es konnte daran nicht denken, für sich einen Theil zu behalten, gönnte aber vor allen Dingen Preußen den Besitz nicht. Den Bund wollte Oesterreich auch anfänglich nicht eintreten lassen und es hielt mehrere Prätendenten in Bereitschaft, um sie vorzuschieben, wenn Preußen zu stark aufdrängte.

Die ganze liberale, demokratische und republikanische Partei in Deutschland hatte aus den allerverschiedensten Gründen für die augustenburger Erbansprüche Partei ergriffen. Es wurde durch den Abgeordnetentag in Frankfurt, der sich dieser Sache annahm, ein Druck auf die Ständeversammlungen ausgeübt, die dann wieder auf die Fürsten drückten.

Der Großherzog von Oldenburg trat auch mit Erbansprüchen hervor. Preußen formulirte seine Wünsche in Beziehung auf Holstein am 18. Febr. 1865 dahin: „Es wolle den kieler Hafen und das Terrain um Sonderburg und Düppel zur Anlage von Befestigungen, sowie das Recht, einen Kanal von der Ostsee nach der Nordsee zu bauen, sowie das Recht, die holsteinische Armee mit der preußischen zu verbinden, haben.

Oesterreichs Plane waren weniger definirt, es schien aber sich nach und nach den augustenburger Erbansprüchen zuzuneigen.

Am 5. März lehnte es die Februarforderungen ab, mit der Erklärung, es schließe eine Phase von Verhandlungen, in der eine definitive Vereinbarung nicht möglich scheine.

Der Erbprinz von Augustenburg, ermuthigt durch Oesterreichs Erklärung, wies unbegreiflicherweise auch seinerseits die Februarforderungen zurück.

Mit dem Ablehnen der Februarbedingungen trat die holsteinische Frage in den Hintergrund, es war das preußische Ultimatum gewesen, der Kampf um die Suprematie in Deutschland trat jetzt in den Vordergrund und wurde unvermeidlich.

Die Gegner Preußens — und in den letzten Jahren hatten sie sich auf merkwürdige Weise vermehrt — unterschätzten Preußens Widerstandsfähigkeit. Sie glaubten, daß Preußen, wie es seit 1850 stets gethan, nur mit dem Säbel rasseln und ihn, wenn es ernst wurde, wieder in die Scheide stecken würde; sie rechneten auf die innern Zerwürfnisse in Preußen, sie rechneten darauf, daß Preußen in Europa isolirt zu sein schien.

Bald nach Uebernahme des Ministeriums war Hr. v. Bismarck entschlossen, rücksichtlich der Verhältnisse am Bunde mit Oesterreich sich entweder zu verständigen oder den Bund zu sprengen. Oesterreich zeigte anfänglich Entgegenkommen.

Hr. v. Bismarck erklärte ganz unverhohlen, daß die Beziehungen Preußens zu Oesterreich besser oder schlechter werden müßten, und daß Preußen sich geradezu feindliche Maßregeln am Bunde, wie die Einbringung des Delegirten-

projects und das sogenannte Majorisiren nicht gefallen lassen und in einem solchen Falle lieber austreten werde.

Oesterreich machte die äußersten Anstrengungen an allen deutschen Höfen, um gegen Preußen aufzuregen. Die Mittelstaaten fühlten sich unsicher, hofften aber, mit Oesterreichs Hülfe Preußens Einfluß in Deutschland zu schwächen.

In den ersten drei Monaten nach der Ablehnung der Februarbedingungen schien allerdings die Haltung Bismarck's keinen fertigen Plan zu verrathen.

Die Experimente mit der Candidatur des Großherzogs von Oldenburg, die Rückschritte in Beziehung auf die Einberufung der schleswig-holsteinischen Stände, die oldenburgischen Beschwerden über die augustenburger Nebenregierung und das damit zusammenhängende Ausweisungsbegehren, sowie die immer wiederkehrenden Unterhandlungen auf der Basis der Februarforderungen schienen ein unsicheres diplomatisches Geplänkel zu sein, welches am 22. Juli durch die bestimmte Erklärung Preußens geschlossen wurde, es werde fortan an seinen Forderungen vom 22. Febr. unwandelbar festhalten.

Die Spannung wuchs von Stunde zu Stunde, der Ausbruch des Kampfes war nur noch Frage der Zeit. Dies wurde unbegreiflicherweise von den Staatsmännern der Mittelstaaten nicht erkannt und die meisten glaubten noch im Frühjahr 1866, der Krieg werde vermieden werden.

Graf Bismarck — er war vom Könige zum Grafen ernannt — warf seinen Blick auf Italien; er begriff, daß er jetzt, wollte er seine Plane für Preußen ausführen, Nationalitätspolitik treiben und daß diese Preußen und Italien zusammenführen müsse.

Im Jahre 1863 waren schon Verhandlungen mit Italien gepflogen worden, die der holsteinische Krieg unterbrach; es war jetzt der Zeitpunkt, an dem sie von selbst erwachen mußten.

Es ist gerade von conservativer Seite dem Grafen Bismarck die italienische Allianz zum heftigsten Vorwurfe gemacht worden, und die conservative Presse, die früher Victor Emanuel und Garibaldi als Räuber verschrien hatte, gerieth in einige Verlegenheit, als sie später die italienische Allianz als Thatsache und als eine Preußen nützliche Thatsache anerkennen mußte.

Daß Preußen, kam es zum Kriege, wünschen mußte, Oesterreichs Kräfte zu theilen, daß Italien, welches auf Frankreichs Hülfe nicht mehr rechnen konnte, den Moment eines Krieges zwischen Oesterreich und Preußen benutzte, um bis zur Adria vorzudringen, war ebenso in der Natur der Verhältnisse begründet, wie es auch ferner die Allianz von Italien und Preußen bleiben wird.

Preußen zeigte nun ganz unverhohlen, daß es den kieler Hafen nicht herausgeben würde. Allmählich begannen militärische Vorbereitungen.

Hr. v. Bismarck äußerte sich in Salzburg am 25. Juli sehr rückhaltslos dem frühern Professor, bairischem Minister v. d. Pfordten gegenüber. Es handle sich, falls das übrige Deutschland nur vernünftig genug sei, die Rolle des passiven Zuschauers zu übernehmen, um ein Duell zwischen Oesterreich und Preußen.

In Gastein gelang es der österreichischen Diplomatie, für den Augenblick den Kampf zu verschieben. Die Gasteiner Convention überraschte alle Welt, sie stand mit Bismarck's Forderungen im directen Widerspruche.

Es erzeugte diese Convention den Glauben, daß Bis-

marck's Politik mehr eine Politik der Einschüchterung als der Thaten gewesen sei, und es hat diese Auffassung wesentlich mit dazu beigetragen, daß Preußens Ernst und Macht so merkwürdig unterschätzt wurden.

Oesterreich und der Erbprinz von Augustenburg glaubten im Anfange des Jahres 1866, daß die Februarbedingungen ihnen noch offen ständen. Oesterreich ging in der Stille vor und forderte in der geheimen Circulardepesche vom 16. März die ihm befreundeten Mittelstaaten zur sofortigen Kriegsbereitschaft auf. Sachsen folgte dieser Aufforderung.

Am 24. März entwickelte Preußen die Ideen der Bundesreform.

In der Bundesversammlung am 9. April stellte Preußen den angekündigten Reformantrag.

Am 8. April hatte Preußen den Allianzvertrag mit Italien geschlossen. Dieser Vertrag nöthigte nicht zur Kriegserklärung, er verpflichtete aber für den Fall des Krieges beide Theile zur gemeinsamen Fortführung desselben, bis Oesterreich in die preußischen Reformvorschläge und in die Annexion Venedigs an das Königreich Italien willige. Darauf kam es zwischen Oesterreich und Preußen zu einem diplomatischen Schachspiel über Rüstung und Abrüstung.

Mitte Mai sollen von preußischer Seite noch einmal in Wien Verhandlungen angeknüpft worden sein, welche die holsteinische und die Bundesmilitärfrage betrafen.

Dieser Versuch der Verständigung wurde auf unverständige Weise in Wien zurückgewiesen.

Mitten unter den äußersten beiderseitigen Rüstungen ging Oesterreich mit dem bekannten Antrage vom 1. Juni in Frankfurt und dadurch, daß es einseitig die Stände in

Holstein zusammenrief, in den Herzogthümern vor. Preußen antwortete darauf am 10. Juni mit seinen Grundzügen einer Bundesverfassung, durch die Oesterreich aus dem Deutschen Bunde gestoßen wurde.

Am 14. Juni erfolgte die Sprengung des Bundes durch Annahme des österreichischen Mobilisirungsantrages.

Es ist von vielen Seiten geleugnet worden, wie die Verhältnisse aber lagen, konnte in dieser Abstimmung doch nichts anderes als eine Parteiergreifung für Oesterreich gefunden werden.

Die Staaten, die für diesen Beschluß stimmten, mußten wissen, daß der Krieg entbrennen, daß sie von Preußen als Feinde angesehen werden würden. Man mag noch so preußenfreundlich oder =feindlich gesinnt sein, so muß man die Thatsache doch anerkennen, daß Preußen durchaus klar und unumwunden im voraus erklärte, wie es diese Abstimmung ansehen und wie es infolge derselben verfahren würde.

Die Kühnheit, mit der sich die Mittelstaaten in den Krieg hineinziehen ließen, statt ihn zum Duell zwischen Oesterreich und Preußen werden zu lassen, muß ganz unverständlich für jeden sein, der damals die Stimmung in Deutschland nicht kannte und beobachtete.

Preußen litt noch an den Nachwehen der Schwäche, welche die Regierung im Jahre 1848 nach innen und die preußische Diplomatie nachher consequent nach außen bewiesen hatte. Die verschiedenen Mobilmachungen, Rüstung und Abrüstung, Drohung und nicht Ausführung derselben, die große Inconsequenz in dem innern Verfassungsleben, freisinnige Verfassung, das, wie Graf Bismarck selbst ganz richtig äußerte, unsinnigste, gefährlichste Wahlgesetz, das Dreiklassensystem, dabei aber ein festes Soldatenregi=

ment, die alte Gewohnheit aller Staatsdiener, sich in einem rein absoluten Staate zu glauben, ein liberales Ministerium, welches mit den constitutionellen Einrichtungen, die nicht Wurzel gefaßt hatten und nur auf dem Papier standen, in Conflict gerieth — das alles gab ein für Preußen nachtheiliges Bild.

Durch die Bildung eines Ministeriums unter Hrn. v. Bismarck-Schönhausen, der ganz verkehrterweise als ein Reactionär und Ultraconservativer verschrien war, wuchsen Mistrauen und Unzufriedenheit in und außerhalb Preußen.

Die liberale Partei war dem Grafen Bismarck und seinem Regierungssysteme durchaus feindlich, und es erklärt sich dadurch die Stimmung, die in Preußen selbst gegen den Krieg in unzähligen Friedensadressen sich äußerte.

Die Regierungen waren alle natürlicherweise gegen Preußen eingenommen, weil sie fürchteten, daß sich Preußens Macht auf ihre Kosten vergrößern würde, dabei Preußen für viel schwächer hielten, als es war, und glaubten, daß Oesterreich mit Hülfe der Mittelstaaten Preußen besiegen könne.

Vielfach soll auch auf die Wahrscheinlichkeit französischer Einmischung gerechnet sein; wir halten das vom deutschen Standpunkte für zu niederträchtig, um es glauben zu können, und jede Regierung, die solche Gedanken hegte, jede Dynastie, die solche Gedanken zugab, verdiente unterzugehen.

Die österreichischen Diplomaten und Agenten hatten in ganz Deutschland auf unbegreifliche Weise die Meinung verbreitet, daß die österreichische Armee an Zahl, Kriegsbereitschaft und Tüchtigkeit in jeder Hinsicht der preußischen Armee überlegen sei, sodaß eigentlich bei denen, die zu

der Abstimmung am 14. Juni riethen, die Ueberzeugung herrschte, es werde ein kurzer und für Oesterreich siegreicher Krieg werden. Dabei wurde an den Krieg in Italien, an die Unzufriedenheit und Eifersucht der einzelnen Nationalitäten, die den österreichischen Staat bilden, an das Uebergewicht der preußischen Bewaffnung und an manche andere Dinge, die gegen Oesterreich sprachen, nicht gedacht.

Hätte Oesterreich nicht selbst auf so unbegreifliche Weise seine Macht überschätzt, hätte es sich überzeugt, daß Venedig, nachdem es von der Lombardei getrennt, für Oesterreich nicht zu halten war, hätte es, ehe Italien mit Preußen die Allianz schloß, über die Abtretung Venedigs mit Italien und Frankreich verhandelt und hätte es sich dann eng und energisch mit den deutschen Mittelstaaten verbunden, so konnte allerdings Preußen in die größte Gefahr gerathen, denn in dem Falle hätte sich Frankreich wahrscheinlich auch gegen Preußen gewendet.

Daß Frankreich sich so ganz neutral verhielt, hatte, abgesehen von innern Gründen, Schwierigkeiten in Algier, Abwesenheit der Truppen in Mexico, Besorgniß vor Verwickelungen mit Amerika, der Gesundheit des Kaisers, besonders darin seinen Grund, daß der Kaiser nicht an die überwiegenden Erfolge Preußens glaubte, daß er auf einen längern unentschiedenen Kampf, auf einen Bürgerkrieg in Deutschland rechnete und dann ein entscheidendes Wort mitzusprechen hoffte.

Baiern, welches die Triaspolitik des Hrn. v. d. Pfordten mit Eifer in Frankfurt verfolgt hatte, wollte trotzdem, daß die frühern preußischen Reformvorschläge, durch die es in Rücksicht auf die Führung der südlichen Truppen sehr bevorzugt schien und die in Baiern ganz gut aufgenommen

waren, sich nicht ganz von Oesterreich trennen; es ließ auch, an dem Ernste Preußens zweifelnd, sich mit in den Krieg ziehen, wie aber die Kriegführung zeigte, wider Willen.

Sachsen hatte sich schon vorher eng mit Oesterreich verbunden, hatte alle Verbindungen getroffen; die ganze Armee war wohlausgerüstet, schlagfertig; es waren auch für den Fall, daß die Truppen Sachsen verlassen mußten und sich, wie auch gleich geschah, nach Böhmen zurückzogen, alle Vorkehrungen zur Fortführung einer geregelten Verwaltung getroffen.

Sachsen ist der einzige der Mittelstaaten gewesen, der consequent einen bestimmten Plan und eine bestimmte Politik verfolgte, und muß jeder die Haltung des Königs von Sachsen während und nach dem Kriege anerkennen; ebenso hat die sächsische Armee sich die größte Achtung der sie bekämpfenden Preußen erworben, und die Schnelligkeit, mit der sie nach der Rückkehr neu organisirt wurde, ist bewunderungswürdig. Daß der Kronprinz Anfang April d. J. in Berlin melden konnte, das sächsische Bundesarmeecorps sei fertig und vollständig ausgerüstet, hat überall überrascht.

Würtemberg ging mit einem gewissen Eifer gegen Preußen vor, der in der Antipathie der Schwaben gegen Preußen und in manchen Einflüssen am Hofe seinen Grund hatte.

Hannover hat leider die allerunvorsichtigste Politik getrieben; das Schicksal der alten Welfendynastie, das Schicksal Hannovers hat niemand tiefer und aufrichtiger beklagt als wir.

Daß der Sohn das Land, an dessen Gestaltung und Kräftigung sein Vater so großen Antheil hatte, mit den

allerwehmüthigsten Gefühlen hat untergehen sehen, ist ganz natürlich. Der Schmerz und das Gefühl darf aber unser politisches Urtheil nicht trüben.

Denken wir an den unglücklichen Sommer von 1866, so bedauern wir aufrichtig, daß die Rathgeber Georg's V. weder den Muth noch die staatsmännische Begabung hatten, den König abzuhalten, mit großer Verblendung, aber mit achtungswerther Energie und mit der festen Ueberzeugung, daß er treu seine Pflicht gegen sein Land und sein Haus erfülle, in sein Verderben sich zu stürzen.

Als der Sturm des Frühjahrs 1866 heranzog, war der König von einem Ministerium umgeben, welches sich auf keine Partei im Lande stützen konnte und kein Vertrauen genoß.

Anfänglich bis Mitte Mai ging die Meinung der Regierung sowie der öffentlichen Meinung entschieden dahin, daß Hannover neutral bleiben müsse und niemand dachte ernstlich daran, daß eine andere Politik befolgt werden könne.

Staatsrath Zimmermann, der schon jahrelang überwiegenden Einfluß in politischer Beziehung hatte, war Anfang Mai in Hannover, und ein Neutralitätsbündniß mit Preußen war beinahe schon abgeschlossen, als nach Ankunft des Prinzen Karl Solms der König ganz auf die österreichische Seite hinübergezogen wurde.

Die Verhandlungen über Neutralität wurden aufgegeben, Staatsrath Zimmermann verlor in diesem Falle leider allen Einfluß und ging nach Hamburg zurück.

Die Minister folgten ohne Widerstand dem Könige und sahen sich nicht als verantwortliche Rathgeber, sondern blos als blinde Diener des Königs an.

Der König vermied es, trotzdem daß die Zeiten so ernst

wurden, trotzdem daß die Ständeversammlung des Königreichs versammelt war, mit Mitgliedern der Stände oder sonstigen einflußreichen Personen zu sprechen.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß Preußen mit großer Offenheit die Gefahren schilderte, denen sich der König exponirte, wenn er nicht neutral bliebe.

Nachher wird es den preußischen Staatsmännern allerdings sehr lieb gewesen sein, Preußen einen so ganz unberechenbar wichtigen Zuwachs verschaffen zu können. Damals wurde auf die Neutralität Hannovers aber der größte Werth gelegt, und es wäre leicht gewesen, als Preis der Neutralität sehr gute Bedingungen für Hannover zu erhalten.

Die Entscheidung lag in Böhmen. Der Ernst des Kampfes wurde in Preußen nicht unterschätzt. Preußen lag alles daran, die militärischen Kräfte nicht zu zersplittern, Oesterreich zu schlagen und den Bürgerkrieg zu vermeiden.

Die Folge einer österreichischen Niederlage mußte das Ausscheiden Oesterreichs auf immer aus Deutschland sein, dann konnte Preußen der überwiegende Einfluß auch über die Mittelstaaten nicht entzogen werden.

Hätte Oesterreich gesiegt, so würde es den Einfluß auf den Süden, vielleicht den Besitz Schlesiens verlangt und Preußen den Einfluß im Norden, Hannover und Hessen als Abfindung für den Verlust in Schlesien hergegeben haben. Mischte sich Hannover in den Krieg, so mußte es, da es keine Alliirten hatte, immer Ausgleichsobject werden. Dem preußischen Einflusse konnte es nur in dem Falle entzogen werden, wenn Preußen ganz aufs Haupt geschlagen, der König von Preußen wieder zum Markgrafen von Brandenburg herabgedrückt wäre.

In vielen (sogenannten großdeutschen) Köpfen war allerdings die Idee vielfach verbreitet, daß Preußen wieder zum Mittelstaate werden, daß die übrigen Mittelstaaten, theils durch Abtretungen von Preußen, theils durch Mediatisirung kleiner Fürstenthümer, hinreichend vergrößert werden könnten, um Preußen gegenüber widerstandsfähig zu werden. Der Kaiser von Oesterreich sollte dann als Schirmherr über diesen Staaten stehen.

Wie ein so verstümmeltes und zerstückeltes Deutschland gerade den Großdeutschen als Ideal erscheinen konnte, muß jedem, der die Nothwendigkeit eines großen, compacten, widerstandsfähigen, germanischen Staats für durchaus nothwendig hält, wenn germanische Rasse, germanische Bildung und Cultur zum Gedeihen Europas fortbestehen sollen, völlig unverständlich sein.

Vor der Abstimmung am 14. Juni war, um kurz die Situation zu erklären, große Erbitterung, großes Mistrauen und gänzliches Verkennen der Macht Preußens und Oesterreichs bei den meisten Regierungen vorhanden, niemand sah die Situation wie sie war und niemand glaubte, daß Preußen so rasch, so energisch vorgehen würde.

Daß Graf Bismarck nur auf die Gelegenheit wartete, um den Bund zu sprengen, daß er den Beschluß vom 14. Juni als eine Kriegserklärung auffassen würde, konnte jeder wissen, es war zu bestimmt ausgesprochen. Die Abstimmung Hannovers mit einer Motivirung, die derselben die Spitze abbrechen sollte und deshalb für nicht feindlich angesehen zu werden verlangte, weil sich die Mobilisirung nicht mit auf das österreichische, schon schlagfertige Contingent beziehen sollte, ist geradezu unglaublich.

Es wurde nach der Abstimmung eine bestimmte Sommation an Hannover gerichtet, in der verlangt wurde, es

solle Hannover den preußischen Reformplänen zustimmen und die Armee wieder völlig auf Friedensfuß setzen, dabei wurde, wenn in 12 Stunden keine Antwort erfolge, mit Occupation des Landes gedroht.

Die Occupation war schon vorbereitet, es war um die Erlaubniß zum Durchmarsche der in Holstein stehenden Truppen gebeten und diese ertheilt. Sowie die gestellte Frist abgelaufen war, erklärte der preußische Gesandte seine Mission als beendigt. Die bei Harburg übersetzenden, sowie Truppen, die bei Minden und in Minden concentrirt waren, erhielten den Befehl, in Hannover einzurücken und sich des Landes zu bemächtigen.

Der König Georg V. fand in den Reformplänen Preußens eine Mediatisirung und meinte, freiwillig keine Souveränetätsrechte aufgeben zu können. Glaubte der König, glaubten seine Rathgeber wirklich, daß der Krieg gegen Preußen ausführbar sei, so hätten doch die nöthigen Vorbereitungen getroffen, es hätten vor allem feste Bündnisse mit Oesterreich und den Mittelstaaten abgeschlossen werden müssen. Wollte Hannover eine so gefährliche Politik verfolgen, so hätte es mit Oesterreich eine Diversion im Rücken machen müssen, es hätte in der Stille Oesterreich die Brigade Kalik verstärken, die hannoverischen Truppen hätten, an der Elbe concentrirt, mit den österreichischen Truppen und General Gablenz Preußen sehr unbequem in Holstein werden können.

Einen Augenblick wurde in Hannover daran gedacht, viel Material nach Stade gebracht, es wurde aber dieser Plan aufgegeben, ehe er reif war.

Oesterreich zog aber die Brigade Kalik zurück. Als die ersten preußischen Truppen in Harburg einrückten,

saßen die letzten Bataillone der Oesterreicher auf dem Bahnhofe in Göttingen beim Essen.

Die hannoverische Armee machte unausgerüstet, einzelne Bataillone mit schlechten Exercirgewehren, Uebungsmärsche im Lande.

Als am 15. beschlossen wurde, Widerstand zu leisten, wurden Befehle an alle Truppentheile geschickt, sich bei Göttingen zu concentriren.

Der König ging am 16. abends mit dem Kronprinzen nach Göttingen und am andern Tage folgte der österreichische Gesandte Graf Ingelheim.

Die herrschende Kopflosigkeit wollen wir weiter nicht beschreiben. Es wurde aber alles versäumt, es wurden keine Vorkehrungen für die Administration getroffen und was namentlich unverständlich ist, es wurde anfänglich, zumal an Baiern, keine Nachricht gesandt, und der ganze Operationsplan hatte doch nur die Vereinigung mit den bairischen und hessischen Truppen zum Zweck.

Hessen hatte Hannovers Politik befolgt, war aber hinsichtlich der Bereitschaft der Truppen und der Sicherheit derselben vorsichtiger gewesen.

Am 17. wurde Hannover von den Preußen besetzt und am 19. war die zerstörte Telegraphen- und Eisenbahnverbindung zwischen Berlin und dem Rhein wiederhergestellt.

Als wir hörten, daß Hannover die Telegraphen zerstört habe, fürchteten wir gleich, daß es seine eigene Lebensader damit abgeschnitten habe, denn Preußen konnte, seiner eigenen Existenz wegen, nicht dulden, daß gerade in so gefährlichen Momenten der handgreifliche Beweis geführt wurde, daß die Monarchie durch feindliche Elemente getrennt sei.

Die Armee wurde in Göttingen versammelt, noth-

dürftig, so gut es in der Eile ging, ausgerüstet. Am 20. marschirte die Armee in südlicher Richtung mit der Absicht, sich durchzuschlagen und mit den Baiern sich zu vereinigen.

Inzwischen hatten preußische Truppen das ganze Land besetzt und rückten auch bald in Göttingen ein.

Es wurde, als die Armee gerade vor Eisenach leicht sich hätte durchschlagen können, verhandelt und ein kurzer Waffenstillstand geschlossen. Es kam aber nichts zu Stande, da der König sich noch immer nicht entschließen konnte, die Bedingungen der Reform sowie die Nichtbetheiligung der hannoverischen Armee während eines Jahres anzunehmen. Die Armee marschirte zurück, schlug am 27. die Schlacht bei Langensalza, mußte aber, trotzdem die preußischen Truppen überall zurückgeschlagen waren, am 29. capituliren.

Das war das traurige Schicksal, das Ende der braven hannoverischen Armee, mit ihr ist manche historische Erinnerung zu Grunde gegangen! Wer sie, ohne Waffen und niedergeschlagen, hat zurückkehren sehen, der wird den wehmüthigen Eindruck nie vergessen.

Während der Zeit stand die bairische Armee ganz ruhig bei Lichtenfels und es wurde nicht einmal ein Versuch gemacht, sich mit den Hannoveranern zu verbinden.

Werfen wir über die traurige Zeit, die nun folgt, den Schleier der Vergessenheit! Klagen und Vorwürfe bringen Verlorenes nicht zurück, machen Geschehenes nicht ungeschehen.

Zeiten des Ueberganges sind für die Generation, die sie erlebt, immer schwer zu ertragen. Daß der Uebergang für Hannover auf diese Weise vor sich ging, mögen die-

jenigen verantworten, denen das Schicksal des Landes in so ernstem Augenblicke anvertraut war.

Die brave hannoverische Armee, die unter den schwierigsten Verhältnissen musterhaft ihre Pflicht erfüllte, verdient das tiefste Beileid und Mitgefühl.

Die Schlacht von Langensalza ist eine der traurigsten Episoden, eine der blutigsten Tragödien deutscher Geschichte. Hoffen wir, daß es der letzte Krieg gewesen, in dem Deutsche gegen Deutsche kämpften.

Inzwischen wurde das achte Armeecorps bei Frankfurt unter dem Commando des Prinzen Alexander von Hessen concentrirt.

Nach der Schlacht von Langensalza zog der General Vogel v. Falckenstein die sogenannte Mainarmee zusammen und machte eine sehr kühne und wohlgelungene Operation mit höchstens 40000 Mann gegen eine Armee, die wol, zählen wir Baiern, Hessen, Würtemberger und Badenser zusammen, über 100000 Mann stark sein mußte.

Währenddeß war die preußische Armee in drei Corps nach Böhmen vorgedrungen. Die österreichische Armee war nicht so stark, nicht so schlagfertig, als es die österreichischen Agenten überall behaupteten. Sie räumte die Positionen in Sachsen und besetzte nicht die böhmischen Pässe. Die überraschenden Erfolge, die Bedeutung der Schlacht bei Königgrätz sind zu bekannt, als daß wir hier näher darauf einzugehen brauchen.

Nach der Schlacht bei Königgrätz machte Oesterreich noch einen ganz verfehlten diplomatischen Schachzug.

Der Feldzug in Italien war für die österreichischen Waffen glücklich gewesen; in der Schlacht bei Custozza hatte der Erzherzog Albrecht die italienische Armee vollständig geschlagen.

Als der Feldmarschall Benedeck die Wahrheit meldete und der Kaiser in Wien erfuhr, daß die Nordarmee vollständig aufgelöst, auf ungeordnetem Rückzuge sei, die Preußen auf Wien marschirten, rief er Napoleon's Vermittelung an und trat ihm Venetien ab. Auf diese Weise hoffte Oesterreich einestheils Frankreich mit in den Kampf zu verwickeln, die Südarmee freizumachen und nach Wien rufen zu können, und Italien von Preußen auf immer zu trennen; es war aber zu spät!

Napoleon nahm die Vermittelung an, Italien hielt fest an dem Vertrage mit Preußen und weigerte sich, einen Waffenstillstand zu schließen, bevor Preußen selbst es that und damit einverstanden war.

Vor Wien, in Nikolsburg, wurde verhandelt, Waffenstillstand geschlossen und Friedensstipulationen festgestellt. Als der Waffenstillstand von Nikolsburg abgeschlossen war, schloß Italien ebenfalls eine Waffenruhe.

Oesterreich sah sich getäuscht, da Frankreich durchaus nicht beabsichtigte, activ am Kampfe sich zu betheiligen. Der Gesundheitszustand des Kaisers, das Nichtconcentrirtsein der französischen Armee und der eben so glänzend geführte Beweis von der Ueberlegenheit des Zündnadelgewehrs ließ es Louis Napoleon nicht räthlich scheinen, thätig einzugreifen.

Die Stipulationen von Nikolsburg sind bekannt; es wurden durch sie die letzten Spuren der Wiener Verträge verwischt, durch sie bekam Deutschland eine ganz andere Gestalt, eine ganz neue Richtung und Zukunft.

Oesterreich entsagte allem Einflusse auf Deutschland, schied selbst mit seinen deutschen Provinzen aus Deutschland aus. Bis an den Main wurde Norddeutschland gänzlich

in Preußens Hand gegeben, und Oesterreich gestattete, ohne große Schwierigkeit zu erheben, die Annexion der Länder, die Entthronung der Fürsten, die für Oesterreich ihre Krone aufs Spiel gesetzt hatten. Daß Sachsen nicht mit annectirt wurde, verdankt es nicht einmal Oesterreich, für das die sächsische Armee gekämpft und weit besser sich gezeigt hatte als die österreichischen Truppen, sondern der Intercession des Kaisers der Franzosen, vielleicht allein dem glücklichen Zufalle, daß die telegraphische Communication zwischen dem preußischen Hauptquartier und Paris drei Tage in Anspruch nahm. Der Kaiser stellte nur die Bedingung, daß Preußen im Norden freie Hand behalten und seine Machtsphäre nicht über den Main hinaus erstrecken solle. Die süddeutschen Staaten sollten sich unter sich verbinden und mit Preußen Verträge schließen können. In die Annexion der nördlich des Main gelegenen Staaten Hannover, Kurhessen, Nassau, Frankfurt und des nördlich des Main gelegenen Theils des Großherzogthums Hessen wurde eingewilligt.

Von französischer Seite wurde zwar für Sachsens Existenz gesprochen, wir haben aber behaupten hören, es sei in Paris schon dieser Punkt nachgegeben worden, ohne daß es der König noch Graf Bismarck wußten.

Das Schicksal Sachsens ist merkwürdig. Zweimal, im Jahre 1814 und im Jahre 1866, stand Preußen im Begriff es einzuverleiben. Das erste mal nahm Preußen dem Königreich Sachsen eine der besten Provinzen, das zweite mal blieb der Territorialbestand zwar unberührt, Sachsen hat aber Bedingungen annehmen müssen, die in mancher Weise namentlich für die Dynastie drückender sind als der Verlust einer Provinz.

Oesterreich trat seine Rechte auf die Herzogthümer an Preußen ab, welches dieselben gleichfalls annectirte.

Mit den süddeutschen Staaten wurde bald Frieden geschlossen, sie mußten die Kriegskosten bezahlen. Geheime Verträge verbanden sie mit Preußen im Falle eines Krieges und verpflichteten sie, ihre militärischen Einrichtungen in größere Uebereinstimmung mit denen Preußens zu bringen.

Preußen hat ein diplomatisches Meisterstück mit diesen Verträgen gemacht, und es ist zu bewundern, daß sie bis Ende März, wo sie Preußen veröffentlichte, völlig geheim blieben.

Der Bund hat aufgehört, drei Dynastien sind vertrieben, eine kleine Republik ist verschwunden und Preußen ist, was es bisjetzt nur dem Namen nach war, eine Großmacht geworden.

Mit den Staaten nördlich der Mainlinie, mit denen, die während des Kampfes neutral blieben oder zu Preußen hielten, wurde auf ein Jahr ein Vertrag geschlossen, durch den Preußen die militärische Leitung führte und bis zur Bestätigung und Ausführung der projectirten norddeutschen Reichsverfassung einen Zustand schuf, wie er im Reformproject lag. Mit Sachsen wurde später ein Vertrag geschlossen, in dem Preußen sich das Besatzungsrecht vorbehielt.

Am 26. Jan. 1866 wurde in Norddeutschland das gefährliche Experiment der directen allgemeinen Volkswahl für den Reichstag in Ausführung gebracht. Das Resultat war besser, als man erwarten konnte, es hat sich aber doch deutlich gezeigt, zu welcher Aufregung, zu welchen Misbräuchen dieses allgemeine Wahlrecht mit geheimer Abstimmung führen kann.

Am 18. April wurde der Reichstag geschlossen, nachdem der von den Regierungen vorgelegte Entwurf mit nicht wesentlichen Modificationen angenommen worden war.

Deutschland steht am Beginne einer neuen Geschichtsepoche, es ist eine Zeit großartiger Uebergänge, die namentlich die Einwohner der Staaten, welche ihre Selbständigkeit plötzlich verloren, die sich aus ihren alten lieb gewordenen Verhältnissen herausgerissen, die ihre alten Herrscherhäuser in die Fremde ziehen und entthront sahen, schwer und hart trifft, sie vertauschen eine ihnen lieb gewordene Vergangenheit mit einer ungewissen, wenn auch größern Zukunft. Auch die Dynastien, die diesen Sturm überlebt haben, sind in eine schwierige Stellung gerathen, sie haben einen großen Theil ihrer Souveränetät verloren und sind in ein Verhältniß gebracht, welches leicht unhaltbar werden könnte.

Bei den Stipulationen in Nikolsburg ging Preußen weiter, als es beabsichtigte; die Annexionen gingen über den Zweck des Krieges hinaus.

Der Zweck war Ausscheiden Oesterreichs aus Deutschland, Stiftung eines deutschen Bundesstaates unter Preußen und Erlangung der Militärgewalt und der Vertretung nach außen. An sofortige Bildung eines größern Einheitsstaates dachten Preußens Staatsmänner bei Beginn des Krieges nicht. Als sie sahen, daß Oesterreich nicht im Stande und nicht gewillt sei, sich kräftig seiner Bundesgenossen anzunehmen, als sie sahen, daß ohne Furcht vor europäischen Complicationen Preußen in den Besitz von Hannover, Kurhessen, Nassau, Frankfurt und einem Theil von Hessen-Darmstadt (der Theil von Hessen-Darmstadt wurde dem Großherzoge nachher belassen) gelangen konnte, glaubten sie diese Gelegenheit nicht vor-

übergehen lassen zu dürfen, trotz der Inconsequenz, trotz der halben Maßregel, die darin lag, daß Sachsen, welches sich doch am feindlichsten gezeigt, nicht mit absorbirt wurde.

Hätte Preußen den Staaten, die in seiner Gewalt waren, solche Bedingungen auferlegt, die dem König von Preußen vollständig die Disposition über die militärischen Kräfte dieser Länder gaben, hätte es sie in den Norddeutschen Bund aufgenommen, hätte es den König von Preußen durch alle Souveräne der Bundesstaaten als Schirmherrn unter dem Titel eines Kaisers oder Königs von Deutschland anerkennen lassen, es hätte vielleicht besser gethan, es hätte nach außen dieselbe Kraft besessen und nach innen sich und den Unterthanen der annectirten Länder manche Schwierigkeit erspart, es wäre den Grundsätzen der Legitimität, auf die Preußen selbst ein großes Gewicht legen muß, mehr Rechnung getragen.

Ob das Experiment, welches mit dem Bundesstaate jetzt gemacht wird, ein glückliches wird, ist schwer zu sagen.

Wir können nicht leugnen, daß wir eine größere Klarstellung der Befugnisse Preußens, eine festere, sichtbarere, definitive Centralgewalt vorgezogen hätten, es ist dieses Incognito, in das die Centralgewalt verhüllt wird, nicht nach unserm Geschmack. Der ganze Mechanismus des neuen Bundesstaates ist zu complicirt und deshalb auf die Länge unhaltbar: Bundesfeldherr, Bundeskanzler, Bundesrath, Ministerium, Ministerien der Einzelstaaten, Reichsrath in Preußen, Herrenhaus, Abgeordnetenhaus, Provinzialstände, Communallandtage, Kreisstände — das ist etwas viel!

Es wird diese neue Schöpfung zwar Bundesstaat genannt, es sind aber nicht einmal formell die Erfordernisse

eines Staates vorhanden. Trotzdem war, wie die Sachen lagen, das Zustandekommen der Reichsverfassung glücklich, es ist ein dankbarer Boden gewonnen, auf dem weiter gebaut werden kann.

Als die Reichsverfassung mit den Regierungen vereinbart wurde, hatte Preußen es eigentlich ganz in der Hand, die Bedingungen zu dictiren, unter denen der neue Staatsverband begründet wurde. Zwei Richtungen konnten eingeschlagen werden: die eine bestand darin, daß das Band, welches die norddeutschen Staaten verbinden sollte, nicht zu fest geschlungen wurde, um den süddeutschen Staaten den Eintritt in den Bund wünschenswerth und möglich zu machen; die zweite darin, daß der Norddeutsche Bundesstaat eine mehr einheitliche Construction von vornherein erhielt, die sich etwa folgendermaßen gestaltet hätte:

Der König von Preußen wäre in Wirklichkeit auch dem Titel nach geworden, was er jetzt de facto ist, Kaiser oder König von Norddeutschland; die übrigen Staaten hätten ganz offen und formell ihm einen gewissen Theil der Souveränetätsrechte übertragen.

Die Gesetzgebung im großen, d. h. für alle gemeinschaftlichen Angelegenheiten, hätte durch die Centralregierung mit der Reichsvertretung wahrgenommen werden müssen; in einem Oberhause, welches wir für die Folge, soll der Reichstag bestehen bleiben, doch für nothwendig halten, hätten die Souveräne ihre Vertretung gefunden. Die einzelnen Ständeversammlungen wären dann in die Stellung der Provinziallandtage gekommen. Dieser Weg ist nicht gewählt, die Mediatisirung, vor der mit Recht die Souveräne der kleinen Staaten sich scheuten, ist durch die Reichsverfassung factisch doch vollzogen, und wir mögen darin irren, glauben aber, daß auch für die bestehenden

Dynastien eine freiwillige offene Anerkennung eines Schirmherrn, eines Kaisers, vorzuziehen gewesen wäre.

Der König von Preußen hat die Militärgewalt ganz in der Hand und zwar nicht allein den einzelnen Staaten, auch auf eine Reihe von Jahren der Volksvertretung gegenüber; er ist vollständig Herr der Armee, einer Militärmacht, wie sie kein anderer Staat aufzuweisen hat. Die Vertretung nach außen, das Recht über Krieg und Frieden liegt allein in der Hand des Königs, was bleibt da viel von Souveränetät für die übrigen Fürsten übrig?

Daß der norddeutsche sogenannte Bundesstaat wieder in sich zerfallen könnte, glauben wir deshalb nicht, weil Preußens Macht zu überwiegend ist, sind aber der Ansicht, daß die Regierungen der einzelnen Staaten großen Schwierigkeiten, namentlich großen finanziellen Verlegenheiten entgegengehen und der Drang nach einem Einheitsstaate so stark werden kann, daß dann der Uebergang ein sehr plötzlicher werden dürfte.

Ein compactere Verbindung Norddeutschlands hätte vielleicht mehr zur raschen Entwickelung Deutschlands beigetragen und auf die Länge hätte Süddeutschland der Anziehungskraft nicht widerstehen können.

Schwierig war die Aufgabe Preußens, das verkennen wir nicht, schwierig den Regierungen gegenüber, die zu Preußen gehalten, sowie in Beziehung auf den preußischen Staat selbst, der nicht in Frage gestellt, dessen Bande nicht gelockert werden durften und der schon von selbst durch die Annexionen in ein Uebergangsstadium gerieth.

Halbe Maßregeln haben immer ganze Uebelstände zur Folge und daß das Annectiren einzelner Staaten, dabei die Fortexistenz anderer, mag sie noch so sehr aus politi-

schen Motiven geboten gewesen sein, eine halbe Maßregel war, läßt sich nicht leugnen.

Preußen hat bisjeßt als Hauptmoment die Militärgewalt im Auge gehabt und hat diese sowol der Macht der einzelnen Staaten als auch dem Einflusse der Volksvertretung entziehen wollen. Beides mag, wie die Verhältnisse liegen, nothwendig sein. Wer wollte leugnen, daß Deutschland von manchen Gefahren bedroht wird, daß der Zustand Frankreichs die Möglichkeit eines Krieges in sich birgt, daß auch im Innern noch manche Unzufriedenheit herrscht, daß in manchen Köpfen noch revolutionäre Ideen sich finden? Daß der Volksvertretung der Einfluß auf das Militärbudget auf eine Reihe von Jahren entzogen ist, mag auch für die Entwickelung, das innere Leben des Staates in dieser Uebergangsperiode ein Glück sein.

In Preußen ist der schädliche Conflict zwischen Regierung und der Landesvertretung dadurch beseitigt und kann die Regierung, ohne der Machtstellung des eigenen Landes etwas zu vergeben, in Beziehung auf innere Fragen der Volksvertretung größern Einfluß einräumen.

Eine große Schwierigkeit liegt in den annectirten Ländern, die sich noch nicht so bald in die neuen Verhältnisse finden können.

Preußen hat dort seine schwierigste Aufgabe zu lösen und leider haben die preußischen Staatsdiener im allgemeinen nicht die Gabe, sich beliebt zu machen, in andere Verhältnisse sich zu schicken und rücksichtsvoll mit den Unterthanen umzugehen. Die Bewohner der neuen Provinzen haben gerechten Grund, rücksichtsvolle Behandlung zu beanspruchen, und waren solche früher gewohnt.

Es ist die Pflicht der preußischen Regierung, streng

darauf zu achten, daß, wie es der König ausgesprochen und beabsichtigt, die berechtigten Eigenthümlichkeiten geachtet und geschont werden; es ist vor allem Pflicht derselben, die Kräfte, welche sich in der Staatsdienerschaft und auch sonst in den neuerworbenen Ländern finden, zum allgemeinen Besten zu nutzen und zu verwenden, vor allem muß sie sich hüten, daß auch nur der Schein sich verbreite, als ob die neuen Provinzen dazu dienen sollten, für die altpreußischen Beamten ein besseres Unterkommen, einen angenehmern Dienst zu sichern.

Dagegen sollen, und das ist jetzt eine heilige Pflicht für sie, die neuen Unterthanen dem großen Vaterlande treu dienen und sich dabei weder durch Gefühle noch durch Einflüsterung, noch aus Furcht vor dem Urtheile anderer beirren lassen.

Daß es schwer ist, sich von einer alten Herrscherfamilie zu trennen, daß jeder Hannoveraner mit Kummer an die Vergangenheit denkt, fühlt niemand mehr als wir.

Von allen Ländern Deutschlands ist wol Hannover am härtesten betroffen. Hannover hatte stets sehr abgeschlossen für sich existirt. Die Verbindung mit England hatte ihm in mancher Weise eine eigene Richtung gegeben, das Land hatte durch die neuen 1815 erworbenen Provinzen viel gewonnen, hatte durch Seehandel und Seeküsten größere Unabhängigkeit als die übrigen Mittelstaaten. Die Verwaltung war gut, und wenn auch in den letzten zwanzig Jahren manche Misgriffe geschehen sein mögen, die vielen Verfassungsveränderungen störend wirkten, so herrschte doch im ganzen großer Wohlstand. Die Justizpflege war vortrefflich. Die ältern Provinzen Hannovers waren mit den Welfen so eng verwachsen, wie wenige Länder es mit ihren Dynastien sind, und auch in den neuern Provinzen

existirten manche historische Erinnerungen, die sie mit den Welfen verbanden. Im allgemeinen herrscht ein sehr monarchischer Sinn in der Bevölkerung. Dazu kam, daß Preußen durch die Occupation vom Jahre 1806 sich die ganze Bevölkerung zu erbitterten Feinden gemacht hatte und die Reminiscenzen dieser Zeiten noch immer nachwirkten.

Als plötzlich durch die Ereignisse im Juni die Hannoveraner ihr Land durch Preußen besetzt sahen, kam es ihnen wie ein Traum vor.

Am 13. Juni, ehe die Abstimmung in Frankfurt bekannt war, glaubte niemand, daß Hannover so stimmen werde, daß es wirklich zum Kriege mit Preußen kommen könne. Ueber die Politik, die nachher befolgt wurde, über die Schlacht bei Langensalza herrschte im ganzen Lande Misfallen und tiefe Trauer, die sich aufs Aeußerste steigerte, als nach dem Waffenstillstande von Nikolsburg im August bestimmt bekannt wurde, daß Hannover die Selbständigkeit verloren habe, und eine preußische Provinz werden solle.

Gefühle des Schmerzes soll jeder gute Hannoveraner empfinden; die Anhänglichkeit an das alte Fürstengeschlecht, die Liebe zu seiner engern Heimat, zu lieb gewordenen Institutionen, Einrichtungen und Gewohnheiten muß solche erzeugen, er darf aber niemals vergessen, daß er ein großes Vaterland und Pflichten gegen dasselbe hat und daß sich die Zukunft Hannovers von der des übrigen Deutschland nicht trennen läßt.

Eine Wiederherstellung der frühern Verhältnisse, eine Restauration der Dynastie wäre nur dann möglicherweise denkbar, wenn in einem Kriege mit Frankreich Deutschland (es kann bei einem Kriege nicht mehr von Preußen,

sondern nur noch von Deutschland die Rede sein) vollständig besiegt, vollständig unter französisches Joch gestellt, wenn die zukünftige Gestaltung Deutschlands nicht mehr von Deutschen, sondern von Fremden abhängig gemacht würde.

Einzelne Verblendete, die ihre falsch verstandenen Gefühle für Vaterlandsliebe halten, scheuen sich nicht, solche Gedanken selbst als Wünsche auszusprechen, und vergessen dabei, daß sie durch solchen Ausspruch Verrath an der Nation begehen, der sie angehören, vergessen, daß sie aufgehört haben, Hannoveraner zu sein, um Deutsche zu werden; vergessen, daß sie sich den, auch wider ihren Willen, ins Leben getretenen Veränderungen fügen, daß sie das Schicksal ihres Landes theilen und für dessen Bestes sorgen sollen.

Wer das eigene Vaterland in den blutigsten Krieg, in einen Krieg, dessen Ausdehnung, dessen Dauer, dessen verheerende Wirkung niemand vorhersehen kann, verwickeln möchte, muß durch politischen Haß, politische Leidenschaft völlig erblindet sein. — Veränderungen kann ein solcher Krieg allerdings hervorbringen, aber in ganz anderer Weise, und der deutsche Patriotismus, den manche Erinnerung an das engere Vaterland noch trübt, würde bei der Mehrzahl der Bevölkerung, auch in den annectirten Ländern, auf das mächtigste erwachen; der Soldat aus den neuerworbenen Provinzen sowol als aus den übrigen Ländern Deutschlands wird sich sagen, daß er für Deutschlands Größe, für Deutschlands Zukunft, für Deutschlands Existenz zu kämpfen berufen ist.

Man vergesse nicht, daß der König von Preußen nicht mehr allein preußischer, sondern in dem Augenblicke des Krieges Deutschlands Oberfeldherr ist.

So weit sind wir, und dafür sei Gott gepriesen: ein fremder Feind kann Deutschland nicht wieder auseinanderreißen, gemeinsame Gefahr bringt auch Feinde zusammen.

Ein Krieg mit Frankreich, große Schwierigkeiten durch das Verhältniß zum Süden Deutschlands und innere Revolutionen werden als sicheres Prognostikon von den meisten Politikern gestellt, und es wird dabei fest angenommen, daß diese drei Abrechnungen nur durch das Schwert abgeschlossen werden können.

Gefahr liegt in diesen drei Punkten, das leugnen wir nicht, dennoch sind Krieg und Revolution nicht so durchaus nothwendig.

Jetzt, wo die materiellen Interessen ein so mächtiges Wort mitsprechen, werden Kriege nur dann geführt, wenn innere Gründe vorhanden, wenn Uebelstände so groß sind, daß auf friedlichem Wege die Zustände nicht zu verbessern sind.

In unserer Zeit ist es schwer, reine Cabinetskriege, Kriege infolge von Allianzen, aus Vertragstreue, Kriege, die allein zum Vortheil einer sonst unhaltbaren Dynastie begonnen werden, zu führen, das so oft angerufene Princip der Nichtintervention, die localisirten Kriege, sind Folge dieser Schwierigkeit.

Ein wirklich innerer Grund zum Kriege existirt für Frankreich wie für Deutschland nicht. Die Idee der sogenannten natürlichen Rheingrenze wurde seit 1815 in Frankreich von oben sorgfältig gepflegt, um sie zu jedem Augenblick als Vorwand zum Kriege benutzen zu können. Trotzdem, daß in den meisten französischen Lehrbüchern die Grenzen Frankreichs folgendermaßen angegeben werden: Atlantischer Ocean, Kanal, **Rhein**, Alpen, Mittelländisches Meer und Pyrenäen, so glaubt doch der vernünftige gebildete

Franzose nicht an eine wirkliche Berechtigung auf die Rheingrenze.

Wenn von französischer Suprematie gesprochen wird, die durch die Suprematie Preußens verdrängt werden solle und deshalb zum Kriege führen müsse, so sind auch das meistens Phrasen ohne tiefere Bedeutung.

Will Frankreich übergreifen, will es sich in Europa eine Macht anmaßen, die weiter geht als die, welche eine Großmacht beanspruchen kann, so wird nicht allein Deutschland, es wird ganz Europa dem widerstehen und Napoleon III. wird bei der Lage seiner Dynastie in Frankreich sich wohl besinnen, ehe er eine europäische Coalition gegen dieselbe wach ruft. Stört Frankreich den europäischen Frieden nicht, so sehen wir keinen Grund, der die Kriegsfackel in Europa entzünden könnte.

Frankreichs commerzielle Interessen collidiren mit denen Deutschlands nicht und niemand wird behaupten wollen, daß der Handel und die materiellen Interessen beider Länder des Friedens nicht dringend bedürfen; dasselbe ist auch gewiß, vielleicht in noch höherm Maße, für Oesterreich der Fall.

Die Trennung zwischen Süden und Norden von Deutschland, die sogenannte Maingrenze, ist allerdings der wundeste Punkt der jetzigen Constellation. Wenn auch in Frankreich angenommen werden soll, es existirten namentlich in Baiern und Würtemberg französische Sympathien, es lebten noch Rheinbundsideen fort, so glauben wir das nicht. Daß Sympathien für Preußen als solches dort auch nicht groß sind, läßt sich nicht leugnen, dennoch hat die Idee eines einigen Deutschands im Volke tiefe Wurzeln geschlagen, und daß diese Einigung jetzt nur noch mit Preußen geschehen könne, wird anerkannt. Die Vereini-

gung mit dem Norddeutschen Bunde, die durch Verlängerung des Zollvertrages und durch das Zollparlament bewirkt wird, ist sehr wichtig und die süddeutschen Deputirten, welche für Zollangelegenheiten im Reichstage Platz fanden, werden auch bald andere Fragen mit berathen wollen.

Wenn auch verschiedener Volkscharakter, verschiedene Lebensweise, verschiedene Anschauungen und dynastische Interessen Nord- und Süddeutschland trennen, so führen Handel und Verkehr sowie das Gefühl derselben Nationalität, der Drang nach großer Einigkeit sie unaufhaltsam zusammen.

Verändert sich in mancher Weise die preußische Verwaltung, verschwindet das specifische Preußenthum mehr und mehr — und das wird durch die vielen rein deutschen Elemente, die hinzukamen, geschehen —, so werden die Regierungen der süddeutschen Staaten dem Drängen nach einer Vereinigung mit dem übrigen Deutschland auf die Länge nicht widerstehen können.

Was die Revolution in Deutschland betrifft, was die demokratischen Tendenzen anlangt, welche gefürchtet werden, so kann nicht verkannt werden, daß durch den Krieg von 1866 der Demokratie ein großer Hebel entrissen, daß durch die größere Einigung, die hinsichtlich der Wehrkraft und der commerziellen Interessen für 30 Mill. Deutsche erreicht ist, manch innerer Grund zur Unzufriedenheit beseitigt wurde. Wie nach den Jahren 1848 und 1849 mancher Volksredner in seinem Herzen bedauerte, daß das Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden aufgehoben und ihm dadurch der Vorwand, vielleicht sein einziger Vorwand, um den Landmann gegen den Adel aufzuregen, genommen wurde, so gibt es jetzt auch manchen

Volksfreund, der ungern die Schwächen des Deutschen Bundes, den schädlichen Einfluß Oesterreichs und des Concordats aus seinen populären Reden streichen muß.

Mancher, der sich in das politische Getreibe, in Vereine darum hineinziehen ließ, weil er sich in seinem deutschen Gefühle gekränkt glaubte, weil er fühlte, daß er als Deutscher im Auslande jeden Franzosen, jeden Engländer, jeden Russen beneiden mußte, hofft jetzt eines ganz andern Schutzes zu genießen, glaubt sich auch seinem Ideale eines größern germanischen den übrigen Nationen ebenbürtigen Staates näher gerückt. Die Spaltung der liberalen und wirklich social-radicalen Partei, die sich gezeigt hat, ist erfreulich und beweist, daß die eigentliche Umsturzpartei verhältnißmäßig klein ist.

Daß in den annectirten Ländern viele unzufriedene Elemente entstanden sind, die die Regierung sonst nicht zu ihren Gegnern zählte, ist nicht zu leugnen, diejenigen aber, die am meisten an den vertriebenen Dynastien hängen und der neuen Ordnung der Dinge abhold sind, gehören meistens zu den Conservativen, und die werden sich nicht auf die demokratische, noch weniger auf die republikanische Seite werfen.

Ein vernünftiges Repräsentativsystem wird sich ausbilden, und es steht zu hoffen, daß Sinn für Gesetzlichkeit oben und unten, bei Regierung und Volk sich mehr ausbilden und mehr befestigen wird. Daß dieser Sinn bis jetzt häufig gefehlt hat, kann leider nicht geleugnet werden. Wie oft haben wir nicht das traurige Schauspiel erlebt, daß Regierungen Verfassungen gaben, daß aber gleich darauf ihre eigenen Organe unbequeme Paragraphen wegzuinterpretiren und zu umgehen suchten, daß solche Verfassungen einseitig wieder aufgehoben wurden. Daß dann

auch von der andern Seite Majoritäten den Regierungen gegenüber Misbrauch trieben, ist ebenso wenig zu billigen. Constitutionelle Auswüchse und Scheinconstitutionalismus haben in Deutschland viel zur Erschütterung des Rechtssinnes beigetragen. Der Deutsche als Theoretiker macht leicht zu viel Gesetze, und der ruhige Beobachter, der die Liste der Verfassungsveränderungen und daneben die Gesetzsammlungen der meisten deutschen Staaten durchsieht, wird erstaunen und erschrecken.

Was vor allem unserm staatlichen Leben nothtut, ist eine wirklich conservative Partei, die gewisse stabile Principien und Institutionen nach allen Seiten vertheidigt, eine conservative Partei, die sich nicht als das blinde Werkzeug der eben am Ruder stehenden Regierung betrachtet.

Monarchisch, streng monarchisch muß die conservative Partei sein, sie soll aber auch gerade im Interesse des Königthums widerstehen, wenn die Diener desselben die als richtig anerkannten Principien nicht achten, wenn Willkür und die schlimmste Form derselben, Beamtenwillkür, dem Könige, den Unterthanen und dem Staate Schaden drohen. Daß diese conservative Partei vorzugsweise dem Drängen von unten, dem falsch verstandenen Liberalismus, vor allem dem Radicalismus entgegentreten muß, versteht sich von selbst.

Das Material zu einer solchen Partei existirt in Deutschland unbedingt, wenn auch nicht in demselben Maße wie in England, es hat aber bisjetzt dieser Partei oft an einem größern Wirkungskreise, oft an Zusammenhang, oft aber auch an Verständniß gefehlt, und deshalb hat sie bisher noch nicht ganz die Kraft und die Stellung ge-

funden, die sie erlangen muß, um nützlich und lebensfähig zu werden.

Finden sich die zahlreichen Elemente erst zusammen, so wird man staunen darüber, wie stark sie sind und welchen Halt sie im gesunden Sinne des Volkes finden werden.

Wirklich revolutionäre, namentlich republikanische Tendenzen finden sich vielleicht weniger in Deutschland, als man glaubt — im Süden aber mehr als im Norden, und es kann daher nicht schaden, daß sich der Norddeutsche Bund in sich erst consolidire.

Gott möge unser Vaterland vor dem Unglücke des Kriegs sowol als vor Revolution bewahren, möge jeden Deutschen mit richtiger wohlverstandener Vaterlandsliebe beseelen! Fühlt er die, thut jeder seine Pflicht, so kann Deutschland getrost der Zukunft entgegengehen, es wird dann jeden innern wie äußern Feind leicht besiegen, es wird eine Macht und eine Kraft erlangen wie kein anderes Land, und es wird zeigen, welch innere Kraft im germanischen Volksstamme schlummert.

IV.

Allgemeine Bemerkungen über die politische Lage der Gegenwart.

Jedem, der sich in Europa umsieht, der an das denkt, was er auf Universitäten und nachher praktisch gelernt hat, der sieht, wie sich alle Verhältnisse der europäischen Staaten geändert, wie sie sich in mercantilischer und militärischer Beziehung entwickelt haben, wie in Deutschland das deutsche Staatsrecht zusammenbrach, wie das ideelle Band der deutschen Einheit, der Bund zu existiren aufgehört hat, wie Deutschland in drei Theile gespalten, Oesterreich ausgestoßen und Preußen mit dem Norddeutschen Bunde die Leitung Deutschlands und damit die Verpflichtung übernommen hat, eine kräftige deutsche Macht zu gründen, muß es schwer werden, ein Gefühl der Verwirrung zu vermeiden, wird es schwer, einen sichern Punkt zu finden, von dem aus er ein ruhiges Urtheil zu fällen vermag. Denen, die zu einem der neuannectirten Länder gehören, wird das doppelt schwer.

Die Grundsätze der Legitimität, die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts durch die Heilige Allianz, die Nothwendigkeit des Festungsvierecks, die Gefahr eines einigen Italien für Deutschland, die Nothwendigkeit der Po-Linie zur Vertheidigung des Rhein: alles Regeln, an die der deutsche Diplomat glauben mußte, wenn er nicht von seinen Collegen wie ein Ketzer behandelt werden wollte, gelten nicht mehr.

Durch die letzten Kriege, den Krimkrieg, die beiden Kriege in Italien und den deutschen Krieg ist politisch und diplomatisch tabula rasa gemacht; alle Allianzen sind zerrissen, der Egoismus, der in diesem materiellen Zeitalter die einzelnen Menschen beseelt, beherrscht auch die Staaten, jeder sorgt für sich, keiner traut dem andern. Das Princip der Nationalitäten, der Nichtintervention, der Volkssouveränetät, die Folge dieser Idee, die allgemeine Volksabstimmung sowie das allgemeine Wahlrecht, sind Lehren der Neuzeit, an die sich der Diplomat der alten Schule nicht gewöhnen kann. Es sind eben nur Grundsätze, welche, zu gewissen Zwecken erfunden, oft nur Vorwände sind, um Handlungen zu bemänteln, die mit dem früher geltenden Staatsrechte, mit dem Princip der Legitimität, mit den Rechten der Fürsten im Widerspruche stehen. Das Princip der Nationalität, welches, richtig verstanden, eine schöne Idee ist — sie ist die Mutter der Vaterlandsliebe —, sinkt deshalb leicht zur Phrase herab, weil sie gewöhnlich nur benutzt wird, um revolutionäre oder habsüchtige Gelüste zu beschönigen. Eine wirklich compacte Nationalität läßt sich in wenigen Staaten constatiren. Gleichheit der Sprache ist allein kein Maßstab.

Rußland ist wol in sich die größte Nation, dennoch besitzt es viele Provinzen, bei denen von russischer Natio-

nalität keine Rede sein kann. Sollte Rußland die Ostseeprovinzen, Finland, den Kaukasus und manchen Volksstamm, der nicht russisch ist, sollte England Irland, sollte Preußen Preußen und Posen, sollte Frankreich wol den Elsaß dem Princip der Nationalität zum Opfer bringen wollen? Was bliebe von Oesterreich, wenn es sich zu diesem Princip bekennte?

Wenn nun auch mit dem Princip der Nationalität, ebenso wie mit den Rechten des Volks oft diplomatischer Misbrauch getrieben wird, so sind wir weit entfernt davon, behaupten zu wollen, daß beides nicht existire, nicht berechtigt sei.

Führen Geschichte, Erinnerungen, Sympathien, dieselbe Sprache, dieselben materiellen und commerziellen Interessen ein Volk zusammen, fühlt es die Kraft in sich, diese Interessen zu vertheidigen, so ist eine Nationalität unbedingt vorhanden. Das Beschützen der Grenzen erfordert weit größern Kraftaufwand als früher, die gemeinschaftlichen Interessen umfassen auf der andern Seite durch Handel und vermehrten Verkehr eine größere Zahl von Menschen, größere Länderstrecken, und so wird dadurch die Nothwendigkeit größerer Staatskörper bedingt.

Es ist in jetziger Zeit sehr gut möglich, daß Staaten, die aus mehrern Nationalitäten (die jede für sich zu schwach wären), zusammengesetzt sind, bestehen können, wenn geographische Lage, dynastische und materielle Interessen sie verbinden; auf der andern Seite ist es aber aus den oben angeführten Gründen unmöglich, daß da, wo gleicher Ursprung, gleiche Sitten, gleiche Sprache, gleiche Interessen und die Nothwendigkeit der Vertheidigung gegen äußere Feinde ein Volk zusammenführen, es auf die Länge auseinandergehalten werden könne. Der Drang nach Zu-

sammenhang wird so stark, daß schließlich alles diesem Impuls weichen muß. Für Italien wie für Deutschland trifft das unbedingt zu.

Dynastien, die sich auf den Thron anderer setzen oder eine Republik zur Monarchie machen wollen, bedürfen eines Besitztitels, das Recht der Eroberung wird als ein solcher angesehen, und wo das nicht existirt, muß ein anderer gefunden werden; deshalb erfand Napoleon die Volksabstimmung: le suffrage universel, und freut er sich außerordentlich, wenn es Nachahmer findet.

Ein französischer Diplomat äußerte uns gegenüber über diese Volksabstimmungen: „Ce n'est pas un principe, mais un expédient quelquefois nécessaire" (es ist kein Princip, aber ein zuweilen nothwendiger Nothbehelf).

Wenn das Recht der Volksabstimmung wirklich ein in sich begründetes Recht und nicht ein Nothbehelf wäre, so müßte doch die nachfolgende Generation dasselbe Recht haben, es würde, um consequent zu sein, doch mindestens in jedem Menschenalter, also etwa alle dreißig Jahre, abgestimmt werden müssen; alle staatliche Ordnung ginge mit diesem Princip zu Grunde. Die Komödie der Volksabstimmung ist bei der Einverleibung von Nizza in Frankreich angewendet worden, und wer sah, wie dort diese Abstimmung in Scene gesetzt wurde, der weiß auch, welcher Werth auf solche Abstimmungen zu legen ist.

Früher wurden politische Veränderungen durch Rechte der Dynastien, durch das Recht der Erbfolge, der Legitimität, auch durch das Recht der Eroberung begründet, das Princip der Nationalität, die Rechte der Völker werden jetzt vorgeschoben, das klingt für den großen Haufen besser.

Die Rechte des Volks lassen sich nicht von denen der

Dynastie trennen; bei gesunden Verhältnissen gehen dieselben zusammen, wo sie nicht zusammengehen, ist sicher auf der einen Seite gesündigt.

Sehen wir die diplomatische Correspondenz zwischen den einzelnen Ländern, sehen wir die officiellen Erklärungen der einzelnen Cabinete, so sieht alles friedlich aus. Sehen wir aber die Ziffern der Militärbudgets, sehen wir den Nachweis des österreichischen Kriegsministers, sehen wir den militärischen Theil der norddeutschen Reichsverfassung, sehen wir die neuen Plane der Militärorganisation in Frankreich, sehen wir das Militärbudget in Italien, so glauben wir am Vorabend eines europäischen Krieges zu stehen. Die Industrieausstellung, der Aufschwung, den, wenn auch langsam, Handel und Industrie wieder nehmen, mahnen dagegen zum Frieden.

Worin liegt der Grund zu dem verderblichen theuern Luxus, dem theuersten, den Staaten treiben können, dem des bewaffneten Friedens? Diese Frage sollte sich jeder politische Denker vorlegen.

Sind die Gründe gefunden, so sollten sie beseitigt werden. Daß sie sich nicht beseitigen ließen, daß Krieg unvermeidlich sein sollte, glauben wir nicht; glaubten wir das, so würden wir sagen: je früher der Krieg ausbricht, desto besser, wir würden das gerade von unserm deutschen Standpunkte aus sagen müssen.

Frankreich wird als die Macht angesehen, die uns bedroht, und es ist nicht zu leugnen, daß die Reorganisation der französischen Armee, die fortwährenden Rüstungen als bedenkliches Zeichen angesehen werden können, weit mehr als das Anschaffen des Hinterladungsgewehrs, welches ebenso nothwendig für alle Armeen geworden ist, als es nach Erfindung des Schießpulvers die Anschaffung von

Feuerwaffen, nach Erfindung der Percussion die Anschaffung der Percussionswaffen war. Ebenso wie bei wirklich praktischen durchgreifenden Erfindungen in der Industrie die Fabrikanten durch die Concurrenz gezwungen werden, dieselben zu benutzen, ebenso ist das bei der Bewaffnung von Armeen der Fall.

Was den Kaiser zu dieser Reorganisation treibt, vermögen wir nicht ganz zu beurtheilen, ebenso wenig, ob die Combination, ob die Gründe, die ihn dazu führten, im Interesse seiner Dynastie richtig berechnet sind.

Eine für Europa glückliche Thatsache ist die, daß Frankreich nicht mehr die überwiegende Militärmacht in Europa ist und das Erkenntniß dieser Thatsache hat mit zu der Idee der Militärorganisation geführt.

Abgesehen von den bedeutenden Anstrengungen, die Preußen und der Norddeutsche Bund jetzt macht, hat das Verhältniß der Einwohnerzahl sich zu Ungunsten Frankreichs sehr merkwürdig verändert. Bei Bildung des Deutschen Bundes 1815 hatte der Deutsche Bund ebenso viele Einwohner als Frankreich, etwa 30 Millionen. Im Jahre 1864 zählte der Bund — es hatte die Bevölkerung namentlich in dem norddeutschen Theile des Bundes auf überraschende Weise zugenommen —, 46, Frankreich dagegen nur 36 Millionen Einwohner.

Preußens Bevölkerung stieg von 1815, wo sie wenig über 10 Millionen betrug, 1867 auf über 19 Millionen. Im Jahre 1815 war Deutschland ohne Oesterreich fast um 10 Millionen schwächer als Frankreich, jetzt zählen der Norddeutsche Bund und die verbündeten süddeutschen Staaten ebenso viel Einwohner als Frankreich, etwa 37 Millionen.

Will der Kaiser der Franzosen die neuorganisirte Armee

benutzen, um Deutschland anzugreifen, will er dem unberechtigten Drängen nach der Rheingrenze nachgeben, denkt er damit Frankreich zu vergrößern, zu verstärken, seine Dynastie zu befestigen, so rechnet er falsch. Daß solche Rechnung falsch ist, würde unsere brave Armee, würde der dann in ganz Deutschland erwachende Patriotismus ihm beweisen.

Wir halten im allgemeinen Louis Napoleon für einen guten Rechenmeister; mit gefährlichen Factoren hat er zwar schon oft gerechnet, deshalb wird er, trotz aller Rüstungen, die andere Gründe haben können, solange er das Heft in der Hand hat, alles thun, um einen Krieg mit Deutschland zu vermeiden. Napoleon weiß, daß das sicherste Mittel, Deutschland zusammenzuführen, ein Angriff auf Deutschlands Grenzen wäre, es ist das im Jahre 1866 mit eins der triftigsten Motive seiner friedlichen Politik gewesen.

Ein berühmter französischer Kammerredner äußerte, es sei jetzt eine Krankheit der Deutschen, daß sie keinen Fuß deutschen Bodens abgeben wollten. Wir halten diese Impertinenz für ein Compliment und freuen uns, das Factum bestätigen zu können.

Frankreich wird von keiner Seite bedroht und wird innerhalb der jetzigen Grenzen niemals bedroht werden. Wir wissen wohl, daß einzelne deutsche Schwärmer, einzelne unverbesserliche Nationalitätstheoretiker an Wiedereroberung des Elsaß und Lothringens gedacht haben, das sind aber eben Schwärmer, die nicht einsehen, daß das Nationalitätsprincip dort gar nicht paßt, weil die Einwohner mit ihren Ideen, mit ihren Interessen ganz Franzosen sind und von Deutschland nichts behalten haben als die gänzlich corrumpirte Sprache.

Ein Krieg um den Rhein und um den Elsaß würde kein definitives Resultat haben und nur vorübergehende unglückliche Zustände schaffen.

Es könnte ein Krieg mit Deutschland nur von Frankreich ausgehen, denn Preußen und der Norddeutsche Bund, Süddeutschland, das wir, in Beziehung auf einen Krieg mit Frankreich, nicht einmal dem Namen nach von Norddeutschland trennen möchten, Spanien und Italien auf der andern Seite, denken nicht an solchen Angriff.

Sollten Complicationen mit den Vereinigten Staaten, und was gar nicht vorauszusehen ist, mit England entstehen, so würde es doch ein Seekrieg werden. Defensiv ist Frankreich mit der ausgezeichneten Armee, mit der bedeutenden Seemacht, die es besitzt, mit dem Patriotismus, der unleugbar die Franzosen beseelt, stark genug auf dem Continent.

Ob die Bande, die Frankreich mit der jetzigen Dynastie verbinden, durch die neue Armeeorganisation befestigt, ob die Armee in sich so compact, so ausgezeichnet durch den Geist und militärisches Ehrgefühl bleiben, ob nicht die Fehler des französischen Volkes, von denen sich die Armee merkwürdig freihält, in sie dringen und deren Disciplin lockern würden, ob das französische Volk sich so ohne weiteres fügen, ob bei der geringen Zunahme an Bevölkerung und der Zunahme an Industrie es so viele werthvolle Kräfte wird entbehren können, sind Fragen, die sich die Leiter in Frankreich stellen müssen. Beantworten sie dieselben nicht richtig, so könnte der Schaden leicht auf die Dynastie zurückfallen.

Wir sind fast versucht zu glauben, daß es mit der Organisation der französischen Armee gar nicht so ernstlich gemeint war, daß der Kaiser damit der Armee und den-

jenigen, die über die Gefahr klagen, die ein mächtiges Deutschland Frankreich bringen würde, zeigen wollte, wie er nichts unterlasse, um Frankreichs Größe und Macht zu sichern.

Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht halten wir in Frankreich für ganz unmöglich; mit derselben würde Frankreichs Kraft gebrochen, die Armee würde aufhören zu sein, was sie bisjetzt gewesen: die Beschützerin der Ordnung, sie würde Theil des Volkes werden, sie würde den revolutionären Strömungen, von denen Frankreich bedroht ist, preisgegeben.

In Deutschland ist das anders. Die Bevölkerung ist ordnungsliebender, folgsamer, außerdem hat der deutsche Soldat eine höhere Achtung für den König, für die Dynastie, der er dient.

Daß Preußen sein Heer auf den Fuß setzt, auf dem es dasselbe auf die Länge wird schwerlich halten wollen, ist in dieser Zeit des Ueberganges zur Selbsterhaltung nothwendig; die Stellung Preußens ist von der Frankreichs sehr verschieden. Preußen muß gerüstet dastehen. Daß es von zwei Seiten jeden Augenblick bedroht werden könnte, ist nicht zu leugnen, wenn auch ein directer Angriff von Frankreich oder Oesterreich, vielleicht von beiden, in diesem Augenblick nicht wahrscheinlich ist.

Preußen wird außerhalb Deutschlands niemals aggressive Politik treiben, es hat nach seiner jetzigen Gestalt dem Auslande gegenüber durchaus gute Grenzen, beherrscht durch den Zuwachs von Hannover und den Herzogthümern das Handelsgebiet der Nord- und Ostsee und wird durch den Eiderkanal beide Meere verbinden.

In Kiel, auch an der Ems und der Weser sind vorzügliche Kriegshäfen; kurz, es ist mit dem Norddeutschen

Bunde ein durchaus lebensfähiger, allen übrigen Mächten gegenüber ebenbürtiger Staat.

Die Consolidirung nach innen muß mit friedlichen Mitteln erreicht werden.

Daß Frankreich nicht klug handeln würde, wenn es Preußen jetzt angriffe, haben wir schon gesagt, dasselbe würde gewiß für Oesterreich der Fall sein.

Ein wirkliches Zusammengehen Oesterreichs mit Preußen wird zwar nicht leicht, denn die Erfahrungen des Sommers 1866 waren zu schmerzlich. Die gegenseitigen Interessen werden beide Staaten aber doch zusammenführen, wenn sich nicht, was wir nicht hoffen wollen, Oesterreichs Blick, und was wir noch mehr fürchten, Oesterreichs Intrigue wieder nach Deutschland wenden werden.

Preußen ist in materieller, in finanzieller Beziehung kräftiger aus dem Kriege von 1866 hervorgegangen, bedarf aber des Friedens, um die Früchte des Sieges nutzbar zu machen, um dem Norddeutschen Bunde wirklich Leben zu geben.

Oesterreich bedarf des Friedens, um die schweren Wunden zu heilen, die der Krieg geschlagen, um die Staatsmaschine, die in vollem Stillstande, in voller Verwirrung war, zu reconstruiren. Die Bestrebungen, die von 1850 an fortwährend dahin gerichtet waren, aus Oesterreich einen Staat, sogar einen constitutionellen Staat zu schaffen, sind an dem Widerstande der einzelnen Nationalitäten, namentlich Ungarns, gescheitert, und der Mangel an innerm Zusammenhange hat Oesterreich an den Rand des Verderbens gebracht. Oesterreich will jetzt, da die österreichischen Staatsmänner ihre Aufgabe nicht zu lösen im Stande waren, durch Baron Beust mit Ungarn Frieden schließen und Oesterreich ein eigenes Verfassungsleben geben.

Wir wünschen diesem genialen Staatsmanne von Herzen Glück zu seiner schwierigen Aufgabe. Die Absicht, Ungarn zu versöhnen, scheint ernstlich gemeint und hofft man zum ersten mal seit 1850 in Ungarn Glauben zu finden.

Um einen Staat in der Lage Oesterreichs wieder zu einem Staate zu machen, um die zerrütteten Finanzen, das verschwundene Vertrauen wiederherzustellen, ist Frieden vor allem die Grundbedingung, und es ist zu hoffen, daß Oesterreich auf friedlichem Wege die Stellung wieder zu gewinnen bestrebt sein wird, die durch zwei schlecht begonnene, schlecht geführte und vielleicht im unrechten Moment beendete Kriege verloren wurden.

Betrachten wir die Lage der einzelnen Staaten, die Allianzen, wie sie durch den Wiener Congreß bedingt wurden, so finden wir, daß größere Veränderungen vorgegangen sind, als es auf den ersten Blick scheint.

Rußland steht allein und sorgt, unbekümmert um europäische Wirren, für Rußlands innere Entwickelung; wenn es auch mit Preußen auf dem besten Fuße steht, eine feste Allianz verbindet, soviel wir wissen, die beiden Staaten noch nicht. Das Verhältniß zu Oesterreich ist so, daß man mit Oesterreich von der Heiligen Allianz keine Spur mehr entdecken kann. Die Zeit der Heiligen Allianz ist gänzlich vorüber.

Mit England und Frankreich kann Rußland in intimere Beziehungen nicht kommen, solange die Bedingung der Neutralisirung des Schwarzen Meeres aufrecht erhalten wird und die orientalische Frage nicht zu aufrichtiger Verständigung geführt hat.

Im Innern von Rußland ist seit dem Wiener Congreß eine Territorialveränderung vorgegangen insofern, als

Polen aufgehört hat, ein selbständiges Land zu sein und nun gänzlich in Rußland incorporirt ist.

Im Kaukasus und in Asien sind die Grenzen bedeutend erweitert.

England hat Rußland bekriegt und die frühere Allianz aufgegeben; Rußland hat sich daher eng an Amerika angeschlossen, und das Verhältniß dieser beiden Staaten zueinander könnte England leicht den Beweis führen, daß es die natürlichste Allianz, die es in Europa hat, nicht hätte aufgeben dürfen.

Frankreich widerspricht in seiner jetzigen Gestalt als Kaiserreich unter einem Bonaparte am meisten den Bedingungen des Wiener Congresses, der Napoleon I. in die europäische Acht erklärte.

Durch die Eroberung von Algerien hat Frankreich einen großen Zuwachs erhalten, außerdem hat sich der Territorialbestand Frankreichs nach dem Kriege in Italien durch den Zuwachs, durch die Annexionen von Nizza und Savoyen verändert.

Frankreich steht nach außen ziemlich so isolirt, wie es im Jahre 1815 nach den Kriegen stand, da die entente cordiale, die zur Zeit des Krimkrieges mit England geschlossen wurde, zu wenig Halt im beiderseitigen Volkscharakter hat, um dauernd nachzuwirken.

Ob es Frankreich gelingen wird, das Kind von des Kaisers Politik und dessen neu angewandten Nationalitätsprincips, Italien, welches sich in eigenem Interesse von Frankreich zu emancipiren suchen muß, durch das Ministerium Rattazzi mit Frankreich zu verbinden, scheint uns noch zweifelhaft, ebenso zweifelhaft als die Allianz mit Oesterreich.

Sollten wirklich Frankreich, Oesterreich und Italien sich

gegen Preußen verbinden, so würden Rußland und England Preußen unterstützen müssen, denn England kann trotzdem, daß es sich ungern in europäische Händel mischt, den Untergang Deutschlands nicht dulden.

Es scheint überhaupt nicht, daß es jetzt zu solchen Allianzen kommen würde. Die materiellen Interessen in allen Staaten sind so wichtig geworden, das Volk ist zu tief mit in die Politik eingeweiht, als daß es noch möglich wäre, Kriege zu führen, die nicht durchaus nothwendig sind und ganz direct die Interessen der kriegführenden Staaten berühren. Kommt es zum Kriege, was Gott verhüten möge, so wird er zwischen Frankreich und Deutschland allein ausgefochten.

Ganz Europa fühlt, daß, seitdem der Kaiser sagte: „L'empire c'est la paix", in Europa kein Frieden zu finden ist; es fühlt, daß in dem Napoleonischen Regierungssystem der Keim zum Kriege steckt.

Louis Napoleon, welcher scheinbar Frankreich zur Größe verhalf, wird im Grunde nur zerrüttete Finanzen und die größte Entsittlichung zurücklassen, und seine Nachfolger, mögen sie seiner oder der ältern Dynastie angehören, werden noch lange die Folgen einer Despotie empfinden, die sich auf Soldatenregiment, auf Polizei, auf mehr oder weniger gewissenhafte Börsenspeculanten und auf die untersten Volksklassen stützte.

Der Krieg, der Deutschland zu bedrohen scheint, hat lediglich seinen Grund in der Unhaltbarkeit des jetzigen Regierungssystems in Frankreich; der Zündstoff muß nach außen abgeleitet werden. Frankreich wird mit Recht als der muthwillige Störenfried angesehen und steht ebendeshalb sehr isolirt.

Die Idee der Allianz der kleinen Staaten, Belgien,

Holland, Schweden und Dänemark, die Thiers anregte, wird schwerlich zur Ausführung kommen, kleine Staaten können bei einem Kriege nichts gewinnen, wohl aber ihre Existenz aufs Spiel setzen.

England hat sich hinsichtlich des Territorialbestandes nicht verändert, hat aber an innerer Kraft, an Reichthum, an Bildung und Moralität der untern Klassen ganz merkwürdige Fortschritte gemacht. Bevölkerung und Kapital sind seit 1815 in riesigen Proportionen gewachsen.

England hat die größte Probe seiner Macht, seiner Lebensfähigkeit durch die Unterdrückung der Revolution in Indien im Jahre 1856 abgelegt, hat gezeigt, was Civilisation, was Unabhängigkeit, Kraft und Selbstbewußtsein des Einzelnen zu leisten im Stande ist.

Durch den Krimkrieg war in alle orientalische Nationen eine große Aufregung gekommen. Indien war von englischen Truppen etwas entblößt, und die indischen Fürsten glaubten, sich der verhaßten Herrschaft der Engländer entledigen zu können. Eine riesenhafte Verschwörung verband eine Bevölkerung von weit über 100 Millionen, und unter diese Bevölkerung war eine verhältnißmäßig kleine Schar von Engländern vertheilt. Die meisten Truppen waren durch Eingeborene rekrutirt, sogenannte Seapoys; diese empörten sich und metzelten auf die grausamste Weise alle Europäer nieder, nichts wurde verschont, weder Frauen noch Kinder. Was die englischen Truppen, was die Befehlshaber dort leisteten, ist über alles Lob erhaben. Im nächsten Jahre war alles besiegt und Ruhe wiederhergestellt. Die Ostindische Compagnie wurde später auch aufgelöst, durchgreifende administrative Veränderungen wurden vorgenommen, und jetzt ist Englands Herrschaft in Indien weit fester begründet als früher.

Was die politische Stellung Englands betrifft, so ist es jetzt das Princip der Staatsmänner, sich möglichst wenig in die europäischen Angelegenheiten zu mischen.

Die Allianz mit Frankreich besteht dem Namen nach, in Wirklichkeit können sich die beiden Nationen zwar wol zu einem bestimmten Zwecke verbinden, ein aufrichtiges dauerndes Bündniß kann es nicht werden. Charakteristisch in dieser Beziehung ist, daß während der entente cordiale die Freiwilligencorps in England errichtet wurden, die doch nur allein gegen Frankreich gerichtet sein konnten.

England hat die Entstehung Italiens, die Consolidirung Preußens gern gesehen, es fühlte, daß darin das Mittel liegt, der französischen Suprematie auf dem Continent das Gegengewicht zu halten. Englands Seemacht ist jetzt mächtiger, als sie bisher gewesen, aus dem einfachen Grunde, daß sie jetzt auf Kohlen und Eisen basirt ist, und wer könnte mit diesen beiden Producten England nur annähernd Concurrenz machen können?

Früher mußte England fast das ganze Material zur Flotte kaufen: Holz, Hanf, Flachs und Kupfer, jetzt kaufen andere Nationen Eisen und Kohlen oder gar die eisernen Schiffe selbst; der Nationalökonom sieht auf den ersten Blick, was das bedeutet.

Englands gefährlichster Nebenbuhler ist Amerika, und ein Krieg zwischen Amerika und England wird von vielen ebenso nur als Frage der Zeit angesehen wie der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich.

Diesem Kriege widerstreben aber die wichtigsten commerziellen Interessen auf beiden Ufern des Atlantischen Oceans, und auch dort erblicken wir mehr Aussichten zum Frieden als zum Kriege.

Die orientalische Frage ist die, welche England am leichtesten in einen europäischen Krieg verwickeln könnte.

Ob England im nächsten Kriege wieder an der Seite Frankreichs und nicht diesmal an der Seite Rußlands kämpfen dürfte, ist noch nicht zu sagen.

In einem Kriege zwischen Frankreich und Preußen wird England anfänglich neutral sein; sollte Preußen ernstlich bedroht und geschlagen werden, so können wir doch wieder das englische Banner neben der preußischen Fahne wehen sehen. Die Herrschaft Europas (und die hätte Frankreich, wenn Preußen unterginge), kann England weder Frankreich noch einem Napoleoniden überlassen.

Oesterreich hat am meisten verloren, an Einfluß, an innerer Kraft und an Territorialbestand.

Im Jahre 1846 hat Oesterreich die Republik Krakau incorporirt.

Im Innern hat es schon zweimal versucht, die verschiedenen Nationalitäten durch eine gemeinschaftliche Verfassung zu verbinden, hat aber dadurch nur die Gegensätze noch schroffer gemacht.

Durch den Krieg in Italien, durch den Frieden von Villafranca und Zürich im Jahre 1860 gab Oesterreich den Besitz der Lombardei, im Jahre 1866 den Besitz von Venedig auf.

In Nikolsburg schied Oesterreich aus Deutschland aus und überließ es Preußens Einfluß.

Der Besitz Italiens und die Stellung Oesterreichs im Bunde trugen nicht zu Oesterreichs Macht bei, und es kann jetzt, begreifen Oesterreichs Staatsmänner ihre Aufgabe, erkennen sie, daß Oesterreichs Schwerpunkt an der Donau, am Adriatischen Meere liegt, Oesterreich kräftiger und mächtiger werden, als es in Wirklichkeit war.

Vor allem kommt es darauf an, daß Oesterreichs Kaiser Ungarn für sich und sein Reich wieder nutzbar mache, daß Ungarn einsehe, wie es allein mit Oesterreich eine Zukunft habe, daß Oesterreich Herr der Donau bis zum Schwarzen Meere werde und darauf bei den orientalischen Auseinandersetzungen sich Einfluß und commerzielle Abflußwege schaffe. Es ist in der Beziehung unendlich viel zu thun.

Eine Eisenbahn von Cattaro, einem der schönsten Häfen der Welt, durch Bosnien und Serbien nach Temesvar, wird eine Hauptlinie bilden müssen. Oesterreich hat in diesem Augenblicke keinen Alliirten.

Rußland kann den Undank nicht vergessen, und obgleich sich die Interessen beider Staaten in Beziehung auf die Türkei, die untere Donau und das Schwarze Meer versöhnen ließen, liegt dort viel Stoff zu fortwährenden Conflicten.

Rußland ist am Schwarzen Meere mächtig genug, um die Donau Oesterreich zu überlassen, und vereinigt würden beide Mächte einen Einfluß ausüben können, den die Westmächte auch dann, wenn sie sich wieder vereinigen sollten, nicht zu neutralisiren im Stande sein würden.

Daß Oesterreichs Verhältniß zu Italien noch ein freundschaftliches nicht sein kann, liegt auf der Hand. Vor allem kommt, trotzdem daß beide Staaten katholisch sind, die verschiedene religiöse Richtung sehr in Betracht. Die Abrechnung zwischen Papstthum und Italien wird beide Staaten leicht in Collision bringen; abgesehen davon könnte ein gutes Einvernehmen im Interesse beider Staaten liegen, falls Oesterreich alle Absichten auf die Lombardei wirklich aufgegeben hat.

Oesterreichs natürlicher Alliirter ist Preußen, und wenn wegen der in Deutschland collidirenden Interessen die Feind-

schaft der beiden Staaten begründet war, so ist der Grund jetzt weggefallen, die commerziellen Verhältnisse führen sie zusammen.

Oesterreich ist das Zwischenglied zwischen Deutschland und den unter der Türkei stehenden Staaten, wie es Rußland zwischen Europa und Asien auf der andern Seite ist.

Im Interesse Preußens liegt es, daß Oesterreich die Donau beherrsche, wiewol es Rußland gegenüber große Rücksicht zu beobachten hat. Es ist die schwierigste Lage, in der Preußen zwischen diesen beiden Mächten steht. Diese Frage ist der Probirstein der preußischen Diplomatie, die suchen muß, stets zwischen beiden zu vermitteln, dabei aber Oesterreichs Interessen in Beziehung auf die Donau aus eigenem Interesse zu vertreten hat.

Eine Allianz Oesterreichs und Frankreichs ist unnatürlich und könnte nur dazu dienen, die Unterdrückung Deutschlands zu sichern, die dann Frankreich ein unberechenbares Uebergewicht geben würde.

Ein kräftiger germanischer Staat ist auch für Oesterreich eine Lebensfrage, selbst einen solchen zu begründen, zu beschützen, ist Oesterreich nicht mehr im Stande. Können sich die deutschen Elemente aber an Deutschland anlehnen, so wird das den vielen slawischen, czechischen und magyarischen Elementen gegenüber von Nutzen sein.

Sollte wirklich der Krieg mit Frankreich entbrennen (viele halten ihn auf die Länge für unvermeidlich), so wird eine große Partei, namentlich die Militärpartei, Rache für Königgrätz nehmen wollen; hoffen wir aber, daß ruhige Ueberlegung die Oberhand gewinne und Hr. v. Beust sich nicht wieder verrechnen wird, wie er sich schon einmal für Sachsen verrechnete.

Diejenigen, welche in und außer Oesterreich eine französisch-österreichische Offensivallianz gegen den Norddeutschen Bund (dieser läßt sich von Preußen nicht mehr trennen), wünschen, bedenken meistens nicht, welche gefährliche Seite eine solche Allianz haben würde, sie lassen sich durch ihren Haß gegen Preußen leiten, und Haß macht bekanntlich blind.

Die Gefahr einer solchen Allianz wird für Oesterreich unterschätzt, und wir glauben nicht zu schwarz zu sehen, wenn wir den gänzlichen Verfall, den Untergang Oesterreichs als mögliches Resultat ansehen. Rußland würde schon wegen der Gefahr vor Frankreichs Suprematie sich eng mit Preußen verbinden, würde eine Diversion an der Donau machen und in demselben Augenblicke eine Brandfackel unter die slawischen Völkerschaften Oesterreichs schleudern, die mächtig zünden könnte.

Was Ungarn in dem Falle thun würde, kann niemand wissen, zweifelhaft ist es aber, ob Oesterreich unbedingt auf Ungarn rechnen durfte.

Würde Frankreich am Rhein geschlagen oder es bliebe der Krieg unentschieden, so würde Oesterreich schwerlich mit Rußland, mit den innern Verwickelungen und Unruhen zu einer günstigen Abrechnung kommen. Würde es aber von der Seite geschlagen, so wäre das alte Reich verfallen.

Rennte auf der andern Seite, und dieser Fall ist sehr unwahrscheinlich, Frankreich Deutschland ganz über den Haufen, besiegte auch Oesterreich gleichzeitig die russischen Heere, so würde möglicherweise Oesterreich in dem jetzigen Territorialbestande auf eine Zeit erhalten werden, die Oberherrschaft in Deutschland aber würde Frankreich beanspruchen, Deutschland geriethe unter die Fremdherrschaft.

Der germanische Volksstamm ist zu kräftig, um das zu ertragen. England könnte das nicht auf die Länge gestatten. Europäische Verwickelungen ohne Ende würden erfolgen und das schließliche Opfer müßte Oesterreich unbedingt werden. Wahrscheinlichkeitsberechnungen stehen mehr oder weniger in der Luft, bei politischen Fragen besonders. Daß aber die Lage der Dinge, wie sie jetzt sind, Factoren zu einer solchen Rechnung liefert, wird der Unparparteiische nicht leugnen.

Oesterreich befindet sich im gefährlichsten Uebergangsstadium, hat zwei Staaten zu Nachbarn, die durch die Kraft der Adhäsion, welche in gleicher Nationalität liegt, mächtig und zum Theil auf Oesterreichs Kosten mächtig wurden. Infolge davon regen sich die einzelnen Nationalitäten, die durch die achtzehnjährigen Verfassungswehen, in denen die arme Austria sich befindet, theils ermuthigt, theils entmuthigt sind. Daß es dem klugen Doctor, den sich der Kaiser verschrieben hat, gelingen möge, eine glückliche Verfassungsgeburt zu Stande zu bringen, hoffen wir, wir wünschen es im Interesse des alten ehrwürdigen Kaiserhauses, das in der letzten Zeit so herbe Schläge des Schicksals erlitten hat, wünschen es im Interesse Deutschlands, für das Oesterreichs Verfall nicht glücklich wäre.

Oesterreich bedarf des Friedens dringender als alle andern Staaten. Um den Frieden erhalten und zur Kräftigung der Monarchie benutzen zu können, muß es vor allem sich Preußen anschließen und zugleich ein gutes Verhältniß mit Rußland erstreben. Thut Oesterreich das nicht, läßt es sich zu einer Allianz mit Frankreich und infolge dessen zum Kriege verführen, so rettet nichts den alten Kaiserstaat, er geht dann rasch seiner Auflösung ent-

gegen. Die Heilige Allianz kam vorzüglich Oesterreich zugute, und mit dem Augenblicke, wo Oesterreich unbegreiflicherweise zuerst diesem Bündnisse untreu wurde, fängt die Unglücksperiode an.

Was den Plan betrifft, nach welchem die jetzige Reconstruction Oesterreichs vorgenommen wird, so kennen wir die geheimen Fäden desselben nicht. Nach dem, was wir als Zuschauer von weitem sehen, halten wir es allerdings gewagt, jetzt, wo der Zusammenhang der Monarchie so gelockert ist, eine constitutionelle Trennung vorzunehmen. Gemeinsam haben jetzt die verschiedenen Nationalitäten nur die Staatsschuld, und das ist nicht das angenehmste Band des Zusammenhangs.

Italien ist aus einem Chaos schlecht regierter Staaten, aus einem Vasallenstaate von Oesterreich zu einer unabhängigen Nation geworden, von deren eigenen Thatkraft es jetzt abhängt, eine bedeutende Rolle in Europa zu spielen.

Seit dem Wiener Congreß hat sich der Territorialbestand gänzlich verändert. Toscana, Neapel und die kleinen Staaten haben aufgehört zu existiren, außer dem Königreiche Italien besteht nur noch Rom und zwar nur der kleine Theil des Kirchenstaates als unabhängiger Staat; der König von Sardinien ist König von Italien geworden. Es existirten damals zehn Staaten, jetzt deren kaum noch vier; ernstlich können aber Monaco und die kleine Republik San-Marino nicht als Staaten gezählt werden.

In Italien fand die Französische Revolution von 1848 den lebhaftesten Widerhall.

In Mailand brach offener Aufstand aus; Radetzky, der greise österreichische Feldmarschall, mußte mit seinen Truppen die Stadt verlassen.

Der König von Sardinien gab eine freisinnige Verfassung und schrieb Italiens Einheit auf seine Fahnen; er erklärte Oesterreich den Krieg; Freiwillige aus ganz Italien strömten ihm zu.

Im Juni rückte Radetzky wieder ein und schlug die Piemontesen bei Custozza. Karl Albert mußte in der Nacht aus Mailand fliehen.

Radetzky rückte am 6. Aug. wieder in Mailand ein und bald war ganz Oberitalien in den Händen Oesterreichs.

In Rom entbrannte ein Aufstand gegen Pius IX. Minister Rossi wurde ermordet, der Papst floh nach Gaëta, die Revolution in Rom nahm gefährliche Proportionen an, der Papst rief die Hülfe der katholischen Mächte an.

Am 3. Juni 1849 nahmen die Franzosen Rom ein, 5000 Spanier landeten und die Oesterreicher nahmen Bologna und Ancona.

Eine französische Besatzung blieb in Rom, der Papst kehrte im Jahre 1850 zurück.

Es war im Jahre 1830 und 1831, wo Louis Napoleon mit seinem ältern Bruder, der später starb, sich in eine Verschwörung für Italiens Befreiung einließ und in Bologna kämpfte; er war nachher mit den italienischen Carbonari in fortwährender Verbindung und es wird vielfach behauptet, daß Mazzini Louis Napoleon aus der Festung Hamm befreite.

Die italienischen Demokraten betrachteten, als er Kaiser geworden, ihn als einen Verräther an ihrer Sache, sie beschlossen, ihn zu ermorden, und glaubten, daß die europäischen Verwickelungen, die durch seinen Tod entstehen müßten, die beste Gelegenheit bieten würden, um Italien zu befreien.

Die verschiedenen Attentate, Pianori, der auf ihn im

Jahre 1854 schoß, und später das Attentat von Orsini, entsprangen aus derselben Quelle.

Als sich in Italien die Aufregung immer vermehrte, als Piemont anfing, durch den großen Minister Cavour immer ernstlichere Vorbereitungen zum Kriege mit Oesterreich zu machen (Cavour hatte sich am Krimkriege gegen Rußland allein aus dem Grunde betheiligt, um bei den Friedensverhandlungen mitsprechen zu können); als Napoleon sah, daß die nationale Partei immer aufgeregter gegen ihn wurde, als er durch seine Polizei erfuhr, daß von der Seite ihn noch mancher Dolch bedrohte, glaubte Louis Napoleon, Italien unterstützen zu müssen, zog ein Heer im südlichen Frankreich zusammen und rückte in Piemont ein, als Oesterreichs Truppen die Grenze überschritten.

Die Proclamation von dem Mittelländischen Meere bis zur Adria ist ebenso bekannt, als daß Napoleon Frieden schloß, lange ehe er an die Adria gelangte. Er that es, weil er merkte, daß es mit Italiens Einheit ernst wurde, weil er Complicationen am Rhein fürchtete, indem er, ging der Krieg weiter, gezwungen werden konnte, das Bundesgebiet anzugreifen.

Die Absicht in Villafranca und auch in Zürich war, einen Staatenbund, ähnlich wie den Deutschen Bund, herzustellen. Den Italienern war es aber nicht um einen Staatenbund zu thun, sie hatten den Deutschen Bund vor Augen, der nicht sehr zur Nachahmung einlud.

Cavour hatte die Idee des Einheitsstaates nur scheinbar aufgegeben und mit Hülfe der Revolution gelang es ihm, die Fürsten zu vertreiben. Der Großherzog von Toscana wich, ohne seine Krone zu vertheidigen.

Neapel zeigte sich anfänglich zum Widerstande bereit.

Garibaldi landete von Sicilien aus, wo zuerst die Revolution geglückt war, und zog, nur von einigen Freiwilligen begleitet, in Neapel ein.

Die Truppen zogen sich mit dem Könige und der Königin nach Gaëta zurück, hielten sich dort einige Monate, mußten aber der Uebermacht der piemontesischen Truppen weichen.

An allen legitimen Höfen fand das Schicksal der Königsfamilie die regeste Theilnahme; es wurde mit Recht viel über diesen Bruch des Legitimitätsprincips geklagt, einen Krieg aber wollte keine Macht darum beginnen.

Interessant sind die Artikel einer bekannten conservativen Zeitung aus jener Zeit. Tempora mutantur et nos mutamur in illis.

Rom wurde durch eine französische Besatzung gehalten, die erst im Jahre 1866 Rom wieder verlassen hat.

Italien scheint mit Lösung der römischen Frage bis zum Tode Pius' IX. warten zu wollen.

Wenn auch viele Schwierigkeiten in Italien zu überwinden sind, wozu wir namentlich Rom und die finanziellen Verlegenheiten rechnen, so glauben wir doch, daß Italien zusammenbleiben und sich nach und nach consolidiren wird. Im allgemeinen hat sich in den höhern Ständen ein regeres politisches Leben entwickelt, der patriotische Hauch, der durch die ganze Nation geht, muß verbessern und veredeln.

Politisch hat Italien noch nicht die Stellung in Europa, die es mit der Zeit einnehmen wird. Zum Alliirten hat Italien nur Preußen und wenn es wirklich dem Napoleonischen Minister Rattazzi gelingen sollte, diese Allianz aufzugeben und sich Frankreich in die Arme zu werfen, so würde er seinem Lande einen schlechten Dienst erweisen.

Preußen und Italien müssen fest zusammenhalten, es ist diese Verbindung das sicherste Mittel für Europas Gleichgewicht. Solange diese beiden Mächte befreundet bleiben, ist eine Allianz zwischen Oesterreich und Frankreich, die gefährlichste für die Ruhe Europas, unmöglich. England erkennt dies auch an und wird stets mit Preußen und Italien auf gutem Fuße zu bleiben suchen.

In diesem Augenblicke scheint allerdings in Italien eine Partei zu sein, die gegen Preußen stark agitirt und von Verbindung der romanischen Rasse träumt. Die Rassenidee ist schon der Superlativ der Nationalitätsschwärmerei und hat praktisch noch keine sehr große Bedeutung. Führen die materiellen, geographischen, commerziellen und dynastischen Interessen Völker desselben Ursprungs auseinander, so ist der Haß unter diesen stärker, als es bei ganz fremden Rassen der Fall ist.

Die Italiener waren gleich nach dem Kriege von 1860 viel feindlicher gegen Frankreich, als sie es jetzt gegen Preußen sind. Damals eroberte ihnen Frankreich die Lombardei, im Jahre 1866 eroberte ihnen Preußen Venedig. Die nationale Eitelkeit der Italiener war beidemal dadurch verletzt, daß das Italia farà da se (Italien wird allein fertig) Lügen gestraft wurde.

Eine Allianz mit Preußen schließt ein gutes nachbarliches Verhältniß zwischen Oesterreich und Italien nicht aus, im Gegentheil ist es im Interesse beider Staaten begründet.

Spanien hat durch geographische Lage und die fortwährenden politischen Stürme fast keinen Einfluß auf die europäische Politik.

Dieses unglückliche Land, welches, was Hülfsquellen, Lage und Klima betrifft, das schönste und reichste Land

Europas sein könnte, leidet durch schlechtes Beispiel von oben, eine unglückliche Königsfamilie, schlechte Priester, schlechte Administration und vor allem durch falsch verstandenen Constitutionalismus, mit dem der schnödeste Misbrauch getrieben wurde.

Die spanische Armee, die, was Ausdauer und Material betrifft, sehr viel Gutes hat, ist leider immer mit in alle Revolutionen verwickelt, und solange es nicht gelingen wird, sie dahin zu bringen, daß sie der Dynastie und der durch sie ernannten Regierung unbedingt Gehorsam leistet, wird Ruhe für Spanien nicht zu finden sein.

Portugal leidet auch und hat namentlich viel durch innere Unruhen gelitten, macht aber unter der Regierung des jetzigen Königs unbedingt Fortschritte.

In beiden Ländern gibt es eine Partei, welche die Iberische Halbinsel zu einem Reiche unter Portugals Herrscher verbinden möchte; bisjetzt scheint sie aber noch keine große Bedeutung zu haben, auch ist nicht zu leugnen, daß unter Spanien und Portugiesen große Abneigung herrscht. Wissen kann man nicht, welchen Einfluß die Eisenbahnverbindung auch dort hervorbringen dürfte.

Was die Allianzen Spaniens betrifft, so ist darüber nicht viel zu sagen; England und Frankreich machen sich ein unschuldiges diplomatisches Vergnügen daraus, den gegenseitigen Einfluß auf diese Länder zu neutralisiren.

Griechenland, eine Schöpfung der europäischen Diplomatie, hat bisjetzt seinen Vätern, den Schutzmächten, noch nicht viel Freude gemacht.

Griechenland war infolge einer Revolution und der Intervention eines französischen Heeres, welches Karl X. mit der Absicht, sich in Frankreich populär zu machen, hingeschickt hatte, von Türken und Aegyptern befreit.

Graf Kapodistria wurde zum Präsidenten erwählt, er sollte den Boden einem Könige vorbereiten, den die Schutzmächte einsetzen wollten.

Bis zum Jahre 1831 regierte dieser ausgezeichnete kraftvolle Mann in dem ganz zerrütteten Lande mit merkwürdiger Umsicht und Energie. Er wurde, als er am 3. Oct. 1831 aus der Kirche trat, durch zwei Meuchelmörder ermordet.

Es wurde, nachdem der nachherige König Leopold von Belgien die Krone ausgeschlagen hatte, der sechzehnjährige Sohn des Königs von Baiern, Otto, zum Könige von Griechenland auserkoren.

Am 6. Febr. 1833 hielt er seinen Einzug in Nauplia, der damaligen Hauptstadt, verlegte aber später seine Residenz nach Athen.

Er hatte mit großer Aufopferung, vielleicht mit Anwendung nicht immer richtiger Mittel, mit zu viel Milde für eine so hinterlistige Nation versucht, das Beste seines Landes zu fördern, hat aber nur Undank geerntet und verließ es infolge einer Revolution im Jahre 1862.

Die Schutzmächte wollten Griechenland nicht untergehen, nicht zur ganz unhaltbaren Republik werden lassen.

Von russischer Seite scheint an den Neffen des Kaisers, den Prinzen von Leuchtenberg, als Nachfolger des Königs Otto gedacht zu sein. Als aber namentlich von England Widerstand geleistet wurde, weil man fürchtete, Griechenland könne ein zu weit vorgeschobener russischer Vorposten werden, trat Rußland mit großer Vorsicht und Klugheit ganz in den Hintergrund.

England will aus Griechenland womöglich ein einigermaßen unabhängiges christliches Land machen und wurden deshalb Korfu und die Jonischen Inseln, die bei der

Veränderung, welche die Marine durch den Dampf erlitten, nicht mehr dieselbe maritime Bedeutung hatten als früher und ziemlich bedeutende finanzielle Opfer kosteten, aufgegeben.

Die Griechen glaubten, daß unter englischem Schutze es ihnen am besten gehen würde und wählten daher den zweiten Sohn der Königin, den Prinzen Alfred, zum Könige. Dieser schlug die Krone aus, und es wurde darauf der zweite Sohn des Königs von Dänemark vorgeschlagen und gewählt; er hat den Thron als König Georgios bestiegen.

Zufälligkeiten entscheiden oft über das Schicksal einzelner Personen und Länder. Folgendes wird über die Entstehung dieser damals ganz unerwarteten Wahl erzählt. Der greise Lord Palmerston stand an einem seiner Empfangstage in seinem Salon — er empfing jeden Sonnabend und sprach mit mehrern Bekannten über Griechenland — als der Bruder der Prinzessin von Wales, der mit seinen Aeltern in London war, hereintrat. Palmerston, ihn bemerkend, sagte, sich einen Augenblick besinnend: „Look at that nice boy, he might do for Greece!" (sehen Sie den netten Jungen, der paßt für Griechenland). Diese Idee, die bis dahin niemand gekommen war, wurde weiter verfolgt und der König Georgios residirt jetzt in Athen.

Ob Griechenland zu einem unabhängigen lebensfähigen Staate werden kann, ist schwer zu sagen. Die Hoffnung, daß es dereinst die Türken nach Asien zurückwerfen und den Kern eines christlichen Staates mit der Hauptstadt Konstantinopel bilden könnte, liegt noch im Schose einer sehr unsichern Zukunft.

Griechenland ist ein Staat mehr, der seit dem Wiener Congreß entstanden ist, aber auch eine diplomatische

Schwierigkeit mehr, die orientalische Frage wird dadurch noch verwickelter.

Ein anderer Staat, der seit dem Wiener Congreß entstand, ist Belgien.

Im August 1830 brach in Brüssel eine Revolution gegen den König der Niederlande aus und verbreitete sich über die vom Wiener Congreß mit dem alten Holland vereinigten Provinzen.

Ein Angriff der Holländer auf Brüssel mislang, es zeigte sich der entschiedenste Widerwille gegen die Oranische Herrschaft.

Die übrigen Mächte fürchteten einen europäischen Krieg und zogen es vor, einen unabhängigen Staat zu gründen, den sie nach der Sprache der modernen Diplomatie einen neutralen Staat nannten.

Im Jahre 1831 wählten die Belgier den Prinzen Leopold von Koburg, der die griechische Krone ausgeschlagen hatte, zum Könige.

Holland wollte den Widerstand nicht aufgeben. Antwerpen wurde von den Holländern gehalten, aber nach einer Belagerung von den Franzosen für die Belgier erobert.

Belgien hat unter dem Könige Leopold in materiellen und industriellen Beziehungen ungeheuere Fortschritte gemacht. Trotzdem, daß in Frankreich die Meinung verbreitet wird, die Belgier sehnten sich dennoch, Franzosen zu werden, fühlen sich die Belgier als unabhängiger Staat sehr wohl.

Holland hat sich in den Verlust Belgiens gefunden und ist zwischen den beiden Staaten jetzt ein gutes Verhältniß eingetreten. Zeitungspolitiker haben schon oft Holland als durch Preußen bedroht angesehen und von Verabredungen

gefabelt, die zwischen Preußen und Frankreich bestehen sollten, wonach Holland an Preußen, Belgien an Frankreich fallen würde. Ohne europäischen Krieg dürfte das nicht leicht gehen, und wenn es geschähe, würden beide Staaten sehr widerwillige Unterthanen bekommen.

Preußen ist jetzt, ohne sich nach Holland hin zu vergrößern, stark genug und hat eine große Aufgabe, wenn es eine wirkliche Einigkeit in Deutschland herstellen will.

Eine intime Allianz zwischen Frankreich und Holland ist mit praktischen Folgen, in Beziehung auf Belgien, ohne Krieg nicht denkbar.

Dänemark hat durch die letzten Kriege bedeutend verloren, an Territorium sowol als an politischer Bedeutung.

In Dänemark waren vor 1846, wo die Zwistigkeiten mit den deutschen Herzogthümern begannen, alle Stellen des diplomatischen Corps, auch die wichtigern Staatsämter, durch Mitglieder des Adels aus den Herzogthümern besetzt. Als dieser zurückgedrängt wurde, kamen die Stellen in die Hände von Personen, die nicht dazu paßten; es hätte, wäre der Deutschenhaß nicht so künstlich gepflegt, wären die Einwohner in den Herzogthümern nicht durch schlechte Behandlung so aufgeregt worden, wären nicht durch die demokratisch-dänische Partei vor und nach dem Tode des letzten Königs so große Fehler begangen worden, nicht zum Kriege kommen können, es wären die Herzogthümer, wenn auch durch Personalunion, doch mit Dänemark vereinigt geblieben.

Für Deutschland ist es so besser und Preußen wird diesen werthvollen Besitz schon zu schützen und zu benutzen wissen.

Der Eiderkanal kann für Dänemark unendlich schädlich

werden, er neutralisirt in mancher Beziehung die Wichtigkeit des Sundes, und Dänemark kann sich jetzt freuen, daß es den Sundzoll abgelöst hat.

Ob Dänemark als selbständiges Land bestehen wird, kann nur die Zukunft lehren. Die skandinavische Idee, die vor einigen Jahren, namentlich auf schwedischen Universitäten viele Anhänger hatte, auch in Dänemark wol einigen Boden gewinnen konnte, scheint wieder in den Hintergrund getreten zu sein.

In politischer Beziehung würde selbst ein skandinavisches Reich, bestehend aus Schweden, Norwegen und Dänemark, eine sehr große Bedeutung nicht erlangen, dazu sind die Länder von Natur nicht reich genug, dazu ist auch die Bevölkerung zu schwach. Daß Schweden wieder in den Besitz von Finland kommen könnte, ist nicht zu glauben. Rußland hat klugerweise die alten Einrichtungen, die alte Verfassung Finlands bestehen lassen und Finland wird schon selbst nicht wünschen, von Rußland getrennt zu werden; außerdem ist Rußland zu mächtig, als daß Schweden mit Ernst, selbst wenn es durch Dänemark verstärkt würde, an einen Krieg mit Rußland denken dürfte.

Prüfen wir die jetzige Lage Europas, so finden wir, daß sich seit dem Wiener Congreß tiefere, eingreifendere, größere Veränderungen zugetragen haben, als es auf den ersten Blick erscheint. Am fühlbarsten wurden die Veränderungen in Deutschland und Italien.

Der Proceß der Consolidation, der in beiden Ländern auf so merkwürdige Weise auf friedlichem und kriegerischem Wege stattfand, ist sehr bedeutungsvoll. Durch die Kriege, die infolge der ersten Französischen Revolution geführt wurden, sowie durch den Wiener Congreß selbst wurde unter den kleinen Staaten, deren es im Jahre

1792 nicht weniger als 304 ganz kleine und 14 Mittelstaaten gab, sehr aufgeräumt, meistens aber zum Nutzen der Mittelstaaten.

Nach dem Wiener Congreß bestanden in Deutschland 35 Monarchien und 4 Republiken.

Auf natürlichem Wege, durch Entsagung der beiden Fürsten von Hohenzollern und das Aussterben von 4 Dynastien, sank die Zahl auf 29 Souveräne und 4 Bürgermeister herab.

Durch den Krieg von 1866 wurden drei Dynastien, aus Hannover, Hessen und Nassau, vertrieben und verlor auch die Freie Stadt Frankfurt ihre Selbständigkeit.

Der Norddeutsche Bund umfaßt 21 Staaten, von denen man nicht wird behaupten wollen, daß sie noch ganz in dem Besitze der Souveränetät sind, die ihnen der Wiener Congreß verlieh.

Die süddeutschen Staaten haben, nachdem sie aus dem Bunde getreten, vielleicht an Souveränetät gewonnen, sie fühlen aber selbst, daß sie sich ebendeshalb an einen mächtigern Staat anlehnen müssen, und werden über kurz oder lang Glieder des Deutschen Bundesstaates werden müssen.

Graf Münster sagte im Wiener Congreß in Beziehung auf Polen, daß die Gestaltung, die man diesem Lande gab, Krieg, Revolution und unglückliche Zustände zur Folge haben müsse: er hat recht gehabt. Er sagte ferner voraus, daß der Deutsche Bund nur dann Deutschland wirklich verbinden, wirklich kräftigen werde, wenn die Fürsten das Versprechen hielten, welches sie nach den Freiheitskämpfen ihren Völkern gaben, wenn ihre Länder ständische Verfassungen hätten, wenn sie den Bund ausbildeten, das verheißene Bundesschiedsgericht und noch manche andere Einrichtung ins Leben riefen, die nur auf

jetzt verblichenem Papiere geschaffen und stehen geblieben sind: er hat auch da recht gehabt, nur ist die Entwickelung nicht so rasch gekommen, als er es glaubte.

Ob die nächste Zukunft Krieg oder Frieden im Schoße birgt, kann niemand mit apodiktischer Bestimmtheit voraussagen wollen. Alle Staaten haben sich materiell auf überraschende Weise entwickelt; die Entwickelung der staatlichen und socialen Verhältnisse hat nicht überall gleichen Schritt gehalten, alle Staaten finden sich daher mehr oder weniger in einer Uebergangsperiode.

Vergleichen wir das Europa des Jahres 1867 mit dem Europa im Jahre 1815, so finden wir, daß England und Deutschland in Beziehung auf materielle Entwickelung, auf Zuwachs der Bevölkerung und positive Macht die riesenhaftesten Fortschritte gemacht haben. Englands Uebergewicht zur See haben wir schon berührt und die Freiwilligen sind nicht, wie viele glauben, eine Spielerei oder eine gefährliche Institution, wie die meisten Nationalgarden; bei der Defensive sind sie ein sehr bedeutendes Moment.

Deutschland war durch die Organisation des Deutschen Bundes militärisch scheinbar stärker als jetzt, aber die Mängel der frühern Bundesmilitärverfassung kannte jeder und war überzeugt, daß, wurde Deutschland wirklich angegriffen, der Feind im Herzen von Deutschland stehen würde, bevor ein Bundesfeldherr das Commando hätte übernehmen können.

Deutschland hat durch die centrale Lage, die durch das europäische Eisenbahnnetz von unberechenbarer Wichtigkeit geworden ist, an commerzieller und strategischer Bedeutung unendlich gewonnen.

Wie wir früher gesehen, ist Deutschlands Bevölkerung ohne die der österreichischen deutschen Provinzen derjenigen

von Frankreich gleichgeworden, und was Steuerkraft, Kapital und Staatsschuld betrifft, so schließt die Rechnung Deutschlands gut ab.

Frankreich hat seit 1815 nicht in dem Verhältnisse an Macht zugenommen, nicht so an Kraft gewonnen, wie das auf den ersten Blick angenommen zu werden pflegt. Die Revolutionen 1830 und 1848, der Wechsel von fünf Dynastien, dazwischen mehrere Jahre der Republik, die Anwendung ganz verschiedener Regierungssysteme sind keine Wirkungsmittel gewesen. Das absolute Kaiserthum hat auf künstlichem Wege viel zur materiellen Entwickelung gethan und scheinbar Frankreich auf eine hohe Stufe der Macht gebracht. Manche neue Schöpfung kann aber mit dem Wechsel des Regierungssystems zusammenbrechen.

Eine centralisirte und centralisirende Regierung wie die französische hat große Kraft, bringt aber auch große Gefahren mit sich. Dampfkraft leistet mehr als Wasserkraft und Handarbeit; springt aber der Dampfkessel, so hört die Kraft auf und die Maschine steht still.

Die Kriege, die Louis Napoleon veranlaßt und geführt hat, haben der französischen Armee einige neue Siege, einige Lorbern eingebracht; Frankreichs Nutzen und Vortheile waren meist nur illusorisch: es hat keinen Zuwachs an Land und Leuten erhalten, wohl aber Zuwachs an Staatsschulden. Der Krieg in der Krim brachte nichts als ein nicht unbedeutendes diplomatisches Uebergewicht auf einige Jahre. Der Krieg in Italien legte den Grund zu der Bildung des großen italienischen Staats, der mit der Zeit Frankreich unbequem werden könnte, und die Annexion von Nizza und Savoyen ist für den Verlust an Menschen und Geld ein zu geringer Ersatz.

Eine schreckliche Episode ist der Krieg in Mexico, den

Frankreichs Staatsmänner auf leichtsinnige Weise heraufbeschworen und auf eine Weise beendet haben, wie man es von einer Nation wie die französische, welche die Grundsätze der Ehre und Ritterlichkeit immer voranstellt, nicht hätte erwarten sollen.

Der Erzherzog Maximilian von Oesterreich, der, auf Kaiser Napoleon's Versicherungen bauend, sich in dieses allerdings schöne, aber etwas abenteuerliche Unternehmen einließ, ist das Opfer eines Vertrauens geworden, welches leider so wenig gerechtfertigt war.

Europa hat dem unglücklichen Fürsten nicht helfen und wird ihn auch nicht retten können.

Frankreich hat für diesen Krieg Opfer gebracht, deren Umfang nur die französische Regierung kennt, und ein großer Theil der Rüstungen, die als gegen Preußen gerichtet angesehen wurden, soll nur angeordnet sein, um den großen Verlust, den die Armee an Material erlitten hat, zu decken.

Die Fragen, welche in den letzten Decennien den europäischen Frieden bedrohten, waren die Stellung Oesterreichs und Preußens unter sich und zu Deutschland, die zu einem Kampfe um die Suprematie unbedingt führen mußte, die innern Zerwürfnisse Italiens und die Herrschaft Oesterreichs in Italien, die Frage der deutschen Herzogthümer und die orientalische Frage; sie sind durch das Schwert gelöst, auf eine Weise gelöst, die bis auf die orientalische Frage als haltbar angesehen werden kann. Daß die orientalische Frage zu einem Kriege führen wird, räumen wir ein, wie bald, ist noch sehr zweifelhaft, und wahrscheinlich ist, daß der daraus entstehende Krieg Deutschland nicht direct afficiren würde.

Krieg für Deutschland kann nur von Frankreich oder

Oesterreich oder von beiden kommen und könnte in Wirklichkeit keinen andern Zweck haben als den, das Werk der Einigung Deutschlands zu stören.

Wird, was wir hoffen, der Frieden bewahrt, so wird die Entwickelung langsam von statten gehen; bringt aber die nächste Zeit uns Krieg, so geht es rascher.

Mag die nächste Zeit Krieg oder Frieden bringen, die eine Idee halten wir fest: Deutschland hat eine große Zukunft, und Deutschlands Feinde mögen bedenken, daß der erste Kanonenschuß, der von deutschen Truppen gegen einen angreifenden Feind abgefeuert wird, der erste Salutschuß sein wird, mit dem Deutschland seine Einigkeit begrüßt.

V.

Die Depeschen des Grafen Ernst Friedrich Herbert zu Münster über den Wiener Congreß.

Politique générale.

A. S. A. R. Monseigneur le Prince Régent.

Vienne le 17 Sept. 1814.

Monseigneur!

Je me trouve à Vienne depuis le 12 au soir. Lord Castlereagh et le comte Nesselrode y sont arrivés le 13, et le surlendemain le Prince Metternich est revenu des bains de Baden. J'ai eu tout de suite une entrevue avec lui et il a également traité d'affaíres (quoique le chancelier de Prusse se fasse encore attendre) avec Lord Castlereagh et le comte de Nesselrode, le dernier vient d'obtenir le portefeuille des affaires étrangères en Russie.

Dans cette première conférence il a été question principalement de la forme à donner aux négociations.

On est convenu que la Grande Bretagne, l'Autriche, la Russie, la Prusse ainsi que la France et l'Espagne, réuniront leurs Ministres en comité pour s'arranger

sur les affaires, que ces puissances inviteraient en abordant les différentes questions, les Ministres des cours qui se trouveraient particulièrement intéressés à telle ou telle affaire, et que finalement le résultat de leur travail serait présenté au congrès général. — Si Votre Altesse Royale daigne se rappeler mon bien humble rapport de Paris du 2 Sept., Elle aura prévu que la question de l'admission de Murat au congrès, et les dangers à craindre du séjour de Bonaparte à l'ile d'Elbe occuperaient de bonne heure les Ministres. Je crois que l'Europe a bien de se féliciter de la manière dont ces objets importants viennent d'être envisagés. On paraît d'accord de ne point admettre Murat. La cour d'Autriche, la seule qui soit compromise par un traité formel qui le reconnaît Roi de Naples, se tirera d'affaire, en disant qu'elle n'est pas obligée à se défendre contre le voeu unanime de l'Europe et surtout des maisons de Bourbon. On lui conseillera de se retirer de son trône usurpé. — On a été de même d'accord sur la nécessité d'éloigner Bonaparte. — Mais je doute qu'on le soit sur les moyens qu'on voudra employer.

Je suis agréablement surpris de voir que le Ministre de Russie se prête à ces mesures qui ne sont pourtant pas absolument dans le sens du fameux traité du 11 Avril qui est principalement l'ouvrage de cette cour. Le comte Nesselrode me dit même ce soir qu'il était très-charmé de voir que le Prince Metternich, en abandonnant Bonaparte, donnait le démenti à ceux qui avaient cru que l'Autriche songeait à le conserver pour le mettre en avant en temps et lieux.

Il ajouta que ce Ministre lui paraissait craindre un

peu trop que Murat pourrait susciter une guerre en sa faveur en Italie.

Le décès de la Reine de Sicile, morte ici le 7 courant d'un coup d'apoplexie (que la joie de voir le Roi son Époux rétabli dans l'exercice de ses fonctions Royales, et la nouvelle qu'on allait l'inviter avec elle à retourner en Sicile paraît lui avoir attiré) — diminuera la crainte que les Napolitains auraient eu, en se rappelant les vengeances de la cour de Sicile à son premier retour à Naples. — La popularité du Roi légitime gagnera sans doute beaucoup par cette mort — que je considère sous ce point de vue comme un coup funeste pour Murat.

L'Empereur de Russie est attendu le 28 courant. Sa Majesté l'Impératrice son Épouse, les Grandes Duchesses Catherine et Marie, la Princesse de Baden, les Rois de Danemarck, de Bavière et de Wurtemberg seront tous logés dans le Palais Impérial. Plusieurs des Archiducs et Duchesses ont dû se déloger pour faire place à ces illustres Étrangers.

Le Comte Stadion rentre au Ministère et aura d'abord la direction des finances, département qui exige une grande réforme. Je suis L. L.

E. G. M. Munster.

P. S. 19 Sept. J'apprends que le comte Nesselrode a fait une déclaration qui prouve que l'Empereur de Russie ne veut céder en rien, du moins quant aux limites qu'il demande en Pologne. — Il veut Posen, Cracovie, Kalisch, et on dit qu'il demande même Memel à la Prusse, disant que celle-ci pourra se dédommager

en Allemagne, vu que le Roi de Saxe devrait être établi en Italie.

A Son Altesse Royale le Prince Régent.

Vienne le 27 Nov. 1814.

Monseigneur!

Si je n'ai que rarement parlé en détail sur les affaires générales du congrès, c'est qu'effectivement leur marche a été si peu rapide, la manière de les traiter si peu calculée à amener leur décision finale, qu'il me paraissait presque mieux de rendre compte à Votre Altesse Royale des différentes conversations ministérielles, où même de la correspondance par laquelle on a tâché en vain d'amener un dénouement favorable.

Quant aux grands intérêts de l'Europe en question, ce sont celui du ci-devant Duché de Varsovie et celui de la Saxe, entraînant presque toutes les autres, puisque la question si le congrès aura un résultat quelconque, enfin celle de la guerre ou de la paix, paraissent en dépendre. Je suis loin de douter que la question sur Naples ne soit de la même importance pour le repos de l'Europe — mais malheureusement on ne la traite pas comme telle. — La discussion sur la possession de Mayence est au contraire associée à celle sur la Pologne et la Saxe. La malheureuse question de la Pologne a menacé la tranquillité de l'Europe depuis près d'un an. Elle se divise à son tour en deux questions différentes qui paraissent également alarmantes: celle de la réunion du duché de Varsovie à la Russie qui menacerait les frontières de l'Autriche et de la Prusse, 2. De celle

du rétablissement du Royaume de Pologne dont l'existence aurait compromis la tranquillité des provinces polonaises qui seraient restées à l'Autriche et à la Prusse. — Les réticences de l'Empereur Alexandre sur ce point avaient causé la plus grande partie des doutes et des fausses mesures de la dernière campagne. — Le congrès de Vienne s'est trouvé dès son commencement dans une position gênée par la manière dont Sa Majesté Impériale de Russie se prononçait sur cette question. — Au lieu de la mettre en discussion entre les trois cours limitrophes, l'Empereur et tous ses alentours firent entendre que S. M. ferait *barre de fer* sur ce point. Des entretiens qu'Elle a eu en différentes occasions sur ce point avec les Ministres de la Grande Bretagne, de France et d'Autriche ont pour l'ordinaire terminé par la déclaration que l'Empereur ne céderait pas un village à l'Autriche, qu'il avait 400,000 hommes rassemblés, et qu'on n'avait qu'à venir le déloger de la Pologne. — Mylord Castlereagh s'était chargé d'une médiation directe vis-à-vis de l'Empereur, les deux mémoires échangés de part et d'autre n'ont fait qu'aigrir sans rapprocher la décision de la question. Les principaux arguments dont on a fait usage de notre côté étaient d'en appeler à la sainteté des traités, d'abord d'un article secret du traité de 1797 par lequel les trois puissances avaient stipulé qu'il ne serait jamais question d'un Royaume de Pologne, et ensuite de conventions conclues à Reichenbach, de l'article secret du traité d'Alliance dont le premier statut dit que le sort du Duché de Varsovie serait arrangé à l'amiable entre les trois cours copartageantes; le second qu'on s'entendrait sur les affaires de Pologne. Lord Castlereagh avait là-dessus appelé l'attention de

l'Empereur sur le danger qui résultait pour l'Autriche et pour la Prusse de l'arrangement de frontières auquel il visait, et il lui avait rappelé les agrandissements de la Russie, auxquels l'Angleterre avait favorisé depuis les dernières années, tant du côté de la Perse que de la Porte ainsi que de la Finlande, objet pour lequel la Grande Bretagne s'était prêtée à la question pénible de la cession de la Norvége à la Suède! — La réponse de l'Empereur était que les circonstances sous lesquels les traités avaient été conclus n'étaient plus les mêmes, que le second traité mentionné parlait en termes plus généraux que le premier, que les agrandissements qu'avait obtenus la Russie n'étaient que des points de défense, et que ce qu'elle demandait en Pologne était à peine en proportion avec les avantages dont jouissaient l'Autriche et la Prusse.

La faute de ces arguments avait été de nouveau prouvée par un second mémoire de Lord Castlereagh qui avait surtout observé, que lors même que les accroissements de la Russie ne seraient que des points de défense, que cependant la faute qui en résulterait sur trois points constituaient l'offensive sur le quatrième en la mettant à même d'agir avec une armée de 400,000 hommes contre l'Allemagne avant que celle-ci ne pût rassembler ses forces. Ce mémoire a de nouveau produit une assez mauvaise réfutation, qui fait un tableau pompeux des avantages que les autres puissances, nommément la Grande Bretagne, l'Autriche et la Prusse ont remporté par la paix de Paris et qui établit le principe que la Russie pour maintenir l'équilibre se trouve avoir besoin des agrandissements qu'elle réclame, pour

la sûreté de ses propres frontières. Ce mémoire fut accompagné d'une lettre de l'Empereur à Lord Castlereagh portant que cette pièce contenait la correspondance directe avec l'Empereur et que ce Ministre voudrait bien dorénavant se servir de la voie ordinaire pour ses communications.

Il aurait été à désirer, que S. M. l'Empereur eut voulu dès le commencement confier ses intérêts à un de ses Ministres ou bien de les traiter directement en personne.

Cette manière a eu les plus grands inconvénients, les entretiens avec Lord Castlereagh, Talleyrand et surtout avec le Prince Metternich ayant ordinairement terminé d'une manière peu gracieuse. — Voyant ensuite que ces Ministres évitaient sa présence, l'Empereur en a témoigné de l'humeur et Il a récemment fait de nouveau inviter auprès de lui le Prince de Metternich et Mr. de Talleyrand.

En attendant, les Ministres entre'eux ont discuté les questions en litige nommément celle des frontières de la Pologne et de la Saxe — l'Autriche avait d'abord fait des propositions pour la première de ces questions qui contrepassent même les points sur lesquelles elle avait déjà cédé auparavant. Elle offrait même le rétablissement total de la Pologne sous un gouvernement libre et indépendant. J'ose passer sous silence ces détails. — Quant à la Saxe, il est certain que l'Autriche par une lettre du Prince Metternich au Prince Hardenberg du 20 Oct. et par une autre à Lord Castlereagh du 23 du même mois, avait consenti à la cession de la totalité de la Saxe, sous condition que la Prusse voudrait agir en commun avec l'Autriche

et l'Angleterre dans la question polonaise, s'arranger sur quelques points de frontières et de fortifications entr'autre pour Dresde et ne pas outrepasser la rive droite de la Moselle.

Il est à remarquer que ces questions ont été de nouveau abordées dans une lettre postérieure du 12 Nov. dans laquelle le Prince Metternich se plaint de la conduite de la Prusse à l'égard de la question polonaise, en ce qu'elle n'avait pas agi dans le sens de l'Autriche et de l'Angleterre, condition à laquelle l'Empereur François avait attaché son consentement sur l'incorporation de la Saxe à la Prusse.

L'affaire de la Saxe est peut-être aujourd'hui plus importante pour le repos de l'Europe que ne l'est celle de la Pologne.

Il n'est pas douteux que l'opinion des cabinets sur celle-ci a subi des changements mémorables. Ce qu'ils paraissaient le plus redouter, au commencement, c'était la reconstruction d'un Royaume de Pologne, non pas indépendant mais sous la domination de l'Empereur de Russie. On ne doutait pas que ce projet tournerait en dernière analyse contre la Russie elle-même, mais on crut prévoir que le seul nom d'un royaume de Pologne mettrait les Provinces autrichiennes et russes arrachées de cette ancienne couronne, en état d'insurrection. La France appréhendait surtout que l'union de la Pologne à la Russie, bien qu'elle ne l'envisageât pas comme durable, donnerait en attendant les moyens à celle-ci de renverser la Porte ottomane.

Aujourd'hui qu'on ne voit que trop clairement que l'Empereur Alexandre vise à s'établir en conquérant en Europe, il semble que ces mêmes cabinets n'envi-

sagent plus son plan de vouloir donner une constitution séparée et indépendante de celle de la Russie à la Pologne, que comme un piége qu'il se tend à lui-même et qui en le perdant finira par établir une barrière salutaire entre la Russie conquérante et le reste de l'Europe.

Le Prince Metternich m'a plusieurs fois répété, que l'Autriche se constituerait aujourd'hui protectrice principale de la liberté des Polonais, et qu'elle céderait davantage sur la question des frontières à mesure que l'Empereur Alexandre donnerait des garanties plus solides sur l'indépendance de la Pologne. — Il ajoute cependant que plus l'Autriche céderait sur ce point, moins elle pouvait être coulante sur la question de la Saxe. Les militaires les plus experts étant d'avis que la Bohême serait perdue et le centre de la Monarchie menacé s'ils pouvaient être attaqués en même temps du côté de Cracovie et de Dresde.

Le Prince Talleyrand déclare de son côté, que le Roi de France prenait un intérêt particulier à la liberté et à la restitution de la Pologne, qu'il se mettait en seconde ligne sur la question des frontières de ce pays, vu qu'elle intéressait principalement l'Autriche et la Prusse — mais il ne manque jamais de faire entendre que la France se range en première ligne sur la question de la Saxe. Il appuie cette résolution de tous les arguments que lui fournit la morale et la politique. — Il représente la conduite du Roi de Saxe comme forcée par des circonstances impérieuses. Il s'en rapporte à une lettre du Duc de Weimar même, qui lui avait représenté la nécessité absolue de revenir de Prague à Dresde auprès de Napoléon pour éviter

que toute la Saxe ne soit mise en sang et feu, et enfin il compare la faute commise en cette occasion par le Roi de Saxe à celles dont l'Empereur Alexandre, le Roi de Prusse et l'Autriche elle-même s'étaient rendu coupables — dans le tableau qu'il en fait il n'épargne guère ces Souverains et cite des faits très-remarquables — entre autre le projet d'Alexandre et de Napoléon discuté à Erfurt, pour renverser et partager l'Autriche — de l'autre côté une lettre du Prince Metternich du 23 Avril dernier par laquelle il avait invité Napoléon à renouer la négociation de paix le jour même que celui-ci courait à sa ruine en se jetant sur la route de Metz et forçant l'Empereur François d'aller à Dijon. — Sous le point de vue de la politique, le Prince Talleyrand considère l'incorporation de la Saxe comme devant amener immanquablement tôt ou tard l'assujettissement du Nord de l'Allemagne. — Il prouve par ce fait même, que la politique du Cabinet de Berlin n'avait changé en rien, et il la considère d'autant plus dangereuse que le Roi de Prusse se met par ses dispositions personnelles et par les arrangemens en Pologne, auxquels il voudrait consentir, dans la dépendance absolue de la Russie. Il dit enfin qu'il serait impossible au Roi de France de consentir à la spoliation d'une antique dynastie au moment qu'il était convenu avec les Puissances de l'Europe de vouloir rétablir les principes du droit des gens sur les bases de l'équité et de la justice.

La Bavière se range entièrement de ce côté et ne cache nullement qu'elle serait prête de soutenir la Saxe l'épée à la main — cette cour en général montre

presque autant d'humeur contre la Prusse qu'on peut en remarquer auprès de François.

La Prusse elle-même attache un prix infini à l'acquisition de la Saxe. Elle sent d'abord (indépendamment du danger auquel seront dorénavant exposé ses possessions polonaises) l'avantage immense d'obtenir un nombre égal de sujets allemands pour les Polonais qu'elle cédra. — Voilà une raison pour elle à se montrer facile sur la question de la Pologne, la seconde est la soumission absolue ou le Roi se place vis-à-vis l'Empereur Alexandre. Une troisième le désir constant de la Prusse de s'agrandir en Allemagne. — La mauvaise position géographique de ses états ne la conduit pas à la conviction que l'histoire des temps passés aurait dû lui donner que la sûreté de la Prusse et sa puissance devrait être fondée sur un système fédératif et sur l'union des intérêts des princes du Nord de l'Allemagne. L'idée de se mettre sur la même ligne avec les grandes monarchies de l'Europe amènera plutôt sa perte que l'assujettissement du Nord de l'Allemagne auquel visent la plus grande partie de ses employés. — Il y a une autre classe de gens qui travaillent sourdement dans le même sens; ce sont les révolutionnaires qui ne visent qu'à vouloir réunir l'Allemagne en une ou en deux grandes masses, sans se soucier des suites que produirait l'expériment de produire une telle révolution.

Il paraît évident que le peu de progrès que font les négociations doit faire craindre leur rupture prochaine! et que le congrès se séparera sans avoir consacré un arrangement définitif. — Il n'est guère douteux que l'état de choses qui en résulterait amenerait

bientôt une guerre. Ceux qui voudraient la voir éviter se sont employés à rapprocher les esprits. — Le Chancelier Prince de Hardenberg s'est maintenant chargé de la négociation sur l'affaire polonaise et il a eu un long entretien le mercredi passé avec l'Empereur Alexandre qui est retenu chez lui par une érysipèle au pied. Il lui a représenté combien les malheurs dont l'Europe serait menacée par une nouvelle guerre, le jour dans lequel Alexandre se présenterait aujourd'hui en causant cette guerre, tandis qu'on l'avait jusqu'ici admiré comme le restaurateur de la liberté du continent. Enfin il a proposé à l'Empereur, du consentement de l'Autriche, de céder à cette puissance Zamosk et son district, ainsi que Cracovie jusqu'à la Warta. — La Prusse lui demande pour elle Thorn et le territoire jusqu'à la Warta qui se joindrait par la Petiza au territoire Polakai Autrichien. — Le Prince Hardenberg a conçu les plus grandes espérances de la manière dont l'Empereur l'a écouté et il attend aujourd'hui une réponse.

J'avoue que j'augure mal de la chose tant que la Prusse ne cédera pas sur la Saxe. Pour amener cette résolution qui pourrait tout calmer, je m'étais chargé de convaincre le Chancelier de Prusse de la nécessité de porter ce sacrifice. J'avais nécessité à lui faire sentir qu'il vaudrait mieux pour la Prusse d'avoir une grande partie de la Saxe avec le consentement de l'Europe que de posséder le tout comme une province usurpée qui tournerait contre elle à la première occasion. Mais je crois pouvoir omettre tous les argumens qui recommanderaient un partage qui calmerait l'Autriche et obtiendrait l'assentiment de la

France, puisque le Chancelier est de nouveau revenu à l'idée que la Prusse doit insister sur la totalité de la Saxe. — Il est probable que le Baron de Stein a exercé une influence très-nuisible sur ce point, qui menace aujourd'hui d'embraser l'Europe. L'Empereur de Russie ne demande pas mieux que d'appuyer ce système, puisqu'il range le Roi de Prusse sous ses drapeaux!

Le Prince Adam Czartorysky qu'on doit dans ce moment considérer comme le véritable ministre de l'Empereur quoiqu'il ne soit pas nominalement en fonction, m'avait invité à un entretien hier. J'ai épuisé tous les arguments pour l'engager à faire céder l'Empereur. Mais tout ce qu'il a pu me dire sur le point de Cracovie c'était d'ériger cette ville et son territoire en possession neutre sous la protection des trois puissances ou de la donner à un Prince indépendant. Il me pria même de sonder le Prince Metternich sur cette proposition. Mais ce Ministre l'a rejeté entièrement. Je n'ai pas de doute que l'Empereur et une partie du cabinet autrichien sont beaucoup plus décidés à ne point céder, que ne l'a été au commencement de la négociation le Prince Metternich. Sous de pareilles circonstances la lettre circulaire du Prince Repnin du 31 Oct. par laquelle il donne connaissance de l'occupation de la Saxe par la Prusse, en annonçant cette mesure comme presque définitive, a produit ici un très-mauvais effet. — Le Prince Hardenberg la désavoue et le Baron de Stein la met à charge au Prince Repnin. Le comte de Schulenbourg-Closterode muni des pleins-pouvoirs du Roi de Saxe a remis à tous les ministres du congrès le 18 Nov. une protestation au nom

de son souverain, qui finit par la déclaration que S. M. ne consentirait jamais à la cession de ses états et qu'Elle n'acceptera jamais des indemnités. —

J'ai l'honneur d'être de V. A. etc.

E. M.

Secrette.

A Son Altesse Royale Monseigneur le Prince Régent.

Vienne 17 Déc. 1814.

Monseigneur!

N'ayant appris le départ du courrier, que Lord Castlereagh expédia le 7 courant qu'au moment de son départ, j'ai dû me borner à instruire Votre Altesse Royale, fort à la hâte, de la situation des affaires. Je lui demande donc la permission d'en reprendre le fil depuis le moment que Lord Castlereagh s'était pour ainsi dire retiré de la médiation les affaires de la Pologne et que le Chancelier Prince de Hardenberg s'en était chargé.

Il faut avouer que cette médiation confiée à un Ministre de Prusse ne pouvait guère nous présager un heureux résultat. Les dispositions personnelles du Roi de Prusse ne nous permettaient pas d'attendre de sa part une résistance quelconque aux volontés de l'Empereur Alexandre.

L'intérêt d'état de la Prusse est d'ailleurs pour tout ce qui concerne la Pologne en opposition directe avec celui de l'Europe. Les possessions polonaises devaient paraître à la Prusse mal assurées dès que l'Empereur Alexandre, par ses plans de rétablir un royaume séparé pour cette nation aurait semé par là

le germe d'une insurrection future. — D'ailleurs le principe paraissait avoir été établi que la Prusse a le droit de prétendre à être reconstruite sur l'échelle de ses possessions de l'an 1805 sans égard aux efforts qu'elle aurait fait ou négligé de faire, afin de conserver sa part de la Pologne il devenait évident que toute perte qu'elle ferait de ce côté-là tournerait à la fin à son avantage, puisqu'elle aurait à réclamer, de la masse des possessions disponibles, un nombre de sujets Allemands égal à celui qu'elle perdrait en Pologne. Le résultat de cette médiation a répondu à cette attente.

J'ai rapporté que le Chancelier Hardenberg, dans son entrevue avec l'Empereur Alexandre avait demandé au nom de l'Autriche Zamosk et Cracovie jusqu'à la Nidda et pour la Prusse Thorn et la ligne de la Warta.

La question de la Saxe qui n'aurait jamais dû être séparée de celle de la Pologne, se trouvait naturellement liée à cette proposition, surtout si elle se trouvait représentée sous le point de vue que l'incorporation de la Saxe pourrait seule satisfaire la Prusse dès le moment que ses possessions polonaises resteraient entre les mains de l'Empereur Alexandre.

L'affaire étant ainsi proche de sa décision, le Baron de Stein qui jusqu'alors avait combattu les plans de l'Empereur Alexandre sur la Pologne, ne vit plus dans cette question qu'un moyen pour amener l'incorporation de la totalité de la Saxe à la Prusse. Il paraît tenir à ce plan, ou parce qu'il tend à réaliser son ancienne idée de faire partager à la Prusse le Protectorat de l'Allemagne avec l'Autriche ou quel que soit son motif, il pousse ce plan avec ardeur. Il s'est réuni avec le Prince Czartorysky, et c'est en commun

avec ce ministre qu'il a été porté au Chancelier Hardenberg la réponse de l'Empereur Alexandre sur ses propositions. — Cette réponse, telle qu'elle a été rédigée par le Chancelier de Prusse dans une Note adressée par lui au Prince de Metternich, porte que l'Empereur de Russie sentait la nécessité d'embrasser simultanément les questions qui se lièrent à celles de la Pologne. Que pour donner une preuve de son désir d'applanir les difficultés il se désisterait de la possession de Thorn et de Cracovie, mais que ce serait en les érigeant avec le rayon qu'on leur assignerait en villes libres, qui jouiraient sous la protection des trois Puissances limitrophes, d'une neutralité qui devrait être respectée, même en temps de guerre! Il n'est question dans cette réponse ni de la ligne de la Wartha, ni de celle de la Nidda, ni de Zamosk et de son district. — Au contraire l'Empereur se faisant un mérite d'avoir cédé sur la possession des deux villes susmentionnées, attache cette condescendance à la *condition sine qua non* de la cession de la totalité de la Saxe à la Prusse et d'un arrangement d'après lequel Mayence resterait pour la défense du Nord de l'Allemagne.

La condition de l'incorporation totale de la Saxe est motivée par la promesse que l'Empereur dit avoir donnée au peuple saxon, que leur pays ne serait pas démembré, ainsi que par l'intérêt commercial et politique de ce pays et de la Prusse qui serait contraire au partage.

Cette même note du Chancelier de Prusse est accompagnée d'un tableau qui présente son plan pour la reconstruction de la Prusse. J'ai l'honneur d'en joindre copie pour Votre Altesse Royale.

Elle y remarquera que la Prusse, indépendamment du nombre de sujets qu'elle réclame, veut encore *s'attacher* la plupart des possessions des petits Princes et Comtes de l'Allemagne, dont la population est calculée à 627,400 habitans. Le terme *d'attacher* n'est pas expliqué, mais il n'est pas douteux qu'il équivaudrait à une espèce de médiation, alors même qu'elle ne viserait pas à la suppression de tous les droits que les membres de la fédération rhénane ont exercés sur les Princes qu'ils ont réunis à leurs états. C'est sous ce point de vue d'un assujettissement moins parfait que le Chancelier a refusé de se faire passer en compte cette population comme un véritable accroissement de sujets. — Le Prince Metternich en me montrant ce plan me fit encore observer que par le déplacement de plusieurs Princes les possessions autrichiennes ne toucheraient dorénavant plus qu'à la Prusse et à la Bavière, moyennant quoi l'Autriche perdrait encore davantage qu'elle ne l'avait déjà fait, son influence sur l'Allemagne. Il ajouta que le projet de partager l'Allemagne en cercles sur lesquels les directeurs exerceraient une espèce de suprématie accomplirait le plan de la Prusse de s'arroger par le fait le protectorat de tout le nord de l'ancien Empire. — C'est par cette raison que le Prince Metternich s'oppose aujourd'hui dans le comité allemand à l'idée de former des cercles auxquels il voudrait substituer d'autres expédiens pour donner de l'ensemble aux arrangemens militaires et politiques de la future ligue germanique. Le danger dont nous menacerait ce plan de la Prusse m'a paru trop évident pour ne pas me ranger, ainsi que l'a fait la Bavière, du côté de l'opinion du Prince de Metter-

nich, en abandonnant le projet de former des cercles; idée qui sous tous les autres rapports m'aurait paru avantageuse.

La nouvelle carte projetée par la Prusse donnerait à cette monarchie une forme assez ressemblante à celle de l'Amérique en formant deux grandes masses, réunies par une espèce d'Istme. — La première comprendrait toutes les Provinces prussiennes à la droite de l'Elbe avec la Saxe, l'autre serait formée par une partie considérable de Hesse-Darmstadt (dont les possessions seraient transférées entre Trèves et Luxembourg), le pays entre le Rhein, la Meuse et la Moselle, le Grand Duché de Berg et les possessions westphaliennes. La réunion se ferait par une ligne qui nous couperait la partie méridionale de la principauté de Göttingen depuis Dransfeld.

J'ai dû me permettre d'interrompre mon récit par ces observations sur le plan de la Prusse relativement à sa reconstruction future, tant parce que ce plan est confondu avec la réponse que la Russie a donnée aux propositions faites par le Chancelier Prince de Hardenberg, que parce que ce sont ces observations qui ont eu une influence considérable sur la réplique du Prince de Metternich au Ministre prussien. — Cette réplique commence par montrer beaucoup de facilité sur le point de la Pologne, elle insiste cependant sur ce que Thorn revienne à la Prusse et Cracovie à l'Autriche. Elle rejette la proposition d'en faire des villes libres. L'Autriche d'ailleurs se réserve de traiter avec la Prusse sur la libre navigation de la Vistule et sur la forme de gouvernement que l'Empereur Alexandre voudra introduire en Pologne. Elle passe ensuite à la question

de la Saxe, professe que l'Autriche ne fait aucune difficulté à concourir à rendre le lot destiné à la Prusse, complet d'après tout ce que les traités lui avaient assigné et en considération des services qu'elle avait rendus à la cause commune, mais elle déclare que l'Autriche ne saurait jamais consentir à l'incorporation de la Saxe, tant parce que cette mesure lui paraîtrait injuste, que parce que plusieurs grandes puissances n'y consentiraient jamais et que la plupart de celles du second ordre avait fait les représentations les plus fortes contre elle, que cette mesure d'ailleurs n'était nullement motivée par la nécessité, puisque la Prusse pouvait ailleurs obtenir tout ce qu'elle avait droit d'exiger. Pour prouver cette thèse le Prince Metternich a fait faire un contre projet dont je joins la copie. — Ce tableau n'assigne à la Prusse de la Saxe que 432,400 âmes, la note qui l'accompagne dit cependant expressément qu'il y aurait moyen d'augmenter le lot de la Prusse soit par les parties de la Pologne encore disputées à la Russie, soit en prenant une plus grande partie de la Saxe. Cette dernière alternative paraît ne pas avoir été observée par la Prusse. — Le refus de la possession de la totalité de la Saxe l'a extrêmement aigri. Cette puissance qui dès ce moment fait entendre qu'on la forçera à la guerre. Elle se plaint amèrement de ce qu'elle se voit abandonné par tous ses alliés excepté la Russie. — La note autrichienne avait été remise le 9 Déc. au soir, en même tems le bruit fut répandu que la Grande Bretagne désapprouvait que Lord Castlereagh avoit donné trop de facilité à la cession de la Saxe et qu'il venait de recevoir des instructions positives de s'y opposer.

J'apprends que cette nouvelle a été donnée par le Général Merfeldt. Peut-être le Cabinet Autrichien a-t-il renchéri sur ce que cet ambassadeur en avait mandé, afin de donner plus de poids à sa résistance. Il est certain que cette nouvelle avait de beaucoup augmenté l'inquiétude des Prussiens. — Lord Castlereagh a cependant communiqué au Chancelier Hardenberg la lettre de Lord Liverpool qui paraît l'avoir calmé. On avait répandu dans le public que j'avais de mon côté donné une note très-énergique contre l'incorporation de la Saxe. Je m'en suis expliqué avec le Chancelier avec lequel j'avais eu plusieurs entretiens sur ce sujet. — J'ai toujours senti l'extrême importance de l'anéantissement de la Saxe sur notre existence future et sur l'indépendance du Nord de Allemagne, mais je me suis gardé de nous attirer la haine de la Prusse, persuadé que l'incorporation de la Saxe trouverait d'ailleurs des obstacles insurmontables. Ayant dû me mêler de temps en temps de cette négociation, je l'ai toujours fait en refusant d'entrer dans la discussion des argumens allégués par la Prusse en sa faveur. J'ai au contraire commencé par les admettre, et j'ai alors discuté la question posée de la manière suivante: si en admettant tous les avantages supposés comme résultants pour la Prusse ou même pour la Saxe de son incorporation seraient équivalant aux dangers d'une guerre sous les circonstances présentes? Malheureusement les Prussiens se persuadent, mais bien à tort, qu'ils auraient l'Allemagne et la Saxe même pour eux dans cette question!

Pour bien juger de la crise dans laquelle cette affaire nous a plongé, il faut connaître une trahison

que quelques diplomates prussiens se sont permis dans cette occasion.

L'affaire de la Pologne et de la Saxe ayant été jusqu'ici traitée confidentiellement entre les Ministres d'Angleterre, d'Autriche et de Prusse, les deux premiers, comme Votre Altesse Royale s'en rappellera, avaient tâché de démontrer au Chancelier Hardenberg, combien il était important que la Prusse agisse de concert avec leurs cours pour soutenir les droits résultants des traités conclus à l'égard de la Pologne. La cession de la totalité de la Saxe avait, sous de certaines modifications été accordée à la Prusse comme prix de la fermeté qu'elle avait dû déployer dans cette cause qu'on considérait alors comme du plus grand intérêt pour l'Europe et surtout pour les puissances limitrophes de la Pologne. — Or, toutes ces lettres confidentielles avaient été communiquées à l'Empereur Alexandre pour lui prouver que la Prusse aurait pu obtenir la Saxe en se déclarant contre lui. — Il se trouve parmi les lettres ainsi communiquées, une nature plus délicate encore. L'Empereur Alexandre ayant un jour dit au Roi de Prusse, que le Prince Metternich lui avait offert de lui concéder toutes ses demandes, si la Russie voulait se déclarer contre celles faites par la Prusse, le Prince Metternich, instruit de cette conversation, avait écrit au Prince Hardenberg pour démentir formellement l'assertion de l'Empereur Alexandre et pour offrir de répéter ce désaveu en sa présence s'il y persistait. Cette lettre même a été trahie.

L'effet en a été tel que les Prussiens le désiraient, en ce que l'Empereur Alexandre a redoublé d'ardeur

pour soutenir les prétentions de la Prusse, et de froideur contre la Grande Bretagne et l'Autriche. — Il a eu une entrevue très-vive avec Metternich, et même avec l'Empereur François, mais il a échoué dans son plan de brouiller ce Ministre avec son souverain. L'Empereur Alexandre fait de cette affaire une brouillerie personnelle avec le Prince Metternich. Celui-ci pour parer le coup avait d'abord eu l'idée de communiquer à son tour les lettres confidentielles du Chancelier de Prusse. — Elles n'auraient pas manqué de le perdre, et il est très-probable que tel a été un des objets de la personne qui a conseillé la communication, du moins très-indiscrète de cette correspondance confidentielle. Les personnes qui se croient initiées dans le secret de cette trame, en accusent le Baron de H. en lui prêtant le dessein de supplanter le Chancelier. Les lettres de ce Ministre contenaient des choses très-fortes contre l'Empereur Alexandre, surtout en ce qu'elles conseillaient de lui donner toutes les facilités à mettre en exécution ses plans par rapport à une constitution indépendante pour la Pologne, comme le moyen le plus sûr de lui susciter des embarras assez graves pour amener en faveur des autres puissances des chances favorables, pour s'opposer avec succès à la Russie — surtout après que ses troupes auraient été disséminées dans son vaste Empire, dont les finances ne permettraient plus à l'avenir de les rassembler de nouveau.

L'Empereur François a eu la noblesse de caractère de se refuser la vengeance de faire produire ces lettres, mesure que Lord Castlereagh a aussi fortement déconseillé, en ce qu'elle aurait pu devenir la cause d'une

rupture. Si l'Autriche a dédaignê de se servir de ce moyen, elle n'a pas moins tâché de parer le coup d'une brouillerie avec la Russie, en cédant inopinément et presque sans réserve sur la question de la Pologne.

Le Prince de Metternich a totalement changé de langage sur ce chapitre. Il m'a dit hier matin que la ligne de la Vistule était perdue, que le point de Cracovie et de Zamosk était peu important pour l'Autriche, qu'elle aimait encore mieux voir Cracovie et Thorn entre les mains de la Russie que de les voir ériger en villes indépendantes, qui ne seraient que des foyers de mécontentement; que les rapports entre l'Autriche et la Russie étaient ainsi parfaitement arrangés, que la Russie était prête à s'entendre sur les différens à l'égard des sujets mixtes et de la navigation de la Vistule, et que la question de la constitution polonaise n'intéressait plus l'Autriche. Qu'à cet égard l'Empereur Alexandre s'était mis dans un dilemma dont il se tirerait avec peine. Qu'en donnant suite à ses plans il aurait les Russes, et, en ne pas les exécutant, les Polonais contre lui. — Il ajouta que l'Empereur Alexandre avait rendu de son propre chef à l'Empereur d'Autriche le district de Tarnopol renfermant les 400,000 âmes cédées à la Russie par la paix de Vienne, ayant senti que c'était une possession mal acquise. Que l'Empereur d'Autriche l'avait accepté en exprimant qu'il était charmé de voir ainsi disparaître entre lui et l'Empereur de Russie un juste objet de plainte, mais que cette cession ne saurait changer sa résolution à l'égard de la Saxe. — Que l'Empereur là-dessus avait répondu qu'il ne doutait pas que cette affaire s'arrangerait. — Effectivement je conclus de quelques conversations que

j'ai eu avec le Prince Czartorysky (auquel j'ai tâché de faire entendre combien l'Empereur a tort de donner de l'importance, à la soi-disante promesse que M. de Stein a donné aux Saxons sur d'indivisibilité de leur territoire) que sa Majesté serait assez aise si la Prusse voulait se désister de ses prétentions sur la Saxe. Le Prince Talleyrand me dit que le Prince Czartorysky lui a parlé dans le même sens, mais j'apprends que les Prussiens donnent à leur objet et veulent le défendre à la dernière extrêmité. — Le Chancelier ne veut plus agir que de concert avec la Russie et il m'a dit hier lorsque je fus lui parler au nom de Lord Castlereagh au sujet d'une médiation que le Prince Metternich a demandé à ce Ministre qu'il avait toujours la plus grande confiance en lui, mais qu'il ne saurait se décider sur rien qu'après avoir eu une nouvelle conférence avec Czartorysky et Stein. — Pour le moment le Chancelier de Prusse s'est borné à dire que le Prince Metternich dans ses tableaux s'était trompé de 1,200,000 âmes. — Il a nommé le Conseiller d'Etat Hoffmann pour comparer ses calculs avec ceux de M. de Wessenberg. Le résultat de leur entrevue est que les Prussiens à ce que prétend Wessenberg ne veulent plus admettre les tableaux communiqués par eux-mêmes l'hiver dernier — disant que la population des provinces dont il s'agit avait diminuée. Cette prétendue diminution monte à 700,000 âmes. — De l'autre côté les Prussiens ne veulent pas se faire mettre en ligne de compte, les médiatisés dont ils demandent l'incorporation, *quoique* les Autrichiens consentent à défalquer $^1/_3$ sur la population en raison des droits que les princes médiatisés conserveraient sous la souveraineté prussienne.

Pour le reste, l'Autriche ne consent pas à de nouvelles médiations. J'ai cependant eu lieu de me plaindre de ce qu'elle avait placé dans le lot de la Prusse, le Comté de Bentheim sur lequel les droits de Votre Altesse Royale ne devraient pas avoir été disputé. — Ils ne l'ont été qu'en raison de la libération que le comte de Bentheim prétendait avoir obtenu par son contrat avec la France. — J'ai donc eu doublement raison de combattre ce point, comme V. A. Royale voudra s'en instruire par mon Post Scriptum.

La France a tâché d'engager les Princes d'Allemagne à une protestation contre l'anéantissement de la Saxe. — Mais l'Empereur Alexandre a eu là-dessus une scène forte avec le Duc de Saxe-Cobourg, qui a soutenu avec dignité les droits de sa famille. — L'opposition du Duc de Saxe-Weimar et les menaces de la Prusse ont arrêté la protestation projetée.

Il est triste de remarquer la tournure que prend l'Empereur Alexandre en voulant décider les affaires de l'Europe en Dictateur. Dans l'entretien qu'il a eu avec l'Empereur François, celui-ci lui a demandé s'il ne lui aurait pas accordé volontiers tous les points en discussion s'il les avait demandés lorsqu'il avait brigué l'accession de l'Autriche. L'Empereur Alexandre a répondu qu'il était trop franc pour ne pas dire qu'oui — mais qu'il devait ajouter que les circonstances avaient tellement changé, qu'il ne se serait plus regardé comme lié par une telle promesse. Il a dit entr' autre au Duc de Saxe-Cobourg, qu'il ne comptait les dynasties et les soi-disant droits héréditaires pour rien, lorsqu'il s'agissait de l'intérêt des États. — C'est renverser l'une

des plus fortes garanties de la tranquillité des États. — Dans cette crise affligeante il ne faut pourtant pas jeter tous les torts d'un côté. l'Autriche a de grands reproches à se faire de n'avoir pas dès le commencement énoncé plus clairement sa résistance contre l'anéantissement de la Saxe, et de s'être borné alors à des réserves vagues et très-douteuses. — Elle a surtout donné dans une grande erreur en séparant la question sur la Saxe de celle de la Pologne, et d'avoir pu croire qu'elle ferait agir la Prusse différemment de la marche qu'elle a tenue.

On reproche encore à l'Autriche de ne viser qu'à des avantages particuliers, soit en favorisant trop la Bavière pour en obtenir des cessions, soit en brouillant les affaires d'Italie, en demandant contre le sens des traités de Paris, la Sesia pour limite. — Elle diffère l'évacuation d'Alexandrie afin d'obtenir Plaisance, disant que c'est le seul point offrant une défense de ce côté de l'Italie.

La France a de plus une forte jalousie à cause de la route du St. Plon (Simplon) que l'Autriche veut acquérir. — La faute cardinale dont selon moi rien ne saurait excuser Metternich c'est le soutien qu'il donne à Murat qui occupe tranquillement les marches et qui a récemment acheté 25,000 fusils en Autriche! tant que ce point sera indéci, la France aura un grief très-fondé contre l'Autriche et même contre l'Angleterre et nous risquons le malheur de la voir s'unir à la Russie et de perdre l'Europe.

Je ne dois pas oublier de dire que Metternich a communiqué officiellement sa note adressée à la Prusse à Mr. de Talleyrand. — Celui-ci m'a dit ce soir qu'il

allait remettre après demain sa réponse, qu'il répéterait l'assurance que la France restait inébranlable dans sa politique, qu'elle aurait volontiers coopéré à rétablir une Pologne indépendante — mais qu'elle se résignait en seconde ligne sur cette question. Mais que pour la Saxe elle ne saurait céder, et qu'il ne fallait pas poser la question de manière à demander ce que le Roi de Prusse voulait rendre au Roi de Saxe, mais au contraire ce que celui-ci consentirait à céder à la Prusse. Il ajoute que le Roi de France était le maître de faire marcher 150,000 hommes pour soutenir cette question; mais qu'il l'était aussi de ne pas faire remuer un seul, l'esprit de la France étant parfaitement bon et tranquille.

Je suis etc. E. G. M.

P. S.

18 Déc. 1814.

Le Chancelier de Prusse vient d'envoyer un nouveau plan à l'Empereur de Russie, que celui-ci lui a demandé pour le discuter ensuite personnellement avec l'Empereur d'Autriche. Ce plan ne se désiste pas encore de la Saxe, et ne contient qu'une offre plus avantageuse que ne l'était le premier pour le Roi de Saxe. La Prusse lui destine la contrée entre Rhin et Meuse, comprenant Bon Liège jusqu'à Luxembourg et comprenant une population d'à peu près 800,000 âmes. Luxembourg serait destiné à devenir forteresse de la Ligue Germanique. Ce plan paraît ne pas faciliter l'accomodemment future des affaires.

E. G. M.

Secrette.

P. S.

A Son Altesse Monseigneur le Prince Régent.

Vienne ce 17 Déc. 1814.

Votre Altesse Royale aura observé dans le tableau présenté par la Prusse ce qui s'y trouve relativement au Hanovre. J'ai examiné ce point important en le comparant avec la carte géographique que le Chancelier de Prusse avait communiquée sous le sceau du secret au Prince Metternich. Cette carte ne m'a donné que des renseignements vagues sur le sacrifice des 71,200 que la Prusse demande au Hanovre dans le cas que ses plans auront suite, et sur les 391,500 de nouveaux sujets qu'elle propose de nous donner, ce que selon ses calculs produirait une augmentation de 320,000 âmes en notre faveur. J'ai parlé au Chancelier Hardenberg sur ce point. Il m'a promis un extrait de son plan détaillé, mais je ne l'ai pas encore reçu. — Voici tout ce que j'ai pu comprendre, tant en examinant sa carte, qu'il s'est fait rendre par Metternich, que de sa conversation. Il nous demande toute la partie du Duché de Lauenbourg qui se trouve sur la rive droite de l'Elbe, le baillage de Klotze et quelques enclaves, ainsi que la lisière méridionale de la Principauté de Göttingen d'après une ligne tirée de Duderstadt au-dessous de Dransfeld. Il me semble même que le Duc de Bronsvic obtiendrait de nous d'après ce plan, les baillages de Hildesheim qui uniraient les baillages Bronsviquois sur le Weser avec le reste des états du Duc. — Cette cession serait probablement demandée pour dédommager le Duc de la cession de la principauté de Blankenbourg. On veut

nous assigner en retour de ces cessions et pour satisfaire aux traités l'Ostfriese, le Duché Arenberg, Lingen et Teklenbourg, le reste de Hildesheim et la partie du Comté de Schauenbourg, appartenant à la Hesse, ainsi que les enclaves comme Plesse et Freudenberg. D'après cet arrangement, la principauté de Minden resterait entre les possessions hanovriennes, inconvénient dont la cession de Lauenbourg devait nous délivrer d'après les premières idées du Prince Hardenberg. Je répète que je ne suis pas à même encore à juger des détails des calculs.

Quant aux cessions, il faut d'un côté songer qu'il sera de la plus haute importance pour notre existence politique future, de n'avoir plus de possessions prussiennes entre nous et la Hollande, et d'obtenir l'Ostfriese. De l'autre côté nous aurions peut-être le droit d'exiger une augmentation de 250000 à 300000 âmes sans nous prêter à des cessions pénibles. — Les traités existants d'un côté, garantissent les possessions à Votre Altesse Royale, mais la Prusse a allégué pour elle, qu'avant de nous rien accorder elle aurait droit d'être reconstruite elle-même sur l'échelle de 1805, et que les mêmes traités lui assurent des arrondissemens. Toute cette question est difficile à traiter. Se contenter de ce qu'on possède est noble, ne pas abandonner d'anciens sujets est presque un devoir. Mais d'un autre côté, lorsque toutes les dimensions des états de l'Allemagne s'élargiront, nous deviendrons relativement plus petits, si sous restons renfermés dans nos limites. — La possession de Hildesheim est de toute nécessité. Cependant celle-là même pourrait être compromise, si nous ne nous arrangions pas amicalement

sur l'état futur des possessions. Votre Altesse Royale daignera se persuader que j'agirais dans cette affaire d'après ce que ma conscience et mon devoir sacrés envers elle me prescriront. Je me flatte que je pourrai à la fin porter la question à sa décision suprême en ne signant l'arrangement sur ses possessions futures que sub sperati.

Dans cette crise le Prince de Metternich m'a fait hier une proposition qui n'a pas laissé de m'embarrasser.

Les conférences du Comité allemand ont été interrompues depuis le 17 du mois passé. Nous nous sommes de tems en tems rassemblés, l'Autriche, la Prusse et le Hanovre pour nous entendre entre nous sur quelques points importants. J'ai déjà fait mention de celui concernant la division de l'Allemagne en cercles. En général on s'aperçoit de toutes parts qu'on n'a pas trop envie de s'occuper d'une constitution que la brouillerie dont nous sommes menacés étoufferait en naissant. — Malgré cela j'ai été surpris lorsque Mr de Metternich m'adressa hier la demande si j'accéderai pour le Hanovre à une ligue germanique à la tête de laquelle se trouverait l'Autriche comme *primus inter pares* et qui serait composée de la Bavière, de Baden, Hesse et les autres Princes d'Allemagne. Il ajouta que ces Princes se rassembleraient en une chambre en admettant le directoire et qu'on adopterait les principes libéraux du plan sur lequel nous avions travaillé. L'idée de Metternich était de conclure la ligue sans en faire part au Roi de Wurtemberg, disant qu'il était persuadé qu'il serait forcé de l'accéder, par la peur de s'exposer à la vengeance de ses propres sujets s'il voulait s'isoler. — Je demandai si la Prusse

devait être exclue de la ligue? Metternich répondit que non; qu'on lui laisserait la liberté d'y accéder — mais je vis bien que son idée était de former une alliance de toute l'Allemagne contre la Prusse dans le cas qu'elle voudrait s'arroger la Saxe de fait.

Interpellé de dire mon opinion sur ce plan, j'ai représenté au Prince Metternich qu'il ne fallait pas abandonner l'espoir d'arranger amicalement l'affaire de la Saxe et que dans ce cas je ne voyais aucun motif pour exclure la Prusse de la ligue. Que je ne niai cependant pas, que si l'affaire ne s'arrangeait pas et que si le congrès se séparait, la Prusse conservant la Saxe purement de fait, et contre le gré des autres Puissances, que la guerre me paraîtrait alors tôt ou tard inévitable. Que nous devrions nous tenir étroitement liés au système de l'Angleterre; que je ne doutais pas que cette puissance serait forcée à prendre part à la guerre, parce que la France ne voudrait pas rester. Que le parti à prendre était trop clairement indiqué par les circonstances pour pouvoir douter que le Hanovre ne saurait dans l'extrêmité, balancer d'entrer sous de pareilles circonstances dans une ligue défensive avec le reste de l'Allemagne. Je fis encore remarquer au Prince Metternich, qu'il serait en tous cas nécessaire de nous garantir les arrondissemens qui nous étaient dus comme indispensables à notre existence politique. Il parut trouver cette demande fort naturelle, et me dit que j'aurai raison d'en faire une condition. Je crains que ce Ministre ne donne avec trop de chaleur dans ce plan, afin de se procurer des alliées contre la Prusse et pour procurer par le fait à son maître les avantages de la dignité Impériale d'Alle-

magne qu'il a trop légèrement sacrifiée lorsqu'il était tems de se la procurer.

E. G. M.

P. S. 3.

ce 18 Déc. 1814.

J'ai eu un entretien avec le C. Nesselrode tant au sujet de notre demande de près de 4 mille Rixthaler que nous avons avancé pour l'entretien des troupes russes, que relativement à l'acquisition du titre Royal de Hanovre.

Je lui rappelai sa promesse d'une réponse favorable sur ces deux points.

Il ne balança pas de m'avouer que l'état d'irritation subsistant entre la Russie et l'Angleterre l'empêchait d'obtenir ce que je demandai. — Mes remontrances que cet état d'irritation, auquel l'Angleterre n'avait d'ailleurs aucunement contribué, ne regardait en rien notre demande et qu'il me paraissait injuste de la part de la Russie de se faire payer par l'Angleterre et non refuser le payement d'une dette liquide, sous prétexte de griefs contre cette puissance, ne changeant en rien l'affaire au contraire. Le Ch. de Nesselrode me pria instamment de vouloir de mon côté contribuer à ce que, lorsque les affaires du congrès seraient arrangées, qu'il ne restât ancun motif de froideur entre les deux empires. Il me rappela surtout la demande de la Russie d'être libérée de sa dette hollandaise.

Quant au titre Royal de Hanovre, je représentais au Ministre de Prusse que cette affaire paraissait pure-

ment personnelle, à quoi il répondit qu'elle s'arrangerait aisément lorsque le reste le serait.

Il me paraît clair que nous n'aurons que mauvaise volonté et mauvais procédé à attendre de la Russie

Je suis etc.

E. G. M.

P. S. 4.

Vienne ce 18 Déc. 1814.

L'affaire de Bentheim me donne beaucoup de besogne. J'ai l'honneur de communiquer ci-joint à Votre Altesse Royale la note que j'ai donnée en réponse à celle du Prince Talleyrand ainsi qu'une autre au Ch. de Bentheim qui consiste que les anciens rapports entre le Comté et la Régence de Hanovre soient rétablis.

Plusieurs donataires français ont aussi eu l'impudence de s'adresser à moi pour engager Votre Altesse Royale de leur rendre les dotations à eux assignées par Bonaparte. J'ose espérer que V. A. Royale approuvera ma réponse sous No. 3.

Je suis etc.

E. G. M.

P. S. 5.

Vienne 18 Déc. 1814.

Notre traité de subsides avec l'Angleterre pour les 15 mille hommes de troupes qui se trouvent à l'armée alliée sous les ordres de S. A. R. Monseigneur le Prince héréditaire d'Orange aux Pays-Bas finissant le 24 Janv.

prochain, j'ai fait observer plusieurs fois à Lord Castlereagh qu'il serait utile sous les circonstances présentes de prolonger sous les mêmes conditions le terme de ce traité. Lord Castlereagh ayant obtenu l'autorisation nécessaire pour cet effet, je suis convenu avec lui ce matin qu'il m'adresserait une lettre officielle pour demander que le gouvernement de Hanovre laissa les troupes en question à la disposition du gouvernement Britannique sur le pied actuel, tant que les circonstances présentes le rendraient nécessaire, et sauf à dénoncer le traité un mois d'avance, afin de fournir par là aux frais du retour des troupes. — Lord Castlereagh sera chargé d'écrire au gouvernement de S. A. R. Mgr. le Prince Souverain des Provinces-Unies afin d'obtenir son consentement, en autant que ses intérêts se trouvent intéressés dans cet arrangement. — La prolongation de notre traité de subside étant favorable sous tous les rapports au Hanovre et presque nécessaire dans les circonstances présentes, je ne saurai douter de l'approbation gracieuse de Votre Altesse Royale. Si je recevais à tems la lettre de Lord Castlereagh, je ne manquerai pas de la lui communiquer. La réponse que je viens de recevoir hier de Hanovre sur mes dépêches du 28. Nov. m'apprend à mon grand étonnement, que nous n'avons chez nous qu'un bataillon et demi de troupes régulières, 1400 hommes des *différents* bataillons de Landwehr et un régiment d'hussards dissimulé par tout le pays pour le maintien de la police. N'ayant pas reçu les rapports sur notre corps, il m'est impossible de juger comment et pour quoi il a été éparpillé à un tel point, — surtout

comme le traité de subside, on avait délivré de la dépense du corps qui se trouve en Flandre.

J'avoue que cette diminution ne me paraît pas du tout conforme aux circonstances — dans le moment présent tout mouvement ressemblant à un nouvel armement aurait été dangereux.

A Son Altesse Royale Monseigneur le Prince Régent.

Vienne ce 24 Déc. 1814.

Monseigneur!

La grande question sur le partage de la Saxe reste toujours encore indécise. Comme l'Empereur de Russie y a lié celle sur la Pologne, l'arrangement pris à cet égard avec l'Autriche, entre autre la rétrocession du cercle de Tarnopol, reste également en suspens. La Prusse est aujourd'hui si intimement liée avec la Russie qu'on n'entend pas même parler de la ligne qui sera établie entre les possessions polonaises de cette puissance et celles de la Russie. Lorsque je me rendis l'autre jour chez le Chancelier Prince Hardenberg de la part de Lord Castlereagh pour lui parler de la médiation dont le Prince Metternich avait prié le Ministre Britannique de se charger dans cette affaire, il me répondit tout de suite qu'il avait la plus grande confiance en Lord Castlereagh, mais qu'il serait obligé de conférer avec le Prince de Czartorysky et Mr. de Stein, avant que de pouvoir se décider. — Il paraît qu'ils sont convenus entre eux que le Chancelier de Prusse adresserait sur la réponse du Prince Metternich un mémoire à l'Empereur de Russie, que ce Monarque se

chargerait de discuter avec l'Empereur d'Autriche. Cette pièce a été remise et communiquée confidentiellement à Lord Castlereagh. — Elle raconte ce qui s'est passé depuis la réponse du Prince Metternich à la déclaration de la Russie transmise par le Chancelier Hardenberg, et s'étend ensuite sur la prétendue nécessité que la Saxe toute entière reste à la Prusse. Elle représente les calculs contenus dans le contreprojet de l'Autriche comme erronés. Le but de ce mémoire prouve d'un côté que la Prusse ne saurait être satisfaite de ses justes demandes, sans obtenir la totalité de la Saxe; de l'autre, de démontrer que ce n'est que cette possession qui pourrait donner une consistance réelle à la Monarchie prussienne. Le Chancelier observe en cette occasion que les traités conclus avec les Puissances alliées lui donneraient droit de prétendre indépendamment de la réintégration au taux de sa population de 1805 et une position géographique arrondie et convenable. Il ajoute même qu'il serait de l'intérêt de toutes les Puissances de mettre la Prusse dans une attitude assez aisée pour ne pas devoir songer à s'aggrandir encore. Pour prouver l'importance de la possession de la Saxe pour la Prusse et le désir de cette puissance de satisfaire le Roi de Saxe, la Prusse propose d'améliorer son sort en lui assignant tout le pays entre Bon, Liége et Luxembourg, comprenant une population de 800000 âmes. On a fait même entendre depuis qu'on ajouterait encore volontiers à ce lot quelques centaines de milliers d'âmes.

Des personnes bien instruites disent que l'Empereur de Russie n'a pas été content de ce mémoire, qui au fond n'offre aucune facilité sur la question de la Saxe

même. Il est probable que ce Souverain après avoir obtenu tout ce qu'il demandait en Pologne, ne voudrait pas faire la guerre pour soutenir la Prusse dans une question si peu politique.

En attendant le Prince de Talleyrand auquel le Prince de Metternich avait officiellement communiqué sa réponse au Chancelier de Prusse, y a répondu par un long mémoire, où il rend de nouveau compte des principes qui guident sa Majesté très-Chrétienne en ce qu'elle ne prétendait rien pour la France qui se trouvait heureuse et contente, réduite dans ses anciennes limites. — Il professe en tout les mêmes principes énoncés dès le commencement du congrès, déclarant que relativement à la Pologne, le Roi de France aurait désiré de pouvoir concourir au rétablissement de l'indépendance plénière de cette nation, dont les calamités, non méritées avaient été une source des malheurs qui avaient bouleversé l'Europe. — Que cependant comme les puissances limitrophes avaient trouvé des difficultés à se réunir pour ce but, que la France moins intéressée qu'Elles ne mettrait point d'obstacle à leur arrangement. — Qu' aujourd'hui, la question de la Saxe devenait la plus importante pour le repos et pour l'équilibre de l'Europe.

Que le Roi de France y prenait d'ailleurs un intérêt tout particulier, parce qu'il s'agissait de justice et de principe, que c'était là ce qu'il fallait surtout rétablir en Europe comme le moyen le plus puissant pour lui rendre le repos. Que le Roi de France apprendrait avec un sensible plaisir que l'Empereur d'Autriche considérait cette affaire comme lui. Que S. M. très-Chrétienne ne saurait cependant admettre que cette

question soit traitée de façon à demander ce que le Roi de Prusse voudrait rendre au Roi de Saxe, mais au contraire ce que ce Prince pourrait se résoudre à lui céder pour faciliter les arrangements généraux. Que la France elle-même tâcherait de l'engager à se résoudre sous ce rapport à ce que les circonstances exigeraient; et que la France trouvait que le Prince de Metternich dans son contreprojet avait indiqué la juste mesure de la cession qu'on pourrait exiger.

Le Prince Metternich que j'ai vu avant-hier matin avait l'intention de répondre au Mémoire du Prince Hardenberg, que l'Empereur d'Autriche ne saurait consentir à la nouvelle proposition de la Prusse.

C'est dans cette situation des affaires, que Lord Castlereagh a adressé une proposition tant au Prince Metternich qu'au Prince Hardenberg, afin de faire régler par une commission composée par des délégués de la grande Bretagne, la France, l'Autriche, la Prusse et la Russie, afin de faire un rapport sur les réclamations que les différentes puissances mettaient en avant, soit à titre d'indemnités ou de promesses fondées sur les traités — ainsi que des moyens existans pour y satisfaire. — Votre Altesse Royale trouvera sa proposition ci-jointe. Elle a été agréée par les cours surmentionnées, on ose donc espérer que ce moyen si sagement imaginé par Lord Castlereagh, rapprochera cette affaire épineuse de sa fin. La commission sera composée par Lord Clancarty et moi pour Votre Altesse Royale, le Duc de Dalberg pour la France, le Baron de Wessenberg pour l'Autriche, le Baron d'Anstaedt pour la Russie, des Conseillers d'État de Jordan et Hoffmann pour la Prusse.

P. S. La première séance de la commission a eu lieu. Il avait été d'abord question de ne pas admettre les plénipotentiaires de la France à ce travail, pour éviter que cette puissance ne se mêlât des arrangemens qui devraient être terminés sans son intervention. C'est à cause de cette circonstance que le Prince Metternich a fait changer les instructions de la commission, en y substituant celle sous N. 2. Il serait dommage qu'un but si rétréci que le serait celui indiqué dans sa note, nous privât de l'effet qu'on avait lieu d'attendre des travaux de la commission. Je suppose que cette affaire va être reconsidérée dans la séance d'aujourd'hui. La Russie a confié ses intérêts aux commissaires prussiens. Mr. d'Anstaedt n'a pas paru.

Hier il y eut grand concert à la cour en l'honneur de la fête de l'Empereur Alexandre. Sa Majesté y parut en uniforme autrichien.

Je suis etc.

E. G. M.

A Son Altesse Royale Monseigneur le Prince Régent.

Vienne le 29 Déc. 1814.

Monseigneur!

Je viens d'apprendre qu'il va partir un courrier par la Hollande. Pour ne pas manquer de tenir Votre Altesse Royale au courant de ce qui se passe, j'en profiterai, quoique je n'aie rien de fort intéressant à ajouter à mon très-humble rapport du 24 courant.

L'Empereur de Russie a donné ses pleins pouvoirs au Comte Rasoumowsky pour traiter avec la cour

d'Autriche et pour tâcher de l'engager à céder sur la question de la Saxe, c'est-à-dire sur le seul point sur lequel elle ne s'est pas encore soumise aux voeux de l'Empereur Alexandre. A cette condition il espère de former une alliance étroite entre l'Autriche, la Russie et la Prusse; alliance qu'il considère comme le gage le plus sûr du repos de l'Europe où, d'après ce que Sa Majesté doit avoir dit, on ne tirerait plus un coup de canon à l'avenir sans la permission de ces trois Puissances. L'on m'assure de bonne part que ce Monarque, lorsqu'on lui a présenté un mémoire sur les garanties qu'on pourrait offrir à l'Autriche, en demandant qu'elle se rende ainsi à sa volonté, n'a fait qu'écrire au haut de ce mémoire — que sa parole seule suffisait.

L'Autriche étant d'opinion que l'Empereur a manqué à tous ses engagements relativement à la Pologne, ne se prêtera pas à sa proposition.

La conférence du comte Rasoumowsky avec le Prince de Metternich à laquelle le Prince Hardenberg assistera, doit avoir lieu aujourd'hui.

Le Prince Metternich m'a assuré que sa réponse négative au Chancelier de Prusse serait très-catégorique. Mais ce qui m'a frappé, c'est que j'ai conclu de son discours qu'il allait exprimer, que dans le cas que la Prusse ne céderait pas sur la Saxe, que sa possession ne serait pas reconnue par l'Autriche. Il serait très-étrange, si le cabinet autrichien voulait ainsi manifester d'avance une résolution qui prouverait à la Prusse qu'on se bornerait à bouder. J'ai représenté au Prince Metternich qu'une déclaration pareille donnerait gain de cause à la Prusse, qui sans doute soutiendrait sa

thèse, en attendant que l'avenir amènerait la reconnaissance de son usurpation. Il est impossible de prévoir au juste de quelle manière finira cette affaire dont l'issue dépend du congrès. Le Prince Talleyrand m'assure que l'Empereur de Russie après avoir obtenu son but en Pologne, désirerait voir la Prusse céder sur la Saxe. Le Prince Czartorysky est sans doute du même avis. Le comte Nesselrode a perdu le crédit dont il jouissait près de son maître. Pozzo a tenu un langage trop loyal et indépendant pour ne pas lui avoir déplu. C'est surtout Stein, Czartorysky et Capo d'Istria qui approchent l'Empereur.

Il n'y a que le premier, qui par sa violence pourrait souffler le feu de la guerre. Les alentours du Roi et plusieurs diplomates prussiens, abordent dans le même sens. Mais il serait par fois trop absurde et trop immoral de vouloir risquer le sort de l'Europe et de la Prusse elle-même pour la question — non pas si la Prusse aura l'accroissement qu'elle demande, mais si elle l'aura exactement sur un point sur lequel les autres puissances ne sauraient le lui accorder!

J'ai parlé dans mon dernier rapport de la lettre du Prince Talleyrand à Metternich. Il vient de la communiquer officiellement à Lord Castlereagh avec une note qui dit qu'il importe également à la Grande Bretagne et à la France, de mettre fin à la Révolution et de rétablir l'ordre en Europe. — Que deux objets ont causé ses troubles. — La lutte contre les principes monarchiques et républicains. Que la force des circonstances et de la raison a fait triompher les premiers. Que la seconde lutte a été entre les anciennes et les nouvelles dynasties. Que la cause de la justice avait

également triomphé en France. — Mais qu'il voyait à regret deux dynasties menacées, celle de Sicile par l'existence de Murat à Naples et celle de Saxe par les prétentions élevées par la Russie et par la Prusse. — Qu'il serait important pour la France et l'Angleterre, de faire tout rentrer dans l'ordre et de soutenir les lois de la justice. — Nos affaires d'Allemagne reposent toujours. — Le Prince Metternich m'a promis de me communiquer son nouveau plan pour l'organisation de l'Empire. — J'ai répété qu'il me paraissait que l'exclusion de la Prusse de la ligue, était une mesure à laquelle il ne faudrait recourir que lorsque ce serait le dernier refuge. Il n'est pas douteux que le Hanovre serait fort exposé par une mesure que la Prusse regarderait comme hostile.

Le Roi de Wurtemberg a quitté Vienne. Il a prodigué des cadeaux, qui surpassent de beaucoup les moyens de son malheureux pays.

Le mariage du Prince Royal de Wurtemberg avec la Grande Duchesse Catherine n'est pas déclaré, mais il ne souffre plus de doutes. — L'Impératrice Mère de la Promise y a consenti.

Je suis etc.

E. G. M.

A Son Altesse Royale Monseigneur le Prince Régent.
État de la négociation sur la Saxe.

Vienne le 21 Janv. 1815.

Monseigneur!

Les négociations sont toujours encore au même point. Cependant je n'ai plus de doute que la Prusse et la Russie céderont sur la question principale, quoiqu'on n'en soit pas officiellement convenu, celle de l'incorporation de la totalité de la Saxe à la Prusse. — Les Russes paraissent convaincus que cette mesure ne serait nullement nécessaire à la reconstruction de la Prusse. — Le travail que Lord Clancarty, le Duc de Dalberg et moi avons fait à ce sujet, et qui a été ensuite de nouveau examiné en présence du Baron de Wessenberg, prouve que la Prusse en obtenant de la Saxe un district contenant une population de 906,369 âmes, qu'on croit pouvoir lui ôter sans rendre l'existence politique de la Saxe pénible et en lui conservant ses communications par Bautzen à Zittau (position à laquelle l'Autriche attache un grand prix) et en laissant encore Leipzig au Roi de Saxe, peut être reconstruite de façon à obtenir tout et plus même que les traités lui destinent, que Hanovre et Weimar peuvent être satisfaites de leur demandes, et qu'il resterait encore un surplus considérable à la disposition des alliés. — Il serait effectivement déraisonnable de vouloir disputer sur la suffisance des objets disponibles et d'en faire un argument pour insister sur l'incorporation totale de la Saxe. Car les derniers plans du Chancelier Hardenberg portent les pertes de la Prusse à

3,080,215 âmes y compris 119,500 pour Hildesheim, cédé au Hanovre — en ajoutant 18,0000 âmes qui nous sont encore dues, 231,500, ainsi que 51,000 pour Weimar, la population nécessaire à trouver se monterait donc à 3,411715;

pour l'obtenir la Prusse demande la Saxe entière	2,051240
Elle veut que la Russie lui laisse du Grand Duché de Weimar	810268
Le Duché de Berg	299877
Königswinter	3000
Duché de Westphalie	131888
Dortmund et Corvey	19500
Fulda	48628
Sur la rive gauche du Rhin	729228
un total de	4,093629

ce qui lui donnerait un surplus de 681914 âmes.

Elle prétend que ce surplus lui serait dû, parce que l'Autriche et d'autres états s'agrandissent. — Elle offre d'ailleurs au Roi de Saxe sur la rive gauche du Rhin, un établissement contenant 704000 habitans. Si l'argument tiré de l'insuffisance des objets est entièrement faux, celui qu'on voudrait baser sur la position géographique le serait bien davantage.

Il est très-frappant qu'un cabinet qui a refusé de faire cause commune avec le reste de l'Europe pour empêcher que la Russie ne s'approche de l'Oder, et qui par là s'est mis dans la dépendance de cette puissance, insiste aujourd'hui sur une ligne par laquelle elle n'a jamais été inquiétée et qui ne peut être utile que contre l'Autriche.

La France et l'Autriche ont tout de suite observé que, s'il y avait assez de territoire disponible pour donner un surplus de 681000 âmes nullement dû à la Prusse en assignant au Roi de Saxe 700000 sujets sur la rive gauche du Rhin, qu'il y avait autant moins de raison à l'incorporation où même à une grande cession de la Saxe, surtout comme la disposition sur les médiatisés donnerait encore une grande latitude.

L'Autriche remarque surtout dans un contreprojet, que le Prince Metternich m'a fait lire que l'idée de placer le Roi de Saxe aux Pays-Bas, serait le jeter entre les bras de la France, que la Prusse avait tort de réclamer un si grand surplus sur ce qui lui était dû, vu que l'Autriche en consentant à prendre l'année 1805, pour échelle de la reconstruction, avait déjà rénoncé à plus de deux millions de sujets que la guerre de la révolution lui avait fait perdre avant cette époque, tandis que ce même terme était celui ou la Prusse s'était élevée au plus haut degré par les avantages que Bonaparte lui avait accordés. — A ce mémoire était ajouté un autre, de la part du Prince Schwarzenberg, prouvant que la position que la Prusse recherche, serait absolument offensive contre la Bohème, où il n'y a que deux fortresses insignifiantes, Josephstadt et Theresienstadt. Lord Castlereagh ne voulant pas concourir à troubler le repos du continent pour une pure question territoriale, a tâché de porter la France et l'Autriche à céder sur les points en litige. — J'ai parlé au Cte. Stadion qui ainsi que Schwarzenberg est censé être le plus fort dans l'opposition contre Metternich, afin de lui faire sentir qu'il serait bien plus important de consolider le système récemment établi que de courir la

chance d'une guerre, à laquelle l'Angleterre ne pourrait intervenir dès qu'elle n'aurait plus pour cause qu'une simple question de limites. — Stadion m'a assuré que ni lui, ni Schwarzenberg ne songeraient à faire la guerre sur cette question, mais qu'il avait lieu de se plaindre de ce qu'on abandonnait trop vite ses intérêts qu'on pourrait sauver en insistant. — Talleyrand m'a dit la même chose, content d'avoir sauvé le principe de la légitimité sur laquelle repose le maintien du Roi de Saxe, il regarde la conservation d'une ligne plus — en Saxe comme importante pour la conservation de l'Autriche, qui se verrait forcée sous les rapports que la position de la Russie et celle qu'on prépare pour la Prusse, à maintenir un état militaire surpassant ses forces et ses finances. — Effectivement à quoi servirait-il d'avoir sauvé le principe, si on le rendait illusoire dans l'exécution des mesures qui devraient en découler. — Ma conversation avec Talleyrand et de même celle que j'ai eu avec Metternich me firent concevoir l'espoir que la paix ne serait point troublée.

Un entretien que j'ai cependant eu hier avec le Chancelier de Prusse sur son invitation me jette de nouveau dans le doute. Il m'a confié sous le sceau du secret qu'il proposera au Roi son maître de céder sur la demande de la totalité de la Saxe — mais tout ce qu'il compte laisser à ce pays se borne à une population de 840 mille habitans. Il lui coupe Leipzig et les routes de communications, ne veut pas laisser à la Saxe la partie de la Lusace vers Bautzen et Zittau, que l'Autriche ne croit pouvoir donner à la Prusse, et demande en outre Bayreuth. Or, il me paraît impossible

que l'Autriche et la Bavière consentent à un pareil arrangement, surtout comme la Saxe serait ruinée en ne conservant que le petit rayon de Dresde et le cercle des mines qui renferme 600,000 habitans en grande partie pauvres. J'ai tâché de le faire entendre au Prince Hardenberg, mais il m'a répondu avec chaleur qu'il demanderait, après avoir vu le contreprojet de lui donner son ultimatum. Que s'il n'était pas accepté, la Prusse ferait la guerre avec 300,000 hommes, soutenu par la Russie — que dans ce cas elle ne saurait rien ménager et qu'elle regarderait comme ennemis tous ceux qui ne seraient pas pour elle. Il fit nommément mention du Hanovre et de l'Angleterre, sentant bien lui-même, que nous ne saurions être pour la Prusse dans une telle cause. Je me gardai de relever le propos afin d'éviter des explications inutiles.

Talleyrand croit être sûr que l'Empereur Alexandre et les Russes ne veulent plus la guerre, on dit même que le Roi de Prusse lui serait contraire. Le ton à Berlin doit être très-guerrier, et ce ton a plusieurs fois décidé de pareilles questions.

Je suis etc.

E. G. M.

Secrette.

Vienne le 11 Mars 1815.

Monseigneur!

Depuis ma très-humble dépêche du 5 Mars, j'ai reçu les rescripts de Votre Altesse Royale en date du 21 Févr. qui me confirment de nouveau la répugnance

qu'Elle a d'abandonner le Duché de Lauenbourg. — Ce sentiment m'est en lui-même trop respectable pour ne pas sentir combien il gagne de prix par l'argument fondé sur le doute que lui dicte sa délicatesse, de ne vouloir disposer d'une province du vivant du Roi son auguste Père. — Je me garderai bien de combattre un sentiment que je révère. — Je ne fais que déplorer la nécessité qui a guidé mes démarches et qui m'a placé dans la situation d'un malade qui consent à sacrifier un de ses membres pour sauver le reste du corps. — Le Prince Souverain des Pays-Bas, s'est trouvé dans une position plus pénible que Votre Altesse Royale, ayant été appelé à céder tous ses états héréditaires. — Dans sa lettre à Lord Clancarty, il se lamente sur cette nécessité — en ajoutant que ce qui le console le plus, c'est d'avoir à l'avenir le Hanovre pour voisin. — Si un état de 5 millions d'habitans jouissant d'une frontière étendue le long de la mer, qui d'ailleurs est protégé par des forteresses, ajoute tant de prix à se défaire des Prussiens sur l'un de ses côtés — combien cet avantage ne devait-il pas être important pour Nous. — En attendant, il ne me reste maintenant qu'à attendre les résolutions finales que Votre Altesse Royale daignera prendre après avoir pesé le contenu de mes dépêches du 14 Févr. et entendu Lord Castlereagh.

Je tâche de différer autant que je puis la conclusion du traité formel avec la Prusse, quoiqu'il ne saurait être qu'explicative des articles préliminaires dont je suis convenu avec le Prince Hardenberg.

La nouvelle guerre que l'on croit devoir s'allumer en France par la présence de Bonaparte paraît devoir hâter la conclusion de toutes les affaires. — On vise

surtout à faire cesser l'état provisoire qui a été tellement oppressif pour toutes les provinces qui attendaient de voir régler leur sort définitif par le congrès. Lord Clancarty a déjà écrit au Prince d'Orange pour l'engager à prendre définitivement possession de ses nouveaux États. La Prusse en agira de même, et ce serait sans doute pour nous le moment de presser la cession de la Frise orientale et de Lingen. Mais il est douteux si je pourrai, en y insistant, faire différer la cession du Lauenbourg. Je tâcherai d'obtenir un délai en me servant du prétexte que l'Electeur de Hesse, ne s'étant pas décidé à l'égard des cessions qu'il aurait à nous faire, nous resterions toujours d'une 20,000 sujets au-dessous de la population qui nous serait due et que la Prusse possède en attendant. Je crains cependant que le Chancelier de Prusse avec la meilleure volonté ne puisse trop favorisé nos voeux, le Roi son maître étant de très-mauvaise humeur à cause des arrangemens pris pour le Hanovre. Il la lui témoigne souvent d'une façon peu obligeante. Ce sentiment s'augmente par le danger auquel les Provinces transrhénanes seraient exposées en cas d'une nouvelle guerre en France. J'avoue, Monseigneur, que le doute sur ses résolutions finales m'ôte pour le moment cette assurance qui facilite le succès des négociations. Le Duc de Cambridge vient de m'envoyer à ma demande le Major Prot, officier habile dont je voudrai me servir en discutant sur les arrangemens militaires de l'Allemagne. On tâchera sans doute de pousser l'arrangement de l'affaire territoriale de la Bavière afin de recommencer les conférences sur la ligne germanique. Un nouvel accident qui menace de la retarder, origine dans les

dispositions despotiques du Roi de Wurtemberg qui veut donner une nouvelle constitution à son Royaume contre laquelle tout le monde crie. Ce sont surtout les Princes médiatisés qui en se soumettant avant d'attendre la décision finale du congrès, se verraient par là à jamais confondus avec les simples sujets de Sa Majesté Wurtembergeoise. V. A. R. daignera voir ci-joint la dernière note remise à cet égard par les médiatisés, ainsi que la note que j'ai adressée aux membres du comité allemand à ce sujet. J'y joins également le projet d'une note prussienne auquel j'ai promis d'accéder. Il faudra maintenant que le congrès se décide, s'il se croit autorisé à rendre un lien vraiment fédératif à l'Allemagne, ou si en renonçant à sa véritable union on devra se contenter d'un simple système d'une alliance permanente entre les divers états. Je crois avoir en cette occasion soutenu les principes qui ont montré à Votre Altesse Royale la confiance générale de l'Allemagne.

Je suis etc.

E. G. M.

A Son Altesse Royale Monseigneur le Prince Régent.

Vienne le 18 Mars 1815.

Monseigneur!

Votre Altesse Royale aura sans doute approuvé la déclaration faite le 13 Mars par les huit Puissances signataires du traité de Paris contre Bonaparte. Il est à désirer que toute l'Europe agisse avec le même accord et avec l'énergie que respire cet acte, fait à la

vérité dans un tems où l'on était loin de prévoir l'étendue du danger qui se manifeste aujourd'hui d'une manière si allarmante.

Il n'est plus tems de se désoler sur l'insouciance presque criminelle de ceux qui auraient dû mettre Bonaparte hors d'état de nuire. Je l'ai fait en vain, lorsqu'il était tems d'y remédier. La même insouciance s'est manifesté au congrès sur tout ce qu'on aurait dû faire pour raffermir l'excellent esprit du peuple qui a produit ces heureux résultats dont nous avons si mal profité.

Partout on a montré qu'on avait fait la guerre plutôt aux succès qu'aux principes de Bonaparte! Nulle justice a été rendue au faible. L'oppression de beaucoup de Provinces de l'Allemagne a été continuée, et les charges qui pesaient sur le peuple ont été en bien des lieux augmentées par les abus des gouvernements provisoires. Toutes les réclamations contre l'abus du pouvoir dans le sud de l'Allemagne, surtout dans le Wurtemberg et Bade ont été infructueuses et depuis 4 mois le congrès ne s'occupe presque plus de la fédération Germanique. C'est sous l'influence des sentimens que tant de torts font naître, qu'on appellera de nouveau l'Allemagne divisée à réunir ses efforts contre la France. Ce qu'il y a de pire, c'est que les Puissances bien qu'unies en apparence, se rappelleront que la méfiance qui a manqué empêcher le succès de la campagne de l'année dernière, n'a été que trop justifié par les évènemens. Si l'Autriche craignait les progrès de la domination russe en Pologne, lorsque des traités clairs lui prescrivaient des bornes, de quel oeil verra-t-elle de nouveau les armées russes invader

l'Allemagne — et osera-t-on se fier aux Polonais eux-mêmes dont on n'a rempli les attentes que par des promesses.

L'affaire de la Saxe n'est pas terminée, le Roi ayant différé son consentement aux cessions qu'on lui demande, quoique la Grande Bretagne, l'Autriche et la France aient déclaré qu'ils ne sauraient plus rien faire pour lui, et que la médiation demandée par ce Prince ne saurait s'accorder que pour l'exécution des arrangemens et après qu'il y aurait purement consenti.

L'arrangement territorial entre l'Autriche et la Bavière est également en suspens. Il s'agit entre autre d'engager l'Electeur de Hesse à la cession du Comté de Hanau. Peut-être toutes ces complications seraient-elles moins grandes si on avait donné une forme un peu différente aux délibérations du congrès. l'Acte du 13 Mars en donne un exemple frappant. On se demande avec raison de quel droit les 8 Puissances signataires du traité de Paris, parlent au nom de tous les souverains de l'Europe, qu'ils ne se sont pas même donnés la peine de consulter? de quel droit la Suède et le Portugal décident-ils pour la Sardaigne, le Danemarck, les Pays-Bas ou la Bavière. Le Roi de Bavière et celui de Danemarck tous les deux présents, ont avec raison considéré cette omission comme une insulte.

Avec tant de motifs de jalousie et de méfiance on se demande avec raison quel sera le degré d'ensemble et d'union de cette coalition générale, on a même déjà fait des observations sur ce que l'Autriche ne voulait envoyer que 30000 hommes sur le Rhin, vers Offenbourg, en concentrant ses forces en Italie. Il paraît cependant que les dépêches du Général Vincent arri-

vées hier de Paris ont dissipé ce doute probablement mal fondé. Car le Général annonce que la haine de l'armée française est surtout dirigée contre l'Autriche. Quel que soit ce sentiment, celui qui est le plus général en France c'est de reconquérir la rive gauche du Rhin. Cette expédition nous entraînera sans délai dans la guerre et rendra incertain tout ce que nous avons arrangé avec la Prusse. Le Duc de Wellington part incessamment pour se mettre à la tête de l'armée anglaise dans les Pays-Bas.

Je ne connais pas encore le résultat des conseils militaires tenus sur les armemens de l'Allemagne. J'apprends qu'il s'agit de rétablir les armées telles qu'elles étaient en 1813, de manière que le Hanovre formerait de nouveau un corps avec les Brunsvicquois, les Oldenbourgeois, les Contingens des villes anséatiques et ceux de Mecklenbourg. C'est depuis hier qu'on connaît par les dépêches du général Vincent, l'étendue du danger. Mr de la Bensadure, que je vis ce matin me dit qu'il ne s'agit pas d'une défection de l'armée française, mais d'une trahison tellement générale, qu'on ne saurait même s'attendre à une guerre civile.

Il est question parmi les puissances de renouveler le traité de Chaumont, d'après lequel la Grande Bretagne, l'Autriche, la Prusse et la Russie devraient chacune fournir 150,000 hommes. Quant aux subsides demandés à l'Angleterre, le Duc de Wellington n'a pu que soumettre la question à son gouvernement — promettant toutefois que l'Angleterre payerait en argent le nombre de troupes qui manquerait à sa quote de 150,000 hommes.

Comme on a l'intention d'inviter le Danemarck, la

Sardaigne, les Pays-Bas, la Bavière et le Wurtemberg d'accéder au traité, le Duc m'a demandé si le Hanovre devrait être également invité, ou s'il ne vaudrait pas mieux agir simplement comme subsidie par l'Angleterre. J'ai sans hésiter préféré que le Hanovre soit invité, afin de conserver son rang parmi les puissances indépendantes. Je tâcherai cependant de faire limiter à 12,000 hommes, le corps que nous ajouterons à celui qui sert avec l'armée anglaise.

Me flattant que Votre Altesse Royale daignera approuver ma façon de voir, j'expédierai demain un courrier à S. A. R. Monseigneur le Duc de Cambridge et à notre Gouvernement pour que les armements nécessaires se préparent.

J'espère pour le bien de l'Allemagne que la Suède ne sera point invitée de se joindre à nous.

Je suis etc.

E. G. M.

P. S.

Je reviens de la cour. Des 4 Ambassadeurs français aucun n'a paru, quoique les nouvelles de Paris du 11 soient un peu meilleures. En revanche Eugène Beauharnais s'est trouvé à la cour. Murat a fait déclarer ici qu'il resterait fidèle à ses engagemens avec l'Autriche. Malheur à qui s'y fie. Les démarches faites pour arrêter Joseph Bonaparte en Suisse, manqueront probablement. On conduira Jérome et ses soeurs à Gratz et à Brunn.

Le Roi de Prusse donne le commandement de ses troupes à Blucher. Schwarzenberg commandera les

Autrichiens sur le haut Rhin. Peut-être l'Archiduc Charles commandera-t-il en Italie.

E. G. M.

A Son Altesse Royale Monseigneur le Prince Régent.

Vienne le 25 Mars 1815.

Monseigneur!

Il nous est arrivé aujourd'hui plusieurs courriers anglais dont celui expédié le 14 Mars m'a remis les rescripts dont Votre Altesse Royale a daigné m'honorer sous cette date. Plus j'ai regretté de m'être trouvé dans la situation pénible de devoir céder sur une chose à la conservation de laquelle Votre Altesse Royale attachait avec raison un grand prix et de consentir à la cession du Duché de Lauenbourg afin de sauver des intérêts encore plus essentiels, qui auraient été compromis par mes refus — plus je me sens heureux depuis que ces dépêches me rassurent sur le doute, si Votre Altesse Royale aurait approuvé ma façon de juger cette question. Je suis maintenant tranquillisé sur ce point qui me tenait infiniment à coeur, et je suis vivement touché de la magnanimité avec laquelle V. A. R. m'accorde le témoignage de sa pleine approbation dans une affaire où je n'ai su accorder ses voeux avec ce qu'exigeait l'intérêt majeur de ses États. Elle daignera excuser les appréhensions trop vives que j'ai manifestées à cet égard dans ma correspondance particulière.

Je mettrai tout mon zèle à tâcher de racheter le Lauenbourg. Cette affaire est cependant en suspens, par les chicanes que fait la Suède contre la cession

de la Poméranie suédoise au Danemarck, Province contre laquelle le Lauenbourg devait être échangé.

La Prusse paraît assez indifférente sur ce point puisqu'elle est dès longtems convenue éventuellement avec la Suède sur le prix qu'elle payerait pour la Poméranie. Les nouveaux armements causent beaucoup de frais à la Prusse, il lui sera difficile de faire l'acquisition sans songer à payer une partie par la cession d'autres possessions.

Malgré qu'on ait désiré avancer les affaires du congrès pour se livrer exclusivement à l'attention qu'exigent les troubles en France, on n'avance que lentement.

Les arrangemens territoriaux entre l'Autriche et la Bavière ne sont pas terminés, le Roi de Saxe fait espérer son consentement sur la cession qu'on lui demande, mais il ne l'a pas encore donné. Ces deux points doivent être réglés avant que l'on puisse songer à avancer les affaires d'Allemagne.

La question, si on accorderait au Roi de Saxe, même dans le cas qu'il consentirait aux arrangemens convenus au congrès la possession de son pays et la disposition de son armée, cause des doutes. La Prusse n'a fait que poser la question. En attendant cette puissance a fait plusieurs démarches qui ne démontrent que trop clairement son désir de s'arranger une suprématie militaire sur le Nord de l'Allemagne. Dans le conseil militaire qui a été tenu ici, on a voulu assigner toutes les troupes des Princes du Nord de l'Allemagne, à l'exception du Hanovre, de Bronsvic et de Oldenbourg pour former une masse avec l'armée prussienne. Le Duc de Wellington ayant fait remarquer

la nécessité de renforcer l'armée anglaise dans les Pays-Bas, la Prusse lui a offert le commandement d'une partie de la sienne. Le Duc n'a cependant pas donné dans ce piége. Il a au contraire refusé net de se charger du commandement des Prussiens et a insisté sur ce que les contingens des Princes du Nord lui fussent assignés, assurant qu'alors il défendrait le Nord de Allemagne et la Hollande contre toute attaque.

Le Prince de Hardenberg lui a objecté que les Princes d'Allemagne n'avaient pas le droit de disposer de leurs troupes. Mais le Duc a répondu avec raison que les lois de la fédération n'étaient pas encore fixées, ayant envoyé il y a huit jours un courrier à Hanovre, afin de prévenir le gouvernement sur la nécessité de mettre nos troupes au nombre de 12,000 hommes en état de marcher. J'ai sur l'avis du Duc de Wellington, écrit des lettres confidentielles à l'Electeur de Hesse et au Duc de Bronsvic, afin qu'ils s'adressent au gouvernement anglais pour compléter l'armée que la Grande Bretagne devra mettre sur pied, d'après le traité de Chaumont qu'on à voulu renouveler.

Les puissances signataires de ce traité ont montré moins de zèle à renouveler ces stipulations, lorsqu'elles ont trouvé que le Plénipotentiaire britannique ne voulait rien leur promettre au sujet des subsides. Je crois qu'il en est, que l'Autriche et la Prusse auront beaucoup de peine à subvenir aux frais de la campagne. Quant aux Russes ils ont profité de 13 à 17 millions d'Ecus à la dernière campagne sur leur dépense ordinaire. Mais c'est en ne pas payant que cela s'est fait, et cet exemple qui nous coûte si cher, rend la perspective de voir reparaître ses armées en Allemagne plus omineuses. Dès

le 1 Avril les Russes au nombre de 50 mille entrent en Bohème, 150 mille passent par la Silésie et par la malheureuse Saxe.

Les Prussiens auront en tout 216 mille hommes et les Autrichiens près de 400 mille. Leurs régimens sont-très forts. Une seule brigade qui passa par ici il y a quelques jours était de 11,000 hommes. Leur force principale se dirige sur l'Italie. Murat depuis le 9 Mars s'est avancé sur tous les points vers la frontière romaine. Le Ministre de Murat dit toujours que son souverain veut agir dans le sens de son union avec l'Autriche. Il paraît que sur ce point, on attendra à se convaincre du danger jusqu'à ce qu'il soit trop tard — tout comme on l'a fait à l'égard de Bonaparte. On assure que Lucien parle sans réserve à Rome sur le rétablissement de son frère.

Votre Altesse Royale est sans doute informée sur le complot formé ici, pour enlever le fils de Bonaparte de Schœnbrun. Il paraît que la correspondance entre les habitans de ce château et de l'Ile d'Elbe a été conduite par une M^me^ Amacanthe, espèce de demi-femme de chambre, moitié dame d'honneur de Marie Louise, dont le mari est resté avec Napoléon. Mr de Montesquieu qui était à la tête de l'entreprise de l'enlèvement a été renvoyé, les uns disent à la forteresse de Mongatsch, les autres en France. Sa mère Grande Maîtresse de Marie Louise est aussi partie. Le petit ci-devant Roi de Rome a été logé au Palais Impérial en ville.

J'ai été invité ces jours à une conférence sur la navigation des rivières qu'on voudrait rendre libres, d'après les principes adoptés pour le Rhin. Il m'a

paru que cette affaire était assez mal digérée et je ne me suis nullement cru appelé à faire gratuitement des sacrifices aux dépens de V. A. Royale pour favoriser quelques idées vagues sur la liberté du commerce! J'ai donc trouvé nécessaire de donner la note ci-jointe ad protocolle du 24 Mars.

Les Princes d'Allemagne viennent de présenter la note ci-jointe afin de faire terminer les affaires d'Allemagne. J'ai engagé Lord Wellington de s'intéresser pour cette affaire importante. Tous ces Princes sentent leur danger et me témoignent de la confiance pour le Hanovre.

La raison que le Duc de Wellington allègue en confidence pour ne pas avoir accepté le commandement d'un corps prussien, c'est l'esprit qui se manifeste dans cette armée contre les arrangements pris par son gouvernement et le mécontentement qu'ils ont osé manifester sur l'arrangement relativement à la Saxe, dont ils accusent surtout l'Angleterre. Je crois que le Duc a très-justement apprécié cette circonstance.

Je suis etc.

E. G. M.

The Kings German Legion.

A Son Altesse Royale Monseigneur le Prince Régent.

Vienne le 8 Avril 1815.

Monseigneur!

Au moment où nous sommes obligés de faire les plus grands efforts pour reconquérir la tranquillité que la paix de Paris et le congrès de Vienne auraient

peut-être assuré à l'Europe si on n'avait pas fait l'expériment dangereux d'avoir transigé avec le crime en laissant Bonaparte, Murat et nombre de leurs complices en état de nuire. Je crois remplir un devoir sacré, en m'occupant des moyens pour rendre les secours que nous pouvons donner à la cause commune aussi efficaces qu'il peuvent le devenir et pour maintenir la gloire militaire dont le Hanovre a de tout tems joui. Il est naturel que notre armée ne saurait être parfaite à l'heure qu'il est. Une longue guerre a d'autant plus moissonné notre population qu'outre le nombre de militaires — qui ont été assez heureux de pouvoir parvenir à combattre pour leur souverain légitime la conscription de l'usurpateur, en a traîné un grand nombre à la boucherie. C'est après un tel épuisement que nous avons recommencé à lever en présence de l'ennemi un nouveau corps de troupes. Nous sommes parvenus, avec l'assistance généreuse de la Grande Bretagne, à mettre 30,000 hommes sous les armes. La bonne volonté, le zèle le plus ardent même, ne saurait cependant suppléer au défaut d'officiers expérimentés et aguerris. Les 26,000 hommes que nous aurons bientôt en Flandres sont, à ce que j'apprends, bien en hommes, mais il est naturel qu'ils devront se ressentir de ce manque si essentiel.

D'un autre côté la légion allemande, ce corps qui a servi avec tant de distinction sous le premier Capitaine de notre siècle, compte un grand nombre d'excellents officiers, tandis qu'il est réduit en nombre et qu'il se trouve sans moyen de se recruter, à moins que le Hanovre ne lui fournisse les hommes. Notre population ne souffre cependant pas d'excéder le nombre

surmentionné des troupes que nous mettons en campagne, car il en faut encore pour défendre l'intérieur du pays et pour maintenir la police.

Dans cet état des choses rien ne serait plus naturel que de songer à réunir dès à présent deux corps qui sont destinés à l'être un jour. L'Angleterre est convenue en 1805 de nous rendre six mois après la paix « such men of the Legion as are liable to serve, as a corps, in their state of military equipment ». Le terme de cette restitution était à la vérité échu à la fin du mois de Novembre 1813. Mais il est heureux sous les circonstances présentes, que la légion allemande soit restée sur pied. Je crois que ce serait une faute impardonnable si de la part du gouvernement du Hanovre, on ne songeait pas à conserver pour l'avenir la légion telle qu'elle est et sans trop changer sa composition. L'esprit de corps ne se donne pas; il doit être acquis par le service même.

C'est effectivement dans la vue de conserver la légion que Votre Altesse Royale a différé à faire lever des régiments de Gardes à Hanovre, afin de pouvoir ci-après faire entrer la légion à notre service, comme Gardes Hanovriennes.

L'armée du Duc de Wellington gagnerait, si on pouvait engager la légion à passer dès à présent à notre service pour la faire compléter, soit par des bataillons de ligne, dont on renverrait les cadres dans le Hanovre, soit par des Volontaires des bataillons de Landwehr. L'Angleterre et le Hanovre pourraient s'arranger, pour le calcul des nombres à fournir par chaque puissance, en comptant le nombre d'hommes qu'ils auraient respectivement fourni pour leur part.

La difficulté principale qu'il faudrait vaincre, ce serait celle qui résulte de la différence de la solde ainsi que des avantages stipulés aux officiers de la légion qui jouissent d'un rang permanent dans l'armée anglaise et qui ont droit de prétendre à la demi paye — avantage trop considérable pour pouvoir leur être bonifié par le Hanovre dès que l'Angleterre voudrait les leur disputer du chef de la règle qu'un officier perd ces avantages en entrant en service étranger.

Je ne saurai hasarder de faire des propositions pour lever cette difficulté. J'ignore si le gouvernement anglais pourrait assigner aux officiers des annuités équivalents à la demi paye lorsqu'ils passeraient au service du Hanovre. Pour tout le reste je suis persuadé que si Votre Altesse Royale, veut consulter Monseigneur le Duc de Cambridge et employer le Général Charles Alten pour arranger l'affaire avec la légion elle-même, que le corps se portera volontiers à tous les arrangemens équitables et qui tendront à la gloire des armes de Votre Altesse Royale.

L'opinion du Duc de Wellington devant être d'un grand poids dans cette affaire, j'expédie sur l'avis de Lord Clancarty cette dépêche sous cachet volant à son Excellence, afin qu'elle puisse, si elle le jugeait à propos, l'accompagner de ses remarques. L'arrangement devrait se faire de manière à ne pas devenir onéreux à nos finances, qui ne sauraient supporter des charges majeures à celles, qui pèseront sur elle, d'après les arrangemens qui existent déjà.

Je suis etc.

E. G. M.

A Son Altesse Royale Monseigneur le Prince Régent.

Vienne ce 8 Avril 1815.

P. S.

Les affaires *générales du congrès* n'avancent presque pas, l'Espagne refuse absolument son consentement à l'égard des arrangemens dont on était convenu relativement à l'Italie. Elle tient rigoureusement aux droits de la Maison Espagnole de Bourbon sur la Toscane, Parme et Plaisance.

De l'autre côté la Bavière ne veut pas se contenter des indemnités qu'on lui offre pour le Salzbourg et l'Inn Viertel quoiqu'elle y gagnerait 300000 fl. de rentes annuellement et une population de 200000 habitans. Cette affaire retarde surtout celles de l'Allemagne. Il paraît d'ailleurs que le Wurtemberg est plus éloigné que jamais de se conformer à un ordre politique et national en Allemagne. Il compte peut-être de pêcher en eau trouble, tandis que de l'autre côté la diète nouvellement convoquée résiste aux innovations tyranniques proposées par Sa Majesté Wurtembergeoise. Quant à l'affaire de la Bavière il n'est guère à nier que l'Autriche y mette une modération qui approche de la faiblesse et qui fait du tort au Prince Metternich dans le public.

Son traité avec la Bavière est clair à l'égard de la cession de Salzbourg. Le Duc de Wellington était persuadé que l'Autriche devait insister sur cette position. Néanmoins l'Autriche a encore abandonné son droit. Hier soir l'affaire se rapprochait de la conclusion. La Bavière ne voulait céder qu'à peu près la

moitié du territoire de Salzbourg, elle demandait Elvangen de Wurtemberg et se réservait la réversibilité du Palatinat sur le Rhin dans le cas que la ligne masculine de Bade vint à s'éteindre. Je crois même qu'on pousse le projet sur tout le Margraviat de Bade qui pourtant devrait tomber sur le comte de Hochberg, fils légitime et reconnu du Grand-Père du Grand Duc d'aujourd'hui.

Le Roi de Saxe a déclaré avant-hier qu'il consentirait aux cessions territoriales qu'on lui demande. Mais il attache ce consentement aux trois conditions:

1) que les dettes du pays soient divisées non d'après la population, comme le veut la Prusse, mais d'après cette donnée réunie au revenu et à l'aréal.

2) Que la Prusse lui cède, au taux des frais de la fabrication $^3/_5{}^{me}$ du sel des salines saxonnes, que le partage, tel qu'il a été fait, sans égard aux circonstances locales, a assigné tout à la Prusse.

3) Que le Roi de Saxe ne délivrera ses sujets, tant Saxons que Polonais, de leur serment de fidélité, avant que de se voir de retour à Dresde.

Sur ce dernier point la Prusse ne veut pas céder, croyant voir dans la demande du Roi de Saxe une méfiance non méritée.

Voilà à peu près les principaux points qui nous arrêtent aujourd'hui.

En attendant Murat a levé le masque qui n'était jusqu'ici impénétrable que pour ceux qui trouvaient bon — de s'aveugler. Ses avant-postes ont attaqué les avant-postes autrichiens du régiment de Votre Altesse Royale près de Rimini. Les Autrichiens ont trois bons Généraux en Italie, Frimont, Bianchi et Nugent.

Mais ils devront commencer par céder du terrain pour n'avoir pas été en mesure à tems, ce qui les garantit, ce sont les places de Mantoue, de Plaisance et d'Alessandrie.

L'Empereur de Russie va maintenant prendre le titre de Roi de Pologne. Cette matière a été trop approfondie pour que l'on n'en sente toute l'importance fâcheuse. Le Duc de Wellington avait été trop sage pour se laisser induire à provoquer cette mesure, sans offrir ce titre à l'Empereur Alexandre, il a fallu céder en le lui accordant. Cependant on n'a pas cédé en ce qu'il avait demandé que l'Autriche et la Prusse donnassent des déclarations, accordant une espèce de nationalité à leurs sujets Polonais. Ce titre de Roi de Pologne, n'a pas encore été officiellement notifié. Je ne répondrai que lorsque j'aurai la réponse officielle à la notification du titre pris par le Hanovre. Lorsque je rappelais cette affaire l'autre jour au comte Nesselrode, il s'excusa que la note était encore avec l'Empereur, mais qu'en attendant il avait signé le traité d'accessit où le titre Royal était donné au Hanovre. Le Duc de Saxe-Weimar annonça hier son nouveau titre de Grand-Duc. Je ne saurai me refuser de le reconnaître au nom de l'Hanovre toutes les autres puissances ayant consenti. Maintenant nous verrons suivre cet exemple par le Duc d'Oldenbourg et de Mecklenbourg-Schwerin. Je suppose que V. A. R. ne s'opposera pas à leurs voeux. Quant au Roi des Pays-Bas, Grand Duc de Luxembourg, j'ai cru devoir lui répondre de la manière la plus polie en l'assurant que V. A. Royale n'aurait pas la moindre difficulté à reconnaître sa dignité au nom de l'Hanovre. En tout

cas je la prie de me faire donner ses ordres à cet égard, pour que je puisse donner les notes en forme.

Les préparatifs pour la guerre se poussent ici avec beaucoup de vigueur. Je suis persuadé et tout le monde, c'est que le Prince Metternich agira avec énergie, pourvu qu'ensuite les soupçons et les jalousies ne s'en mêlent. Il ne paraît pas sûr si l'Empereur Alexandre commandera en chef son armée ou s'il la donnera nominalement à Schwarzenberg, le commandement sur le Rhin est évalué à 264 mille hommes effectifs commandés sous lui, par le Prince Royal de Wurtenberg, le Maréchal Wrede, le Prince Hohenzollern et Jérome Colloredo avec une forte réserve sous l'Archiduc Ferdinand de Milan — l'ordre de bataille est bien choisi. Le Général ci-devant Saxon Langenau est quartier-maître général, Radezky ne reste que pour la forme et à cause de la jalousie des autres. Tous les Archiducs seront employés, mais non pas en chef. Il paraît singulier que l'Archiduc Charles prenne le Gouvernement de Mayence. Le Prince Royal d'Autriche même aura une brigade de Cavalerie.

Quelques dames de la famille Bonaparte ont été amenées en Autriche, on les logera au fort de Mungatsch. Cette rigueur aurait été plus désirable envers Jérome et Joseph qui l'un et l'autre se sont sauvés avant qu'on ait pu les retenir. Jérome a été averti par son épouse qui à son tour l'a été par le Ministre de Wurtemberg, auquel le Prince Metternich avait dit que le Sieur Jérome serait conduit à Gratz. S'il se présentait chez nous, je lui ferai faire un procès pour haute trahison. J'ai averti qu'on surveille le Sieur Camus auquel nous avons dû rendre une terre au

Hildesheim à la demande expresse de Sa Majesté de Prusse.

Mr. de Montesquieu qui avait été repris sur sa fuite se trouve à Monjutch. En revanche nous avons ici auprès du Prince de Talleyrand, le fameux Monterau.

Bonaparte a déjà fait donner des instructions à tous les Ministres de France dans l'étranger. Ils ne les ont pas reçus.

Beauharnais nous a quitté. L'Empereur Alexandre avait fait l'insulte à l'Allemagne de demander pour lui une Principauté en Allemagne. La Prusse a noblement résisté. On lui a dû proposer Ponte Corvo appartenant au Pape. Ceci n'a pas satisfait le ci-devant vice roi. Enfin on est convenu que le Roi de Bavière lui donnerait le château de Bayreuth avec ses dépendances et qu'on lui garantirait ses droits résultants du fameux traité du 11 Avril.

Je suis etc.

E. G. M.

Secrette.

A Son Altesse Royale Monseigneur le Prince Régent.

Vienne ce 12 Avril 1815.

Monseigneur!

J'ai expédié hier un courrier à Hanovre pour mettre Monseigneur le Duc de Cambridge et notre Gouvernement en possession de tout ce qui a rapport au traité d'alliance contre Napoléon Bonaparte et pour lui communiquer la dépêche du 8 que j'ai envoyée sous cachet

volant au Duc de Wellington relativement à la légion allemande.

J'ai profité de cette occasion pour acheminer à Londres l'Acte d'accession signé avec la Prusse. Votre Altesse Royale trouvera ci-joint la même pièce signée entre nous et les plénipotentiaires autrichiens. Tout ce que nous avons à arranger avec la Russie trouve tant de délais, que je ne saurai fixer le jour de la signature. En attendant je supplie V. A. R. de vouloir faire expédier les actes de sa ratification des 3 traités que je lui ai présentés jusqu' ici. A ma très-humble dépêche du 8 courant se trouvait joint la ratification de l'Autriche sur accession du Hanovre au traité du 3 Janv. que j'ai envoyé pour servir de modèle pour la forme des expéditions. J'ai joint à ma dépêche d'hier la ratification du même traité de la part de la France, ainsi que la correspondance qui a eu lieu sur le traité du 3 févr. entre moi et les plénipotentiaires du Roi des Pays-Bas et de Bavière.

Dans une conférence qui a eu lieu hier les arrangemens territoriaux entre l'Autriche et la Bavière ont été arrangés. La Bavière ne cède que cinq baillages du Salzbourg. Elle garde la ville qui lui donne une position militaire, que le Duc de Wellington croyait nécessaire à l'Autriche. La Bavière conserve également une partie du Hundsruck et du Inn Viertel, obtient Hanau, le Pays d'Isenbourg qui sera médiatisé et Mergentheim appartenant au Wurtemberg. Il s'agira maintenant de dédommager la Hesse, le Wurtemberg et Baden. Dès que cela sera arrangé je me flatte que nos affaires générales d'Allemagne chemineront un peu mieux.

En Italie les affaires sont venues à une décision qu'on aurait dû dès longtems prévoir. Murat a déployé 20,000 hommes devant le Général Bianché qui n'en avait que cinq et qui avait eu ordre de se retirer. Voyant cependant que Murat détachait une colonne pour le tourner il s'est jeté dessus et l'a battue en lui prenant 200 prisonniers. Le Général Filangeri qui a été mortellement blessé à cette occasion était la perle de l'armée de Murat.

Le peu de succès du Prince Metternich dans sa négociation avec la Bavière et la fin de toutes ces finasseries avec Murat font hautement crier contre ce Ministre, ces deux circonstances réunies à tout ce qu'on lui a reproché durant le congrès peuvent bien finir par miner son crédit près de l'Empereur son maître. Je crois effectivement que la guerre ouverte que l'Empereur Alexandre lui a faite, l'a en partie raffermi dans son poste. L'Empereur Alexandre a fait la paix avec lui, mais elle n'a été que froidement accueillie par le Ministre et je ne doute pas que la haine reste la même de part et d'autre.

J'expédie ci-joint à V. A. Royale la déclaration de l'Autriche contre Murat telle qu'elle a paru aujourd'hui. L'esprit en Italie qu'on croyait devoir redouter se montre au contraire contre Napoléon et Murat.

J'ai vu aujourd'hui la déclaration de l'Empereur d'Autriche relativement à ses possessions en Italie qui doit paraître le 18 du courant. Les Provinces y sont désignées: «La Provincie Lombarde et Venete fino al Lago Magiore, al fiume Ticino e Po; Mantova sopra la sponda destra di questo fiume. La Valtellina et le due contee di Chiavenna et Bormio, riunite all Impero

Austriaco — elevato al rango di un nuovo Regno sotto la denominazione dell Regno Lombardo-Veneto.»

La nouvelle déclaration des Puissances Européennes contre Napoléon, proposée par le Prince Talleyrand et fortement soutenue par l'Empereur Alexandre a donné lieu à de vives discussions qui paraissaient être terminées hier soir, au point que des copies furent distribuées à toutes les cours royales pour être signées. La déclaration fut même imprimée dans la soirée avec toutes les signatures placées en ordre alphabétique. Plusieurs ministres, nommément celui d'Espagne et de Portugal ayant refusé leur signature, et Lord Clancarty ayant renouvelé des difficultés qu'il avait précédemment faites, la déclaration sera de nouveau discutée. J'en suis bien aise, car je ne l'avais signée que parce que, je croyais ne pas devoir m'exclure seul dans une affaire agréée après 3 jours de dispute par toutes les puissances.

Je trouve en général la déclaration inutile, car celle du 13 Mars dit tout ce qu'il faut avant que de commencer les hostilités. Au fait toute la pièce me paraît une tentative de Talleyrand, dictée par Mr. Monterau pour faire sa paix avec les Jacobins. La déclaration est forte contre Napoléon, mais elle ne parle du Roi qu'en louant son gouvernement paternel. On ne dit nulle part qu'on veut le soutenir. Lord Clancarty a eu la plus grande difficulté à faire substituer à la dénommation de Roi rappelé, qu'on voulait donner à Louis XVIII, celle de Roi légitime. L'auteur voulait apparemment, indiquer que le Roi avait été rappelé sous condition d'accepter la constitution de Mr. de Talleyrand, et qu'il était déchu pour en avoir accordé une autre de son propre chef?

Cette déclaration promet en outre, qu'on posera les armes dès que la France offrira par ses institutions un gage de sécurité à l'Europe et lui promet d'avance les conditions du traité de Paris.

Selon moi, nous devons faire la guerre comme Alliés du Roi de France et regarder comme traîtres ceux qui combattent contre lui. C'est ainsi que nous devrons traiter tous ceux qui ont trempé dans la conspiration.

Il est sûr que l'Europe n'aura de repos que lors qu'elle mettra les régicides français hors d'état de nuire.

Je suis etc.

E. G. M.

A Son Altesse Monseigneur le Prince Régent.

Vienne ce 13 Avril 1815.

P. S.

Le courrier n'étant pas parti hier je me trouve à même d'accuser la réception de la dépêche du 31 Mars par laquelle V. A. Royale m'ordonne 1° de lui faire mon rapport sur la durée probable du congrès et de mon absence de Londres.

2e de prendre des informations relativement à un certain Mr. Griffith.

Je m'acquitte très-humblement de cet ordre en autant que je suis à même de juger dans le moment présent.

Après que les affaires territoriales de la Bavière sont arrangées il reste à faire agréer aux cours de Wurtemberg, de Hesse et de Bade les changements auxquels cela expose l'état de leur possession. Il est

à prévoir et je sais par le Ministre de l'Electeur de Hesse qu'il cédera avec infiniment de peine le Comté de Hanau — pays où il a résidé du vivant de son père. Darmstadt et Bade n'accepteront qu'avec peine des dédommagemens sur la rive gauche du Rhin. Il est vrai que les grandes cours sont d'accord sur ces reviremens, mais il est difficile de croire qu'ils voudront, sous les circonstances du moment, se servir de la force pour obtenir ce que la bonne volonté leur refuserait. Le Roi de Prusse a d'ailleurs consenti de très-mauvaise grâce à ce que la Bavière obtienne la position de Hanau sur le Main.

Ce n'est qu' après que ces arrangements seront faits qu'on tâchera d'arranger la ligue germanique. Nous avons fait un plan de concert avec la Prusse pour établir les points qui doivent entrer dans l'acte général du congrès sur l'état politique de l'Allemagne, dans l'intention de déclarer ensuite que la ligue existe et pour rassembler le premier Bundestag qui s'occupera du détail, d'après les bases sur lesquelles on sera convenu. Ce travail préliminaire même trouvera beaucoup de difficultés par la jalousie que la Bavière et le Wurtemberg manifestent à toute occasion lorsqu'ils croient devoir renoncer à l'exercice de ce qu'ils entendent par pouvoir suprême, pour le bien général.

Il est de toute importance de conclure la ligue lors même qu'on ne pourrait rendre ce pacte aussi complet que V. A. Royale l'aurait désiré. Car sans la ligue, nous risquerons de voir des trahisons en Allemagne.

Je suppose que toute cette besogne pourrait nous mener jusqu'à la mi du mois de mai.

Mon projet serait de me rendre alors en droiture

à Hanovre pour y préparer l'organisation des différentes branches de l'administration et pour règler tout ce qui reste à l'être avec la diète générale, Ensuite je demanderai quelques jours pour voir mes terres que je n'ai pas visitées depuis 15 années — et alors je retournerai à mon poste.

Je supplie V. A. Royale de me faire informer si elle daignera approuver mon plan.

Les souverains resteront réunis au Quartier général et ils auront naturellement leurs cabinets avec eux. Si cependant les affaires dont je suis chargé se terminaient ici, je croirais pouvoir être plus utile à V. A. Royale à Londres qu'aux armées.

On dit maintenant que chaque cour n'aura qu'un ministre au Quartier général qui sera accrédité aux trois souverains présents. Si tel est le cas, je proposerai à V. A. Royale de donner ses pleins pouvoirs pour le Hanovre au Cte. Hardenberg. Si ensuite ma présence à l'armée devenait nécessaire je m'y rendrai d'après ses ordres de Londres.

Quant au Sieur Griffith j'ai chargé le Baron d'Ompteda de me dire ce qu'il aura remarqué à son sujet. Sa vie vagabonde l'a rendu suspect ici — et il est certain que les Ministres de Murat à Vienne ont logé chez lui. Je me réserve de faire un rapport sur ce sujet, dès que j'en aurai recueilli les matériaux.

Je suis etc.

E. G. M.

A Son Altesse Royale Monseigneur le Prince Régent.

Vienne ce 22 Avril 1815.

Monseigneur!

Par ma dernière dépêche du 15 courant j'ai mis sous les yeux de V. A. Royale le traité d'accession signé entre le Hanovre et la Prusse. Il ne reste plus qu'à signer avec la Russie. J'ai de nouveau rappelé cette affaire aux comtes de Rasoumowsky et de Nesselrode. Et bien qu'il m'avait paru d'abord que ces ministres avaient tâché de différer la signature jusqu'à un arrangement final avec le Duc d'Oldenbourg, à l'égard d'un lot de 20000 habitans que ce Prince recevra sur la rive gauche du Rhin. Le comte de Nesselrode m'a pourtant dit ce matin qu'il ferait incessamment préparer l'acte que nous aurons à signer. Je n'ai plus lieu de douter qu'il tiendra à cet arrangement, puisqu'il m'a avant-hier envoyé une note très-amicale (dout je joins ici copie) par laquelle l'Empereur de Russie reconnaît le titre Royal adopté pour le Hanovre.

Quand à l'arrangement proposé pour le Oldenbourg, la Russie qui le protège particulièrement désire que le Hanovre lui cède des arrondissements contigus à ses états, en recevant des dédommagemens proportionnés de la Prusse, laquelle à son tour attacherait le lot destiné au Duc d'Oldenbourg sur la rive gauche du Rhin à ses nouveaux états.

Votre Altesse Royale fait que je tâche profiter de cette circonstance pour ravoir sinon l'entier, du moins la majeure partie du Duché de Lauenbourg.

J'ai raison de croire que le Roi de Prusse tient

surtout à cette cession comme à une compensation qui lui fait vaincre la répugnance qu'il a d'abandonner la Friese orientale. Il faudra donc que je tâche surtout de faire pousser cette affaire par la mission Russe.

J'ai été confirmé dans cette opinion par le fait suivant.

La Prusse ayant pris possession de la partie du Grand Duché de Varsovie qui lui tombe en partage, ainsi que de ses nouvelles Provinces outre Rhin et même de la majeure partie de ce qu'elle devait obtenir entre le Rhin et le Weser, j'ai chargé le comte de Hardenberg de représenter au Chancelier de Prusse que la Prusse se trouvait toujours en possession d'une population de 131500 âmes qui revenait au Hanovre, ce Royaume n'ayant jusqu'ici obtenu que 119500 âmes par l'occupation du Hildesheim. Qu'il me paraissait donc juste, en attendant qu'on s'arrangerait sur la cession des possessions Hessoises, et de notre côté du Duché de Lauenbourg, que la Prusse commence par nous abandonner l'Ostfriese de 119500 âmes et la ville de
Goslar de 5500

125000

ce qui laisserait encore un surplus de 6500 âmes entre ses mains. Le Chancelier a cependant protesté qu'il ne saurait se prêter à des cessions partielles tant que le tout ne pouvait s'arranger à la fois. Il a cependant promis que cela pourrait se terminer en 15 jours. L'affaire n'est pas sans importance pour nous, comme le revenu de ce qui nous est dû doit passer les 50000 Rthlr. par mois. Ce qui rend cette affaire plus sérieuse c'est que si elle ne s'arrange pas dès à présent,

je ne me fierai pas assez à la bonne foi du cabinet de Prusse pour croire qu'on nous rende jamais ce qui nous est dû. Or, Darmstadt et Bade font les plus grandes difficultés pour se prêter aux cessions qu'on leur demande pour faciliter l'arrangement arrêté entre l'Autriche et la Bavière. Cette circonstance et le désir qu'on a constamment de renvoyer les questions difficiles à un temps à venir, paraissent faire naître l'idée de laisser l'état des possessions en statuquo jusqu'à la fin de la guerre. Cet état d'incertitude serait en lui-même un malheur, et pour nous, il nous exposerait à une infinité de difficultés, pour obtenir ce qui nous est dû. Je tâcherai de faire tout ce qui dépend de moi pour que les arrangemens dans le Nord de l'Allemagne soient accomplis. L'affaire de la Saxe Royale nous est favorable puisque les puissances qui s'intéressent au sort de cet état travailleront à faire cesser l'occupation prussienne sur la partie qui doit revenir à son souverain légitime. La négociation sur ce point avance pour voir sa conclusion.

L'accession des Princes d'Allemagne qui n'ont pas signé les actes séparés, va se terminer après-demain. Ils traitent par des députés avec les ministres de quatre principales puissances. On s'occupera incessamment des principes qu'on devra adopter pour pourvoir à la subsistance des armées. Dans cette commission je partirai avec Lord Cathcart pour l'Angleterre parce que nos intérêts particuliers auront besoin d'être surveillés avec soin. Dès que ces points seront arrêtés, les affaires générales de l'Allemagne termineront les travaux du congrès.

On reste encore indécis sur la déclaration à faire à

la France. La publication du traité d'alliance est ce qu'on peut faire de plus sensé. Je suis dégoûté d'entendre de nouveau les déclamations sur l'incapacité prétendue des Bourbons pour gouverner la France. Et ce sont ceux pourtant qui prêchent cette doctrine qui ont contribué à lier les mains du Roi de France et à l'entourer des scélérats qui l'ont perdu.

Le passage des troupes Autrichiennes dure toujours. Les régimens sont très-nombreux, mais leur marche n'est pas très-prompte. On n'a pas voulu consentir à ce que les opérations commencent sur le champ comme l'avait désiré le Duc de Wellington.

Je suis etc.

E. G. M.

A Son Altesse Royale Monseigneur le Prince Régent.

Vienne ce 6 May 1815.

P. S. 2.

Ce n'est que le subside que l'Angleterre nous paye pour les 15000 combattants (16400) que le Hanovre lui à fourni qui nous a mis en état de subvenir aux frais qui pèsent sur le pays d'Hanovre.

Mais malgré ce secours nous serons infiniment embarrassés de subvenir aux frais de l'entretien de ces 16400 hommes et des 10000 hommes que nous sommes obligés d'entretenir à nos propres frais.

Il est très-vrai que le subside mentionné est fort considérable et que le traité porte que le Gouvernement Britannique ne sera point tenu à d'autres dépenses. Mais il est également vrai pue nous souffrirons infini-

ment en devant nous conformer à l'état de dépense établi dans le département qui préside à l'entretien des armées anglaises.

D'après un calcul fourni par Lord Clancarty destiné à prouver que les puissances continentales seraient capables avec l'aide des subsides accordés de payer les vrais prix des denrées. Je trouve qu'il compte l'entretien d'un fantassin à 8 L. St. et celui d'un cavalier à 1 sh. 6 R. par jour ou de 12 Livres et 27 L. St. par an. Comptant que l'armée de Hanovre serait composée de 24,300 hommes d'infanterie et de 2100 de cavalerie l'entretien de ce corps seul monterait à 405,000 L. St. par an, sans compter le solde des troupes, l'habillement, l'artillerie, les munitions.

Les difficultés seraient bien moindres si l'on nous avait rendu justice. Mais jusqu'ici l'Autriche, la Russie et la Prusse n'ont pas même répondu officiellement aux notes que je leur ai adressées pour nous rendre notre part des sommes qu'elles ont prélevées sur les provinces occupées durant la dernière guerre, dont d'après des traités clairs $^1/_{17}$ nous devrait appartenir. Les seules sommes payées par la France et par les Pays-Bas lorsque les armées les ont quittées se sont montées à 37 millions de livres qu'on s'est partagé sans égards à nos droits. Ni la Russie pour laquelle nous avons déboursé 4 millions d'écus, ni la Prusse, ni la Suède, ni le Danemarck n'ont payé jusqu'ici le prix des frais considérables causés par leur troupes durant la dernière campagne.

Je supplie V. A. Royale de vouloir faire parler sur ce sujet à Lord Castlereagh qui s'est toujours montré disposé à appuyer nos justes demandes afin que le

gouvernement britannique intercède en notre faveur et considère si l'on ne pourrait retenir une partie des subsides promis à ces puissances.

D'abord, les subsides sont donnés pour les frais de la guerre, et puis, c'est surtout l'idée que les trésors de l'Angleterre sont à notre disposition qui sert d'excuse aux autres puissances pour retenir ce qui nous est dû. Peut-être le Duc de Wellington pourrait-il employer une partie des 2 millions L. St. laissée à sa disposition pour tirer d'embarras un gouvernement dont les troupes ont toujours été ses fidèles compagnons d'armes.

Je suis etc.

E. G. M.

A Son Altesse Royale Monseigneur le Prince Régent.

Vienne ce 12 May 1815.

Monseigneur!

Trouvant que les dépêches qui passent par Hanovre arrivent souvent aussi promptement à Londres que celles qui sont expédiées par la voie de route, je profite d'un courrier que je renvoie au gouvernement d'Hanovre pour acheminer cette très-humble dépêche à V. A. Royale. Elle y trouvera joint la copie de ma réponse au sujet du nouveau traité des subsides qui doit remplacer celui que le Duc de Wellington a cru devoir dénoncer.

Je profiterai du premier courrier anglais pour instruire le Duc de Wellington de ma façon de voir sur ce point. Il m'est impossible d'entrer dans des détails,

ne sachant pas comment le gouvernement britannique se tiendra à l'égard de la question du recrutement de la légion allemande. Je vous écris tout ce que Monseigneur le Duc de Cambridge a dit à cet égard. En cas qu'on voudrait incorporer les bataillons de la ligne Hanovrienne dans la légion en renvoyant les cadres, on commettrait une injustice envers un corps nombreux d'officiers qui ont embrassé le service dans des moments difficiles pour sauver le pays d'Hanovre ··· Renvoyés du théâtre de la guerre, leur position deviendrait d'autant plus pénible qu'ils se verraient frustrés de tout espoir d'un avancement convenable.

La Landwehr ne pourrait être unie à la légion sans enfreindre les promesses données au pays d'Hanovre lors de sa formation.

De l'autre côté la légion passée à notre service, la Landwehr, pourrait remplir les rangs de la légion par un enrôlement volontaire et les officiers de ces bataillons qui sont moins destinés que ceux des troupes de ligne, à des capitulations éloignées de nos frontières, pourraient être employés dans l'intérieur aux dépôts et à l'organisation de la levée en masse (au Landsturm) qui ne saurait être une institution utile que tant qu'elle se trouve d'une certaine façon, unie au système de la milice du pays.

Les affaires de la Saxe se rapprochent de plus en plus de leur conclusion. Les ministres du Roi de Saxe, le comte de Schulenbourg et Mr. de Globig que j'ai vus hier soir, croient qu'ils signeront leur traité en peu de jours. Le reste des arrangements territoriaux dans le sud de l'Allemagne restera dans un état provisoire.

L'Autriche a proposé à la Prusse et aux autres puissances de renoncer durant la guerre qui va commencer, à l'accomplissement de son traité d'échange avec la Bavière, sous condition qu'il n'y aurait durant la guerre que trois grandes puissances en possession de la rive gauche du Rhin, savoir le Roi des Pays-Bas, l'Autriche et la Prusse. L'Autriche a proposé de prendre pour cet effet provisoirement tous les pays destinés à la Bavière, en se réservant par un article secret, les bons offices et le secours des cours de Londres, de Russie et de Prusse pour obtenir après la paix

1) La cession des provinces que la Bavière avait promis de leur céder.

2) La réveriabilité du Palatinat et du Brisgau. Quant au Palatinat, c'est un objet sur lequel la Bavière avait fortement insisté. Peut-être l'Autriche ne le voudrait-elle que pour faciliter ensuite les arrangements avec cette puissance. L'Autriche posséderait en outre durant la guerre Hanau et quelques baillages de Fulde. Elle demande que la Prusse veuille renoncer de son côté pour le moment à la possession du Duché de Westphalie et prendre en attendant une population égale en nombre dans le département de la Sarre.

La Prusse a donné son consentement à cet arrangement sous condition, que l'Autriche cède au Grand-Duc de Weimar les 27,000 âmes qui lui sont destinées de Fulde, tandis que la Prusse prendrait en attendant la moitié de cette Province, destinée à des échanges avec l'Electeur de Hesse.

3) Qu'elle prendrait en outre possession de la partie du Département du Mont Tonnerre qui avoisine

Mayence en se réservant de l'échanger avec Hesse-Darmstadt.

4) Que les 67,000 âmes qui sont destinées à satisfaire ces réclamations de Saxe-Cobourg, Mecklenbourg-Strelitz, du comte de Pappenheim etc. etc. soient employés en faveur de ces princes.

Dans une conférence qui a eu lieu sur ce point on a décidé que Mayence devait après la guerre échoir à Darmstadt, pour compenser le Duché de Westphalie serait forteresse de la ligue, que la garnison serait composée de Hessois des deux branches de cette maison, de troupes de Nassau et de Prusse, et que le Roi de Prusse nommerait le gouverneur. Que durant la guerre présente le gouverneur resterait autrichien et le commandant prussien.

Hanau doit être à l'avenir maintenu comme forteresse par la Bavière.

Jusqu'ici ces arrangements n'empêcheront nullement l'exécution de nos arrangements avec la Prusse.

Je viens de recevoir dans ce moment la note ci-jointe de cette cour, relativement à l'échange proposé sur Hohenstein. J'y répondrai incessamment. Cette note est manifestement contraire au sens de notre traité — en ce qu'elle considère la cession du Hohenstein prussien comme une proposition nouvelle et inadmissible.

Je suis fâché de voir que les grandes cours paraissent entièrement abandonner le Roi de Danemarck, qui va quitter Vienne mardi prochain. On ne l'assiste pas contre les chicanes de la Suède qui lui refuse la possession de la Poméranie suédoise. J'apprends en secret que la Prusse est d'accord avec cette puissance sur l'acquisition de cette province, chose qui influence

d'une manière défavorable sur la question du Lauenbourg. Il ne nous restera à cet égard que les démarches que prendra la Russie pour effectuer que le Duc d'Oldenbourg obtienne l'agrandissement qui lui est promis de manière à arrondir ses états. Comme cela ne saurait s'effectuer que par le Hanovre, il faudra insister sur la rétrocession de Lauenbourg, ou du moins à la majeure partie de ce pays pour nous engager de l'autre côté aux cessions requises en faveur du Duc d'Oldenbourg.

Les nouvelles d'Italie sont très-favorables. Une lettre du Colonel Stephanini annonce que le général Frimont est déjà retourné sur ses pas pour se rendre avec 12,000 hommes en Piémont, considérant la guerre contre Murat comme décidée. Cet usurpateur a jeté son infanterie, réduite à 12,000 hommes dans Ancone où il se voit enfermé par Bianchi dont les troupes sont à Sinigaglia, Lonette et Macerata. Murat s'est porté avec la cavalerie sur Jessi afin de tenter de se sauver vers le pays de Naples. On attend le rapport officiel qui s'est retardé parce que Bianchi se trouve à Maurate.

Le commandeur Ruffo part pour rejoindre le Prince Léopold de Sicile qui a quitté Vienne il y a quelques jours pour se rendre à l'armée de l'Italie.

Il emporte le traité préliminaire avec l'Autriche par lequel la possession de Naples est assurée au Roi légitime, au traité se trouvent deux articles secrets dont j'ai eu connaissance sous le sceau du secret. L'un stipule que l'Autriche pourra garder pour quelques années 60,000 hommes dans le Royaume de Naples, le second que Naples lui payera 37 millions de lires

pour frais de guerre. J'apprends de près que ces articles ne sont pas bien précis! J'ai appris hier que le Général Russe Chanicof a dit à un ami de moi en confidence qu'il serait nommé Ministre de Russie à Hanovre et à Cassel, avec ordre de résider à Hanovre. Il n'y a rien à redire contre la personne de Chanicof. Il a été autrefois ministre à Dresde et a suivi depuis la Grande Duchesse de Weimar. J'ignore si la cour de Russie a fait une ouverture confidentielle à cet égard à V. A. Royale.

Je vois presque journellement les Ministres de l'Empereur Alexandre mais ils ne m'en ont rien dit.

Ce matin même le Baron de Buhl, ci-devant Ministre d'Autriche à Florence est venu me voir pour m'annoncer qu'il avait eu l'ordre de quitter Florence au plus vîte pour venir prendre les instructions requises pour sa nouvelle destination à Cassel et à Hanovre, qu'effeetivement il n'attendait que quelques données sur la formation de la ligue germanique pour partir.

Le Prince Metternich ne m'a jusqu'ici rien communiqué sur cette mission et la visite de Mr. de Buhl est la seule notion officielle qui me soit parvenue. Il se propose de passer la majeure partie de l'armée à Hanovre. Il me fit même une espèce d'excuse de devoir commencer par séjourner quelque temps à Cassel afin de répondre à la politesse de l'Electeur qui venait d'annoncer à l'Empereur qu'il avait assigné un hôtel pour la réception de la Mission autrichinnne.

V. A. Royale se rappelle ce que j'ai eu l'honneur d'observer auparavant sur la présence d'un corps diplomatique à Hanovre. Il ne me paraîtrait pas con-

venable de refuser l'admission des Ministres lorsque les cours les nomment de leur propre chef. Ces Ministres ne font que remplacer ceux qui étaient autrefois accrédités aux cours de Basse - Saxe et qui résidaient de coutume à Hambourg. Il faudra pourtant instruire le gouvernement d'Hanovre sur les démarches à observer envers les Ministres étrangers. Leurs lettres de créance étant naturellement adressées à V. A. Royale, je ne crois par qu'il serait de la dignité de S. A. Royale Monsgnr. le Duc de Cambridge de les recevoir purement pour les transmettre. Il serait peut-être plus convenable de charger le Ministre d'état de Bremer de les recevoir et de présenter ensuite les Ministres accrédités à Son Altesse Royale. J'ai retenu le courrier de quelques heures me flattant de pouvoir rendre compte à V. A. Royale de la reprise des conférences sur les affaires d'Allemagne. Le Prince Metternich avait effectivement fixé une conférence préparative entre lui, le Prince Hardenberg et moi pour aujourd'hui. Mais il vient de nouveau à la remettre à demain. On soupçonne que la cour d'Autriche voudra nous engager à ne remplir que par un engagement fort vague l'article du traité de Paris, qui statue que l'Allemagne aura un lien fédératif et de renvoyer le reste de la discussion au séjour des souverains à Francfort.

Le Prince Hardenberg et moi tâcherons au contraire de faire décréter la ligue d'après le plan récemment rédigé par le Baron de Humboldt conformément aux observations de l'Autriche et des plénipotentiaires de Hanovre, d'appeler sans délai le premier Bundestag de la ligue effectivement constituée. Cette mesure paraît nécessaire pour tranquilliser l'Allemagne. Le plan

de différer de nouveau cette mesure ne saurait avoir d'autre but que de vouloir attendre les événements afin de se procurer des avantages dont l'objet en saurait être que fort vague.

Je suis etc.

E. G. M.

A Son Altesse Royale Monseigneur le Prince Régent.

Vienne ce 13 May 1815.

Monseigneur!

J'ai reçu par le Duc de Cambridge la nouvelle embarrassante que le Maréchal Duc de Wellington a dénoncé le traité de subsides qui jusqu'ici a soutenu nos finances au milieu des calamités qui ont menacé leur ruine.

Cette désagréable nouvelle a été rendue encore plus pénible à supporter par la réclamation faite au nom du gouvernement britannique d'être remboursé des frais causés par l'entretien des 15000 combattants qui se sont trouvés en Flandres depuis plusieurs mois.

Nous serions entièrement hors d'état de maintenir notre corps d'armée aux Pays-Bas si le Duc de Wellington n'avait offert de conclure un nouveau traité de subsides, sa proposition offre en elle-même des conditions beaucoup moins avantageuses que celles du traité qui vient d'être dénoué. Mais en revanche, Monseigneur le Duc a offert de les étendre sur toutes nos troupes au lieu que le premier traité ne comprenait pas les 10,000 hommes que nous avons fait marcher en suite de notre accession au traité d'alliance du 20 Mars.

Monseigneur le Duc de Cambridge et notre gouvernement m'ont communiqué les réponses expédiées tant aux Pays-Bas qu' à Londres en me demandant mon avis.

Par un courrier expédié hier à Hanovre (que j'ai aussi chargé de quelques dépêches pour V. A. Royale) j'ai témoigné à Monseigneur le Duc de Cambridge que je trouvai sa façon de voir parfaitement juste et que je partageais entièrement l'opinion du Maréchal Duc de Wellington, que sous les circonstances présentes *rien n'empêcherait que tout* notre corps de 26,000 hommes ne fût compris dans le traité de subsides. Les frais que ce corps nous causerait indépendamment de l'entretien sont présentés à notre chambrier et je ne saurai rien ajouter à cet égard.

Nous ne pouvons faire mieux que de nous abandonner à la justice et à la générosité du gouvernement britannique, guidé par un chef qui a toujours honoré nos troupes de son suffrage particulier. Il les connaît de trop ancienne date pour les confondre avec de pures mercenaires. Il a vu qu'elles combattent animés de l'attachement pour le même Prince qui gouverne la Grande Bretagne et il ne perdra pas de vue que cette circonstance le met dans le cas non seulement d'être à l'abri des chances auxquels la politique versatile des cabinets exposerait le chef de troupes étrangères — mais de même à disposer plus librement de ces troupes, qu'il ne pourrait disposer de simples auxiliaires qui voudraient rester réunis en corps et ne pas être sous les ordres de chefs étrangers.

La demande formée par le gouvernement anglais pour l'entretien de nos troupes est juste sous de cer-

tains rapports. L'Angleterre n'est pas obligée de nourrir les troupes subsidiées, mais de l'autre côté les objections faites par le Général Decken au Commissaire en chef Harries ne sauraient manquer de produire une décision favorable pour le Hanovre. Nos moyens ne suffisent pas pour subir les frais d'un commissariat anglais auquel nos troupes ont été assignées sans demander l'avis du gouvernement d'Hanovre. D'ailleurs lorsqu'il est question de troupes subsidiées, il y a toutes sortes de conditions favorables qui ont été mises de côté dans notre traité, par exemple la première mise en campagne etc.

Le doute qu'on pourrait élever contre le subside qu'on nous offre pour le corps des 10,000 hommes que nous fournissons d'après notre traité d'accession à l'alliance du 26 Mars se fondait sur la supposition que la Grande Bretagne voudrait passer dans son compte pour les 150,000 hommes qu'elle doit fournir les troupes qu'elle paye par des subsides. Or, dans ce cas il paraissait que ces troupes ne sauraient se compter deux fois, d'abord pour la Grande Bretagne et ensuite pour le Hanovre. Mais depuis que les Grandes Puissances reçoivent des subsides, la chose change de face et il dépendra de la Grande Bretagne d'étendre ses secours à qui Elle voudra. Il faudra d'ailleurs considérer que les difficultés dans lesquelles nous nous trouvons proviennent principalement de la circonstance que la Prusse, la Russie, la Suède et le Danemarck ne nous ont pas remboursé les frais énormes causés par leurs troupes durant la dernière campagne.

Nous avons déboursé 4 millions d'écus pour la Russie seule. Or, ces payemens se diffèrent entr'autre

parce qu'on s'imagine que les trésors de l'Angleterre sont prêts à nous secourir.

C'est une circonstance particulièrement désagréable que toute cette discussion a lieu au moment où nous nous disputons sur notre concurrence à l'entretien de l'armée Prussienne. Votre Altesse Royale connaît par mes rapports précédens l'injuste demande formée par la Russie, l'Autriche et la Prusse contre les Princes d'Allemagne, ces puissances veulent que les Princes d'Allemagne fournissent sur le champ l'entretien pour trois mois — faisant entendre vaguement qu'elles expédieront pour les neuf mois suivants les denrées nécessaires.

V. A. Royale connaît la négociation entamée avec le Roi des Pays-Bas sur ce sujet.

J'ai été obligé de déclarer que si ce souverain consentait à entrer dans le système adopté par les autres rayons qu'alors nous concourrions pour notre part aux arrangements préparatifs dont on conviendrait avec les autres cours d'Allemagne.

J'espère que le Maréchal Duc de Wellington dans le cas que le gouvernement britannique se chargerait des frais de nos troupes saura éviter que nous ne soyons par là abandonnés à la rapacité d'un commissariat prussien.

Pour démontrer le danger d'une telle alternative, je dois observer que les trois puissances, afin d'éviter les remonstrances réunies des cours d'Allemagne n'ont plus rassemblé les ministres que d'après les rayons qu'ils ont formés. Ils ont évité de m'inviter à ces conférences; mais j'ai eu moyen de me procurer le tableau des demandes faites par la Prusse. Son rayon

comprendrait une population de 5,136,000 âmes, son armée est calculée à 280,000 hommes qu'il faudra nourrir, et ce qu'elle demande pour trois mois se monte à 343,620 quintaux de farine, 114,570 quintaux de viande, 2,520,000 quarts de Brandwins, 715,950 quintaux d'avoine, 171,810 quintaux de foin dont la quote demandée pour le Hanovre à raison de 1,300,000 habitans est évalué à 86,960 quart de farine, 28,990 quart de viande, 637,780 quart d'eau de vie, 181,199 quart d'avoine, 43,490 quart de foin que nous devrions faire transporter à nos frais du pays d'Hanovre sur le Rhin. Il faut considérer que les autres provinces d'Allemagne pourraient se consoler de la promesse que la Prusse fait d'avoir soin de l'approvisionnement pour les neuf mois suivants de l'année. Cet avantage serait porté pour les Princes dont les troupes servent sous le Duc de Wellington. Il est évident que toute cette mesure est basée sur un système injuste et faux en même temps. Plusieurs des princes ont promis de fournir pour le moment le tiers de ce qu'on leur demande. La Bavière a donné un simple refus qui a causé beaucoup de mauvaise humeur. On a expédié un Général autrichien à Munic pour arranger cette affaire.

Eloigné des lieux où nos intérêts seront discutés, il ne me reste que d'attendre avec confiance les arrangements que le Duc de Wellington et le Gouvernement Britannique conclueront à cet égard avec les plénipotentiaires d'Hanovre et les instructions dont V. A. Royale voudra m'honorer en conséquence.

Je suis etc.

E. G. M.

A Son Altesse Royale Monseigneur le Prince Régent.

Vienne ce 13 May 1815.

P. S.

La conférence sur les affaires d'Allemagne annoncée pour aujourd'hui (comme je l'ai mandée dans mon très-humble rapport d'hier, expédié par Hanovre) a eu lieu ce matin chez le Prince Metternich, en présence du plénipotentiaire d'Autriche, d'Hanovre et de Prusse. J'ai été agréablement surpris en me convainquant que les nouvelles qu'on m'avait communiquées, portant que l'Autriche ne voulait au fond pas terminer ces affaires, étaient entièrement fausses. Le Prince Metternich commença par nous faire lecture d'une déclaration de L'Empereur d'Autriche, conforme aux sentimens dont nous étions tombés d'accord dans nos séances précédentes. Cette déclaration après avoir démontré la nécessité de satisfaire à la disposition à la Paix de Paris en constituant la ligue germanique, distingue entre les nations qui peuvent intéresser les puissances européennes et celles qui doivent être discutées comme purement nationales parmi les Princes d'Allemagne sans intervention des puissances étrangères.

Les articles proposés pour constituer la ligue sont en vérité assez généraux et ils n'entrent pas autant dans les détails qu'on aurait pu le désirer. Beaucoup d'idées que l'on croyait utiles à suivre au commencement du congrès ont été abondonnées. Mais tout cela a paru nécessaire pour terminer le congrès et surtout pour obtenir le grand point de constituer l'Allemagne comme un corps fédératif. La discussion sur tout ce

qui regarde l'intérieur doit être renvoyée à la diète même qu'on se propose de convoquer pour le mois d'Août et qui ne doit plus se séparer qu'après que les lois organiques seront complètes.

Nous avons très-peu varié dans nos opinions. Nous allons nous rassembler de nouveau demain matin et nous nous flattons de nous accorder de manière à pouvoir proposer le plan aux autres cours allemandes y compris le Danemarck pour le Holstein et le Roi des Pays-Bas pour Luxembourg.

On prévoit des difficultés de la part de la Bavière et de Wurtemberg, qui sont très-jaloux de leur souveraineté plénière. Il a été (en secret) question de les exclure de la ligue, mais j'ai déclaré que je ne me croyais pas autorisé d'y accéder pour le Hanovre si les puissances du second ordre n'en faisaient pas partie. Ce sont elles qui par la réunion de leurs moyens protégeront les faibles contre les forts.

Depuis aujourd'hui il paraît que l'affaire de la Poméranie suédoise, s'arrangera de façon que le Danemarck en sera dédommagé par une somme de 2 millions Rixthalers et la cession du Duché de Lauenbourg. Le Danemarck devra renoncer à six cent mille Rthlr. qu'il demande à la Suède. L'Empereur de Russie renonce de son côté à 1,500,000 Rthlr. que la Suède lui doit et la Prusse ajoutera 1 million pour cette puissance. Cette proposition si elle est acceptée, dérange de nouveau le plan de récupérer le Lauenbourg par l'échange proposé en faveur du Duc d'Oldenbourg. Mais peut-être trouverons-nous moyen de nous arranger avec le Danemarck, surtout si l'Angleterre veut faciliter un

arrangement si important pour son commerce avec les villes de Hambourg et de Lubeck.

Les bonnes nouvelles d'Italie que j'ai mandé hier ne sont pas officiellement confirmées parce que Frimont aura probablement expédié ses rapports de Milan au Prince Schwarzenberg. Du reste les nouvelles ne sont pas douteuses, puisqu'elles se fondent sur une lettre du Général Neuperg du 2 May. On croit cette guerre finie et Murat perdu — on doute qu'il ait pu se sauver par Jessi.

Je viens de voir le Ministre de Danemarck qui me dit que l'affaire concernant Lauenbourg n'est pas aussi avancée que l'avaient cru le Ministre de Prusse. Il se plaint qu'on veut tout faire pour la Suède et qu'on paraît demander que le Danemarck se sacrifie pour complaire à Bernadotte.

Je suis etc.

E. G. M.

A Son Altesse Royale Monseigneur le Prince Régent.

Vienne ce 15 May 1815.

Monseigneur!

Les plénipotentiaires des cours royales au congrès sont à la fin tombés d'accord sur la question, s'il serait nécessaire de prouver à une nouvelle déclaration après les événements qui se sont passés en France depuis le retour de Bonaparte, et en suite des pièces publiées à Paris sur la déclaration des puissances du 13 Mars.

On s'est tiré d'affaire en publiant le rapport ci-

joint d'une commission nommée pour examiner cette question. Cette paix après avoir été signée par les huit puissances signataires du traité de Paris, a circulé parmi les ministres des autres cours royales avec l'invitation du Prince Metternich en qualité de président des conférences d'y accéder. Je n'ai rien trouvé dans cette paix qui ait pu m'engager à refuser ma signature. La question sur les droits de la maison de Bourbon ne pouvant être mis en avant d'une manière satisfaisante, j'ai été bien aise de la voir évitée.

Il paraît maintenant que le congrès tire vers sa fin. Les Souverains de Russie et de Prusse ont l'intention de partir le 26 du courant et l'Empereur d'Autriche le lendemain. Les ministres comptent suivre leurs maîtres peu de jours plus tard.

On ne conçoit pas comment même en supposant les questions importantes non réglées jusqu'ici soient terminées avec le moins de délai possible, comment l'acte qui doit contenir toutes les stipulations concertées depuis huit mois pourrait être imprimé, revu et signé par toutes les puissances.

Ce qui rend la chose presque impossible, ce sont les objets qui restent à arranger. Il y a d'abord la question sur la succession dans les Duchés de Parme et Plaisance. L'Empereur Alexandre se fait le chevalier de l'épouse de Bonaparte et de son fils. Lord Clancarty dit avec raison que le traité de Fontainebleau du 11 Avril 1814 a été rompu par Napoléon et que le droit de succession qu'il donnait à son fils est anéanti par le fait.

Le plénipotentiaire britannique refuse en conséquence de signer la moindre chose avant que ce point soit ar-

rangé. Il a même refusé l'offre d'omettre cette question de l'acte et de réserver la question à une négociation antérieure.

L'Autriche paraît tout-à-fait innocente dans cette transaction. Le Prince Metternich se plaignait même l'autre jour d'être mis dans le cas de devoir parler contre les intérêts de la fille de son souverain.

Les affaires d'Allemagne se traitent encore confidentiellement entre l'Autriche, la Prusse et le Hanovre. En abordant les différentes questions, je trouve malheureusement que nous serons forcés à nous borner à constituer la ligue et à renvoyer le détail le plus important à la première diète qu'on se propose de rassembler à Francfort au mois d'Août.

C'est ainsi que l'espérance des peuples d'Allemagne sera trompée — car il est à prévoir qu'on n'accomplira pas à Francfort ce qu'on n'a su arranger à Vienne. Ce qui sert d'excuse, c'est que la Bavière et le Wurtemberg d'un côté ne veulent se prêter à rien au delà d'un lien purement fédératif et que l'on craint de l'autre qu'en voulant trop entrer dans les affaires de l'intérieur, on s'exposerait à une influence étrangère. Je n'ose trop combattre ces doutes, de peur qu'on voudrait conclure la ligue à l'exclusion des puissances du deuxième ordre. Demain nos conférences préliminaires doivent se terminer, je me réserve pour alors de revenir sur cette matière.

L'affaire de la Saxe est réglée. Les articles dont on est convenu seront paraphés demain matin. Les courriers qui porteront la nouvelle à Dresde seront expédiés sur le champ, afin que le Roi de Saxe puisse rentrer sans délai dans ses possessions. La signature

de l'acte jointe sous enveloppe à ce rapport, est le premier acte publié qui constate l'existence politique du Roi de Saxe.

Par mon très-humble rapport du 12 courant, j'ai présenté à V. A. Royale une note du Chancelier d'état de Prusse sur l'échange proposé du Hohnstein. Elle daignera voir comment j'ai relevé, dans ma réponse du 16 courant, les opinions annoncées dans la note prussienne, de quelle manière j'ai insisté à ce que le traité, conclu le 14 Janv. entre le Hanovre et la Prusse soit mis en exécution. D'après ce traité nous conserverions le Lauenbourg tandis que nous nous arrangerions sur les cessions à faire par la Hesse. Je me flatte de mettre à temps à profit pour faire une dernière tentation pour conserver ce Duché, d'après le plan contenu dans ma lettre au comte Rasoumowsky.

Nos conférences particulières avec la Prusse commenceront incessamment.

Il semble que l'affaire de la prise de possession des provinces outre Rhin s'arrangera de façon que la Prusse possédera le Duché de Westphalie et que Darmstadt aura de suite le territoire du département du Mont Tonnerre, que l'Autriche ne voulait pas voir entre les mains des Prussiens.

Il est urgent maintenant de nommer une personne pour veiller aux intérêts de V. A. Royale au Grand Quartier Général. Il est question d'une proposition d'après laquelle, chaque cour ne nommera qu'un ministre accrédité aux trois cours principales. Ces ministres resteraient ensuite dans quelque lieu séparé du Quartier Général des Souverains et on ne les inviterait d'y venir que lorsqu'ils auraient des affaires particulières

à terminer. Il n'y a que les plénipotentiaires de V. A. Royale qu'on propose de considérer comme formant le quatrième cabinet. De cette façon le ministre que nous nommerions et qu'on tiendrait à l'écart, serait un être peu utile. Les Princes de Hardenberg et Metternich ont désiré eux-mêmes d'obvier à cet inconvenient, de manière cependant que les autres cours ne puissent tirer à conséquence l'exception qu'on ferait en faveur du Ministre d'Hanovre.

Ils proposent donc que le Ch. Hardenberg si V. A. Royale consent à le nommer soit placé sur la liste des personnes nommées par la Grande Bretagne. J'ai rédigé le memorandum ci-joint que je prierai V. A. Royale de faire remettre à Lord Castlereagh si elle approuve cette idée.

Je suis etc.

E. G. M.

A Son Altesse Royale Monseigneur le Prince Régent.

Vienne ce 3 Juin 1815.

Monseigneur!

J'ai reçu la lettre de Mr. le Cons. Int. de cabinet Best du 16 Mai par laquelle V. A. Royale m'a fait ordonner de me rendre au Quartier Général du Duc de Wellington et de là à Londres afin d'arranger le nouveau traité de subsides pour les troupes Hanovriennes avant que de me rendre à Hanovre.

Je ne me permettrai nullement de balancer lorsqu'il s'agit d'obéir à un ordre de la part de V. A. Royale, et je me mettrai en route pour Bruxelles et Londres

dès que j'aurai signé l'acte du congrès qui se prépare. Il est cependant de mon devoir d'observer que le nouvel arrangement pour les subsides dont il s'agit — vu l'urgence du cas, d'après les détails expédiés d'Hanovre et les explications que j'ai pris la liberté de donner par ma dépêche du 13 Mai expédié sous cachet volant au Duc de Wellington pour V. A. Royale, sera probablement arrangé avant que je pourrai me trouver aux Pays-Bas, et que d'ailleurs les opérations militaires qui paraissent devoir commencer incessamment, empêcheront peut-être le chef de l'armée de traiter avec moi sur des objets de finance.

C'est la crainte de manquer ainsi d'un côté le but que V. A. Royale s'est proposé en me rappelant à Londres et de négliger de l'autre ses intérêts pressants à Hanovre, en différant mon arrivée dans ce pays, que j'ai pris la résolution de me mettre en route par Ratisbonne, Francfort, Cologne, Aix-la-Chapelle, Bruxelles, Gand et Ostende et de supplier V. A. Royale de faire expédier au plus vite Mr. de Bodenhausen par la même route, afin de me faire savoir si Elle juge encore nécessaire que je me rende chez le Duc de Wellington et à Londres, ou s'il ne lui paraîtrait pas préférable de ménager le temps qu'un second voyage en Allemagne ainsi que le séjour d'Angleterre exigerait.

D'après le traité que je viens de signer, plusieurs nouvelles Provinces vont être soumises à son sceptre en huit semaines, à dater de la signature du traité — ainsi dans les premiers jours du mois d'Août. La nouvelle organisation de notre gouvernement dont l'ancienne forme n'est plus conforme aux besoins de l'administration d'un pays qui est augmenté de la moitié,

en étendue et en population depuis la subversion des anciens rapports dans l'Empire germanique; la nécessité d'une modification analogue de la représentation des états du royaume et de l'administration des finances — tous cela sont des objets aussi importants que pressants qui exigent absolument ma présence à Hanovre.

Si Votre Altesse Royale reste après cela d'avis qu'il serait utile que je me présentasse à Londres pour y prendre en personne ses ordres avant d'aller à Hanovre, Elle n'a qu'à me le faire signifier, et mon arrivée ne sera retardée d'un jour par l'arrangement que je viens de prendre.

De l'autre côté je n'aurai fait qu'un détour que de quelques journées de voyage en enfilant la route des Pays-Bas et je pourrais de suite tourner vers Hanovre par Cassel si V. A. Royale juge que mon retour en Angleterre ne soit pas nécessaire dans le moment présent.

J'ose me flatter que V. A. Royale est persuadée sans que je le répète, que je me croirai heureux de lui réitérer de bouche l'hommage de la profonde vénération avec laquelle je suis

Monseigneur
de V. A. R.

E. G. M.

Au Prince Régent.

Vienne ce 3 Juin 1815.

Monseigneur!

Les affaires du congrès sont presque terminées. V. A. Royale sait que l'Empereur de Russie et le Roi de Prusse ont quitté Vienne le 26 Mai et que le 27 l'Empereur d'Autriche est parti pour son Quartier Général. Les cabinets sont restés pour terminer les points qui se trouvaient encore en discussion. La Russie avait insisté à laisser ces affaires, ainsi que la signature finale de l'acte du congrès en suspens! Lord Clancarty a parfaitement saisi tout le danger et le louche de cette proposition, et nous devons à sa fermeté et à sa déclaration que dans le cas que l'acte général ne serait pas signé, la Grande Bretagne considérerait tous les engagemens pris à Vienne comme se trouvant en suspens, que la Russie a renoncé à sa proposition.

On est donc convenu que les cabinets resteraient jusqu'à ce que tout serait terminé, et on a nommé une commission composée de Lord Clancarty, Mr. de Humboldt et Mr. de Gentz pour rédiger l'acte de la manière énoncée dans mon rapport d'hier.

J'ai fait mention des doutes qui restent encore relativement à l'occupation des provinces sur la rive gauche du Rhin destinées aux compensations réclamées par la Bavière et Hesse-Darmstadt pour les cessions faites à l'Autriche et à la Prusse. On se flatte d'arranger ce point dans le courant de la journée.

La question sur la réversibilité de Parme a été

ajournée, mais de manière qu'il sera aisé d'exclure le petit Napoléon, Parme n'étant donné qu'à vie durante à sa mère, et que la Grande Bretagne, l'Autriche, la Prusse et la Russie doivent être consultées sur l'arrangement futur.

Votre Altesse Royale connaît la terminaison heureuse de l'affaire d'Italie. Murat a fui accompagné par peu de personnes à Ischia et de là probablement en France. S'il y arrive en fuyard, son arrivée ne saurait que dévoiler d'une manière utile au Roi de France les mensonges de Napoléon.

Madame Murat et ses enfants qui doivent s'embarquer à Gaëta se trouvent au bord des navires anglais pour être transportés à Trieste, Lord Exmouth et le Général Bianchi ayant refusé de ratifier la promesse imprudente du Capitaine Campbel de les débarquer en France avec leur monde.

Voilà le second petit prétendant qui se trouvera en Autriche, et depuis trois jours le fils de Bonaparte a été de nouveau logé à Schoenbrun auprès de sa mère. Je désire qu'on ne fasse pas une seconde tentative pour l'enlever ce qui sans doute serait plus aisé de cette campagne que de la ville.

Les affaires de l'Allemagne sont maintenant le point le plus essentiel qui reste à être terminé. J'ai eu l'honneur d'informer V. A. Royale que l'Autriche, la Prusse et le Hanovre étaient convenus dans des conférences confidentielles d'un plan qui serait proposé aux cours d'Allemagne pour la formation de la Ligue Germanique. Ce plan n'a pu être que très-imparfait, parce qu'on a renvoyé cet objet si important à la fin du congrès où tout presse la conclusion.

V. A. Royale connaît les raisons qui sont cause de ce délai. Les conférences régulières ont été interrompues depuis le 17 Nov. Pendant cet intervalle l'Autriche et la Prusse n'ont plus songé qu'à se concilier l'attachement des cours d'Allemagne sans cependant suivre un plan déterminé. Elles se sont embrouillées par des promesses d'accepter ou de rejeter telle ou telle idée, sur lesquelles on avait jusqu'alors travaillé ou qu'on avait cru devoir rejeter, que l'ouvrage qu'on a finalement rédigé présente un ensemble peu conforme à l'attente que l'Allemagne a été en droit de former. Une principale raison qui a rendu cette rédaction incomplète c'est que plusieurs cours, surtout celles du midi de l'Allemagne n'ont voulu porter le moindre sacrifice à la cause de l'Allemagne dès qu'il s'agissait de sacrifier une partie de leur souveraineté. C'est surtout la cour de Wurtemberg qui a rejeté chaque proposition tendante à établir l'indépendance et la tranquillité de l'Allemagne. Elle n'a voulu entendre parler que d'un lien purement fédératif sans se lier par la moindre promesse sur tout ce qui pourrait gêner l'exercice despotique de l'administration intérieure de son pays. La Bavière a été un peu plus coulante — son ministre a pris une part active aux délibérations, tandis que celui de Wurtemberg n'y a pas paru, le ministre de Bade a eu ordre de voter avec la Bavière.

Tout le reste des Princes d'Allemagne ont été animés du meilleur esprit. Le Roi des Pays-Bas et le Danemarck accéderont pour Luxembourg et Holstein à la Ligue, l'Autriche et la Prusse n'ont demandé aucun avantage analogue à l'étendue de leurs provinces. Au contraire elles ne prétendent qu'une voix dans l'as-

semblée des Princes lorsqu'elle siégera par députation composée de 17 Membres dont onze (savoir les anciens Electeurs, le Danemarck, les Pays-Bas et Darmstadt) auront un vote chacun et six autres votes seront composés par le reste des Princes (vota curiata).

Lorsque l'Assemblée se réunira en pleno, elle comptera 69 voix, dont l'Autriche, la Prusse, la Bavière, la Saxe, le Hanovre et le Wurtemberg exerceront chacune quatre, Hesse-Cassel, Darmstadt, Bade, Holstein et Luxembourg trois chacune, Bronsvic, Nassau et Mecklenbourg deux et le reste des Princes une. L'Autriche préside et aura une voix décisive en cas de parité in pleno.

J'expédie ci-joint une traduction du premier plan qui cependant a été modifié par les délibérations qui ont eu lieu dans les assemblées générales des cours d'Allemagne qui se rassemblent journellement à la Chancellerie d'état. Ce que je viens de dire sur la forme de l'assemblée en est une preuve. Il serait inutile d'incommoder V. A. Royale par le récit de ces délibérations. En peu de jours, j'aurai l'honneur de Lui envoyer par Hanovre le résultat de nos conférences.

L'Autriche, la Prusse et le Hanovre ont pris en délibération la question importante des mesures à prendre pour terminer des discussions qui resteraient interminables dans une assemblée composée de tant de membres qui n'agissent en partie que d'après des opinions totalement divergentes et que rien ne peut réunir. Nous sommes donc convenus de tâcher de concilier les opinions autant qu'il sera possible de le faire sans réduire le plan à un pure simulacre de constitution, de nous arrêter court au dernier terme que nous croi-

rons pouvoir accorder et de signer la ligue en laissant le protocolle ouvert pour ceux qui voudront accéder après. Je prévois que plusieurs cours du second ordre vont s'exclure, entr'autre le Wurtemberg et Bade; je doute même si la Bavière signera. Je ne saurai répondre positivement du Danemarck. Tout le reste accédera. J'ai cru devoir abandonner l'opinion qu'il serait dangereux d'entrer dans une ligue de laquelle les puissances du deuxième ordre ne seraient, pas telle qu'elle a été projetée et modifiée je ne puis y voir qu'une garantie de plus pour nous et je ne doute pas que les autres cours accéderont à Francfort où la première Assemblée de la ligue Germanique doit s'assembler le 1 Septembre prochain.

Je suis etc.

E. G. M.

A Son Altesse Royale Monseigneur le Prince Régent.

Vienne ce 7 Juin 1815.

Monseigneur!

En me rapportant au très-humble rapport que j'ai transmis à V. A. Royale par Mr. de Bodenhausen, que j'ai expédié en courrier à Londres le 3 Juin, je continue à lui rendre compte du progrès des affaires du congrès — en commençant par ce qui concerne la Ligue germanique.

Je présente à V. A. Royale la traduction du plan proposé aux Princes d'Allemagne par l'Autriche et la Prusse. En voici l'original allemand sous A.

Elle daignera voir par les protocolles des séances que j'ajoute sous Lit. B. de quelle manière ce projet

a été discuté. Je doute qu'il me sera possible de recueillir avant le départ du courrier que je ne saurai retenir davantage, la série complète des procès verbaux. Je me réserve de faire suivre ceux qui manqueraient ici.

Sous la cote C j'ai l'honneur de soumettre à V. A. Royale l'acte de la fédération, tel qu'il a été modifié à la suite des délibérations.

Les affaires en étant à ce point, nous avons de continuelles conférences confidentielles entre l'Autriche, la Prusse et le Hanovre et nous sommes convenus que le Prince Metternich déclarerait dans la séance générale du 5 courant: que le congrès étant sur le point d'être terminé il faudrait mettre fin aux discussions sur notre ligue. Que l'Empereur d'Autriche ayant été itérativement interpellé par les Princes d'Allemagne de presser la conclusion de ce pacte fédératif, déclarait que S. M. était prête à signer l'acte tel qu'il se trouvait rédigé et qu'il invitait les ministres des autres cours allemandes de se déclarer s'ils en feraient autant, et que ceux qui s'y refuseraient voudraient énoncer au protocolle si leurs cours étaient en général contre l'idée d'une ligue, ou si elles objectaient seulement à certaines stipulations, ou bien si leur plénipotentiaires étaient empêchés de signer faute d'instructions. Le Prince Metternich pria les ministres de remettre le lendemain une déclaration par écrit au protocolle.

La Prusse, le Danemarck pour Holstein, le Roi des Pays-Bas pour Luxembourg, le Hanovre et tous les Princes et Villes libres d'Allemagne se déclarent pour l'acceptation de l'acte, à l'exception de la Bavière et de la Saxe. Hesse-Darmstadt fit cependant des objections partielles qui rendaient son accession douteuse.

J'ai cru devoir particulièrement motiver l'accession de V. A. Royale et y ajouter une réserve pour le cas que la ligue au lieu de devenir générale se bornerait à peu de cours. Etant prévenu par la part que j'avais prise aux délibérations confidentielles de l'Autriche et de la Prusse, j'ai de suite remis cette déclaration au protocolle du 5 Juin. Elle a provoqué beaucoup d'autres déclarations dans le même sens. Plusieurs laissent l'accession de quelques ministres en doute qui s'étaient en premier lieu déclarés pour l'acceptation.

Il est évident que l'acte fédératif, tel qu'il est rédigé ne remplit pas les intentions sages et magnanimes de V. A. Royale à l'égard de l'Allemagne, et qu'elle n'est pas aussi conforme aux principes qui ont toujours distingué l'Illustre maison de Bronsvic qu'on l'aurait désiré. Il a fallu sacrifier des points essentiels pour ne pas faire échouer tout le but qu'on se proposait. Il m'a paru que si malgré ces sacrifices l'unanimité ne pourrait être achetée, vu que plusieurs cours de l'Allemagne voudraient sacrifier le bien général à une vanité aussi mal entendue que dangereuse pour elles dans ses conséquences, qu'alors il n'y aurait plus de raison pour les autres cours mieux intentionnées, pour ne pas compléter leur ouvrage d'une manière satisfaisante.

De l'autre côté il m'a paru impossible d'entrer *sans réserve* dans une ligue dont une grande partie de l'Allemagne resterait exclue. Je me flatte que V. A. Royale approuvera sous ce rapport la déclaration signée par moi et le Ch. Hardenberg que nous avons donnée au nom de V. A. Royale Lit D.

Nous avons eu hier soir une conférence confiden-

tielle chez le Prince Metternich qui va être continuée parce que nous avons désiré de faire une tentative, si la Bavière ne pourrait être engagée à signer, ce qui sans le moindre doute rendrait la ligue générale, comme le Wurtemberg et Bade n'oseraient se séparer du reste de l'Allemagne s'ils restaient isolés.

Au point ou nous en sommes, nous courons risque de nous trouver privés de l'accession de la Bavière, Saxe, Holstein, Luxembourg, Darmstadt, Wurtemberg et Bade — de sorte qu'il ne resterait, comme l'observe le Prince Metternich, d'autre état considérable dans la ligue, que l'Autriche, la Prusse et le Hanovre.

N'osant comme je l'ai observé, différer l'expédition du courrier, je ne saurai aujourd'hui rendre compte du résultat final de cette affaire.

La question territoriale entre la Prusse et l'Autriche, s'est arrangée de façon que l'Autriche garantit à la Prusse la cession immédiate du Duché de Westphalie de la part de Darmstadt, qui devra se contenter du dédommagement complet qu'on lui propose. L'Autriche reste en attendant en possession des provinces destinées à la Bavière et au Darmstadt sur la rive gauche du Rhin — et elle a fait en outre la condition que dans le cas qu'elle conservât pour toujours les possessions qui deviendraient un jour très-importantes par la réversibilité du Palatinat et du Brisgau que l'Autriche se réserve, qu'alors la forteresse de Mayence aurait à l'avenir un gouverneur Autrichien et une garnison composée des troupes d'Autriche, de Darmstadt et de Nassau. J'ai été agréablement surpris de voir que la Russie favorise le projet de laisser ces possessions outre Rhin à l'Autriche. Le comte Nesselrode m'a parlé avec

empressement de l'avantage qu'il y aurait de n'avoir pour voisin de la France, sur la rive gauche de ce fleuve, que trois grandes puissances.

Le traité entre la Prusse et le Danemarck sur la cession de la Poméranie suédoise à la Prusse et du Lauenbourg au Danemarck est signé. Maintenant il faudra veiller de notre côté à l'exécution de l'article secret convenu entre le Hanovre et la Suède pour le payement de la dette occasionnée pour les troupes suédoises. La Grande Bretagne n'a retenu à ce que j'apprends le million pour la Guadaloupe que pour forcer la Suède à remplir le traité de Kiel. Ces payements mensuels vont donc probablement commencer. L'acte du congrès sera probablement terminé vendredi. On est convenu que les puissances signataires du traité de Paris signeraient seules et que le reste des cours y accéderaient séparément. Cette distinction est arbitraire en elle-même et même fausse. Car l'Espagne n'a jamais signé la paix de Paris, tout comme elle se refusera de signer l'acte du congrès. Il n'est pas de raison suffisante d'ailleurs pour admettre la Suède et le Portugal aux nombres des principales puissances lorsque d'autres du même rang en restent exclues. Mais il était difficile de trouver un autre moyen pour diminuer le nombre et l'embarras des ratifications qui se seraient montées à plus de 1600 si toutes les cours avaient signé et échangé des actes formels.

Je me flatte de pouvoir partir pour Francfort vers le commencement de la semaine prochaine.

Apprenant de Hanovre que notre traité de subside est prêt à être signé je ne m'achemine vers les Pays-Bas que pour y apprendre si V. A. Royale persiste à

vouloir que je revienne en droiture me présenter auprès d'Elle, ou que je commence par me rendre à Hanovre.

Je suis etc.

E. G. M.

A Son Altesse Royale Monseigneur le Prince Régent.

Vienne ce 11 Juin 1815.

Monseigneur!

Depuis le départ de Mr. de Bodenhausen, que j'ai expédié le 3 du mois courant en courrier à Londres, j'ai acheminé le 7 un très-humble rapport à V. A. Royale par un courrier que j'ai chargé de porter à Hanovre, la copie de notre traité avec la Prusse. J'ai en même temps donné les instructions nécessaires au ministre de V. A. Royale à Berlin, pour qu'il profite du séjour que le Chancelier d'état Prince Hardenberg y fera, afin d'obtenir l'expédition nécessaire pour la remise des provinces prussiennes qui nous seront cédées, et pour que les commissaires qui devront être chargé de fixer les travaux nécessaires pour faciliter la navigation de l'Ems et pour rectifier en cas de besoin la délimination des parties de Lingen et de Munster, qui seront incorporées dans le Hanovre, soient nommées. J'ai de même dirigé l'attention de notre ministre sur la question qui s'élèvera sur la compensation que la Prusse nous devra dans le cas que la Hesse se refuse aux cessions qui nous sont éventuellement promises. Dans cette question nous avons l'avantage de pouvoir retenir le Lauenbourg jusqu'à ce que nous soyons

satisfaits par le surrogat que la Prusse proposera. J'ai appris par le ministre de Danemarck que la Prusse a promis à cette puissance de lui remettre les quatre baillages Lauenbourgeois qu'elle lui rétrocède en trois mois. Il faudra donc que notre affaire se termine avant l'échéance de ce terme. Le Chancelier de Prusse sera sans doute pressé de suivre son souverain au Quartier Général; et je me flatte que le Chancelier Hardenberg après que V. A. Royale aura consenti à ma proposition de l'attacher au Grand Quartier Général, pourra rejoindre le Chancelier dès qu'il y sera rendu. Je crois que cette négociation devra lui être confiée. Il connaît la proposition que j'ai jusqu'ici avancée à ce sujet. D'après ma demande je ne doute pas qu'on ne lui donne d'Hanovre des instructions et surtout des renseignements statistiques, nécessaires pour juger le cas sous tous ses rapports.

Jusqu'ici je ne suis pas entré en matière avec le Cte de Bernstorf sur la rétrocession de Lauenbourg. Cette affaire se traitera mieux directement avec la cour de Copenhague. Je doute cependant qu'elle se contenterait des 3 millions auxquelles on a à peu près évalué cette possession dans l'arrangement sur la Poméranie suédoise.

J'attends avec impatience la fin de la négociation sur notre traité de subside avec l'Angleterre. Mais celle sur l'approvisionnement des armées me donne tout autant d'inquiétudes. Si on nous forçait d'entrer dans le système inique enfanté dans la tête du Baron de Stein.

Le début de cette vexation pour les trois mois nous coûterait d'après le calcul ci-joint au delà. Je m'en

rapporte à cet égard à la copie ci-jointe d'une lettre que j'ai adressée à Lord Clancarty.

Il est temps que le système qui se développe, d'après lequel les soi-disantes Grandes Puissances se permettent de se stipuler des avantages aux dépens des états faibles finisse, sans quoi l'édifice politique qu'on a cru élever au congrès de Vienne ne restera qu'un château en Espagne.

Je suis loin de vouloir prêcher la politique sentimentale, mais intimement convaincu qu'on fait mal en ne pas soutenant les principes de l'honneur et de la bonne foi. Nous avons payé cher cette erreur dans le cas de Bonaparte; nous allons commettre la même faute quand les Jacobins voudront bien transiger avec nous. Murat par sa propre sottise, la bravoure des Autrichiens nous a rendu ce que nous avions sacrifié très-légèrement en Italie. Mais tout comme s'il fallait à ce pays quelques brandons de discorde ou un foyer d'intrigue — on fera le Roi des deux Siciles accorder à Eugène de Beauharnais un établissement renfermant une population de 50,000 âmes. Le ministre de la Grande Bretagne a refusé de signer ce pacte honteux — il sera donc rédigé en forme de traité séparé entre le reste des Grandes Puissances.

Le Prince Talleyrand recevra 1 million et $^1/_2$ de livres pour Benevent!

L'Autriche et la Prusse viennent de demander aux quatre Villes libres d'Allemagne un emprunt de 2 millions de florins (qu'elles ont depuis réduit à $1^1/_2$) pour servir aux frais du ravitaillement de Mayence, en promettant leur obligation solidaire et celles des autres Princes d'Allemagne.

Aucun état de la ligue ne se soustraira à concourir aux frais requis pour mettre une forteresse importante de l'Empire en état de défense. Mais le mode adopté sont les emprunts forcés des Français, et il est frappant qu'on n'ait jamais parlé aux Princes d'Allemagne sur cette affaire dans aucune de leurs réunions.

Je destine un Post Scriptum particulier aux affaires d'Allemagne. La ligue qui vient de se conclure devrait offrir un frein contre des agressions telle que la Prusse s'en est permise de rechef envers nous, en faisant entrer des troupes sur notre territoire, malgré le refus de notre gouvernement. Étant averti par estafette de cet évènement, j'ai adressé la note ci-jointe au Chancelier de Prusse qui dans un entretien que j'ai eu avec lui, désapprouvait la démarche des généraux prussiens. J'attends sa réponse officielle. Il me paraît assez clair que le frein salutaire de la subordination devient de jour en jour moins forte en Prusse.

Chaque Gouverneur et Sous-gouverneur fait à peu près ce qui bon lui semble, et si on n'y veille pas de près, c'est à Berlin qu'on verra les premiers éclats du jacobinisme Allemand — surtout si les Grandes Puissances le soutiennent en tâchant de transiger avec les Jacobins de France.

L'acte général du congrès a été paraphé le neuf au soir. Le dix les conférences ont continué pour ajouter à cet acte quelques traités particuliers, entre autre avec Hesse-Darmstadt sur la cession du Duché de Westphalie et l'acte de la fédération Allemande.

Dans la soirée le Chancelier Prince Hardenberg et le Prince de Talleyrand ont quitté Vienne. Il ne reste

plus à faire que les copies de l'acte et des pièces annexes qui prendront à peu près trois jours.

Le congrès de Vienne doit donc se considérer comme terminé. Quelle que sera l'opinion que le public formera de ses travaux on ne reprochera jamais aux plénipotentiaires d'avoir perdu leur temps. Jamais de plus grands intérêts n'ont été réglés qu'au congrès de Vienne et quoiqu'on ait employé neuf mois pour s'entendre sur tous les points en litige, cet espace de temps est moins considérable que celui qu'on a employé anciennement dans des circonstances moins graves.

Quant aux intérêts particuliers de l'Hanovre je me flatte d'avoir tout fait ce qui était en mon pouvoir pour contribuer à donner au lien fédératif de l'Allemagne autant de solidité qu'il était possible de lui procurer, dans les circonstances présentes afin de garantir la sûreté des états qui la composent.

Le Hanovre a acquis le titre Royal qui était devenu convenable à ses nouveaux rapports; titre qui ne laisse pas d'avoir des avantages réels pour les pays qui en jouissent. Nos limites ont été considérablement augmentées et notre position géographique a surtout gagné par la contiguité non interrompue du Royaume des Pays-Bas. Je me flatte au-dessus de tout d'avoir réussi à conserver pour l'Illustre Maison de V. A. Royale la confiance dont elle a de tout temps joui à si juste titre en Allemagne. La plupart des cours m'en ont constamment donné les preuves les plus marquées, et je ne doute pas que c'est à cette confiance générale dans l'intégrité de la cour de Hanovre que j'ai dû, ainsi que mon collégue Hardenberg d'avoir été exclusivement et constamment appelé à toutes les conférences con-

fidentielles entre l'Autriche et la Prusse sur les intérêts de l'Allemagne.

Je compte quitter Vienne jeudi prochain en prennant la route de Francfort et Bruxelles me flattant d'apprendre en chemin par Mr. de Bodenhausen, si Votre Altesse Royale voudra que je me rende d'abord auprès de sa personne ou à Hanovre.

Je suis etc.

E. G. M.

A Son Altesse Monseigneur le Prince Régent.

Vienne ce 11 Juin 1815.

P. S.

Monseigneur!

Je demande la permission de continuer mon très-humble rapport du 7 Juin sur les affaires d'Allemagne.

Le ministre de Bavière ayant reçu les instructions de sa cour la veille du 8 Juin, jour fixé pour signer l'acte de la fédération Germanique, le Prince Metternich après avoir renvoyé la conférence génerale au soir, le fit inviter à un entretien particulier auquel le plénipotentiaire de la Prusse, le Chancelier Hardenberg et moi ont assisté. Le ministre de Bavière y a lu ses instructions et nous avons tâché de modifier l'acte fédératif de manière à l'engager à signer. Le comte de Rechberg, ministre de Bavière, a apporté beaucoup de bonne volonté dans cette affaire et je crois que nous avons à nous féliciter d'avoir par là obtenu l'accession presque unanime de toutes les cours allemandes. Votre Altesse Royale trouvera en comparant l'acte, tel que

je le lui ai transmis par mon rapport du 7 courant avec le pacte formel dans lequel cet acte se trouve maintenant inséré, qu'ils diffèrent fort peu l'un de l'autre.

Les objections principales de la Bavière étaient dirigées contre l'admission des Princes et Comtes médiatisés à voter par députation au plenum de la diète. Cette question a été renvoyée à l'assemblée de Francfort, elle objectait contre l'établissement d'un tribunal de la ligue, *Bundesgericht.* On a substitué à ce nom celui d'une institution d'arbitre pour décider les différends entre les États de l'Allemagne. Les grandes cours ne paraissent nullement portées à retablir une autorité égale à celle dont jouissaient anciennement les deux tribunaux d'Empire qui étaient en droit de juger les questions qui pouvaient s'élever entre les sujets et les gouvernements sur l'abus de l'autorité suprême. Dès qu'il fallait abandonner ainsi l'essentiel de la chose, le nom de l'autorité qu'on veut substituer comme une espèce de simulacre de ces anciens tribunaux, restait peu important. L'article concernant l'Eglise a été entièrement supprimé après qu'on l'avait déjà une fois réadopté depuis sa première omission. Il n'est sans doute pas convenable de passer entièrement sous silence la religion dans un acte constitutionnel. Mais plusieurs cours ont craint de faire renaître les anciennes disputes contre le corpus evangelicorum et catholicorum en Allemagne; d'autres, surtout la Bavière, ont préféré de négocier des concordats particuliers avec le Pape que de traiter en commun avec les autres Princes dont la majorité n'est pas directement intéressée dans cette question. Pour les Protestants on a, dès la Paix de Westphalie adopté le

principe que chaque Prince est summus Episcopus dans ses états. L'intolérance des gouvernements catholiques n'est plus à craindre en Allemagne et elle le sera moins encore depuis qu'on est convenu que la différence des religions chrétiennes n'en apporterait plus dans les droits civils des sujets. C'est là un point qui ne cadre pas absolument avec les anciennes institutions de quelques unes de nos provinces, mais depuis la réunion de deux principautés ecclésiastiques et d'autres provinces catholiques avec le Royaume de Hanovre, ces restrictions seraient devenues injustes et inpolitiques et je n'aurai décemment pu m'opposer seul à l'opinion générale. Après être convenu ainsi avec le ministre de Bavière sur ces changements peu essentiels et sur quelques altérations qui ne concernent que la forme, l'acte de la ligue réduit en forme de traité a été paraphé le 8 Juin, le 10 ce traité a été formellement souscrit par toutes les cours d'Allemagne à l'exception de celles de Wurtemberg et de Bade. Le Roi de Wurtemberg paraît avoir senti l'inconvénient de rester isolé en Allemagne. Un courrier expédié de Louisbourg arriva le 9 au soir et ses ministres tâchèrent alors de s'exculper quoique d'une manière très-gauche sur leur absence des conférences et insistèrent d'être admis comme s'ils y avaient effectivement pris part. Le Prince Metternich après avoir consulté avec la Prusse et le Hanovre leur déclara que toutes discussions étaient terminées, que l'acte même de la fédération ne saurait se dater que du 8 Juin, jour de la paraphe, et que toute altération devenait d'autant moins possible, que l'acte général du congrès dont la fédération Germanique ferait partie avait été signe le 9. Le Wurtemberg a donc dû se

contenter d'accéder par note, et cette accession a été formellement acceptée par tous les ministres des cours Allemandes.

Je demande la permission d'expédier l'acte formel qui devrait être ratifié par V. A. Royale, ainsi que les derniers protocolles des conférences par Hanovre.

On est convenu que les ratifications seront envoyées à la Chancellerie d'état de Vienne, accompagnées de la nomination des ministres auxquels V. A. Royale voudra confier la mission de Francfort.

Ce poste devrait naturellement revenir au Conseiller intime Baron de Reden qui a occupé celui d'Envoyé à la diète de l'Empire. Comme cependant le conseiller intime de cabinet de Martens a rempli les fonctions de secrétaire général des conférences de Vienne et qu'il est seul au fait de toutes les discussions qui ont eu lieu, tant sur les articles constitutionnels déjà adoptés que sur ceux qui vont être discutés à Francfort, je recommandrai d'autant plus à V. A. Royale de le nommer simultanément, et de le charger seul de la question des affaires, jusqu'à ce que les lois organiques de l'Allemagne soient rédigées, qu'il s'est acquis la confiance universelle des cours d'Allemagne et qu'il est plus propre aux affaires que Mr. de Reden. Celui-ci pourrait en attendant se rendre à Stoutgard ou a Bade cours auxquelles je proposerais très-humblement à V. A. Royale de l'accréditer. Dès que la constitution sera achevée, Mr. de Reden conduira sans doute parfaitement les affaires du Bundestag de Francfort et je croirais qu'il serait utile dès lors de rappeler Mr. de Martens dont les services seront essentiellement nécessaires à Hanovre. Cet arrangement m'éviterait en-

même temps la peine de proposer des instructions détaillées sur une infinité de points constitutionnels à V. A. Royale qui se trouvent tous indiqués dans les papiers volumineux qui se sont accumulés au congrès de Vienne et dont Mr. de Martens possède la connaissance.

Je suis etc.

E. G. M.

A Son Altesse Royale Monseigneur le Prince Régent.

Vienne ce 14 Juin 1815.

Monseigneur!

Je me suis réservé dans mon très-humble rapport du 11 Juin d'expédier à Votre Altesse Royale par Hanovre le traité formel sur la ligue germanique tel qu'il a été signé le 10 Juin. La date du 8 a été conservée étant celle de la paraphe. Par une apostille ajoutée au rapport sus-mentionné, j'ai déjà instruit V. A. R. que les ministres Wurtembergeois, au lieu de donner un acte d'accession au traité tout entier, avaient voulu la borner aux 11 premiers articles, ce que le Prince de Metternich avait cru devoir refuser l'échange de l'acte d'acceptation des cours d'Allemagne.

Votre Altesse Royale trouvera ci-jointes, 1) l'acte de la fédération germanique tel qu'il faudra le faire insérer en entier dans l'acte de ratification, 2) les recès qui ont rapport au Wurtemberg. Cette cour et celle de Bade resteront donc hors de la ligue jusqu'à ce que leur accession non limitée aura été donnée et acceptée.

Il paraît évident que cette dernière difficulté résultant de l'idée de retrancher de l'acte d'accession tous les articles qui ont le moindre rapport à l'administration intérieure du pays, doit être imputée aux plénipotentiaires Wurtembergeois — car l'on ne connaissait pas, lorsqu'elle donna ses dernières instructions la séparation de ces articles qui n'a été adoptée que la veille de la conférence du 8 Juin. Ils ont cependant agi d'après cette malheureuse disposition de leur maître au despotisme dont la cour de Wurtemberg a donné des preuves durant toute la durée du congrès.

Je suis etc.

E. G. M.

Je joins à cette dépêche le protocole de la séance du 10 Juin.

Secrette.

A Son Altesse Royale Monseigneur le Prince Régent.

Vienne ce 14 Juin 1815.

Monseigneur!

Le Prince Metternich a quitté Vienne dans la nuit du 12 au 13 du courant.

Avant son départ j'ai encore eu un assez long entretien avec lui sur les affaires du moment. Selon lui les opérations contre l'ennemi devraient commencer vers le 15 du mois présent. C'est alors qu'à peu près cinquante mille Russes se trouveront en ligne, depuis l'aile gauche de l'armée Prussienne jusqu'à l'aile droite du Prince Schwarzenberg.

V. A. Royale se rappelle que l'armée Russe, d'après les premiers plans, formés à Vienne, serait restée en arrière de la ligne des armées sur le Rhin. Cette position n'aurait pas manqué de faire mettre beaucoup de méfiance et de réserve dans les mouvements de l'armée alliée active. Là j'ai pensé que les succès complets des armes autrichiennes en Italie a donné à l'Empereur de Russie et la possibilité qu'il entrevoit que ses Alliées pourraient finir la guerre contre Napoléon (comme ils ont terminé celle contre Murat). Sans sa connivence l'on a, à ce que croit le Prince Metternich engagé à solliciter le Prince de Schwarzenberg à différer ses opérations offensives jusqu'au moment où l'armée russe pourrait y prendre part. Demande à laquelle celui-ci a acquiescé avec plaisir, tant pour obtenir cet accroissement considérable de forces que pour ne pas garder à dos une armée qui en restant intacte, pourrait un jour songer à vouloir donner la loi aux autres. Cette crainte étant d'autant plus fondée que nous avons vu au congrès de Vienne combien l'Empereur Alexandre aime à soutenir les idées souvent les moins conformes aux vues des autres cabinets. Le Prince de Metternich ne paraissait nullement douter que les vues de ce souverain, quant à la France étaient précisément le revers des voeux de l'Autriche, laquelle d'après ce qu'il m'assurait, était entièrement pour le rétablissement de Louis XVIII sur le trône — et au cas que cela serait impossible plutôt pour le Duc d'Orléans que pour une régence sons l'Archiduchesse Marie Louise. Il me répéta à cette occasion pour la seconde fois, l'assurance que cette Princesse lui avait plusieurs fois déclaré qu'elle ne retournerait plus en France, lors même que

toute la nation voudrait la rappeler. Quant au fils de Napoléon, le Prince Metternich paraissait rejeter toute idée de la possibilité de lui conserver le trône de France. J'ignore à quel point Marie Louise a effectivement renoncé à la fausse ambition qui paraît l'avoir éblouie en France — mais il est certain qu'elle n'a pas renoncé au titre qui convient si peu aux circonstances où elle se trouve. Le hasard voulut que durant mon entretien avec le Prince Metternich «le Grand Maître de l'Impératrice de France» se fit annoncer chez lui! Le jeune Napoléon se trouve avec sa mère à Schönbrun où je l'ai rencontré il y a peu de jours dans les vastes bosquets de cette campagne accompagné de trois femmes et d'un seul laquais.

Durant le même entretien je demandai au Prince Metternich où en était le traité séparé convenu relativement à la dotation d'Eugène Beauharnais. Je trouvai mes notions à cet égard confirmées, qu'on est convenu d'exiger du Roi des deux Siciles de lui céder après cette guerre présente un territoire renfermant cinquante mille âmes. Le ministre de Naples a simplement pris la chose ad referendum et le Prince Metternich se tira d'affaire, lorsque je lui témoignai ma surprise, que Beauharnais à la fin n'aurait rien et que l'Autriche ne souffrirait jamais qu'il soit établi comme souverain en Italie.

Ce sont aussi principalement les affaires d'Italie qui ont empêché l'ambassadeur d'Espagne de signer l'acte du congrès. Il a jugé à propos de me remettre, comme il l'a fait à toutes les cours royales qui n'avaient pas signé le traité de Paris, la note ci-jointe pour expliquer les motifs de son refus.

Le Prince Metternich se proposait de réfuter les arguments contenus dans cette note, mais je n'ai pas connu jusqu'ici sa note. J'avoue que je doute qu'on puisse entièrement justifier la manière dont plusieurs puissances ont été éloignées des conférences sur des objets auxquels ils auraient dû prendre part. Ce sentiment est assez général et je crois prévoir que plusieurs cours se refuseront d'accéder à des arrangements auxquels ils n'ont eu anciennement part. Les ministres des Pays-Bas et de Bavière paraissent surtout sentir leur exclusion — humiliation qui n'est pas arrivée à la Hollande dans le cours de l'ancienne diplomatie.

Le comte Nesselrode est allé trouver l'Empereur Alexandre pour obtenir la permission de signer l'acte choisi, à laquelle le comte, aujourd'hui Prince Rasoumowsky s'est refusé, croyant devoir préalablement soumettre l'acte du congrès à son maître.

V. A. Royale ne pouvant encore avoir reçu l'acte du congrès, il lui sera intéressant de trouver ci-joint le contenu et la série des articles du Traité ainsi que la liste des pays annexés.

J'ajoute l'extrait du protocole des conférences du 13 Févr. qui rend les dispositions dont on était jusqu'alors convenu inévitables. Ce document est important pour nous et je m'en suis servi dans notre traité avec la Prusse afin d'éviter toute contestation relative à la non ratification de S. M. Prussienne. Finalement je présente à V. A. Royale une copie des articles de l'acte du congrès qui concernent particulièrement le pays de Hanovre.

V. A. Royale trouvera j'espère que j'ai tâché de procurer à toutes les stipulations qui concernent ses

intérêts allemands toute la solidité que la garantie du congrès de Vienne pourrait leur donner.

Je suis etc.

E. G. M.

Cette dépêche sera ma dernière en date de Vienne comme je suis sur le point de partir pour Francfort.

Druck von F. A. Brockhaus in Leipzig.